Dienstag, 24. Juni 1986 - D * * *

...el Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
...chtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...1-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung ...mburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 143 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Bundesländer: Reich hilft arm

in DM je Einwohner 1985 (Schätzung)

Länder die zahlen: Hamburg 212 DM, Baden-Württemberg 171, Hessen 95

Nordrhein-Westfalen 0

Länder die kassieren: Saarland 156 DM / 332 DM, Bremen 447, Schleswig-Holstein 100 / 208, Niedersachsen 80 / 131, Rheinland-Pfalz 92 / 83, Bayern 32

Ergänzungszuweisungen vom Bund

Finanzausgleich der Länder

© Globus

Heute Urteil zum Länderfinanzausgleich

Auch zwischen den Bundesländern soll soziale Gerechtigkeit herrschen. Das Grundgesetz sieht einen Länderfinanzausgleich vor, damit im Bundesgebiet einheitliche Lebensverhältnisse gewahrt bleiben. Die jetzige Regelung ist umstritten. Sechs Länder haben Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben, weil sie bestimmte Einzelheiten der Berechnung nicht für verfassungsgemäß halten. Sie erhoffen sich von dem für heute angekündigten Urteil je nach Interessenlage eine Minderung ihrer Zahlung oder eine Erhöhung ihrer Zuweisungen. Seite 12

POLITIK

Südafrika: London hat überraschend Gespräche mit dem Generalsekretär der militanten südafrikanischen Guerrillabewegung ANC, Tambo, angekündigt. Er wird mit der Staatsministerin Lynda Chalker, einer Stellvertreterin von Außenminister Howe, zusammentreffen. (S. 10)

Flucht: 13 Polen und fünf Einwohner der CSSR, die mit Reisegruppen Bayern besuchten, haben sich nach Angaben der Grenzpolizei abgesetzt und sind in der Bundesrepublik geblieben.

China: Peking hat mit dem Bau einer neuen Generation von Kriegsschiffen begonnen. In den nächsten fünf Jahren soll vor allem die elektronische Ausstattung der Seestreitkräfte beträchtlich modernisiert werden, die bislang nur zum Teil westlichen Standard der 70er Jahre erreicht hat.

ASEAN: Die philippinische Präsidentin Aquino hat die Staaten des ASEAN-Paktes zur Verstärkung ihrer Unabhängigkeit aufgerufen. Den Industriestaaten warf sie Protektionismus vor.



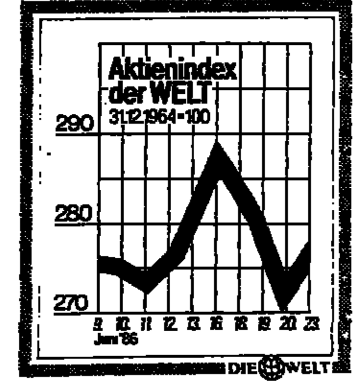
WM-Halbfinale: Das Halbfinale ist komplett. Auch Belgien brauchte gegen Spanien das Elfmeterschießen. Morgen treffen die Belgier auf Argentinien (24 Uhr); der größte Triumph in der Verbandsgeschichte. (S. 8)

WM morgen: Weil der Frankfurter Thomas Berthold für das Spiel am Mittwoch (20 Uhr) gegen Frankreich gesperrt ist, soll an seiner Stelle der Hamburger Wolfgang Rolff gegen den französischen Kapitän Michel Platini spielen.(S.8)

WIRTSCHAFT

Stahl: Die Stahlindustrie ist „nicht unabänderlich" zum Schrumpfen verurteilt. Zu diesem Schluß kommt das RWI in einer Untersuchung über die langjährige Entwicklung der Branche in 34 Ländern, die 1981 zusammen 86 Prozent des Weltstahlverbrauchs gewinnen. (S. 11)

Börse: Bei ruhigem Geschäft bildeten Aufträge aus dem Ausland eine Stütze für die Aktienmärkte, die mit zum Teil beachtlichen Kurssteigerungen bei einigen Standardwerten reagierten. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 277,95 (273,99). BHF Rentenindex 106,488 (106,451). BHF Performance Index 104,632 (104,567). Dollarmittelkurs 2,2689 (2,2425) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,05 (338,90) Dollar.



KULTUR

Geschichte: Ein deutsch-deutscher Kulturaustausch in München bei der Siemens-Stiftung fand fast nicht zu bewältigenden Zuspruch. Dabei war Walter Schmidt, Direktor des Zentralinstituts für Geschichte in der „DDR". – „Deutsches Erbe als Ganzes". (S. 21)

Beispiel: Beth Matefutsoth, das Haus der Diaspora auf dem Campus der Universität Tel Aviv, ist ein Museum der Rekonstruktion und nicht der Konservierung. Vielleicht ein Vorbild für die Pläne zum Bau eines Museums der deutschen Geschichte? Abkehr von musealen Traditionen. (S. 21)

SPORT

Schwimmen: Der Angriff des Amerikaners Biondi auf den Weltrekord über 200 m Freistil, mit 1:47,44 Min. gehalten vom deutschen Weltmeister Michael Groß, ist fehlgeschlagen. Biondi erreichte 1:49,04 Min.

Tennis: Zum Auftakt des Turnieres in Wimbledon gewann der als Nummer 4 gesetzte Titelverteidiger Boris Becker gegen den weithin unbekannten Argentinier Eduardo Bengoechea klar in drei Sätzen mit 6:4, 6:2 und 6:1.

AUS ALLER WELT



Rosa canina: Er kränkelte und kümmerte, aber dank intensiver Pflege blühte der legendäre Hildesheimer Rosenstock (Foto) jetzt wieder in voller Pracht. (S. 22)

Genußmittel: „Eine wäßrige Lösung aus tierischem Protein, Bindemitteln, Geschmacksträgern und Lebensmittel-Farbstoffen wird in heißem Öl vertropft". So entstehen Proteinkugeln, die „Kavi" heißen. Dies ist der in der „DDR" entwickelte, devisensparende Kaviar-Ersatz. (S. 22)

Wissenschaftler warnen „DDR": Es drohen neue Umweltschäden

Steigerung der Braunkohleförderung mindert Lebenserwartung / Für Kernkraft

HEINZ HECK, Bonn

Zwei prominente Energiewissenschaftler geben Alarm: Eine Verwirklichung der energiepolitischen Beschlüsse des jüngsten SED-Parteitages, so die These der Experten Wolf Häfele und Harry Maier, würde das Tempo der Umweltschädigung in Mitteldeutschland in besorgniserregendem Maße erhöhen. Häfele ist Vorstandsvorsitzender der Kernforschungsanlage Jülich, Maier war Mitglied des „Rats für energetische Grundlagenforschung der DDR" und hält sich seit April in der Bundesrepublik Deutschland auf.

In ihrer Studie „Umweltschadensbegrenzung durch deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiewirtschaft" kommen die beiden Wissenschaftler zu dem Schluß, daß die beschlossene Steigerung der Braunkohleförderung auf jährlich bis zu 335 Millionen Tonnen „irreversible Umweltschäden" zur Folge haben wird. Sie empfehlen, durch verstärkten Einsatz der Kernenergie die Braunkohleproduktion unter der „ökologisch kritischen Grenze" (300 Millionen Tonnen) zu halten.

Die notwendigen Atomkraftwerke sollten nach Ansicht von Häfele und Maier aus der Bundesrepublik geliefert werden; nicht nur, weil die Sowjetunion frühestens von 1991 an zum Export weiterer Reaktoren in das Bruderland bereit ist, sondern vor allem unter Sicherheitsaspekten.

Die „Reaktorkatastrophe in Tschernobyl" habe gezeigt, heißt es in dem Papier, daß die sowjetische Sicherheitstechnik „den international erreichten Sicherheitsstandards

SEITE 2:
Kompromißbereit?

nicht entspricht". Sie stelle daher „für ein solch dichtbesiedeltes Gebiet wie die DDR ein beträchtliches Risiko dar". Die in Ost-Berlin vorliegenden Erkenntnisse zur Zuverlässigkeit sowjetischer Reaktoren seien „bereits jetzt besorgniserregend". Im Kernkraftwerk Nord (Lubmin bei Greifswald) sei es 1984 zu einer Reihe von Abschaltungen gekommen.

Alle Vorschläge etwa des „Rats für energetische Grundlagenforschung der DDR", die eigenen Zulieferungen von Meß- und Steuersystemen für die Reaktorsicherheit zu erhöhen, seien bisher gescheitert „an der Innovationsträgheit der Industrie sowie an dem Widerstand der sowjetischen Lieferanten, die interessiert sind, die Kernkraftwerke komplett zu liefern".

Häfele und Maier greifen auch den niedrigen Anteil an Eigenleistungen der „DDR" (weniger als sechs Prozent) auf. Bei der Lieferung von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik müsse man versuchen, „die Eigenleistung der DDR auf ca. 40 Prozent zu bringen. Der Rest müßte über Kredite finanziert werden, wobei die Rückzahlung zu einem wesentlichen Teil über Stromlieferungen nach West-Berlin beziehungsweise in die Bundesrepublik gesichert werden könnte".

Auf die Gefahren eines höheren Braunkohleeinsatzes sei die „DDR"-Führung „rechtzeitig hingewiesen worden". Das Gebiet Halle/Leipzig gehöre zu einem der am stärksten umweltgeschädigten Gebiete Europas. „Im Raum Halle liegt die Lebenserwartung sechs Jahre unter dem DDR-Durchschnitt."

DER KOMMENTAR

Zügig

MICHAEL JACH

Eine zügige Regierungsbildung hatte Ministerpräsident Ernst Albrecht gleich nach der niedersächsischen Landtagswahl vor einer Woche angekündigt. Er hat sein Versprechen wahrgemacht.

Unter dem Zugzwang einer neuen Lage war es folgerichtig, neben den Personalkonzessionen an den freidemokratischen Partner für den Kern der Regierungsmannschaft zunächst auf die eingespielte Ministerriege zurückzugreifen. Ratschläge zur „Verjüngung" verweist Albrecht auf die bereits angekündigte Kabinettserneuerung in zwei Jahren. In der Tat hätte die Partei derzeit einige Mühe gehabt, ausgewiesenen Nachwuchs bereitzustellen.

Zwei Kabinettsneulinge immerhin versprechen eine fruchtbare Verbindung von Fleiß und Ideenreichtum: Der von Albrecht persönlich hoch geschätzte FDP-Spitzenkandidat Walter Hirche im Wirtschafts- und Technologieressort sowie Werner Remmers, zuletzt CDU-Fraktionschef, vordem Kultusminister, im neuen Umweltministerium. Gegen die Errichtung dieses Ressorts hatte Albrecht sich lange (bis zu Walter Wallmanns Berufung nach Bonn) gesträubt. Nun hat es ihm – ganz nebenbei – die Postenarithmetik beträchtlich erleichtert. Und der ehrgeizige Remmers hat eine neue Möglichkeit, sich für zukünftige Aufgaben zu profilieren.

Insgesamt jedenfalls hat Albrecht Stärke bewiesen. Einmal, indem er das Landwirtschaftsministerium Burkhard Ritz vorzubehalten vermochte. Jede andere Lösung hätte ihn bei den noch längst nicht allesamt zurückgewonnenen bäuerlichen CDU-Wählern Glaubwürdigkeit gekostet.

Zum anderen, indem er die tüchtige Wirtschaftsministerin Birgit Breuel der Regierung im Finanzressort erhielt. Schließlich werden es ihm die Polizeibeamten wie auch die rechtsstaatlich gesinnten Bürger danken, daß er mit Wilfried Hasselmann einen Innenminister berief, dem sie vertrauen.

Remmers übernimmt Umweltressort

Hasselmann soll Innenminister in Niedersachsen werden / Die Forderungen der FDP

MICHAEL JACH, Hannover

Eine Woche nach der Landtagswahl sind in Niedersachsen die CDU-Positionen in der Koalition mit der FDP offenbar endgültig besetzt. Ungeachtet der zunächst ausstehenden offiziellen Bestätigung wurde gestern aus zuverlässig unterrichteten CDU-Kreisen bekannt, daß das neu geschaffene Umweltministerium überraschend an den bisherigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Werner Remmers gehen werde. Remmers kehrt damit nach vier Jahren Unterbrechung ins Kabinett von Ministerpräsident Ernst Albrecht zurück. Bis 1982 war er Kultusminister.

CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann, bis gestern morgen noch als Umweltminister gehandelt, wird nach vorliegenden Informationen das Innenministerium übernehmen. Sein Vorgänger Egbert Möcklinghoff scheidet nach dem Verlust seines Landtagsmandats, wie bereits allgemein erwartet, aus. Hasselmanns bisheriges Ministerium für Bundesangelegenheiten wurde bereits am Freitag der FDP für deren Landesvorsitzenden Heinrich Jürgens zugestanden.

Die derzeitige Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, die dem FDP-Politiker Walter Hirche weichen muß, wechselt ins Finanzressort, das durch den Umzug von Burkhard Ritz zum Landwirtschaftsministerium frei geworden ist. Unverändert bleiben sollen die Kabinettspositionen Soziales mit Hermann Schnipkoweit, Kultus mit Georg-Berndt Oschatz, Wissenschaft mit Johann-Tönjes Cassens, Justiz mit Walter Remmers, dem Bruder des neuen Umweltministers.

Der Nachfolger von Werner Remmers im CDU-Fraktionsvorsitz wird möglicherweise morgen nachmittag gewählt. Als Bewerber werden dessen derzeitige Stellvertreter Karl-Dieter Oestmann, Agrarexperte aus dem Kreis Soltau, und Josef Stock, Wirtschaftspolitiker aus dem Kreis Osnabrück, genannt. Oestmann soll bessere Chancen haben, weil gegen Stock als weiteren führenden Vertreter des Raumes Emsland/Osnabrück neben „den Remmers-Brüdern" Gewichtungs-Einwände erhoben werden.

Bei den gestern nachmittag fortgesetzten Koalitionsgesprächen, deren Abschluß ursprünglich für heute vorgesehen war, stand zuletzt der zwischen CDU und FDP als „schwierig" geltende „innenpolitische Komplex" zur Verhandlung. Die FDP verlangt Änderungen der Kommunalverfassung und des Landeswahlgesetzes zu ihren Gunsten. In Orts- und Kreisparlamenten sollen Kleinparteien und Gruppen schon bei nur zwei Abgeordneten den Fraktionsstatus beanspruchen können. Darüber hinaus wollen die Freien Demokraten für Landtagswahlen eine Zweitstimme durchsetzen sowie für die Stimmenzählung den Mandats-Berechnungsschlüssel nach Hare-Niemeyer wieder einführen. Dieser begünstigt im Unterschied zum zuletzt gültigen d'Hondtschen Verfahren die kleineren Parteien. Die CDU-Alleinmehrheit hatte erst in der vergangenen Landtagsperiode das Zählverfahren nach d'Hondt zum Gesetz gemacht.

Berlin rechnet 1987 mit Reagan-Besuch

hrk. Berlin

Staatsoberhäupter und Regierungschefs der wichtigsten westlichen Staaten wollen im Jubiläumsjahr 1987 Berlin als Metropole der Deutschen ihre Referenz erweisen. Der Senat erwartet, daß der Besuch von US-Präsident Reagan, des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und der britischen Premierministerin Thatcher nach dem Wirtschaftsgipfel im Mai nächsten Jahres in Rom den Höhepunkt der 750-Jahr-Feiern bilden wird.

Seite 4: Politische Prominenz

Herrmann neuer SFB-Intendant

DW. Berlin

Günter Herrmann, bisher WDR-Justitiar und Stellvertreter von Intendant Friedrich Nowottny, ist gestern zum neuen Chef des Senders Freies Berlin (SFB) gewählt worden. Für Herrmann, der keinen Gegenkandidaten hatte, votierten 28 der anwesenden 29 Rundfunkratsmitglieder. Der 55jährige Jurist tritt die Nachfolge des am 31. Mai vorzeitig ausgeschiedenen Lothar Loewe an. Herrmann lehrt auch an den Universitäten Mainz und Bochum als Professor.

In Wackersdorf Zufahrt blockiert

DW. Wackersdorf

Gegner der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf haben gestern morgen für mehr als zwei Stunden die Hauptzufahrt zum Baugelände im Taxölderner Forst blockiert. Sie hatten sich mit mit schweren Eisenketten aneinandergeschlossen. Dadurch wurde das einzige für schwere Baufahrzeuge passierbare Tor versperrt. Wegen Nötigung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wurden zehn Personen vorläufig festgenommen.

SED: Reisen nur für loyale Künstler

AP. Berlin

Die „DDR" hat am Tag der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Kulturabkommens erstmals einem Schriftsteller ein politisch begründetes Verbot für eine Reise in den Westen ausgesprochen. Wie die Nachrichtenagentur AP jetzt aus Kreisen Kulturschaffender in Ost-Berlin erfuhr, haben die Behörden in einem Brief vom 6. Mai dem Autor Lutz Rathenow den Antritt einer Gastdozentur an der Universität von Austin (US-Bundesstaat Texas) mit dem Hinweis auf seine unloyale Einstellung dem Staat gegenüber versagt. Bisher war es üblich, Reisen ohne Begründung abzulehnen, oder wie im Falle einer geplanten Reise in die Bundesrepublik Deutschland auf ein noch ausstehendes Kulturabkommen hinzuweisen.

In dem Brief des Kulturministeriums an den Dramatiker Rathenow, dessen Bücher bisher größtenteils im Westen verlegt worden sind, heißt es: „Wir sind daran interessiert, daß Schriftsteller und Künstler der DDR im Ausland auftreten, die durch ihre literarischen Werke und ihre künstlerische Arbeit nachgewiesen haben, daß sie die Politik und Kulturpolitik unseres Staates anerkennen und respektieren und sich mit persönlichem Engagement für das Ansehen der DDR einsetzen."

Diese Begründung des Reiseverbots hat nach Aussagen von „DDR"-Kulturschaffenden für „große Beunruhigung" gesorgt, weil sie generell alle Autoren mit Reisepaß für den Westen mit dem Stempel eines „staatlichen Propagandisten und Agitatoren" versehe. Der in dem Brief enthaltene politische Anspruch der staatlichen Organe gehe über die bislang vielfach geforderte Loyalität zum Staat weit hinaus. Viele von ihnen fürchteten nun, daß trotz des in Kraft getretenen deutsch-deutschen Kulturabkommens eine Verschärfung der Reisepraxis, gerade für jüngere Künstler, anstehe.

González sieht neue Ära für Spanien

Sozialisten behalten trotz Verlusten die absolute Mehrheit / Comeback für Adolfo Suarez

ROLF GÖRTZ, Madrid

Trotz des Verlustes von einer Million Stimmen hat die seit 1982 in Spanien regierende Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) des Ministerpräsidenten Felipe González (44) beim Wahlgang am Sonntag ihre absolute Mehrheit im Parlament behaupten können. Die Volkskoalition (CP) der Konservativen, Christdemokraten und Liberalen, geführt vom Oppositionssprecher Manuel Fraga Iribarne (63), konnte ihre Position als zweitstärkste politische Kraft festigen.

Großer Gewinner der Wahlen ist das linksliberale Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) des ehemaligen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez. Das CDS, das 1982 mit 2,9 Prozent zwei Mandate errang, konnte seinen Anteil auf 9,32 Prozente und 19 Sitze erhöhen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 71 Prozent und war damit um zehn Prozentpunkte geringer als 1982.

Besorgt nehmen Regierung und Opposition zur Kenntnis, daß die politisch schwer einzuordnende, erst kürzlich zugelassene linke Separatistenpartei des Baskenlandes, „Herri Batasuna", das Baskenproblem in Zukunft erheblich erschweren wird.

Die Sitzverteilung im einzelnen: Felipe González' PSOE verlor sechs Punkte, erzielte mit 44,1 Prozent im Abgeordnetenkongreß jedoch mit 184 von insgesamt 350 Sitzen wieder die absolute Mehrheit im Parlament. Mit 26,2 Prozent festigte die CP ihren

SEITE 2:
Stärke setzt sich durch

Stimmenanteil, mußte aber mit 105 Sitzen einen Platz aufgeben. Suárez Rivale im Kongreß, der katalanische Politiker Miguel Roca, konnte für die von ihm vor kurzem ins Leben gerufene demokratische Reformpartei nicht einen einzigen Sitz gewinnen. Roca ist der große Verlierer der Wahlen.

Viertstärkste Partei wurde die katalanische „Konvergenz und Union" (CIU) mit 18 (bisher zwölf) Mandaten. Im Baskenland erhielt die bürgerliche „Baskische Nationalpartei" (PNV) 1,58 Prozent und sechs Sitze. Sie lag damit nur knapp vor der als politischer Arm der Separatisten-Organisation „ETA-militar" geltenden „Herri Batasuna" , die 1,18 Prozent erhielt und damit die Zahl ihrer Abgeordneten auf fünf erhöhte.

4,61 Prozent beziehungsweise sieben Sitze entfielen auf die von sechs kleinen Parteien gebildete „Vereinigte Linke" (IU), die sich unter der Führung des neuen KP-Chefs Gerardo Iglesias erstmals zur Wahl stellte.

Trotz der natürlichen Abnutzung durch nicht erfüllte Wahlversprechen von 1982 bleibt der Ausgang ein Triumph der straff geführten Regierung González, die unbeirrt an ihrem pragmatischem Kurs festhielt. González erklärte nch dem Wahlsieg: „Es beginnt nun eine neue Ära für Spanien. Vier Herausforderungen sind zu bestehen: Die völlige Integration in die EG, weiteres Wirtschaftswachstum, die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen sowie die Modernisierung unserer Gesellschaft."

‚Deutsche waren in Militär-Stellungen'

WELT-Interview mit Abteilungsleiter Abrams vom US-Außenministerium über Nicaragua

DW. Bonn

Für die amerikanische Regierung sind die sogenannten landwirtschaftlichen Kooperativen in Nicaragua, auf denen auch die entführten und später freigelassenen Deutschen arbeiteten, „militärische Stellungen". Darauf hat der Abteilungsleiter für Lateinamerika im US-Außenministerium, Elliot Abrams, in einem Interview mit der WELT hingewiesen. Die Deutschen, so Abrams, hätten sich dort wissentlich in Gefahr begeben. Abrams: „Ich will nicht behaupten, daß in den Kooperativen keine Landwirtschaft stattfindet, doch ihr fundamentaler Zweck ist strategischer Art".

Auf die Frage, warum die Freilassung der deutschen „Aufbauhelfer" so lange gedauert habe, obwohl Washington einigen Einfluß auf die Contras habe, meinte der Abteilungsleiter des State Department: „Was falsch lief, war die Tatsache, daß die Sandinisten nicht daran interessiert waren, sie schnell freizubekommen. Sie hatten entschieden, daß dies ein guter Zwischenfall war, der Spannungen zwischen den USA und der Bundesrepublik schaffen würde. Wir hatten große Furcht, daß sie die Contras in Kampfhandlungen verwickeln würden, in denen die Deutschen getötet worden wären und die Schuld daran

SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

den Widerstandskämpfern angelastet worden wäre. Wir haben auf Seiten der Sandinisten keine Bereitschaft erkennen können, diesen Konflikt schnell zu lösen."

Abrams wies darauf hin, daß die Position des Vatikan und der Bischöfe von Lateinamerika „über die Unterdrückung der Religion in Nicaragua sehr eindeutig ist". In der vergangenen Woche habe der Vorsitzende der lateinamerikanischen Bischofskonferenz dazu aufgerufen, die religiöse Unterdrückung zu stoppen. Der Abteilungsleiter sprach sich gleichzeitig dafür aus, daß die „Demokratien in Westeuropa und in Lateinamerika eine besondere Rolle" bei der Lösung des Konfliktes in Mittelamerika spielen müßten: „Es sollte für die sozialistischen, christdemokratischen Internationalisten und für die Stiftungen in Deutschland eine Sache des Konsensus sein, demokratische politische Aktivitäten in Nicaragua zu unterstützen."

Zu den Gesprächen, die die Reagan-Administration mit der Sowjetunion über die politische Situation in Nicaragua führt, meinte Abrams: „Sie geben uns Gelegenheit, die Sowjets daran zu erinnern, wie wichtig dieses Gebiet für uns ist und wo die Grenzen sind, die wir den Nicaraguaner unter keinen Umständen zu überschreiten erlauben."

Sozialistische Internationale kritisiert Kurs in Nicaragua

Moskau leugnet Hilfe für die linke Guerrilla in Mittelamerika

DW. Lima

Nicaragua ist auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) in Lima der Vorwurf gemacht worden, durch „unnachgiebige Positionen" den Demokratisierungsprozeß in Mittelamerika aufs Spiel zu setzen. Der ehemalige Präsident von Venezuela und derzeitige SI-Vizepräsident, Carlos Andres Perez, erinnerte Managua daran, daß es gegenüber Lateinamerika „Verantwortung" habe. Die Sandinisten sollten den Vermittlungsbemühungen der Contadora-Gruppe vertrauen und die von ihr ausgearbeitete Friedensakte unterzeichnen. Den Vorwurf der Unnachgiebigkeit richtete er allerdings auch an die Adresse der USA.

In der Mittelamerika-Debatte brachte Perez das Bedauern der Sozialistischen Internationale darüber zum Ausdruck, daß das „Projekt der sandinistischen Revolution von politischem Pluralismus, gemischter Wirtschaft und Blockfreiheit bedauerlicherweise noch nicht verwirklicht worden ist".

Der sowjetische Botschafter in Kolumbien, Leonid Romanow, hat in einem Interview mit dem Rundfunk des Landes jedes Eingreifen Moskaus in Mittelamerika ausgeschlossen und die Unterstützung für die Contadora-Bemühungen unterstrichen. Er bestritt auch, daß die Sowjetunion die linksgerichtete Guerrilla in dieser Region unterstütze oder in irgendeiner Form in den politischen Prozeß in Kolumbien eingreife. „Die regionalen Probleme müssen auf polititschem Weg gelöst werden", sagte er. Zu der Fracht sowjetischen Militärmaterials, die in der vergangenen Woche in Panama auf einem dänischen Schiff sichergestellt worden war und für Mittelamerika bestimmt gewesen sein soll, wollte der Botschafter keine Stellungnahme abgeben.

In seinem Schlußdokument appelliert der gestern zu Ende gegangene Kongreß der Sozialistischen Internationale, die „heute für Rüstung ausgegebenen Mittel zugunsten sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung in der ganzen Welt" zu verwenden. SPD-Chef Willy Brandt wurde in Lima als SI-Vorsitzender bestätigt.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kompromißbereit?

Von Heinz Heck

Zwei renommierte Wissenschaftler, die Professoren Häfele aus der Bundesrepublik und Maier aus der „DDR", wollen praktische Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl und den katastrophalen Umweltschäden im anderen Teil Deutschlands ziehen.

Die „DDR" steht energiepolitisch mit dem Rücken an der Wand: Der – ohnehin hohe – Anteil der Braunkohle an der Primärenergie-Erzeugung ist von 64,5 Prozent 1980 auf 70,4 Prozent 1985 gestiegen und würde sich den SED-Planzielen zufolge im Fünfjahresplan 1986/1990 auf 77 Prozent, also mehr als drei Viertel, erhöhen. Der Kapazitätszuwachs läge dabei „zu einem wesentlichen Teil im Raum Berlin".

Die Bundesrepublik und andere europäische Nachbarn hätten mehr als bisher die Umweltsünden der „DDR" auszubaden, wobei die Verschlechterung der Lebensverhältnisse im unmittelbaren Umfeld, im Raum Halle/Leipzig, inzwischen dramatische Ausmaße angenommen hat. Daher erscheint es zwingend geboten, auf die strenge Anwendung des Verursacherprinzips zu verzichten und auf Abhilfe zu sinnen.

Energie aus Kernkraftwerken sowjetischer Provenienz scheidet dabei – erst recht seit Tschernobyl – aus. Die bereits in Betrieb oder Bau befindlichen Reaktoren aus der Sowjetunion sind für die dichtbesiedelte „DDR" Bedrohung genug. Ein Ausweichen auf die Bundesrepublik als Lieferanten wäre ein sinnvoller Ausweg, immer vorausgesetzt, Ost-Berlin zeigt sich kooperativer als vor einem Jahrzehnt, als Moskau mit der Kraftwerk Union (KWU) über die Lieferung zweier Blöcke für den Standort Königsberg verhandelte, die – ebenfalls – mit Stromlieferungen bezahlt werden sollten.

Das Projekt platzte, da die „DDR" nur eine Stichleitung für die Stromversorgung West-Berlins akzeptierte, Bonn aber die sich aus dieser Abhängigkeit ergebende Erpressungsmöglichkeit nicht hinzunehmen bereit war. Wer weiß? Vielleicht wäre Tschernobyl vermieden worden, wenn Moskau besseren Einblick in westliche Sicherheitstechnik gehabt hätte. Wer weiß? Vielleicht ist Ost-Berlin angesichts der doppelten dramatischen Zuspitzung heute kompromißbereiter.

Vogel und der Volkswille

Von Enno v. Loewenstern

Hans-Jochen Vogel ist für Volksentscheide. Er hat empfohlen, die Diskussion über die Erweiterung der Möglichkeiten des Volksentscheids zu intensivieren. Das ist neuerdings wieder Mode, seit die Grünen sich als Basisdemokratenpartei empfehlen und die SPD ihnen die Wähler wegzufangen sucht. Seriös ist es selten, einer unseriösen Partei mit deren Einfällen das Wasser abzugraben. So auch hier.

Als Jurist muß Vogel wissen, daß Volksentscheide dem Prinzip der mittelbaren Demokratie widersprechen. Sie mögen in der kleinen und auf ehrwürdigen Traditionen fußenden Schweiz und in den deutschen Bundesländern bis zu einem gewissen Grade funktionieren. In großen Bereichen sind sie gefährlich. Man hat es in Österreich gesehen, als das Kernkraftwerk Zwentendorf aus einer Stimmung heraus abgelehnt wurde. Viele bedauern das heute. Vielleicht wird, in einer ruhigen Atmosphäre, eine neue Abstimmung anders ausfallen. Was wäre dann der wahre Volkswille?

Die Grünen behaupten heute, ihre Vorhaben – Ausstieg aus der Kernenergie, Ausstieg aus den Raketen – würden von einer Mehrheit gebilligt. Sie selbst aber werden, wie der Auftritt Lukas Beckmanns in der Hannover-Wahlnacht zeigt, damit nicht fertig, daß ihre Sache bei Wahlen nicht die Mehrheit bekommt. Es bedeutet keinen Zweifel an der Mündigkeit des Bürgers, wenn unsere Verfassung davon ausgeht, daß so ungeheuer komplizierte, auch soziale Zukunftsprobleme bergende Materien nicht von der Gesamtbevölkerung im simplen Ja-oder-Nein-Verfahren entschieden werden können.

Die Raison der mittelbaren Demokratie ist, daß die Menschen, die unmöglich allesamt Fachleute für diese und tausend andere Fragen sein können, Vertreter ihres Vertrauens im Rahmen einer Partei mit bestimmter Programmatik wählen und daß damit dem wahren Interesse des Volkes am besten gedient ist. Übrigens war die SPD allemal vornean in empörter Ablehnung von Volksbefragungen, wenn es um gewisse andere Fragen ging. Wer aber A sagt wie Atom, muß auch A wie Asylgewährung bis Z wie Zulassung der Todesstrafe sagen. Den SPD-Juristen empfiehlt sich eine Erweiterung der Diskussion, welche Geister sie da rufen.

Unumgänglicher Lärm

Von Rüdiger Moniac

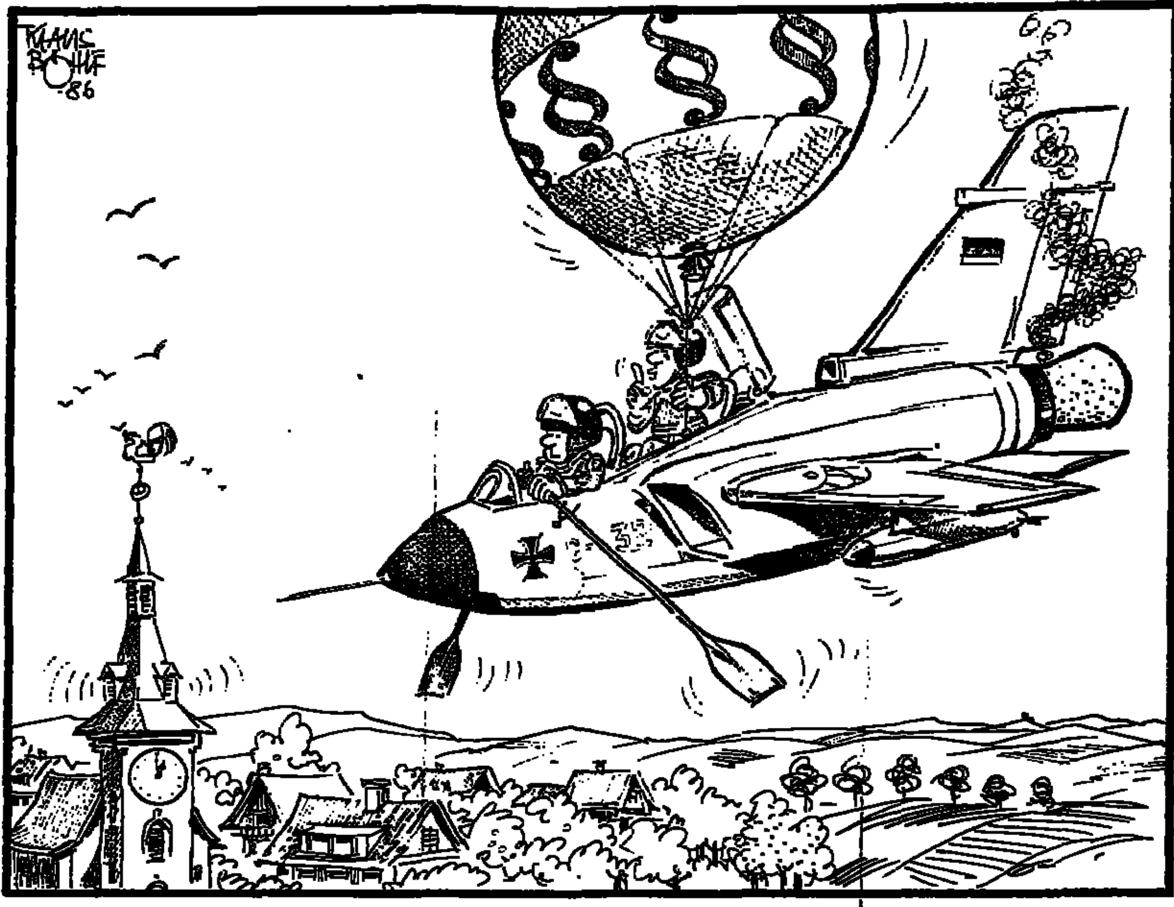
Der Lärm, den die Kampfflieger der NATO beim Tieffliegen übungshalber über der Republik verursachen, hat sich objektiv nicht vermehrt, aber er stört immer mehr Menschen im Lande und zwingt Politiker und Militärs, sich immer öfter mit den Beschwerden der Betroffenen auseinanderzusetzen. Fluglärm, früher von manchen etwas euphorisch als „Klang der Freiheit" apostrophiert, wird zum politischen Problem. Zum einen, weil Bürger sich tatsächlich vom Lärm der Düsen belästigt fühlen, zum zweiten aber auch, weil diejenigen, die die NATO-Verteidigung schwächen wollen, den Kampf gegen den Lärm als geeignetes Vehikel entdeckten.

Die Anhörung im Bundestag, wo alle Argumente zum militärischen Flugbetrieb vorgetragen wurden, hat wieder gezeigt, daß ein radikales Mittel zur Beschneidung des Lärms aus der Luft nicht vorhanden ist, wenn die Einsatzbereitschaft der Luftwaffen der NATO nicht unverantwortlich gemindert werden soll. Die militärischen Flugzeugführer brauchen Erfahrung im Tiefflug, die auch durch keinen noch so ausgeklügelten Simulator ersetzt werden kann. Pro Pilot müssen mindestens 180 Stunden im Jahr geflogen werden. Damit ist die NATO-Forderung schon um 60 Stunden unterschritten.

Die Mahnung des Luftwaffeninspekteurs, General Eimler, kann nicht in den Wind geschlagen werden. Er sagt, schon heute seien die Einsatzverbände „an der untersten Grenze des operationell Vertretbaren". Wenn sich dennoch die Bundesregierung bemüht, einen weiteren Teil des Fluglärms ins Ausland „zu exportieren" – gegenwärtig laufen entsprechende Verhandlungen mit der Türkei –, ist das der anerkennenswerte Versuch, die Belästigungen in einigen Regionen des Landes weiter zu vermindern (er belastet die Piloten zusätzlich, die ohnehin schon monatelang von ihren Familien getrennt sind).

Trotzdem bleibt eine bestimmte Last, und sie wird bleiben müssen. Die Verantwortlichen, vor allem die Abgeordneten in den Wahlkreisen, müssen helfen, Verständnis für unabdingbaren Fluglärm zu wecken, und erläutern, daß alles getan wird, die Belästigung auf dem Minimum zu halten.





Pssst! KLAUS BÖHLE

Stärke setzt sich durch

Von Rolf Görtz

Die Leute fühlen sich regiert", nannte der Vizeministerpräsident der sozialistischen Regierung, Alfonso Guerra, ungeniert das Erfolgsrezept des vierundvierzigjährigen Ministerpräsidenten Felipe González. Diese Präpotenz, die sich bei der monetären Priorität in der Wirtschaftspolitik und im Kampf gegen den Terrorismus positiv auswirkte, mußte dem Demokratisierungsprozeß des Landes gelegentlich Züge verleihen, die viele Kritiker an Zustände der Dritten Welt erinnern. Dann nämlich, wenn die Regierungspartei das Verlangen nach Untersuchungsausschüssen, etwa beim Skandal um die telefonische Überwachung der Opposition, ebenso strikt ablehnt wie das Gespräch mit den Elternverbänden über eine Schulreform, bevor das Reformgesetz verabschiedet wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens verdankt diesem Stil allerdings die allmähliche Angleichung an die Wettbewerbsbedingungen, wie sie nun einmal in der Europäischen Gemeinschaft üblich sind, der Spanien seit dem 1. Januar angehört. Der schmerzhafte Prozeß der Gesundschrumpfung führte dazu, daß Hunderttausende von Kleinstbetrieben aufgeben mußten. Allein – er läßt sich nicht umgehen, wenn Spanien mit der Zeit Schritt halten, gar auf den bereits fahrenden Zug der elektronischen Revolution aufspringen will. Es ist deshalb gut, daß die Madrider Wirtschaftspolitik weitgehend erfahrenen (sozialistischen) Katalanen überlassen bleibt und daß auch die politische Komponente der katalanischen Opposition im Madrider Parlament eine Stärkung erfuhr.

Im Wahlkampf 1982 hatte González versprochen, achthunderttausend Arbeitsplätze zu schaffen. Statt dessen wuchs die Arbeitslosenzahl in den ersten vier sozialistischen Regierungsjahren auf drei Millionen, was etwa 22 Prozent der aktiven Bevölkerung entspricht. Jede andere Regierung hätte wahrscheinlich den gleichen Rückschlag erlitten. Die Unruhe der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen, vor allem in den liquidierten Großwerften, dürfte dazu beigetragen haben, daß die Sozialisten eine Million Stimmen verloren. Dennoch ergaben die Wahlen keine Stärkung der bisherigen Alternative, der Volkskoalition des Oppositionsführers Manuel Fraga Iribarne.

Nach diesen Wahlen kann man deshalb nicht mehr von der Balancewirkung eines klassischen Zweiparteiensystems sprechen. Das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) des einst an der Zerrissenheit seiner eigenen Partei UCD gescheiterten, jetzt wie ein Phönix aus der Asche erstandenen Expremiers Adolfo Suárez bietet noch weniger eine Alternative. Dazu fehlt der CDS ein überzeugendes Programm, wie es zum Beispiel der liberale Katalane Miguel Roca präsentierte. Wenn Roca dennoch durchfiel, dann wohl vornehmlich aus dem trivialen Grund, daß der Strahlemann Suárez den weiblichen Wählern sympathischer erscheint.

Hier muß man wohl einflechten, daß das politische Interesse des spanischen Normalbürgers gering ist. Trotz der bevorstehenden Wahlen gingen zum Beispiel die Auflagen der politisch lebhaft informierenden Tageszeitungen im Mai und Juni dieses Jahres gegenüber der Vergleichszeit im Vorjahr zurück. Die Information holt sich der Bürger gewissermaßen notgedrungen vom staatlichen Fernsehen, dessen Programm allerdings von der Regierung im Eigeninteresse bestimmt wird. Und zwar meistens vom linken Flügel der PSOE.



Die Leute fühlen sich regiert: González FOTO: AP

In der Auseinandersetzung mit der höchst individualistischen Länderpolitik des neugeschaffenen Bundesstaates kann der autoritäre „Felipismo" für die Erhaltung der spanischen Einheit gelegentlich von Nutzen sein. Die Regierung González braucht für die Abwehr des vom roten Terror geprägten Separatismus im Baskenland eine überzeugende Geschlossenheit. Bisher widerstand die Regierung der bequemen Versuchung, den Terroristen politisch entgegenzukommen, wie die Ermordung eines sozialistischen Senators im Baskenland unterstrich. Aber wie auch immer ihre Strategie sich jetzt entwickeln mag – sie darf sich durch das besorgniserregende Anwachsen der ihrem ideologischen Charakter nach anarchokommunistischen Herri Batasuna nicht vom richtigen Grundkurs abbringen zu lassen, den Terrorismus zu bekämpfen. Die Zulassung der Herri Batasuna als Partei, obwohl sich ihre Führer ganz offen zur ETA bekennen und nur die organisatorische Zusammenarbeit mit der Terrororganisation bestreiten, war gewiß ein Schritt in die falsche Richtung.

Ob das Verschwinden der Kommunistischen Partei unter ihrer eigenen Fahne mit dem Hammer-und-Sichel-Symbol aus dem Parlament etwas Gutes ist – der Altstalinist Santiago Carrillo, der seiner Partei einst den Eurokommunismus befahl und über seinen eigenen Autoritarismus stolperte, verlor seinen Sitz im Parlament –, wird die Zukunft lehren; die Kommunisten haben im Verein mit Linkssozialisten und anderen zu einer „Vereinten Linken" einen Tarnverein gefunden. Daß andererseits diese Vereinte Linke nur fünf Prozent errang, zeigt, daß die Spanier sich durch den neuen Anstrich nicht übermäßig täuschen ließen.

In Spanien festigte sich eine pragmatisch geführte Regierung. Zur Stabilisierung aber bedarf es einer bürgerlichen Opposition, die sich noch einiges einfallen lassen muß, wenn sie als Alternative von der Bevölkerung anerkannt werden will.

IM GESPRÄCH Wolfgang Swodenk

Der Industrie-Professor

Von Peter Philipps

Wenn wir Deutschen etwas von den Amerikanern lernen können, dann das Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen sowie den Wechsel zwischen öffentlichem Amt und privatwirtschaftlichem Job. Gerade letzteres gehört in der Bundesrepublik Deutschland zur Ausnahme. Eines dieser raren Beispiele ereignet sich zur Zeit in Köln.

Wolfgang Swodenk, bisher Leiter des Zentralbereichs Forschung und Entwicklung beim Chemie-Riesen Bayer AG, vertauscht seinen gut dotierten Chefsessel im Unternehmen mit einem Katheder an der Universität Köln. Der neue Lehrstuhl für Technische Chemie, den er dort übernimmt, ist zudem von seinem bisherigen Arbeitgeber „gestiftet" worden: Die Bayer AG, seit vielen Jahren dem bestehenden Uni-Institut für Organische Chemie zu beiderseitigem Nutzen eng verbunden, griff einen Hilferuf der Hochschule auf. Zunächst auf fünf Jahre zahlt das Unternehmen das Gehalt des Professors und einen Teil der Verwaltungskosten.

Der fünfundfünfzigjährige Swodenk hat als Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der Universität Bonn seit 1978 Lehr-Erfahrung. Die Tätigkeit des gebürtigen Dresdners, der an der TU Berlin studiert und promoviert sowie ein Jahr als Assistent gearbeitet hat und seit fast dreißig Jahren ununterbrochen zur Bayer AG gehört, war schon bisher breit gestreut, vom Vorsitz in der Deutschen Bunsen-Gesellschaft über ehrenamtliche Mitwirkung im Verband der Chemischen Industrie bis zur Deutschen Gesellschaft für Chemisches Apparatewesen.

Die Berührungsängste zwischen Hochschul-Theorie und Betriebs-Praxis sind zwar in der Chemie traditionell erheblich geringer als in den meisten anderen Studienfächern. Doch Professor Swodenks Stuhlwechsel ist selbst hier etwas Ungewöhnliches. Er soll nun auf dem gestifteten Lehrstuhl auch „der Universität die technische Infrastruktur von Bayer für Lehrveranstaltungen zugänglich machen", wie Karl-Heinz Büchel, im Bayer-Vorstand Sprecher für Forschung und Entwicklung, mitteilte.



Mäzenatentum zu beiderseitigem Nutzen: Swodenk FOTO: DIE WELT

Dies wird eine Gratwanderung für den neuen Kölner Lehrstuhlinhaber. Er muß die Balance halten zwischen mäzenatisch geförderter, praxisnaher Hochschulausbildung und -forschung und hochschulgemäßer Ausrichtung auf die wissenschaftliche Grundlagenarbeit. Aber alles deutet darauf hin, daß er gerade aufgrund seines Herkommens seinen Studenten helfen kann, die in der Technischen Chemie typischen Schwierigkeiten beim Übergang in die industrielle Praxis zu überwinden.

Stiftung des Lehrstuhls und Wechsel eines profilierten Managers auf diesen dürfte bei Bayer nicht nur aus altruistischen Motiven erfolgt sein, wird doch der dabei herangezogene wissenschaftliche Nachwuchs auch dem eigenen Unternehmen zugute kommen. Doch wirkt die Stiftung in erster Linie als Dienst für die Gemeinschaft, auch wenn kein Horaz mehr mit einer Ode bereitsteht: „Maecenas atavis . . .".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Parteitage des Wochenendes beschäftigten viele Zeitungen:

Frankfurter Allgemeine

Die perspektivische Linie, die von dem Ergebnis der Niedersachsenwahlen vom 15. Juni zu den kommenden Wahlgängen . . . führt, ist auf den Parteitagen und Parteikonferenzen dieses Wochenendes sichtbar geworden. Die Partner der Bonner Koalition haben ihren Willen zum Zusammengehen bekräftigt . . . Auf der anderen Seite bewegt sich die SPD konsequent auf einem Kurs weiter, der mit dem Schlagwort „Weg von der Mitte" zu beschreiben wäre.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Es muß alarmieren, daß ausgerechnet die Berliner SPD eine beängstigende Umwertung vieler Grundpositionen vornimmt. Massiv und manchmal voller Haß kritisiert man heute die Führungsmacht der westlichen Demokratien ob ihres harten Umgangs mit der UdSSR, während in jeder Beziehung um Verständnis für die Sowjets geworben . . . wird. (Karlsruhe)

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Ungeachtet gewohnt munterer Sprüche herrscht bei Deutschlands Grünen in diesen Tagen unüberhörbar Katzenjammer. Das unerwartet schwache Abschneiden der Sonnenblumenpartei bei der niedersächsischen Landtagswahl hat mit voller Wucht alle Gegensätze aufbrechen lassen, die man mit Verbalkompromissen zu übertünchen versucht hatte. Und es mehren sich die Stimmen der Einsicht, die nicht mehr utopischen Heilskündern zu folgen bereit sind.

Nordwest-Zeitung

Die sonst so oft bei der Union vermißte Fähigkeit, wenigstens in den wichtigen Monaten vor entscheidenden Wahlen Querelen unter den Teppich zu kehren und Gemeinsamkeit zu demonstrieren, prägte diesmal den CSU-Parteitag. (Oldenburg)

DEISTER- UND WESERZEITUNG

In der Sicherheitspolitik zieht sich die scharfe Trennungslinie schon längst nicht mehr zwischen die Lager von SPD und CDU/FDP hindurch. Vielmehr verläuft sie quer durch die SPD, wie der Eklat von Berlin an diesem Wochenende erneut gezeigt hat. (Hameln)

Hamburger Abendblatt

Hans-Dietrich Genscher hat eine politische Lawine losgetreten. Nach der Bonner Wende von 1982 erklärte der FDP-Ehrenvorsitzende nun wieder Bündnisse seiner Partei mit der SPD für möglich . . . der Vorgang spiegelte die Zerrissenheit der Elbliberalen: Parteichef Ingo von Münch konnte sich nur mühsam gegen starke Kräfte seiner Partei durchsetzen, die für eine Aussage zugunsten der CDU plädierten.

In Peru konnten die Sozialisten etwas lernen

Wenn marxistische Gewalt sich gegen Sozialdemokraten richtet / Von Werner Thomas

Der 17. Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) wird nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Nicht wegen der Ereignisse im Hotel Crillon der peruanischen Hauptstadt Lima, sondern wegen der dramatischen Vorgänge außerhalb der Tagungsstätte.

Es gab die blutigste Gefängnisrevolte der jüngeren Geschichte, bei der mehr als dreihundert inhaftierte Guerrilleros ums Leben kamen. Es gab eine Welle von Bombenanschlägen. Lima glich einer belagerten Stadt. Zehntausend Soldaten und Polizisten patrouillierten auf den Straßen. Panzer und Panik beherrschten das Bild.

Willy Brandt und seine weltweite Organisation wurden mit einer brutalen Problematik des lateinamerikanischen Krisenkontinentes konfrontiert: der politischen Gewalt. Dieses Thema ist oft klischeehaft interpretiert worden, nicht zuletzt von der Sozialistischen Internationale selbst.

Die peruanische Tragödie erteilte nun denen einen praktischen Anschauungsunterricht, deren – allzu gängiger – Meinung nach politische Gewalt von der sozialen Ungerechtigkeit ausgeht: Arme gegen Reiche – man tut, als sei das ein reiner Nord-Süd-Konflikt.

Niemand kann das Elend dieser Region leugnen. Es gibt jedoch auch eine Ost-West-Komponente. Schließlich verfolgen Kuba und Nicaragua den Kurs des „revolutionären Internationalismus". Schließlich unterhalten fast alle Guerrilla-Gruppen Lateinamerikas enge Kontakte zu diesen marxistischen Staaten. Und das Kuriose ist, wenn schon Armut der Grund für die Hinwendung zum Marxismus sein soll: in Nicaragua und Kuba geht es den Menschen wirtschaftlich besonders schlecht.

Der peruanische Vizepräsident Luis Alberto Sanchez machte jetzt eine interessante Mitteilung: Die in Rostock geladenen Waffen des in Panama beschlagnahmten dänischen Frachters „Pia Vesto" waren für die peruanische Rebellenbewegung „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) bestimmt. Aber wer darauf hinweist, daß marxistische Kräfte die Unruhe in Lateinamerika schüren, gilt automatisch als Opfer amerikanischer Propaganda.

Antiamerikanische Gefühle und der Hang zum Klischee-Urteil haben zu einer losen taktischen Allianz zwischen Sozialdemokraten und Marxisten geführt. In Nicaragua steht die SI trotz einiger Distanzierungsbemühungen den marxistischen Sandinisten näher als den gemäßigten Kräften der Opposition. Unter den 450 Delegierten im Hotel Crillon saß auch der sandinistische Comandante Bayardo Arce.

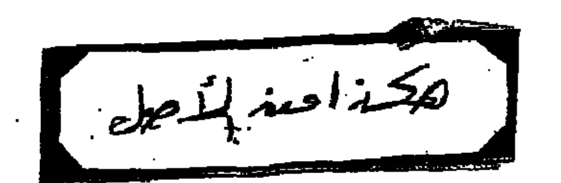
Die Comandantes verfügen im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei Nicaraguas über einen Beobachterstatus. Die Sozialdemokratische Partei Nicaraguas beantragte bisher vergeblich die Aufnahme in die SI. Über das SI-Mitglied Guillermo Ungo bestehen wiederum Verbindungen zur – marxistischen – salvadorianischen Guerrilla-Gruppe „Farabundo Marti" (FMLN). Der Sozialdemokrat Ungo führt die politische Organisation der FMLN.

Daß Marxisten keine Demokraten sind und daß auch Lateinamerikaner demokratische Regierungen schätzen, störte das Verhältnis kaum. In Peru wurde jedoch eine alte Erfahrung bestätigt: Marxisten kämpfen auch gegen Sozialdemokraten, wenn es um die Machtfrage geht.

Perus junger Präsident Alan Garcia (37), ein populärer Sozialdemokrat, will nicht nur als Anwalt der Armen die soziale Situation verbessern. Er wollte auch Frieden schließen mit den marxistischen Guerrilla-Bewegungen „Sendero Luminoso" und „Tupac Amuro". Seine Versuche sind gescheitert. Die Rebellen haben abgelehnt. Der Krieg tobt schlimmer als zuvor. Das blutige Ende der koordinierten Meuterei inhaftierter Senderistas in drei Gefängnissen signalisiert eine Verschärfung des Konflikts.

Schon werden die Schuldzuweisungen manipuliert: Garcia und die Streitkräfte trügen Schuld; sie hätten ein geplantes Blutbad veranstaltet. Kein Wort darüber, daß die Meuterer mit Gewehren und Sprengstoff bewaffnet waren. Daß die marxistische Opposition „Vereinigte Linke" Garcia bitter beschuldigte („barbarisches Massaker"), überrascht nicht. Aber auch SI-Delegierte haben Kritik geübt. Willy Brandt dagegen, am Sonntag in seinem Präsidentenamt bestätigt, widmete dem peruanischen Präsidenten immerhin solidarische Worte: „Wir stehen an Ihrer Seite im Kampf gegen den Terrorismus und das Elend."

Peru ist exemplarisch für Lateinamerika. Der Sozialistischen Internationale stellt sich die Frage der Seiten-Wahl: Demokratie oder marxistische Revolution. Es gibt keinen Mittelweg. Die Hoffnungen, daß die Organisation nun klare Fronten zieht, scheinen jedoch gering zu sein. Armando Villanueva, der links von Garcia pendelnde Generalsekretär der peruanischen Sozialdemokraten, schloß seine Rede vor dem Kongreß mit der Feststellung: „Der allergrößte Feind ist der Imperialismus." Er meinte, für jedermann erkennbar, die Amerikaner. Und erntete starken Applaus.



Wenn der Schreck kommt, bleibt der Wein rein

In vino veritas! Aber im Wein ist noch viel mehr; und damit der Rebensaft nur das enthält, was erlaubt ist, wird kontrolliert, geprüft und manchmal auch analysiert. Ein Tag im Leben des Weinprüfers Helmut Schreck.

Von JOACHIM NEANDER

Beim Eintreten pflegt er zu sagen: „Guten Tag, mein Name ist Schreck, ich nehme an, Sie wissen, wer ich bin." Die meisten wissen es sofort. Und den einen oder anderen läßt dieser (Herr) Schreck tatsächlich ein bißchen blaß werden. Helmut Schreck (56) aus Speyer in der Pfalz ist einer der 45 deutschen Weinkontrolleure.

Vermutlich eine gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, ob Weintrinker oder nicht, stellt sich unter Weinkontrolle eine Schwadron von Chemikern in weißen Kitteln vor, die in ihren Labors tagaus, tagein den Inhalt von Weinflaschen analysieren und auf diese Weise die güldene Gottesgabe vom Gift, die Qualität von der Panscherei und das wirklich Schöne vom nur Geschönten scheiden.

Gefunden wird nur, was man sucht

Aber das ist so ziemlich vollkommener Quatsch. Die Analyse ist natürlich nötig. Aber seit dem Diethylenglykol-Skandal weiß inzwischen fast jedermann, daß man im Wein mit seinen fast 1000 Inhaltsstoffen etwas Bestimmtes nur finden kann, wenn man vorher weiß, wonach man suchen soll. *Auch die Qualität ist analytisch* nur stückweise zu erfassen: Oechslegrade, zuckerfreier Extrakt, Wein-, Apfel- oder Milchsäure, Alkohol, Schwefel etc. Aber bei der Frage, ob so ein Wein harmonisch ist, ob er Duft, Frucht, Spiel oder Reife hat, da versagen die Analysen.

Natürlich gibt es im Chemischen Untersuchungsamt in Speyer, wo der Herr Schreck seinen Arbeitsplatz hat, auch Chemiker. Sie *sind dringend nötig*. Aber ... um es kurz zu machen, eine Anekdote. Lange bevor der große Skandal mit den gefälschten österreichischen Prädikatsweinen ruchbar geworden war, haben die Weinkontrolleure in Speyer beisammen gesessen und immer wieder eine dieser pappig-süßen Fünf-Mark-Spitzengewächse aus dem Burgenland probiert und gesagt: „Das kann keine Beerenauslese sein." Und immer wieder sind die Chemiker gekommen und haben triumphierend ihre Ergebnisse mitgeteilt: „Nichts Verdächtiges drin."

Was also treibt der Herr Schreck? Wen oder was kontrolliert er? Ich habe ihn einen Arbeitstag lang begleitet. Mein Resümee lautet ungefähr so: Helmut Schreck ist so eine Art Wein-[illegible], einer von der alten Art, die ihr Revier mit seinen Menschen und ihren Fehlern und Problemen noch kannte wie die eigene Westentasche. Sein Motto: „Bellen ist oft viel besser als beißen."

Es *ist* ein Tag der *sogenannten* Routineprüfungen. Herr Schreck ist mit seinem gelben Audi in seinem Bezirk, der sogenannten Mittelhaardt, unterwegs. Er *geht unangemeldet* in die Betriebe. Aber er hält auch mal auf der Straße an, wenn da ein Tanklastzug steht, und läßt sich die Papiere und den Inhalt zeigen. „Es ist wichtig, daß man gesehen wird", meint er. Die EG-Vorschrift fordert, daß jeder Betrieb mindestens einmal in drei Jahren geprüft wird. Aber Weinkontrolleur Schreck und seine Kollegen halten dies für ziemlich schematisch: „Es gibt Betriebe, da muß ich alles halbe Jahr in der Tür stehen. Dafür kann ich andere ruhig länger in Ruhe lassen, weil ich die Leute kenne und weiß, daß da nichts passiert."

Auch andere Bestimmungen finden bei den Weinkontrolleuren nur mäßige Zustimmung. „Nicht wahr", sage ich, „wenn Sie und Ihre Kollegen die Weingesetze machen würden, sähen sie sicher anders aus." Der Kontrolleur, schließlich ist er Beamter, antwortet: „Sie dürfen das sagen. Ich darf das nur denken." Aber dann fügt er hinzu: „Ganz schlecht ist das Gesetz auch nicht. Aber man darf keine Wunder davon erwarten."

Wir sind also beim Weingut B. Schreck zählt auf, was er alles sehen will: Kellerjournal, Herbstbuch, Registerbuch, Zuckerbuch, Kontrollbuch, Kontrollbuch G. Bei Genossenschaften und Kellereien kommen noch Wiegescheine und Anlieferungslisten dazu. Winzer sind Bürokraten. Man zwingt sie dazu.

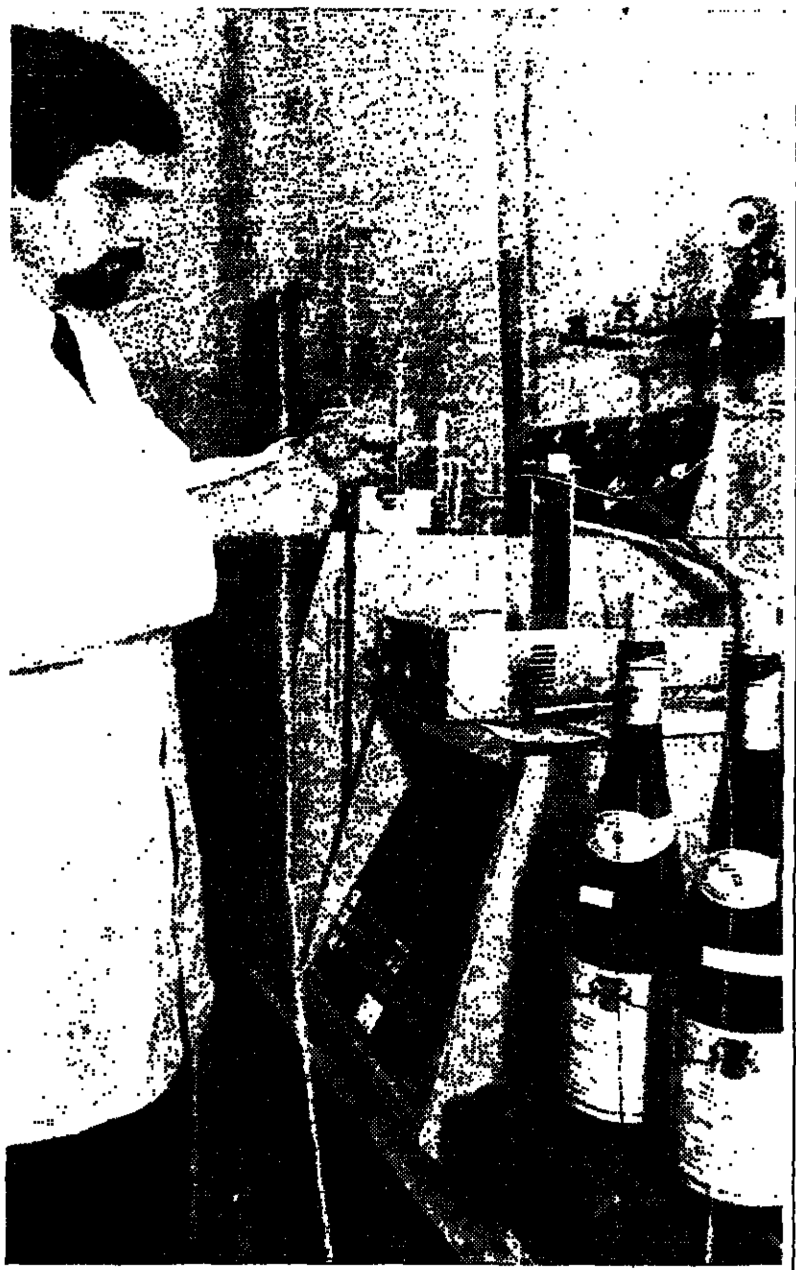
Jeder Wein hat eine Nummer. In den Büchern kann der Kontrolleur *mit seinem geübten Röntgenblick* sozusagen den Lebenslauf eines Weins vom Stock bis in die Kehle des Genießers hin- und zurückverfolgen.

Im Kontrollbuch G steht, welche Behandlungsstoffe (das sind von Bentonit über Gelatine, Aktivkohle bis zum kohlensauren Kalk alle jene Stoffe, die den Wein von unwillkommenen Trub- und Geschmacksstoffen befreien, nach Gebrauch aber wieder *vollständig aus dem Wein entfernt* werden – die modernen Filtriermaschinen sind so „durchschlagskräftig", daß sie leider manchmal auch natürliche Inhaltsstoffe des Weins mit herausfiltrieren) Herr B. im letzten Jahr gekauft und verwendet hat.

Im Zuckerbuch stehen die Zuckermengen samt den dazugehörigen Lieferscheinen. Herr Schreck sieht sofort, ob die Zuckermenge nach der Qualität der Weine im legalen Bereich liegt.

Würde Herr B. sich zusätzlich Zukker besorgen, schwarz und ohne Rechnung, würde das Herrn Schreck irgendwann an der Gesamtbilanz auffallen. „Ich guck' nicht auf Bagatellen", sagt er. „Wenn es zu genau stimmt, dann stimmt oft etwas nicht."

Natürlich geht Herr Schreck auch in die Keller. Er hat einen sechsten Sinn im Auffinden verschwiegener Ecken. „Kann ich den mal probieren?" Mit dem sogenannten Stechheber oder dem Schlauch wird dann die Faßprobe entnommen. Der Kontrolleur macht sich über jeden Wein Notizen. An Hand der Wein-Nummer kann er später, wenn am Flaschenwein irgend etwas unklar sein sollte, auf diese Notizen zurückgreifen. Beim Probieren der Weine im Faß lernt er auch die Probleme des Betriebes kennen. Wer manipuliert, hat meist Probleme mit seinem Wein. Wo in einem Keller in mehreren Proben ein Grauschimmelton festgestellt wird, da muß man darauf achten, wie der Winzer den für die Qualitätsweinprüfung wieder wegbekommen hat.



Nur eine Art der Weinkontrolle: der Gaschromatograph FOTO: DPA

Schreck: „Ich muß meine Betriebe kennen, ich muß wissen, wer mit wem Geschäfte macht, wer wen beliefert. Wenn dann ein Fremder einbricht, habe ich es viel leichter, die Situation zu untersuchen." Im Herbst während der Lese taucht er in vielen Betrieben an jedem zweiten Tag auf. Er geht auch in Gaststätten, sieht nach, ob alle Flaschen richtig etikettiert sind.

Jeden Morgen hat er die Begleitscheine aller Weintransporte auf dem Tisch, die am vergangenen Tag von irgendwoher in sein Gebiet gekommen sind. Bei einem Verdacht fährt er sofort hin. Meist kommt er noch zurecht, ehe der Wein auf Flaschen gefüllt ist. Tank- und Faßweine sind viel leichter zu überprüfen als Flaschenweine. Deshalb sind die Forderungen deutscher Winzer und Politiker, Auslandswein nur noch in Flaschen hereinzulassen, wenig sinnvoll, meint Schreck.

Anonyme Anzeigen von der Konkurrenz

Da werden natürlich Grenzen berührt. Der Wein-Schutzmann, der alle seine Ecken und fast alle seine Mitmenschen kennt, gerät mitunter in schwierige Situationen. Anonyme Anzeigen kommen. Und der Kontrolleur weiß genau, das kann nur die Konkurrenz in der Nachbarschaft sein. Oder er hat bei einem Winzer etwas Verbotenes gefunden, und nun muß der ganze Betrieb auf den Kopf gestellt werden, die Schande im Dorf und der Schaden bei den Kunden. Der Mann droht plötzlich: „Ich häng' mich auf ..."

Nicht alle gezielten Ermittlungen *enden so gütlich wie jene anonyme* Anzeige gegen einen Winzer, der eine Kammerpreismünze für einen Wein aus der berühmten Lage „Kallstadter Saumagen" *erhalten hatte*, obwohl er doch im „Saumagen" gar keine Reben habe. Schreck forschte nach und bekam heraus, daß der Winzer dort rechtmäßig ein Stück von einer Tante gepachtet hatte. Fehlalarm also.

Daß Bellen tatsächlich manchmal *wirksamer* als Beißen ist, zeigt die Geschichte von einem anderen Winzer, dessen Frau nach einem Streit wütend angerufen hatte: Sie wisse genau, wo *ihr Mann den süßen Samos* kaufe, um nachts damit seine Spätlesen zu „machen". Razzia? Großalarm? Mitnichten. Schreck ging hin und verwickelte den Mann in ein Gespräch. Wie gefährlich das Panschen sei, wenn man erwischt werde. Vor allem mit griechischen Weinen, wo der Nachweis besonders einfach sei. Und so weiter. Nie wieder kam eine Klage.

Um 17.45 Uhr ist der Routinearbeitstag von Herrn Schreck zu Ende. Zwei Weingüter und eine Winzergenossenschaft geprüft, viel erzählt, etwa *50 oder 60 Weine probiert, nur* nette und anständige Leute kennengelernt. Erkenntnis: Absolute Garantien gibt es beim Wein nicht. Allenfalls Kontrolleure wie Herr Schreck mit seinem grauen Bart um sein freundlich-strenges Lächeln herum. „Auf Wiedersehen", sagt der Kontrolleur. „Jetzt gehe ich zu meinem Hobby." Er ist Imker: dreißig Völker. Honig ist Natur, genau wie Wein. Aber vielleicht sind Bienen bessere Menschen.

Soweto heute – eine Stadt im Bann lähmender Gewalt

Von Soweto, der Schwarzen-Vorstadt von Johannesburg, ging vor zehn Jahren das Signal zur Konfrontation mit dem System der Apartheid aus. Heute ist Soweto ein Exerzierfeld radikaler Kräfte, die das *Ziel* der Unregierbarkeit verfolgen.

Von MONIKA GERMANI

Wir fahren mit einem schwarzen Freund durch den trüben Juni-Nachmittag, eine helle, wässrige Sonne *steht* über dem dunstverhangenen Soweto. „Lassen Sie sich nicht von der Ruhe hier täuschen", sagt mein Begleiter, „das kann von einer Minute zur anderen umschlagen, und dann fliegen die ersten Steine. Freitag nachmittag ist auch unter normalen Umständen ein schlechter Zeitpunkt für einen Weißen, sich hier sehen zu lassen."

Sowetos Kriminalität ist auch ohne Aufstand und Ausnahmezustand hoch. Das wurde früher dem Umstand angelastet, daß Soweto keine Elektrizität habe. Doch das hat sich *vor zwei Jahren geändert*: Peitschenmasten ragen in den Himmel, die Haushalte verfügen über elektrisches Licht. Und an den Straßen stehen *Laternen, die gelegentlich zum Ziel* der Zerstörungswut werden.

Freitag nachmittag bedeutet für die Hausfrauen in Soweto einkaufen für das Wochenende. Mein Begleiter sagt, es sei ratsam, sich die Geschäfte in der Schwarzen-Wohnstadt sorgfältig auszuwählen. Oft übervorteilten schwarze Geschäftsleute ihre schwarzen Kunden mit überhöhten Preisen. Derzeit herrscht jedoch kein Verkaufsboykott, von den „Genossen" sonst am Ortseingang überwacht, damit auch ja niemand bei Weißen gekaufte Waren hineinbringt. Diese Haltung war in allen schwarzen Städten verbreitet. Weiße Geschäftsleute wurden in den Bankrott getrieben, der Plan von der „Unregierbarkeit" gewisser Gebiete des Landes gefördert.

Wir fahren durch den Stadtteil Orlando West, wo vor zehn Jahren das *erste weiße Opfer des Aufstandes*, Melville Edelstein, Arzt und Philantrop, der mit seinem Geld die Schulen der schwarzen Kinder gefördert hatte, mit einem Spaten geköpft worden war. Dann fahren wir durch Dub, Zondi, Jabulani; lauter Namen von Stadtteilen, die im Laufe der letzten Jahre durch die Medien gegangen sind – Siedlungen der alten „Matchbox-Häuser", die von den Bewohnern *„Elefanten"* genannt werden. Von einer Erhebung sehen ihre nach unten gewölbten *Dächer* tatsächlich wie quadratisch angeordnete Elefantenrücken aus. Sie sind die ältesten Häuser der Stadt, die vor rund dreißig Jahren entstanden ist.

Inzwischen haben viele Bewohner ihre eigenen Häuser erworben, in allen Größen, von kleinen unscheinbaren Behausungen mit vier Räumen bis zu den ersten Villen-Siedlungen. Viel bleibt noch zu tun. Soweto ist auch heute, zehn Jahre nach dem Aufstand, alles andere als eine Mustersiedlung, viele Straßen sind ungeteert, voller Schlaglöcher, die vielen Autos wirbeln in der Wintertrockenzeit den Staub auf, der wie feiner Dunst über der ganzen Stadt liegt.

Obwohl Soweto über eine Müllabfuhr verfügt, türmen sich die Abfallhaufen an vielen Straßenrändern. Hier, erklärt mein Begleiter, werden die Bewohner gezwungen, ihre Miete nicht zu zahlen, viele sind seit Monaten im Rückstand. Aber wie soll eine Stadt fortentwickelt werden, wenn den Bewohnern erzählt wird, die Mieten seien Privateinnahmen der schwarzen Stadträte. Wie sollen so neue Straßen gebaut werden? Ein trübes Rinnsal von Schmutzwasser fließt in einigen Straßen, die Abwasser-Zuführungen sind verstopft, Reparaturteams können jedoch nicht mehr gefahrlos operieren und haben Angst vor Überfällen.

Wir fahren zum Haus meines Begleiters, *das Ende April in Brand* gesteckt worden war. Die Täter drangen in die Garage ein, wo seine Frau mit einigen Strick- und Nähmaschinen einen kleinen Heimbetrieb aufgebaut hatte, legten Feuer, das sich in Windeseile durch die Stoffe und Wollballen fraß und auf das Haus übergriff. Einige Maschinen wurden gerettet, heute liegt Wellblech als Dach über den Hausmauern, die ausgebrannte Garagen-Öffnung ist auch mit Wellblech versperrt. Tische und Stühle im Haus zeigen Brandspuren.

Als die Frau meines Bekannten in den Wagen *steigt*, sagt er: „Jetzt müssen wir da anfangen, wo wir 1959 waren – mit einem Schlafsack am Straßenrand und keinem Dach über dem Kopf." Keine Klagen, keine Tränen, nach außen stoische Gelassenheit, aber auch Trotz, diesem Terror in den Schwarzen-Städten die Stirn zu bieten, dagegen anzukämpfen. „Das ist oft der Fehler bei uns Älteren, unsere Jugend ist aufgehetzt, wir wagen nicht, gegen sie aufzumukken."

Was wissen die Weißen in der Geborgenheit ihrer Städte schon von dem Terror, den Morden mit den „Halsbändern", von dem hier Schwarze bedroht werden, die ein friedliches Miteinander zwischen allen Rassen anstreben, aber oft auch Menschen, die dem politischen Geschehen völlig unbeteiligt gegenüberstehen, wie Maxwell Dlamini. Zwei Mitglieder der schwarzen Sicherheitspolizei hatten am 16. Juni um 15.15 Uhr in Munsieville, der Geburtsstadt von Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu, ein Feuer gesehen. Sie fanden Dlamini mit schweren Brandwunden, ließen ihn ins Krankenhaus bringen.

Vier Tage später fuhr ich durch die schäbige Siedlung, um Zeugen für dieses Verbrechen zu suchen, Verwandte zu befragen. Dlamini war ein Einzelgänger, er stammte aus Zimbabwe, seine Mutter wohnt in Plumtree, der Vater wurde dort vor einem Jahr von Terroristen getötet. Als ich endlich Maxwells Vetter fand, erzählte mir dieser, was geschehen war. *Dlamini war von einer Gruppe* „Genossen" aufgehalten worden, die die Straße aufgerissen und mit Steinen eine Straßensperre für die Polizei*fahrzeuge gebaut hatte. Er sagte* ihnen, sie sollten damit aufhören und keine Steine werfen. Daraufhin wurde er verprügelt und als er sich wehrte, gesteinigt, mit Benzin übergossen und angezündet. Entgegen den üblichen „Halsbandmorden" war ihm kein Autoreifen um den Hals gelegt worden. Die Täter verschwanden, als sie die Polizei kommen sahen.

Zwei Männer sind inzwischen im *Zusammenhang* mit dem *Mord* verhaftet worden. Als ich am 20. Juni ins Lerakong-Hospital in Krugersdorp, westlich von Johannesburg, kam, um mit Dlamini zu sprechen, zeigte die schwarze Schwester stumm auf eine Krankenhausakte: Maxwell Dlamini, 35 Jahre alt, wohnhaft im Haus 1308 in Munsieville, 70 Prozent Verbrennungen, gestorben am 20. Juni 1986, 1.05 Uhr morgens.

*

Über Maßnahmen der südafrikanischen Sicherheitskräfte darf wegen der südafrikanischen Zensurbestimmungen nicht berichtet werden. (d. Red.)



Flammen in Soweto: Immer wieder – hier nach einem Trauerzug 1985 – entlädt sich der Haß in Gewalt FOTO: AP

Solarwirtschaft: Mehr Geld für die Forschung

E. N. Bonn

Vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl fordert der „Bundesverband Solarenergie", dem Firmen wie Siemens, Bosch, Dornier und Hoechst angehören, von der Bundesregierung ein staatliches Förderprogramm von rund 700 Millionen Mark jährlich bis 1992.

Sprecher des Verbandes kritisierten in Bonn die Verringerung der Fördermittel für die Solarforschung. 100 Millionen Mark für die „regenerative Energienutzung" aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie stellten im Jahre 1986 ein krasses Mißverhältnis zu den 1,4 Milliarden Mark dar, die allein für Forschung auf dem Gebiet der Kernspaltung und Kernfusion von diesem Hause ausgegeben würden. Während man den „Schnellen Brüter" von Kalkar zu 90 Prozent staatlich finanziere, seien beispielsweise die Forschungsmittel für Windenergienutzung zur Stromerzeugung von bisher 80 Prozent auf 50 Prozent gekürzt worden. Ebenso verhielte es sich mit Wärmepumpen sowie Wasserstofferzeugung zur Verwendung in Industrie, Haushalt und Gewerbe. Für Forschung auf dem Gebiet der Biomasseverwertung fielen jegliche Fördermittel bald weg.

Nach Angaben des Bundesverbandes Solarenergie könnten, so wie das Bundesforschungsministerium es schon 1984 berechnet hätte, mindestens neun Prozent des Energieverbrauchs der Bundesrepublik durch Windenergienutzung gewonnen werden. Dahin soll nun ein „Dreistufenprogramm" mit 1,3 Milliarden Mark bis 1992 helfen. In Kalifornien habe man innerhalb von drei Jahren eine Windenergie-Gesamtleistung von rund 100 Megawatt erreicht, „teilweise mit schlechten Betriebsergebnissen", hieß es dazu einschränkend.

Trotz aller Rückschläge halten sich die Firmen des Solarverbandes für ein „Häuflein der letzten Aufrechten", nachdem Sprecher aller Parteien lediglich die Wichtigkeit der Nutzung regenerativer Energie betonten, „aber nichts wird dafür getan". Das Große Handicap sei es, daß „niemand Sonnenenergie erzeugt, verteilt, verkauft – es gibt da also keine energiewirtschaftliche Lobby".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rau in Hessen – „Nee, ein Schmidt ist er nicht"

D. GURATZSCH, Rüsselsheim

Wahlkampfauftakt für die Bundestagswahl 1987 in der Arbeiter- und Opelstadt Rüsselsheim, am schwülheißen Sonntag nachmittag, dem 22. Juni. Ausgerechnet Hessen, ausgerechnet das sechste südhessische Seniorentreffen der SPD, hat der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau, für eine erste Probe auf die Tauglichkeit seiner Wahlkampfmunition ausersehen. Die endlos langen weißgedeckten Tische in der riesigen Sporthalle im Stadtteil Königstädten sind mit Kuchenstückchen und roten Papierservietten dekoriert. Noch fehlt die Hauptperson. Die Kaffeetassen sind noch leer.

Geduldig hören sich die Veteranen der Partei, die mit Bussen gekommen sind, den Zuspruch eines Parteiredners an. Da entsteht am Eingang Bewegung. 35 Minuten verspätet tritt Johannes Rau in den Saal: hellblaues Hemd, gestreifte Krawatte, beiger Sommeranzug, das breite kämpferische Lachen im Gesicht. Die Leute sind aufgestanden, klatschen rhythmisch zum Tusch der Kapelle. Händeschütteln. Autogramme. Rau setzt sich an der Stirnseite des Saales. Die Naturfreunde singen Arbeiterlieder.

Der Kanzlerkandidat legt die Jacke ab, geht mit ausholenden Schritten zum Podium, faßt das Pult mit beiden Händen. Sein Lachen wirkt jetzt ein wenig gezwungen. Mit wenigen Sätzen ist er an der kitzligsten Stelle seines Wahlkampfkonzepts. Wie soll er ausgerechnet in Hessen, dem Land mit der ersten rot-grünen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland, erklären, warum er von den Grünen nichts wissen will? Wird er den Senioren seiner Partei reinen Wein einschenken, mit wem er koalieren will, da doch die Niedersachsenwahl gezeigt hat, daß es die SPD allein nicht schafft?

Rau dreht sich und wendet sich hinter dem Podium, bohrt mit der rechten Hand von unten in die Luft, geht leicht in die Knie, beugt sich vor über das Pult, als müßte er die Worte herauspressen, blickt schräg nach oben ins Metalldach der Halle. Ein Redner in Bewegung. Aber er wirkt nicht gelockert. „Ja", sagt Rau zur tiefernsten Koalitionsfrage, die in Hessen Geschichte gemacht hat, und das Land noch immer beherrscht, „da gibt es viele Spielchen. Rotgrün, rotgelb, rotschwarz. Ich bin da nicht beteiligt." Er kann es kaum ahnen: Fast wörtlich hat der SPD-Kanzlerkandidat mit diesen Worten einen Satz zitiert, den der hessische Ministerpräsident Holger Börner, sein Parteifreund, im Landtagswahlkampf 1983 wohl dutzendmal wiederholt hat: Er wolle keine Koalition, sondern die absolute Mehrheit, er schließe „nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit den Grünen aus". Noch nicht zwei Monate später saß er mit ihnen an einem Tisch.

Rau verkürzt das Problem auf den Satz: „Die Menschen müssen entscheiden, wen sie als Kanzler wollen. So einfach ist es wirklich." In Hessen hört man das mit Obertönen. Die „Einfachheit" hat sich als „Zweifachheit" entpuppt. Wieder holt Rau mit dem Arm aus, dreht sich nach links, nach rechts, gibt eingängige, formelhafte Sätze als Parolen aus. Es ist kein enthusiastischer Beifall, der ihn bei diesem Testlauf in Hessen umrauscht, eher ein trotziger. Auch das rhythmische Klatschen, das einen Helmut Schmidt so oft bei Parteiveranstaltungen in Hessen umrauscht hat, kommt nicht wieder auf. „Ein Schmidt? Nee, nee. Ein Schmidt ist er nicht", sagt ein älterer Mann am Ausgang und schiebt sich die Brille zurecht.

Kritik an DAG-Spitze

Kieler Verbandsleiter für größere Distanz zur IG Metall

GEORG BAUER, Hamburg

Für eine eigenständigere Tarifpolitik der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) hat sich der Landesverbandsleiter der DAG in Schleswig-Holstein, Peter David, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT kritisierte David das Verhalten der DAG-Bundesspitze, die sich aus Rücksicht auf den tarifpolitischen Kurs der Industriegewerkschaft Metall gegenüber neuen Formen der Tarifpolitik nicht aufgeschlossen zeige. David: „Weil die große IG Metall es nicht will, ist es nicht opportun, so zu handeln."

David spielte damit auf die von der Gewerkschaft angepeilte 35-Stunden-Woche an, die seiner Meinung nach nicht geeignet ist, das Arbeitslosenproblem zu lösen. David: „Wer den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verringerung der Bareinkommen der Arbeitnehmer gewinnen will, gibt ihn verloren, ohne ihn begonnen zu haben."

Seiner Ansicht ist ein breit angelegtes Angebot zu Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer das geeignete Instrument, um angesichts des wachsenden Maschineneinsatzes den Arbeitnehmern Einkommen und Vermögen zu sichern. David: „Das Einkommen der Arbeitnehmer muß auf längere Sicht sich zusammensetzen aus Lohn und Gehalt für geleistete Arbeit und zusätzlichem Ertrag aus dem erwirtschafteten Kapitalzuwachs durch Maschinen und Anlagen." Als Voraussetzung nennt der DAG-Funktionär eine grundlegende Reform des Unternehmensrechts und eine Änderung des Steuerrechts.

Die Voraussetzung für eine harmonisch gestaltete Tarifpolitik zwischen Gewerkschaften und Unternehmen sieht David durch die Person des designierten Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, gegeben. Ebenso wie Schleyer, der „einst den Instrumentenkasten" habe aufmachen wollen, sei Murmann bereit, neue Wege in der Tarifpolitik zu gehen. Der Beweis dafür sei das von Murmann unterschriebene Papier, in dem sich Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Parteien in Schleswig-Holstein auf ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geeinigt hatten.

Studie: „Stille Reserve" löst sich langsam auf

Nea. Mainz

Der konjunkturelle Aufschwung läuft keinesfalls am Arbeitsmarkt vorbei. Er hat bisher jedoch vor allem zu einer Auflösung der sogenannten stillen Reserven geführt. Mehr als eine halbe Million Menschen, die im Laufe der Rezession aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und gar nicht mehr als Arbeitslose gemeldet waren, haben in den letzten beiden Jahren wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden, darunter zu 85 Prozent Frauen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Rudi Geil (CDU) eingesetzte Arbeitsgruppe, die bundesweit die Entwicklung der „stillen Reserven" in den letzten zehn Jahren untersucht hat.

Die Untersuchung stellt in diesen zehn Jahren fünf unterschiedliche Phasen fest:

- 1976/77: Zustrom aus der stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt auf Grund der Konjunktur
- 1978/79: Rückgang der Konjunktur, zugleich Wachsen einer „resignativen Arbeitslosigkeit" ohne Arbeitslosenmeldung, also auch Anwachsen der stillen Reserve.
- 1980: erneute Verringerung der stillen Reserve.
- 1981–83: starkes Anwachsen der offiziellen Arbeitslosigkeit und parallel dazu der stillen Reserve.
- 1984/85: Auffüllen des Arbeitsmarkts durch die stille Reserve ohne nennenswerten Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Das Ausmaß des Zustroms aus der stillen Reserve beziffert die Arbeitsgruppe für die Jahre 1984 und 85 auf etwa 575 000 Personen. Die demographischen Veränderungen (größere Zahl von Menschen im erwerbfähigen Alter) sind darin nicht enthalten.

Die Ursachen dieser offenbar sehr komplizierten Beziehungen zwischen Konjunktur und Arbeitsmarkt wurden noch nicht untersucht. Die Fragen etwa, ob sich die Wirtschaft vielleicht deswegen in Aufschwungzeiten lieber zuerst bei den nicht registrierten Arbeitslosen „bedient", weil sich unter ihnen in früheren Jahren vor allem bewährte weibliche Mitarbeiter befinden, oder ob der verstärkte Zustrom zwischenzeitlich nicht mehr berufstätiger oder als arbeitslos gemeldeter Frauen bei beginnender Konjunktur eine Art Vorsichtsmaßnahme für die nächste Rezession ist, müßte noch geklärt werden.

Auf jeden Fall kommt die Untersuchung zu dem Schluß, daß ein Aufschwung, der auf eine Rezession folgt, sich mindetens in den ersten Jahren nur zu einem geringen Teil in einer Abnahme der offiziellen Arbeitslosenzahlen niederschlagen könne, weil „ein während der Rezession verhinderter Abbau der stillen Reserve nachgeholt wird."

Minister Geil zieht daraus zusätzlich die politische Konsequenz, die stille Reserve, die von der Opposition häufig als „verdeckte Arbeitslosigkeit" von über einer Million Menschen einfach den amtlichen Arbeitslosenzahlen zugeschlagen wird, eigne sich gerade in der heutigen Situation in keiner Weise zu einer Dramatisierung der Lage. Mit weit größerer Berechtigung hätte man dies für die Lage des Jahres 1982 sagen können.

Berlin erwartet im Jubiläumsjahr die politische Prominenz des Westens

Kaum Hoffnung auf gemeinsame Ost-West-Veranstaltungen / Streit in der SED-Führung

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Nach dem nächsten Wirtschaftsgipfel der westlichen Welt im Mai 1987 kommen eine Reihe von Staatsoberhäuptern wie Ronald Reagan, François Mitterrand oder Premierministerin Margaret Thatcher mit großer Wahrscheinlichkeit an die Spree. Sie wollen Berlin als der Metropole der Deutschen zu ihrem 750jährigen Stadtjubiläum die politische und persönliche Ehre geben. Darauf richtet sich der Senat jetzt ein.

Dieser weit über die Bundesrepublik und die „DDR" hinaus bedeutsame Höhepunkt der Feierlichkeiten Berlins wurde jetzt nach einer Klausur der zuständigen Abgeordneten und Senatoren für die Vorbereitung des Jubel-Jahres bekannt. „Wir fordern den Senat auf, seine Aktivitäten in dieser Richtung noch zu verstärken", sagte der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, Jürgen Wohlrabe (CDU), zur WELT. Die Experten nahmen sich am vergangenen Sonntag Zeit, das im In- und Ausland bisher häufig als zu „unpräzise, weitschweifig und unpolitisch" kritisierte Festprogramm des westlichen Berlins Punkt für Punkt abzuhaken.

Keine Klimaerwärmung

Immer offenkundiger stellt sich heraus, daß für die „DDR"-Führung gemeinsame Ost-West-Veranstaltungen ohnedies nicht in Betracht kommen. Aber auch auf der Ebene darunter „läuft zur Zeit nichts", wie Teilnehmer berichteten. Berlins Senatskanzleichef Detlev Stronk (CDU) führte vor mehreren Wochen ein weiteres Routinegespräch mit dem von Erich Honecker eingesetzten Manager der 750-Jahr-Feiern im anderen Teil der Stadt, Staatssekretär Kurt Löffler (Kulturministerium).

Aber auch nach dem 11. SED-Parteitag zeichnet sich keinerlei Klimaerwärmung in Richtung auf etwaige Punkte der Zusammenarbeit ab. Ost-Berlin gestand bislang lediglich zu, Doppelkonzerte berühmter westlicher Orchester – wie der Wiener Philharmoniker zum Beispiel – zu dulden. Die Gäste konzertieren somit an einem Abend in der Philharmonie (West) und dann in Schinkels Schauspielhaus (Ost) oder umgekehrt.

Innerhalb der SED-Führung scheint es „weitgehende Meinungsverschiedenheiten" über die Art und Weise der östlichen Feiern zu geben, erklärte ein führender Politiker in der Sitzung.

Von förmlichen Einladungen des Ostberliner Oberbürgermeisters Erhard Krack (SED) zu westlichen Festterminen soll abgesehen werden, lautet jetzt die abschließende Meinungsbildung. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen will jedoch, von Fall zu Fall, „zeitversetzt" an derartigen Premieren im Ostteil der Stadt teilnehmen. Er will zum Beispiel eine zentrale Ausstellung im wiederaufgebauten Ephraim-Palais „privat" besuchen, dessen Steine vom Senat an die „DDR"-Denkmalpflege gegeben worden waren.

Als Politikum ersten Ranges erweist sich das Problem, beim fest verabredeten Start der „Tour de France" am 1. Juli 1987 in West-Berlin die geschlossene Transit-Fahrt des Gesamt-Konvois über die 180-Kilometer-Strecke nach Helmstedt durch die „DDR" zu arrangieren. Die Berliner Politiker-Runde forderte den Senat auf, Bundeskanzler Helmut Kohl zu bitten, Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand einzuschalten, um eine Zustimmung Honeckers zu einer derartigen Durchfahrt zu erreichen. Honecker plant ohnedies noch 1986/87 eine Paris-Visite, zu der er im Sommer 1985 vom zurückgetretenen Premier Laurent Fabius eingeladen worden war.

Alliierten-Treffen am 4. Juli

Das besondere Engagement der Vereinigten Staaten für Berlin zeigt sich auch bei der 750-Jahr-Feier durch ein von US-Botschafter Richard Burt inspiriertes großes alliiertes Meeting am US-Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli 1987. Nicht weniger wichtig ist ein Vorstoß von deutscher Seite bei der britischen Schutzmacht. Sie soll die Sperrgitter und Barrieren abreißen, die mehrere hundert Meter vor dem Brandenburger Tor den Zugang zu diesem Symbol der Teilung behindern. Das Quartier um das Sowjet-Ehrenmal war vor Jahren massiv abgesichert worden, nachdem der rechtsradikale Ekkehard Weil auf einen sowjetischen Soldaten geschossen und ihn verletzt hatte.

An der Premiere der West-Feiern am 30. April soll nach dem Wunsch der Parlamentarier auch Moskaus Oberbürgermeister teilnehmen. Der Senat verhielt sich in diesem Punkt bisher sehr zögerlich. An diesem Tage eröffnet Bundespräsident Richard von Weizsäcker gemeinsam mit dem Bundeskanzler, dem gesamten Bundeskabinett, rund 30 Stadtoberhäuptern aus aller Welt – bis hin zu Teddy Kollek aus Jerusalem – die Geburtstagsfeiern. Nicht Herbert von Karajan und die Philharmoniker, sondern die Philharmoniker aus Berlins einziger Schwesterstadt, Los Angeles, spielen zum Auftakt.

Lehren aus Wackersdorf

gba. Bonn

Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, haben ein Ministergespräch über die künftige Entwicklung der Luft- und Raumfahrt zu einer Aussprache über aktuelle Themen genutzt. In der Unterredung nach Ende der Fachgespräche, in denen es unter anderem um die Airbus-Konzeption und die deutsche Haltung zum Projekt eines europäischen Raumgleiters ging, wurden die Themen Südafrika, Vollzug der Europäischen Akte – Bayern hat Einwände gegen die Übertragung von Hoheitsrechten aus der Länderkompetenz an die EG – angesprochen. Weiteres Thema war die Frage einer Veränderung des Versammlungsrechts angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will sich der Frage des Versammlungsrechts in einer eigenen Arbeitsgruppe annehmen. Diese Anregung wurde gestern in der Fraktionsvorstandssitzung gemacht. Die FDP-Fraktion will in dieser Woche ebenfalls das Thema erörtern und dabei einen Videofilm sehen, den die Polizei bei den Unruhen in Brokdorf und Wackersdorf aufgenommen hat.

SPD fordert neue Medienpolitik

dpa, Bonn

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, forderte gestern auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn eine neue Medienpolitik. Direkt nach der Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres müßten überfällige Strukturentscheidungen getroffen werden.

Glotz plädierte für einen „historischen Kompromiß" durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten unter Einschluß der privaten Programmanbieter. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten brauchten eine dauerhafte Garantie ihrer Gebührenpolitik und die Privaten klare rechtliche Voraussetzung für Ausstrahlung und Finanzierung ihrer Programme. Elektronische Medien dürften jedoch dabei Tageszeitungen und Publikumszeitschriften nicht in den Ruin treiben.

Eine Gefahr sieht Glotz in der Zerstörung der kulturellen Identität Europas durch ausländische Spielfilme. Glotz befürchtet, daß bei einer weiteren Verschleppung der Neuordung im Medienbereich die revolutionären Veränderungen in der Kommunikationslandschaft der Politik keine Chance mehr zu einer vernünftigen Regelung ließen.

Die Taktik der „Friedensliste"

D.G. Bonn

Bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 will die „Friedensliste", ein Bündnis linker Gruppierungen, in allen 248 Bundestagswahlkreisen mit eigenen Kandidaten antreten. Neben diesen Direktbewerbern sind Landeslisten nicht vorgesehen.

Wie einer der Sprecher der „Friedensliste", Uwe Knickrehm (DKP-Vorstand) gestern in Bonn mitteilte, strebt seine Partei etwa 20 Prozent der Kandidatenplätze an. Wie gemeldet, hat die DKP beschlossen, sich an der Bundestagswahl nach den letzten verheerenden Ergebnissen nicht mehr mit einer eigenen Liste zu beteiligen und statt dessen ihre Kandidaten über die „Friedensliste" zu nominieren. In dem Antrag des Bundesvorstandes wird zu einer „Erststimmendemonstration aus der Friedensbewegung" aufgerufen. „Anwälte der Abrüstung" sollen als Direktkandidaten in allen Wahlkreisen aufgestellt werden. Für die Zweitstimme wird Stimmensplitting zugunsten von SPD und Grünen vorgeschlagen. Diese „Bündelung statt einer Zersplitterung" der fortschrittlichen Kräfte diene dem Hauptziel der Wahl: der „Ablösung der Wende-Regierung".

Auf die Bundeswehr kommen schwere Probleme zu: Ihr fehlen Rekruten und das Geld wird knapp / Teil IV

Damit die Bundeswehr auch im Jahre 2000 eine schlagkräftige Bündnisarmee bleibt, fordern Wehrexperten Änderungen der äußeren Organisation und eine Reform der inneren Struktur. Fehlende oder halbherzig realisierte Konzepte wirken sich nun bei der Bewältigung der drückenden Zukunftsprobleme hemmend aus.

Der Gemeinschaft junger Menschen fehlt die innere Dynamik

Von CLEMENS RANGE

Der zweitstärksten Armee der NATO scheint es an international anerkannten Strategen und Denkern zu mangeln. Den Deutschen, die seit den Tagen des Soldatenkönigs als Meister militärischer Organisation galten, ist diese Kunst abhanden gekommen. Männer wie der erste Bundeswehr-Generalinspekteur Heusinger, die binnen weniger Tage das noch heute gültige Grundkonzept für die Strategie und Stärke der Bundeswehr schufen, gibt es offenbar nicht mehr. Insider führen diesen Umstand auf einen Wandel in der Auswahl und Ausbildung der Offiziere zurück.

Meist sind es ehemalige Generale, die „eine Reform der inneren Struktur" fordern. Dem Apparat Bundeswehr fehle die innere Dynamik. Eine aus jungen Menschen bestehende Gemeinschaft dürfe sich nicht „an den Krücken des Überkommenen in die 90er Jahre hineinschleppen", hört man. In einer Denkschrift machte einer der Gründungsväter der Bundeswehr, der General a.D. Graf Kielmansegg, Vorschläge zur Gesundung der Streitkräfte. So seien die verbeamtete Personalführung unflexibel und die Bestimmungen über die Altersgrenzen für Berufsoffiziere „ebenso unzweckmäßig wie undemokratisch". Denn heute ist ein Ausscheiden vor Erreichen der Altersgrenze nur bei Verzicht auf das Ruhegeld möglich.

Kielmansegg legte Minister Wörner auch nahe, die Position des Generalinspekteurs jener der Staatssekretäre anzupassen. Die dem Aufbau der Bundeswehr dienende Gesetzgebung müsse den heutigen Gegebenheiten und künftigen Erfordernissen angepaßt werden. Der aus dem Verteidigungsministerium und diversen Ämtern bestehende Bundeswehr-Moloch müsse abgespeckt werden. Die Spitzengliederung, so Kielmansegg, ist für deren Effizienz der ausschlaggebende Faktor. Ein Versagen der Führungsspitze produziere Pannen und koste im Frieden Geld – im Krieg aber Menschenleben.

Ob die Denkschrift des alten Generals, der diese in Sorge um die Bundeswehr verfaßte, von der Hardthöhe ernsthaft geprüft wurde, war nicht zu erfahren. Minister Wörner dankte Kielmansegg in einem Brief für die Anregungen, wies aber darauf hin, daß es zur Zeit wichtigere Aufgaben gäbe, als die Position des Generalinspekteurs zu verändern.



Dieses Bild ist keineswegs mehr allerorts typisch. Eine Vielzahl von Jugendlichen stehen der Bundeswehr und dem Wehrdienst kritisch gegenüber. Die kommunistische Bedrohung ist für sie nicht mehr offenkundig. Diese Personengruppe aber wird bald die Armee prägen.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Angesichts der Tatsache, daß es der Bundeswehr und ihren Vertretern in der NATO in 30 Jahren nicht gelungen ist, ein einheitliches Konzept als Grundlage eigener Operationsplanungen zu schaffen und angesichts der Tatsache, daß der Warschauer Pakt bis zur Jahrtausendwende nicht mit demographisch bedingten Personalverknappungen konfrontiert wird, sondern vielmehr seine Armeen qualitativ weiter ausbauen wird können, sind die Zukunftsaussichten für die Bundeswehr eher gedämpft als optimistisch zu bewerten. Sollte es trotz der guten Vorsätze und aller Beteuerungen nicht gelingen, das im Frieden erforderliche „operative Minimum" von 453 000 Bundeswehrsoldaten zu halten, so hätte dies dramatische Folgen. Ein Bundeswehr-Papier stellt dazu fest, daß dann „mit einseitigen Truppenreduzierungen der auf deutschem Boden stehenden verbündeten Streitkräfte und mit der Belastung der Beziehungen zu allen NATO-Partnern, die Truppenkontingente im Bundesgebiet unterhalten – in erster Linie den USA" zu rechnen sei. Denn, so heißt es weiter: „Die US-Streitkräfte stehen hier unter der erklärten Voraussetzung, daß adäquate deutsche Streitkräfte ihnen zur Seite stehen."

Die Hoffnung, daß diese Prognosen plötzlich einen Bewußtseinswandel auslösen und den Wehrwillen vor allem in der Jugend wachrufen, sind trügerisch. Umfragen unter den für die Bundeswehr besonders relevanten Jahrgängen der 16- bis 24jährigen zeigen vielmehr, daß die permanente Propaganda des Kreml ihre Wirkung nicht verfehlt. Zwei Drittel dieser Jugendlichen meinen nämlich, daß die kommunistische Bedrohung „nicht so groß" oder „nicht ernst zu nehmen" sei.

Die Motivation der Wehrpflichtigen ist ebenso wie die der Berufssoldaten und Reservisten direkt abhängig vom Verteidigunswillen des gesamten Volkes. Viele der jungen Generation werden bereits in den 90er Jahren beruflich stärker als heute gefordert sein. Viele werden sich angesichts der steigenden Zahl der Alten und der zu erwartenden Rentenlast fragen, was in der Bundesrepublik noch verteidigungswürdig ist, die trotz ihres Reichtums unfähig scheint, Bedingungen zu schaffen, damit die Jungen nachrücken können. „Warum", so fragen inzwischen selbst Wohlwollende, „unbedingt bis 1995 durchhalten, wenn das Ende ohnehin feststeht?" Befriedigende Antworten oder gar ein Lösungspaket, daß eine Wende einleiten könnte, sind allerdings nicht in Sicht.

ENDE

Finanzierung einer neuen Abwehr-Rakete gesichert

Bundeswehr verplant „mehrere Milliarden Mark"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Für die Entwicklung und die Fertigung einer Boden-Luft-Rakete, die nicht nur Flugzeuge und Marschflugkörper abfangen kann, sondern auch ballistische Raketen des Warschauer Paktes, sind in der Planung der Bundeswehr für die neunziger Jahre „mehrere Milliarden Mark" verfügbar. Darauf wies der Planungschef des Bundesverteidigungsministerium bei einer transatlantischen Tagung über europäische Sicherheit und die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI), Hans Rühle, in Kiel hin. Schon in diesem Jahr stehen Rühle zufolge 50 Millionen Mark im Verteidigungshaushalt bereit, mit denen kurzfristig Forschungsarbeiten für eine ATBM-Rakete (Anti-Tactical Ballistic Missile) finanziert werden können. Er erinnerte daran, daß die NATO-Verteidigungsminister bei ihrer Frühjahrstagung in Brüssel nicht nur das Konzept „Erweiterte Luftabwehr" (siehe WELT vom 23. Juni) beschlossen hätten, gleichzeitig sei von den Ministern Wörner und Weinberger eine Absichtserklärung („letter of intent") unterzeichnet worden, mit der die Einrichtung einer deutsch-amerikanischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der technischen und operativen Möglichkeiten für den Bau einer ATBM-Rakete verabredet wurde. Erstmals soll diese Gruppe in diesem Sommer zusammentreten.

Rühle machte klar, daß das von Bonn bereitgestellte Geld der deutschen Industrie die Möglichkeit eröffnen müsse, aus dem Stadium des „technologischen Juniorpartners" gegenüber den USA in der Raketenentwicklung herauszukommen. Es gehe künftig nicht mehr an, daß die Bundesrepublik nach USA nur Geld transferiere und dafür Ware erhalte. Im Sinne der „Zweibahnstraße" müsse es zu einer richtigen Arbeitsteilung kommen.

Ähnliche Kooperationen auf dem Gebiet der ATBM-Entwicklung sind auch mit Frankreich und Großbritannien zu erwarten. Laut Rühle sind sich Minister Wörner und sein neuer britischer Amtskollege George Younger über die Notwendigkeit der „Erweiterten Luftabwehr" einig und suchen die ministerielle und industrielle Zusammenarbeit. Ähnliches gilt nach seinen Worten für Frankreich. Das vor Jahren gestoppte deutsch-französische Projekt mit dem Namen „Mittleres Flugabwehr-System '90" sei kürzlich unter dem neuen Titel MFS 2000 reaktiviert worden. Doch zeigte sich Rühle skeptisch, ob Bonn sich in dieser Frage in eine zu enge Zusammenarbeit mit Paris einlassen könne. Das Ziel müsse ein Waffensystem sein, das vollständig in die schon vorhandene integrierte NATO-Luftverteidigung in Europa einpaßbar sei. Da Frankreich dieser Organisation aber nicht angehöre, seien Schwierigkeiten wohl kaum zu vermeiden. Die ATBM-Rakete, die auch einen Abwehrwert gegen Flugzeuge, Marschflugkörper und Abstandswaffen brauche, müsse von allen europäischen NATO-Ländern erworben werden.

Nach Bonner Auffassung müsse das Konzept der „Erweiterten Luftabwehr" für Europa pragmatisch angegangen werden, sagte Rühle. In einer ersten Phase sei an eine Kampfwertsteigerung der Patriot-Rakete gedacht, danach, also für die Zeit nach 1995, stehe die Entwicklung [illegible] mittleren Abwehrrakete [illegible] Fähigkeiten bevor.

‚Die Politik bestimmt der Premier'

Wieder Cohabitations-Spannungen in Paris / Zwei Stühle für Frankreich in Den Haag

PETER RUGE, Paris

Mitteilung aus dem Hôtel Matignon, dem Amtssitz des Premierministers: „Die Position Frankreichs in Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft wird im Matignon definiert, bestimmt und abgegrenzt". Mitteilung aus dem Elysée-Palais, dem Amtssitz des Staatschefs: „Europa und seine Zukunft ist in erster Linie eine Angelegenheit des Präsidenten auf dem Gipfeltreffen in Den Haag".

Mit welcher Stimme wird Frankreich bei dieser nächsten großen internationalen Konferenz sprechen, die am Donnerstag beginnt? Die für die Presse zuständige Präsidentenberaterin beeilt sich zu versichern, François Mitterrand und Jacques Chirac hätten nun keineswegs einen Wettlauf um die besten Startchancen begonnen, auch würde dem Elysée-Palais jede Polemik fern stehen, was das Verhältnis zum Premierminister angehe. Aber im feinnervigen Paris ist doch ein mittelschweres Vibrieren zu spüren: Die Cohabitation hat eine neue Stufe des Miteinanders erreicht, nach der Koexistenz ist nun anscheinend der Dualismus an der Reihe.

Verzögerungstaktik

François Bujon de l'Estaing, der diplomatische Berater Jacques Chiracs, führt aus: Natürlich wird Frankreich vom Staatspräsidenten repräsentiert, aber der Premierminister werde gemeinsam, sozusagen gleichberechtigt an den Sitzungen teilnehmen. Und so wird inzwischen aus gut unterrichteten Kreisen um den Premier bekannt, daß Frankreich auf dem Gipfel in Den Haag zwar mit einer Stimme sprechen werde, aber zwei Stühle seien nebeneinander bereit zu stellen – einer für Mitterrand, der andere für Chirac.

Das ist neu und auch anders als in Tokio, wo beim Treffen der sieben Wirtschaftsmächte im Mai der französische Staatschef und sein Premier getrennt anreisten und Jacques Chirac durch seine verspätete Ankunft das Chef-Essen schlichtweg „verpaßte", um das Protokoll nicht gänzlich aus der Fassung zu bringen.

Daß sich der Machtkampf um Auftritte und Erfolge wieder zu verschärfen *scheint, hat Ursachen, die auch* mit den jüngsten Meinungsumfragen zusammenhängen. Eines kann der Regierung Chirac bescheinigt werden, daß sie ungeheuer fleißig ist. Nur, die Erfolge bleiben aus: Gesetzesvorlagen, von der Opposition *blockiert*, müssen zum Teil mit Vertrauensabstimmungen durch das Parlament gezogen werden. Die Ermächtigungsgesetze für den Premier verzögern sich ebenfalls, weil die Opposition den Verfassungsrat angerufen hat. Allenfalls ab Herbst dürfte Chirac die ersten Früchte seiner Arbeit ernten, bis dahin aber sackt er in der Gunst der Franzosen ab. Die letzten Meinungsumfragen, unterschiedlich in ihrer Aussage über den Stand des Premiers, sind nur in einer Wertung identisch: Mitterrand liegt etwa um zehn Punkte vorn.

Wink für Bonn

In dieses Tauziehen zwischen Elysee und Matignon geraten zunehmend mehr ausländische Besucher. Hu Yaobang, der Generalsekretär der chinesischen Kommunisten, erfuhr so große Ehre durch den Premier, daß der Staatspräsident die bereits angesetzte Pressekonferenz zum Besuchsabschluß in einem Pariser Hotel kurzfristig ins Elysee verlegen ließ, um sich mit dem Chinesen noch einmal Seite an Seite zu zeigen.

Und Bundeskanzler Kohl? Nach dem Vorbereitungstreffen in Rambouillet für den Gipfel in Den Haag kam folgender Kommentar aus dem Hôtel Matignon. „Die jetzt wiederholte politische Absichtserklärung der beiden, die Entwicklung des deutsch-französischen *Kampfhub*schraubers weiterzuführen, hat schon nach dem Machtwechsel im März die Haushaltsprioritäten der bürgerlichen Regierung nicht verändern können", sagt ein enger Mitarbeiter Chiracs, „warum wurde das mit uns nicht vorher abgestimmt. Die Deutschen sollten zur Kenntnis nehmen, daß die Politik im Matignon gemacht wird".

Die von Marcos hinterlassenen Schulden belasten Arbeit der Regierung Aquino

Viele Reformversprechen sind nicht erfüllbar / Shultz zur Asean-Konferenz in Manila

JOCHEN HEHN, Hongkong

Der dringende Hilferuf, den der philippinische Handelsminister José Conception am Vorabend des Besuches von *US-Außenminister* Georg Shultz in Manila an die westlichen Industrienationen richtete, ist nur eines von vielen Indizien dafür, daß die Philippinen in einer schweren wirtschaftlichen Krise stecken. Als Marcos sich vor vier Monaten ins Exil *nach Hawaii absetzte, hinterließ* er neben zerrütteten Staatsfinanzen eine Vielzahl von Problemen, deren Lösung die Leistungsfähigkeit der neuen Regierung unter Staatspräsidentin Corazon Aquino bei weitem übersteigt.

So legt der ererbte Schuldenberg von 26 Milliarden US-Dollar (etwa 60 Milliarden Mark), deren jährliche Rückzahlungsrate von 2,6 Milliarden US-Dollar allein schon 50 Prozent der philippinischen Exporterlöse auffrißt, die neuen Machthaber in ihrem reformerischen Tatendrang wirtschaftlich und politisch an die Kette. Denn die Hauptschuldner, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, haben sich schon von Marcos ein Mitspracherecht bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausbedungen.

Selbst wenn die philippinische Regierung mit ihrem Vorstoß, eine Halbierung der Rückzahlungsraten und mehr Handlungsspielraum zu erreichen, Erfolg haben sollte, wäre damit erst ein kleiner Schritt aus der Krise heraus getan. Die Hoffnung der Regierung Aquino, das durch den Machtwechsel gewonnene internationale Vertrauen würde sich schnell in devisenbringende Investitionen oder günstigere Exportquoten für philippinische Produkte niederschlagen, ist – bis jetzt – jedenfalls enttäuscht worden. Die bittere Erkenntnis lautet: Gesundungsprogramme sind teuer, doch die Staatskasse ist leer.

Zum defizitären Bereich zählen aber auch konkrete Lösungsvorschläge für die dringendsten Probleme des Landes, während an gutem Willen, Hoffnung und Zuversicht bei der Regierung in Manila durchaus inflationäre Tendenzen auszumachen sind. Auch in dem kürzlich vom Kabinett verabschiedeten Wirtschafts-Gesundungsprogramm finden sich kaum mehr als wohlformulierte Absichtserklärungen. Da heißt es, daß die Reform der Landwirtschaft Priorität erhalten werde und daß die Privatwirtschaft besonders gefördert werden solle. Auch die Inflation – derzeit bis zu 60 Prozent – versuche man in den Griff zu bekommen, und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sei eines der vorrangigen Ziele.



Die Probleme Frau Aquinos spielen dem Expräsidenten in die Hände: Marcos-Anhänger treten immer gewalttätiger auf FOTO: AP

Doch über das „wie" schweigen sich die Verantwortlichen aus. Lediglich über eine Landreform, die 70 Prozent der 55 Millionen Filipinos aus der bittersten Armut befreien könnte, scheinen konkretere Pläne vorzuliegen. So ist Manila offenbar entschlossen, die Kokosnuß- und Zucker-Monopole aufzulösen und kleine landwirtschaftliche Betriebseinheiten zu schaffen. Ähnlich wie in der Volksrepublik China erhofft man sich dadurch eine schnelle Hebung des Lebensstandards.

Vom Erfolg dieses Programms wird es letztlich auch abhängen, ob die kommunistische Guerrilla weiter Zulauf aus dem Kreis der Unzufriedenen erhält und damit noch mehr an Boden gewinnt. Die Gesprächsbereitschaft der Philippinischen Kommunistischen Partei sollte jedenfalls nicht zu optimistisch eingeschätzt werden, zumal die Kampfhandlungen andauern.

US-Außenminister Shultz nimmt am Donnerstag und Freitag in Manila an einer Außenministerkonferenz der wichtigsten Handelspartner der Asean-Staaten – Philippinen, Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand – teil und wird während seines Aufenthalts auch mit Frau Aquino zusammentreffen.

Die philippinische Präsidentin eröffnete gestern in Manila die 19. Jahrestagung der Asean-Außenminister und plädierte dabei für verstärkte Bemühungen um Unabhängigkeit von den reichen Industrienationen. Es sei an der Zeit, sich auf eigene Initiativen zu besinnen und nicht immer nur vom Westen Anstöße für regionales Wirtschaftswachstum zu erwarten.

Schwedische Fragen an Honecker

meh., Stockholm

Zum zweiten Mal in einem Vierteljahr wird „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker morgen in Stockholm erwartet. Mitte März hatte er an den Trauerfeierlichkeiten für *Olof Palme teilgenommen und war* damals bereits mit dessen Amtsnachfolger Ingvar Carlsson zusammengetroffen. Für den morgen beginnenden dreitägigen Staatsbesuch sind zwei Begegnungen mit Carlsson vorgesehen, der, wie sein Vorgänger Palme, *Deutsch spricht. Am Donnerstag* wird Honecker von König Carl Gustaf empfangen.

Tschernobyl wird auch bei diesem Besuch ein Thema sein: die Schweden wollen sich genau erläutern lassen, wie es die „DDR" mit ihren Si*cherheitseinrichtungen in Greifswald* hält, wo ein Atommeiler des russischen Unglückstyps in Betrieb ist.

Ein langjähriges Ärgernis der Schweden hat die „DDR" mittlerweile ausgeräumt: den unkontrollierten Flüchtlingszustrom über die Saßnitz-Trelleborg-Fährverbindung. Mit dem Hinweis, die schwedische Flüchtlingspolitik werde in Schweden und nicht in der „DDR" entschieden, hatten die Schweden lange vergeblich versucht darauf hinzuwirken, daß die „DDR" nur Flüchtlinge mit einem gültigen Transitvisum auf die Fähren ließ. Auf dem Höhepunkt der Krise drohten sie damit, den Fährbetrieb einzustellen. Allerdings läuft über diese Ostseeverbindung ein Großteil des schwedischen Exportes *nach Westeuropa. Ihre Transitservi*celeistungen auf Wasser und Schiene bringen der „DDR" jährlich sechsstellige Deviseneinnahmen. Im Dezember schließlich schlossen beide Seiten ein Abkommen, das die Probleme beseitigte. Der Inhalt wird geheimgehalten.

Von der „DDR" werden die Beziehungen zum neutralen Schweden als „gut" eingestuft. Die vielfältigen Kontakte funktionieren auch auf kommunaler Ebene: im Frühjahr besuchte eine „DDR"-Delegation unter Führung des Regierungsmitgliedes der „DDR" und Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Erhard Krak, Stockholm.

Die kulturellen und touristischen Programmteile der Honecker-Visite umschließen neben einem Besuch des historischen Museums und des königlichen Münzkabinetts eine Theatervorstellung. Vor seinem Rückflug am Freitag ist eine Bootstour nach Mariefred und zum Schloß Gripsholm vorgesehen.

Libyen präsentiert neuen Unionsplan

AP, London

Der zweite Mann Libyens, Major Abdessalam Dschallud, hat Algerien zum Zusammenschluß mit Libyen aufgefordert. Bei einem Besuch in Algier erklärte Khadhafis Stellvertreter Dschallud seinen algerischen Gesprächspartnern, Libyen sei der Ansicht, daß ein Vakuum in der arabischen Führung bestehe, das nur mit einem Zusammenschluß von Algerien und Libyen gefüllt werden könne. Nur damit könnten die „Massen erwachen und sich der NATO, den USA und dem zionistischen Toben" entgegenstellen. Die algerische Nachrichtenagentur meldete lediglich, daß Dschallud nach einem Arbeitsbesuch in Algier mit einer Botschaft des algerischen Staatspräsidenten Chadli Bendjedid nach Hause zurückgekehrt sei. Frühere libysche Versuche, die Algerier für eine Union mit Libyen zu gewinnen, waren erfolglos.

Rätselraten über Anschlag in Wien

AP, Wien

Über die Hintergründe des vereitelten Granatenangriffs auf die irakische Botschaft in der Wiener Innenstadt herrscht weiterhin Rätselraten. Nach Mitteilung der Polizei hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt. Innenminister Karl Blecha schloß nicht aus, daß es sich um eine „terroristische Demonstration" gehandelt haben könnte.

Die beiden mit Klebeband zusammengehaltenen Granaten waren am Samstag nachmittag etwa 200 Meter von der Botschaft entfernt entdeckt und entschärft worden. Es handelt sich um sogenannte Hohlladungsgranaten, die eine große Durchschlagskraft haben. Modelle dieses in den USA gefertigten Waffentyps zur Panzerabwehr wurden 1960 aus den Beständen der NATO und 1970 aus dem Arsenal der österreichischen Armee entfernt.

Warnung vor Völkermord

dpa, Bonn

Vor einem vietnamesisch gesteuerten Völkermord in Kambodscha hat der kambodschanische demokratische Politiker Son Sann gestern in Bonn gewarnt. Der zur Zeit amtierende Ministerpräsident der demokratischen „Nationalen Volks-Befreiungsfront" besuchte wie in jedem Jahr Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der seit langem die *Hoffnung* der Bundesregierung auf politische Lösungen in dem sieben Jahre alten Kambodscha-Konflikt betonte. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sicherte bei einem Meinungsaustausch die fortgesetzte politische Unterstützung der Bundesregierung für die kambodschanische Koalitionsregierung zu. Während seines Bonn-Besuches wurde Son Sann in die Botschaft der Volksrepublik China eingeladen und traf mit Politikern der Bundesregierung zusammen.

WELT-Interview mit dem Lateinamerika-Chef im State Department, Elliott Abrams / „Managua war nicht bereit, den Konflikt um die Deutschen schnell zu beenden"

„Die Sandinisten verhandeln erst, wenn sie müssen"

Dies ist eine wichtige Woche für Nicaragua im Kongreß. Es geht um die Hilfe für die Contras. Abrams zeigt die Grenzen für das sandinistische Regime. Er nimmt Stellung zu den Verhältnissen in Nicaragua und zur Affäre um die acht Deutschen. Das Interview führte Fritz Wirth

WELT: Es geht um die 100-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contras. Glauben Sie, daß Sie die nötige Stimmenmehrheit bekommen werden? Was geschieht, wenn diese Finanzhilfe im Kongreß abgeblockt wird?

Abrams: Ich glaube, wir haben die Stimmen. Sie wissen, daß der Vorschlag des Präsidenten nun eine 100-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contras vorsieht, plus 300 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe für die demokratischen Länder in Mittelamerika. Seit der letzten Abstimmung im Kongreß vor 90 Tagen, die knapp war, hat sich das Verhalten der Sandinisten verschlimmert, die Unterdrückung hat zugenommen. Ich glaube deshalb, daß die parlamentarische Situation im Kongreß gut aussieht und daß wir gewinnen werden.

WELT: Die Contras hatten in den letzten Wochen eine schlechte Presse. Ihnen wird vorgeworfen, einen Teil der letzten Finanzhilfe mißbraucht zu haben. Gibt es Beweise dafür?

Abrams: Nein. Es stimmt, sie hatten eine schlechte Presse. Das hat seinen Ursprung bei politischen Gegnern des Präsidenten, bei Leuten, deren Ziel es ist, die Finanzhilfe für die Contras in dieser Woche im Kongreß zu stoppen. Ich glaube, die meisten Mitglieder des Kongresses nehmen diese Behauptungen nicht so ernst. Wenn man sich diese Unterstellungen nämlich genauer ansieht, stellt man fest, daß sie lächerlich sind.

WELT: Auch wir in Deutschland hatten Probleme mit den Contras. Was ist falsch gelaufen bei der Befreiung der acht Deutschen? Warum dauerte ihre Freilassung so lange? Man ging bisher davon aus, daß die USA großen Einfluß bei den Contras haben.

Abrams: Was falsch lief, war die Tatsache, daß die Sandinisten nicht daran interessiert waren, sie schnell freizubekommen. Sie hatten entschieden, daß dies ein guter Zwischenfall war, der Spannungen zwischen den *USA und der Bundesrepublik schaffen* würde. Wir hatten große Furcht, daß sie die Contras in Kampfhandlungen verwickeln würden, in denen die Deutschen getötet worden wären und die Schuld daran den Widerstandskämpfern angelastet worden wäre. Wir haben auf seiten der Sandinisten keine Bereitschaft erkennen können, diesen Konflikt schnell zu lösen.

Lassen Sie uns logisch denken: Was für einen Grund in der Welt sollten die Contras haben, diese Deutschen festzuhalten? Nicht den geringsten. Und sie haben es auch nicht versucht. Sie wollten sie freilassen. Doch erinnern wir uns, was geschah: Wenn diese Widerstandskämpfer aus ihren Stellungen gekommen wären, um diese Leute zu übergeben, hätten sie ihre eigene Identität verraten. Sie liefen Gefahr, im Augenblick der Übergabe von den Sandinisten getötet zu werden. Deshalb versuchten sie ein Arrangement auszuhandeln, bei dem sie nicht umgebracht würden. Das ist absolut logisch und verständlich. Die Sandinisten aber waren zu einem derartigen Arrangement nicht bereit. Sie wollten die Contras töten.

WELT: Es gab einigen Streit um die Frage, ob die Deutschen bewaffnet waren oder nicht. Hatte Außenminister Shultz recht mit der Feststellung, daß die Deutschen den Status von Kombattanten hatten?

Abrams: Ich glaube, der Außenminister sagte, daß sie sich in militärischen Stellungen befanden. Diese sogenannten „Landwirtschaftlichen Kooperativen" sind in Wahrheit militärische Stellungen. Wir sind dessen absolut sicher, denn wir haben dazu die nötigen Informationen. Ich will nicht behaupten, daß dort keine Landwirtschaft stattfindet, doch ihr fundamentaler Zweck ist strategischer Art. Die Deutschen begaben sich dort wissentlich in eine *außerordentlich gefährliche militärische* Situation.

WELT: Sonderbotschafter Habib arbeitet nun seit einigen Monaten in Mittelamerika. Ist eine politische oder diplomatische Lösung des Konflikts heute greifbarer als zuvor?

Abrams: Nein. Habib ist unser Unterhändler im mittelamerikanischen Forum. Ich weiß, daß viele glauben, daß die Militärhilfe für die Contras Verhandlungen verhindern wird. Das ist völlig falsch. Das Gegenteil trifft zu. Warum? Weil es keinen Anreiz und keinen Zwang für die Sandinisten zum Verhandeln gibt. Sie glauben nicht an Redefreiheit, Freiheit der Presse, Religionsfreiheit. Warum sollten sie das ändern? Sie werden es erst tun, wenn es so viel Druck auf sie gibt, daß sie dies ändern müssen. Bis zur Stunde wissen wir, daß der diplomatische und wirtschaftliche Druck auf sie keine Wirkung hatte. Der Druck muß also stärker werden. Sobald wir die Hilfe für die Contras bekommen, haben wir eine wesentlich bessere Chance, wirkliche Verhandlungen in Gang zu bringen.

WELT: Verhandlungen bedeuten bisher stets Gespräche zwischen Sandinisten und Contras. Die Sandinisten aber wünschen Gespräche mit Washington. Was wäre von ihrer Seite der Preis und die Voraussetzung für solche Gespräche?

Abrams: Der Preis wäre die Bereitschaft der Sandinisten, mit ihrer eigenen Opposition zu sprechen. Wir vergleichen die Situation oft mit El Salvador. Obwohl wir dort eine demokratisch gewählte Regierung haben und kommunistische Guerrillas, hat Duarte dennoch erklärt: Ich will Frieden, ich will Aussöhnung. Ich werde mit diesen Leuten sprechen, obwohl sie Kommunisten sind und keine Unterstützung im Volk haben.



Elliott Abrams leitet seit einem Jahr die Abteilung für Lateinamerika im State Department. Zuvor hatte Abrams die Abteilung für Menschenrechte im Außenministerium geleitet und sich dabei vor allem mit südamerikanischen Problemen vertraut gemacht. Abrams ist 38 Jahre alt, hat an der „Harvard Law School" Jura studiert und begann seine politische Laufbahn 1973 als Berater der beiden demokratischen Senatoren Henry Jackson und Daniel Moynihan. Er ist ein scharfer Kritiker Moskaus, besonders in Fragen der Menschenrechte. Zu seinen engsten politischen Freunden gehört die ehemalige UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick.
FOTO: CAMERA PRESS

In Nicaragua ist die Situation genau umgekehrt. Wir haben hier eine unpopuläre kommunistische Regierung, doch sie will nicht mit der Opposition verhandeln. Wir, die USA, haben deshalb gesagt: Wir werden nicht als die Ersatzmänner jener Nicaraguaner fungieren, die für die Wiederherstellung der Demokratie in ihrem Land kämpfen. Wenn die Sandinisten mit ihrer Opposition sprechen werden, werden die USA zu gleicher Zeit bereit sein, mit ihnen zu sprechen.

WELT: Vor wenigen Tagen gab der Papst dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Sergio Ramirez eine Audienz. Ist das ein Zeichen einer neuen Entspannung zwischen der katholischen Hierarchie und den Sandinisten? Ist die Reagan-Administration überrascht über diese Geste?

Abrams: Nein, es ist kein Zeichen einer neuen Detente. Die Sandinisten zahlten einen Preis dafür, indem sie gestohlenen Besitz der katholischen Kirche zurückgaben. Nein, die Position des Vatikans könnte nicht klarer sein. Und das ist ein Punkt, der vielen in Westeuropa und in der Bundesrepublik nicht hinreichend bewußt ist: Die Position, nicht nur des Vatikans, sondern der Bischöfe von Lateinamerika über die Unterdrückung der Religion in Nicaragua ist sehr eindeutig. Noch in der letzten Woche hat der Vorsitzende der lateinamerikanischen Bischofskonferenz Erklärungen abgegeben über die religiöse Unterdrückung in Nicaragua und über die Notwendigkeit, dies zu stoppen. Die Position der Kirche ist also klar: Die Detente der Kirche mit den Sandinisten ist das Ziel, das erreicht wird, wenn die Sandinisten die Unterdrückung einstellen.

WELT: Die Position der katholischen Kirche in den USA dagegen scheint nicht so klar zu sein.

Abrams: Ich stimme Ihnen zu.

WELT: Warum ist das so?

Abrams: Ich frage mich das nicht nur selbst sehr oft, ich habe diese Frage wiederholt auch vielen Kardinälen und Bischöfen gestellt. Ich glaube, es ist das Ergebnis von zwei Dingen: Es ist das Produkt des Personals der amerikanischen katholischen Konferenz, das dazu neigt, mit den Sandinisten zu sympathisieren. Und es ist das Ergebnis einer sehr kleinen Zahl von Missionaren, die in Nicaragua leben und für das Regime Partei ergriffen haben, gegen ihre eigene Kirche, gegen den Vatikan und gegen die Bischöfe von Lateinamerika. Sie arbeiten mit dem kommunistischen Regime, und sie kommen herüber und erzählen alle möglichen Geschichten, die unglücklicherweise einen gewissen Eindruck auf die hiesige Kirche machen.

WELT: Glauben Sie, daß die Europäer eine größere Rolle spielen könnten und sollten bei dem Bemühen, dieses Problem zu lösen?

Abrams: Jawohl. Ich glaube, die Demokratien in Westeuropa und in Lateinamerika sollten eine besondere Rolle spielen. Es gibt Demokraten in Nicaragua, es gibt dort sechs oppositionelle politische Parteien, die in etwa christdemokratisch, sozialdemokratisch und liberal sind und die Hilfe verdienen. Man braucht sich nicht einmal um den externen Widerstand zu kümmern wie die Contras. Doch es sollte für die sozialistischen, christdemokratischen Internationalisten und für die Stiftungen in Deutschland eine Sache des Konsensus sein, demokratische politische Aktivitäten in Nicaragua zu unterstützen.

WELT: Die Reagan-Administration hat Gespräche mit den Sowjets über Nicaragua geführt. Wie fruchtbar waren diese Gespräche? Gibt es gute Gründe, sie fortzusetzen?

Abrams: Sie sind nützlich, zumindest in dieser Hinsicht: Sie geben uns Gelegenheit, die Sowjets daran zu erinnern, wie wichtig dieses Gebiet für uns ist und wo die Grenzen sind, die wir den Nicaraguanern unter keinen Umständen zu überschreiten erlauben. Beispielsweise die Stationierung von sowjetischen MiGs in Nicaragua. Es ist nützlich für uns, diese unsere Einstellung den Sowjets direkt näherbringen zu können und damit die Möglichkeit von Fehlkalkulationen zu verringern. Ob es nützlich ist, sie fortzusetzen, ist eine Entscheidung für unseren Außenminister.

WELT: Wie ist Ihre Prognose für die Zeit in 15 Monaten, wenn die jetzt angestrebte Finanzhilfe für die Contras ausgelaufen ist?

Abrams: Dieses Problem wird länger als nur 15 Monate bestehen. Doch ich glaube, dieses Sandinistenregime ist außerordentlich unpopulär. Ich werde oft gefragt: Warum gibt es nicht mehr Opposition in Nicaragua? Da kann ich nur zurückfragen: Warum gibt es nicht mehr Opposition in der Tschechoslowakei? Opposition ist sehr schwierig in kommunistischen Ländern, und die Deutschen wissen etwas davon. Strafen für Oppositionelle sind in solchen Ländern außerordentlich hart.

Doch es gibt noch einen anderen Grund. Die USA haben sich nicht voll mit diesem Problem in Nicaragua identifiziert. Der Präsident hat es getan. Der Kongreß aber hat sich niemals entschieden. Wenn wir dies einmal getan haben, werden viele Nicaraguaner ermutigt werden, offen ihre Meinung zu sagen. Und wenn wir dann zum Kongreß zurückkehren müßten und um mehr Geld anhalten würden, würden wir es spielend bekommen, denn jeder würde sehen, wie unpopulär dieses Regime ist und wie sehnlich die Nicaraguaner es zu ändern wünschen.

Durch ein Loch in der Gefängnismauer wollte Moskaus Spion bis nach Afrika

G. MEHNER, Stockholm

Ganz Europa ist derzeit im Urlaubsaufbruch. Daran ist nichts ungewöhnliches. Etwas ungewöhnlich ist es allerdings schon, wenn einer aus dem hohen Norden, mit dem Auto zumal, gleich bis Gambia oder in den Senegal vorstoßen will. Und ganz ungewöhnlich ist der Fall, wenn die Reise durch das Loch im Zaun einer Strafanstalt angetreten wird und der Reisende diesen Urlaub 20 Jahren Gefängnis vorziehen will. Diese Art Tourismus im Zeichen der Flucht plante Arne Trehold (47), der wegen Spionage für die Sowjetunion und den Irak am 20. Juni 1985 zur Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er war einer der führenden norwegischen Diplomaten.

Fußballspiel sollte die Wachmannschaft ablenken

Daß die Sache schließlich aufflog, lag an dem mit Trehold befreundeten Journalisten Egil Ulateig, der wegen der Wahnwitzigkeit des Unterfangens zuerst einen Psychiater, dann die Gefängnisleitung und schließlich die Polizei einschaltete. Den Ausbruchscoup plante Trehold im Zusammenspiel mit seinem Bruder Einar, einem einsitzenden Rauschgifthändler aus Gambia und einer wegen Drogenbesitzes verurteilten Norwegerin, die Trehold im Gerichtssaal kennengelernt hatte. Der Zeitpunkt für die Flucht wurde so gelegt, daß die Wachmannschaft durch das Viertelfinalspiel bei der Fußballweltmeisterschaft Frankreich-Brasilien abgelenkt sein sollte. Auch die übrige Fluchtlogistik stand bereits fest: Zwei gefälschte englische Pässe, 128 000 norwegische Kronen für einen Wagenkauf usw. Da die französischen Sprachkenntnisse der Norwegerin zu wünschen übrig ließen, erteilte Trehold Nachhilfeunterricht. Als sie den konkreten Fluchtplan in Händen hielt, machte die Polizei dem Spuk ein Ende. Trehold wurde vom Ila-Gefängnis ins sichere Ullersmo-Landesgefängnis überführt.

War er wirklich der gerissene Spion, der alle täuschte, der den Russen Teile der westlichen atomaren Abschreckungsstrategie enthüllte und dem Irak andere Verteidigungsgeheimnisse verkaufte? Oder war er der selbstüberhebliche junge Mann, der im Alleingang die Weltpolitik zu verändern suchte? In diese Richtung hat Trehold immer selbst argumentiert. Zuletzt in seinem im Gefängnis geschriebenen Buch „Allein" (371 Seiten), für das er wegen des Dokumentarcharakters einen schwedischen Publizistikpreis erhalten hat. Auch in Fernseh-Interviews von der Zelle aus hielt er immer an der Version fest, daß er unschuldig sei.

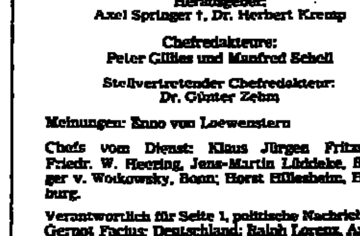
Bei seinen Kontakten mit den Sowjets, vor allem mit dem KGB-Führungsoffizier Titow, will er im Alleingang nur eine unkonventionelle der Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West dienende Privatdiplomatie betrieben haben.

Trehold war Leiter der Presseabteilung des norwegischen Außenministeriums, als er auf dem Flughafen in Oslo am 20. Januar 1984 festgenommen wurde. In seiner Aktentasche befanden sich 65 klassifizierte Dokumente, die er, so räumte er ein, in Wien einem KGB-Mann übergeben wollte. Nein, ein Spion sei er nicht, er wolle nur Brücken zwischen Ost und West bauen, hatte er erklärt.

War Oslos Top-Diplomat nur ein Phantast?

Mit 34 Jahren wurde Trehold Staatssekretär im Seerechts-Ministerium, das damals wegen der norwegisch-sowjetischen Verhandlungen über die Barents-See eine wichtige Rolle spielte. Anschließend ging er als Diplomat zur norwegischen Vertretung bei den Vereinten Nationen.

„Trehold ist ein Phantast, der zeitweilig völlig den Bezug zur Realität verliert", urteilt der Anwalt Alf Nordhus. „Es ist doch offenbar, daß ein Großspion nicht so amateurhaft vorgeht". Der Anwalt sieht im übrigen die Chancen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens wieder wachsen. Weil er nicht an ein faires Verfahren glaubte, hatte Trehold vor einem Monat ein Revisionsverfahren vor dem höchsten norwegischen Gericht zurückgezogen.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg.

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Gortz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836.

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

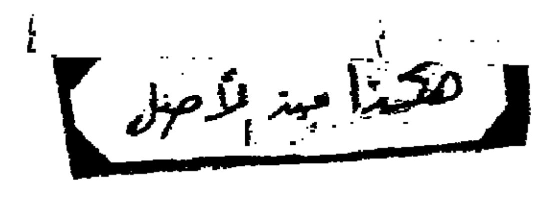
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Wo Schwerkraft abgeschaltet ist

Schweizer Konferenz stellt die Chancen einer industriellen Nutzung der Raumfahrt vor

Von ARNO NÖLDECHEN

Interessierten Unternehmen bleiben noch knapp zehn Jahre, um sich auf die Nutzungsmöglichkeiten im Weltraum vorzubereiten. Sie wird ihnen die Chance bieten, völlig neuartige Werkstoffe zu produzieren oder komplizierte Stoffgemische von Pharmaka aufzutrennen.

Dabei ist die Bezeichnung „Weltraum-Produktion" nicht ganz korrekt. Sie wird sich nämlich lediglich im erdnahen Raum in etwa 100 bis 200 km Höhe abspielen. In dieser Höhe wirken nur noch zehntel Bruchteile der Erdanziehungskraft, immerhin aber noch 0,4 bis 0,8 g. Weltraumtechniker sprechen daher von der Nutzung der „Mikro-Gravitation".

Das reicht jedoch aus, damit sich flüssige Stoffgemische, auch Schmelzen, nicht so schnell entmischen oder – wie auf der Erde – absetzen können. Zum anderen können wegen der geringeren Schwerkrafteinflüsse elektrische oder auch magnetische Kräfte relativ große Stoffmengen gezielt in ihre einzelnen Bestandteile auftrennen. Das trifft zum Beispiel auf so wirkungsvolle Medikamente wie Interferone oder Interleukine zu, die biotechnisch von Bakterien produziert, aus einer Protein-Mischung herausgefischt werden müssen. Ihre heute noch sehr hohen Kosten hängen von den aufwendigen Separationsverfahren ab.

Computertechniker hoffen auf neuartige Werkstoffe

Wie auf der ersten europäischen Weltraumtechnik-Konferenz in Montreux jetzt zu hören war, eröffnet die Mikro-Gravitation im erdnahen Weltraum viele technologische und verfahrenstechnische Vorteile. Entsprechend weit sind die Erwartungen und Chancen gespannt: Elektroniker hoffen unter Nutzung der geringen Schwerkraft, endlich homogene Einkristalle aus Galliumarsenid züchten zu können. Sie wollen damit leistungsfähigere, schnellere und noch dichter gepackte Computerchips herstellen.

Weiterhin kommen haarfeine Glas- oder Polymer-Fasern für Lichtwellenleiter in Frage. Hier setzen die Werkstofftechniker darauf, daß den Schmelzen beigefügte schwere Elemente beim Erstarren der Fasern „eingebaut" bleiben und zu einer Erhöhung des übertragbaren Lichtspektrums führen. Die Kosten automatisierter Fertigungsanlagen für beide Produkte sind natürlich hoch. Ebenfalls belasten die Transportkosten in den Weltraum die Endprodukte. So liegt der heute gültige Transportpreis für ein US-Pfund (453,6 Gramm) bei 10 000 Dollar.

Bei so wichtigen Pharmaka wie Interferonen, die schon in Mikrogramm-Mengen wirken, würden aber lediglich 2 US-Cent pro Milligramm an Transportkosten anfallen. Eine Abtrennung im Weltraum wäre also heute schon rentabel. Derartige Weltraumproduktionen laufen an, wenn die geplante Internationale Raumstation in etwa zehn Jahren einsatzbereit sein wird. Nach Angaben von David W. Lippy, Geschäftsführer des „Center for Space Policy", können allein amerikanische Unternehmen im Jahr 2000 mit Milliarden-Einkünften aus der Weltraumtechnik rechnen. Die Schätzungen schwanken zwischen 17 und 52 Mrd. Dollar, je nachdem wie intensiv die Weltraumstation dann genutzt werden kann. Dabei wird es auch eine Rolle spielen, wie häufig die Geräte und Apparate verwendet werden können und wie lang ihre Lebensdauer insgesamt sein wird.

Diese Gewinnschätzungen verstellen ein wenig den Blick auf die hohen Investitionen zum Bau und zum Betrieb der Raumstation. Es geht um Milliardenbeträge, die die Amerikaner allein aus Staats- oder Privat-Budgets kaum aufbringen können oder wollen. Sie haben daher befreundete Regierungen und interessierte Firmen in Europa und Japan zur Beteiligung eingeladen. Da sich derart risikoreiche Engagements nur wenige Einzelfirmen oder Konzerne leisten können, haben sich nach amerikanischem Vorbild private Gesellschaften, hauptsächlich zur Nutzung der Mikro-Gravitation, gebildet.

Zurückhaltung nur noch bei den Chemiefirmen

Die in Hannover ansässige Intospace vereint derzeit schon rund 90 deutsche und europäische Firmen. Wie ihr Geschäftsführer Hans E. W. Hoffmann sagt, eine „gute Mischung" zukunftsorientierter Unternehmen. Neben schon in der Raumfahrt tätigen Unternehmen wie MBB, ERNO, Dornier oder die mit Meß- und Regeltechnik befaßte Kayser-Threde zählen die Unternehmensberatung Kienbaum, alle deutschen Automobilkonzerne sowie Banken zum Gesellschafterkreis. Lediglich Chemie- und Pharma-Industrie zeigen noch vorsichtige Zurückhaltung.

Die bisherigen kommerziellen Erfolge der Raumfahrt sind der breiten Öffentlichkeit weitgehend entgangen. Dabei haben die Investitionen durchaus zu handfesten Erträgen mit Nachrichten-Satelliten geführt. Nach Angaben der Nasa erwirtschaftet ein „Space-Dollar" siebzehn „terrestrische Dollar". Noch höhere Erträge werden vom Space-Shuttle-Programm erwartet. Besonders wegen der Erkenntnisse in den Materialwissenschaften gilt der Faktor 35 bis 40 als wahrscheinlich.

Hilfe für das grüne Herz Südamerikas

Mit einem Sofortprogramm will der WWF eines der größten Feuchtgebiete der Welt retten

Von LUDWIG KÜRTEN

Die Rettung eines der größten Naturparadiese der Erde, des „Pantanal" im Dreiländereck Brasilien, Bolivien, Paraguay, hat sich ein Programm des World Wildlife Fund (WWF) zum Ziel gesetzt. Der Vorsitzende von WWF-Deutschland, Professor Kurt Lotz, stellte das Projekt jetzt vor, das mit dem Erlös einer Spendenaktion finanziert werden soll, die der WWF Ende letzten Jahres mit großem Erfolg organisiert hatte.

Der Pantanal ist ein 200 000 Quadratkilometer großes Sumpfgebiet und gilt als eines der bedeutendsten Feuchtökosysteme auf der Erde und als das „grüne Herz Südamerikas". Seit langem bemühen sich Naturschützer darum, den regen Handel zu unterbinden, der mit Tieren und Tierprodukten aus dieser Region betrieben wird. Besonders „beliebt" sind die Häute der Kaimane, einer südamerikanischen Krokodilart und die Felle von Wildkatzen wie dem Ozelot oder dem Jaguar. Dazu kommt der Handel mit lebenden Vögeln, vor allem mit Papageien. Allein im brasilianischen Teil des Gebietes werden im Jahr etwa zwei Millionen Kaimane getötet.

Viele der Häute kommen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Als eines der Hauptumschlagsländer gilt die Bundesrepublik. Die Begleitpapiere der Produkte sind oft gefälscht oder so verändert, daß sie den Einfuhrbestimmungen der EG entsprechen. Die Wilddiebe in der Region sind mit allen technischen Raffinessen ausgestattet, während es den Wildhütern an Ausrüstung, vor allem an Booten, geländegängigen Fahrzeugen und Flugzeugen fehlt. Dies will der WWF jetzt mit Hilfe der Spendenmittel ändern. Man wirkt auch darauf hin, daß die Zusammenarbeit der Behörden in den drei Ländern verbessert wird.

Dem Pantanal droht aber auch aus anderer Richtung höchste Gefahr. Um den Wasserhaushalt der Region zu regulieren, wollen die Regierungen die Zuflüsse aufstauen, noch bevor sie den Pantanal erreichen. Wenn diese Pläne verwirklicht werden sollten, würde dies das Ende dieses einmaligen Feuchgebietes bedeuten. Im nördlichen Pantanal wurden bereits 90 000 Hektar Land durch einen 400 Kilometer langen Damm trockengelegt. Damit will man die Bedingungen für die Rinderzucht verbessern, die bislang wegen der Trockenheit im Sommer und der Überschwemmungen in den restlichen Monaten nur eingeschränkt möglich war. In dem betroffenen Gebiet ist fast die gesamte Tier- und Pflanzenwelt zugrunde gegangen. Unkräuter, die das angesähte Gras zu verdrängen drohen, müssen mit Hilfe von Herbiziden bekämpft werde. Diese werden aber wieder in die Flüsse gespült, so daß mehr und mehr Gewässer der Region vergiftet werden.

Angesichts der Größe dieser Probleme ist nicht zu erwarten, daß sie in wenigen Monaten gelöst werden können. Ein erster Schritt ist aber das Soforthilfe-Programm, das der WWF jetzt im Einvernehmen mit der brasilianischen Regierung eingeleitet hat. Man will die Länder fachlich beraten, wie die natürlichen Ressourcen des Pantanal ökologisch vertretbar erschlossen werden können. Die Bevölkerung soll darüber aufgeklärt werden, welche Bedeutung dieses größte Feuchtökosystem Südamerikas für ihre eigene Zukunft hat. Denn es steht fest, so Professor Lotz, daß die Tier- und Pflanzenwelt dieser Region für die dort lebenden Menschen bei schonender Nutzung die sicherste Einnahmequelle ist.

Eimerketten-Schlammbagger in Aktion FOTO: DIE WELT

Makelloser Schlamm

Alternatives Konzept zur Entsorgung von Schwermetallen

Von HORST DALCHOW

Baggerschlämme aus Flüssen, Häfen und Seen enthalten zunehmend mehr umweltbelastende Sedimente, die durch ein neues Verfahren von den gefährlichen Schwermetallen befreit werden können. Dieses wurde von dem Heidelberger Geowissenschaftler und Mineralogen Prof. German Müller entwikkelt, der dafür mit dem Philip-Morris-Forschungspreis ausgezeichnet wurde.

Gewässerschlick fällt zwangsläufig in sehr großen Mengen an. So müssen die Wasserstraßen und Hafenbecken ständig ausgebaggert werden, um sie nicht der Versandung preiszugeben. Allein in Rotterdam werden jährlich 23 Millionen Kubikmeter Schlamm aus dem Hafenbecken entfernt, um die für die großen Seeschiffe notwendige Hafentiefe zu erhalten. Im Hamburger Hafen beläuft sich die Schlickmenge auf 2,5 Millionen Kubikmeter.

Was den Gehalt an Schadstoffen angeht, so schwemmt beispielsweise der Rhein jährlich neben 6000 Tonnen Zink, 800 t Kupfer, 1000 t Blei und 15 t Quecksilber auch 70 t Cadmium in die Nordsee. Eingebaute Staustufen und Niedrigwasser in den Sommermonaten begünstigen die Verschlammung, denn bei dadurch reduzierter Fließgeschwindigkeit des Wassers sinken die mineralisch oder organisch gebundenen Schwebstoffpartikel auf den Grund und bilden Ablagerungen.

Kostspielige Deponie

Die bislang übliche Deponierung solcher Schlämme ist nicht nur gesundheitsgefährdend, sondern auch äußerst kostspielig. Außerdem sind die zur Verfügung stehenden Ablageflächen nur noch begrenzte Zeit aufnahmefähig. Lange Zeit galten die Baggerschlämme als willkommener Ersatz für Kunstdünger auf den Feldern. Inzwischen sind sie jedoch wegen ihrer Belastung mit Schwermetallen, insbesondere Blei, Quecksilber und Cadmium zu einer ernsthaften Bedrohung für Menschen und Umwelt geworden.

Großtechnisches Verfahren

Das von Professor Müller und seinen Mitarbeitern entwickelte, großtechnisch anwendbare Verfahren ermöglicht nun eine problemlose, kostengünstige und endgültige Entsorgung schwermetallbelasteter Baggerschlämme. Für deren Dekontaminierung hat sich Salzsäure als am besten geeignet erwiesen. Sie löst die Schwermetalle, insbesondere das problematische Cadmium, aus dem Sediment. Über zwei Fällungsreaktionen mit Löschkalk und das aus dem chemischen Prozeß gewonnene Kohlendioxid werden die Schadstoffe nahezu restlos beseitigt.

Das herausgelöste Schwermetallkonzentrat kann nun sogar einer Wiederverwendung zugeführt werden. Der entgiftete Schlamm dient als wertvoller Rohstoff der Herstellung von Ziegeln und Zement.

Die von Professor German Müller entwickelte chemische Entgiftung bedeutet eine vollkommene und umweltschonende Entsorgung durch Recycling. Sie ist nicht nur erheblich sicherer als die bisher übliche „Umlagerung", sondern auf lange Sicht auch billiger.

Vorstellbar wäre auch eine mobile Anlage, zum Beispiel in Kombination mit einem Baggerschiff. Auch bei einer stationären Anlage an Land wird statt der bisher erforderlichen Deponie-Kapazitäten nur ein geringer Raum benötigt. Prof. Müller hofft, daß schon in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik eine Pilotanlage für die chemische Entgiftung von Sedimenten gebaut werden kann.

Schützender Gleichstrom

Neues Verfahren verhindert Korrosion in Stahlbetonbauten

Von MARION KERN

Bereits vor einigen Jahren erkannte man, daß viele Stahl- und Spannbeton-Bauwerke aus den fünfziger und sechziger Jahren starke Korrosionsschäden aufwiesen, die in erster Linie ihre Standfestigkeit bedrohen. Langfristigeren und damit billigeren Schutz als das übliche Sanierungsverfahren könnte das Prinzip der „Opferanode" bringen, dessen Erprobung jetzt an den vom Rost bedrohten Stahlbeton-Stützwänden des Berliner Stadtautobahnrings begann.

Schon länger kennt man das Prinzip, daß unedles und damit stärker korrosionsgefährdetes Metall die Korrosion von edlem, weniger gefährdetem Metall noch weiter vermindert, wenn es mit diesem elektrisch leitend verbunden ist. Gleichzeitig erhöht sich die Korrosion des unedlen Partners.

In Berlin wird dieses Prinzip in abgeänderter Form nun erstmals in der Bundesrepublik zum Schutz eines Stahlbeton-Bauwerks angewandt. Eigentlich ist bei dieser Bauweise die Stahlbewehrung sehr gut durch den umgebenden Beton geschützt. Denn das Wasser in den Betonporen ist stark alkalisch. Dies bewirkt, daß der Stahl mit einer submikroskopisch dünnen Oxidhaut überzogen wird, die eine weitere Korrosion verhindert.

Dieser Schutzfilm kann zerstört werden, wenn das Wasser saurer wird oder sich im Beton erhöhte Anteile an Chloriden befinden. Dies geschieht bei fehlerhafter Verarbeitung des Betons. Wenn er zu porös ist, können stark chloridhaltiges Tausalz und das den pH-Wert des Porenwassers herabsetzende Kohlendioxid in die Poren eindringen. Die Folge ist, daß die Oxidschicht durchlöchert wird und der Stahl zu rosten beginnt. Deshalb sind auch hauptsächlich Straßenbauwerke wie zum Beispiel Brücken betroffen, wo in der Vergangenheit viel Tausalz verwendet wurde.

„Anstelle der ‚Opferanode' verwenden wir sogenannte Kontaktelemente, über die ein schwacher Gleichstrom zur Kathode – der Stahlbewehrung – geschickt wird," erklärte Dr. Isecke von der Bundesanstalt für Materialprüfung. Dabei müsse der Deckbeton nur an der kleinen Stelle entfernt werden, an der das Kontaktelement angebracht wird. Auf Neuland begibt man sich hier übrigens nur in Bezug auf in Beton eingeschlossenen Stahl: Beim Korrosionsschutz unterirdisch verlegter Rohrleitungen wird das Verfahren mit Erfolg angewandt.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Suche nach dem Impfstoff

Paris (dpa) – Die Entwicklung eines Impfstoffes gegen Aids wird nach den Worten von Prof. Luc Montagnier vom Pasteur-Institut in Paris noch viele Jahre dauern. Der Grund hierfür liegt in der Fähigkeit des Aids-Erregers, seine Oberflächenstruktur ständig zu ändern, sagte Prof. Montagnier gestern auf dem internationalen Aids-Kongreß in Paris. In diesem Zusammenhang berichtete Prof. Montagnier von „ziemlich vielversprechenden" Versuchen. Mäusen wurden Abwehrkörper (Antikörper) injiziert, die der Organismus nach einer Infektion mit dem Virus gebildet hatte. In Afrika, das als Ursprungsland für Aids gilt, gibt es im Gegensatz zu den USA und Europa keine speziellen Risikogruppen für die Immunschwächekrankheit, sagte Dr. Bila Kapita aus Kinshasa/Zaire.

Digitaler Flugschreiber

Paris (FIZIT) – Einen digitalen Flugschreiber, der die Sicherheit der Datenübertragung verbessert und ihre Auswertung erleichtert, hat jetzt der französische Konzern Schlumberger entwickelt. Flugschreiber sind wesentlich für die Feststellung von Unfallursachen in der Luftfahrt. Das neue Gerät enthält einen Halbleiterspeicher, aus dem direkt in einen Computer überspielt werden kann. Zudem ist er nur noch halb so schwer wie herkömmliche Magnetbandschreiber.

Umwelt und Haushalt

Berlin (DW.) – Tips für umweltbewußtes Waschen, Reinigen und Renovieren gibt jetzt eine Broschüre, die das Umweltbundesamt in Berlin herausgegeben hat. Die Millionen Tonnen zählenden Chemikalien, die alljährlich in den Haushalten eingesetzt werden, belasten die Umwelt erheblich. Die Broschüre gibt Hinweise, auf welche unnötigen Produkte verzichtet werden kann und wie man weltbewußt mit den notwendigen Produkten umgeht. (Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33).

Anpassung in der Klinik

Marburg (wm.) – Beziehungsprobleme in Kliniken am Beispiel der psychiatrischen Versorgung will eine Studie untersuchen, die jetzt eine Arbeitsgruppe der Psychiatrischen Universitätsklinik Marburg begonnen hat. Das Projekt soll klären, welche Anpassungsschwierigkeiten Patienten in einem psychiatrischen Krankenhaus erleben, wie Ärzte und Pflegepersonal diese Konfliktsituationen empfinden und wie sie bewältigt werden können, sowie von welchen äußeren Bedingungen der Erfolg der Bewältigungsstrategien abhängt.

Mediziner-Test

Dortmund (DW.) – Die Anmeldung für den Mediziner-Test, der über die Zulassung zum Studium entscheidet, hat begonnen. Darauf weist jetzt die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hin. Bewerbungen sind bis zum 15. September möglich.

WELTMEISTERSCHAFT / Das Halbfinale ist komplett. Auch Belgien gewann erst im Elfmeterschießen

● Drei Nachbarn aus dem Herzen Europas gegen Argentinien, die letzte der hocheingeschätzten Mannschaften Südamerikas. Das ist die am Ende doch überraschende Besetzung des Halbfinales der XIII. Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko. Morgen spielen in Guadalajara Deutschland und Frankreich (20.00 Uhr) und in Mexico City Belgien und Argentinien gegeneinander.

● Nur ein Spiel des Achtelfinales wurde nach der regulären Spielzeit von 90 Minuten entschieden – für Argentinien beim 2:1 gegen England (nächste Seite). Nach Frankreich und Deutschland mußte auch Belgien durch den Nervenkampf der Verlängerung und des Elfmeterschießens. Ausgeschieden ist wieder ein Favorit: Spanien, das zuvor Dänemark mit 5:1 besiegt hatte.



● Gerade diese Besetzung des Halbfinales heizt die Diskussionen noch einmal an: Deutschland, Belgien, Argentinien, das sind drei Teams, die eher kämpfen als spielen (Ausnahme Maradona). Hält Frankreich allein die Fahne des technisch schönen Fußballs hoch. Die WELT sprach mit Klaus Allofs über die internationale Kritik, die besonders die deutsche Mannschaft traf.

Torjäger

Vier Spiele stehen noch aus. Trotzdem scheint bei dieser Weltmeisterschaft ein Titel bereits jetzt vergeben zu sein. Der Engländer Gary Lineker ist mit sechs Treffern der vermutlich erfolgreichste Torschütze. Obwohl er und seine Mannschaft im Viertelfinale ausschieden, ist er kaum noch einzuholen. Denn die unmittelbaren Konkurrenten Careca (Brasilien) und Butragueno (Spanien) mit jeweils fünf sowie Elkjaer (Dänemark), Altobelli (Italien) und Belanow (UdSSR) mit je vier sind auch nicht mehr dabei. Von den im Wettbewerb verbliebenen Mannschaften haben allein Diego Maradona und Jose Valdano (beide Argentinien) noch theoretische Chancen auf den Sieg. Beide trafen bisher dreimal, müßten also in den verbleibenden zwei Spielen weitere drei Tore erzielen, um wenigstens mit Lineker gleichzuziehen. Sechs Treffer – das war auch bei den vergangenen beiden Welt-Turnieren die Zahl, mit der die Torschützenwertung gewonnen wurde. 1982 in Spanien war es Paolo Rossi (Italien), 1978 in Argentinien Mario Kempes (Argentinien). Beide spielten in den Mannschaften, die auch Weltmeister wurden. Die Torschützenkönige aller Weltmeisterschaften waren: 1930 in Uruguay: Stabile (Argentinien/8 Tore); 1934 in Italien: Conen (Deutschland), Chiavo (Italien), Nejedly (CSSR) – alle 4; 1938 in Frankreich: Leonidas (Brasilien/4); 1950 in Brasilien: Ademir (Brasilien/9); 1954 in der Schweiz: Kocsis (Ungarn/11); 1958 in Schweden: Fontaine (Frankreich/13); 1962 in Chile: Garrincha, Vava (beide Brasilien), Sanchez (Chile), Jerkovic (Jugoslawien), Iwanow (UdSSR), Albert (Ungarn) – alle 4; 1966 in England: Eusebio (Portugal/9); 1970 in Mexiko: Müller (Deutschland/10); 1974 in Deutschland: Lato (Polen/7).

Wettquoten

● **Argentinien** ist bei Englands Buchmachern neuer Favorit auf den WM-Titel. Wer vier Pfund auf die Südamerikaner setzt, erhält sechs Pfund ausgezahlt, wenn sie Weltmeister werden. Es folgen Frankreich (Quote 13:8), Deutschland (4:1) und Belgien (7:1).

Modus

Die Brasilianer und Italiener protestieren energisch. FIFA-Vizepräsident Hermann Neuberger aber ist überzeugt, „daß dieses Spielsystem am besten geeignet ist. Jedes Spiel hat einen ganz besonderen Reiz. Überraschungen sind programmiert“. Elfmeterschießen und K.o.-System sollen nach dem Willen des Deutschen auch für die Weltmeisterschaft 1990 in Italien beibehalten werden. In der Vergangenheit hat die FIFA das System bei Weltmeisterschaften immer wieder geändert, jetzt soll endlich ein einheitlicher Modus beibehalten werden. Brasilien sträubt sich, will bei der FIFA eine Regeländerung beantragen. Der Vorschlag: Künftig soll ein Spiel, das auch nach der Verlängerung noch unentschieden ist, innerhalb von 24 Stunden für weitere 30 Minuten erneut angesetzt werden. Spaniens Trainer Miguel Munoz möchte sogar ein Wiederholungsspiel über die volle Zeit erreichen. Noch weiter geht Italiens Trainer Enzo Bearzot, der das K.o.-System generell abschaffen will, „weil es ungerecht ist, nach 90 Minuten alles zu verlieren“. Brasilien, Italien und Spanien singen das Klagelied der Verlierer – die siegreichen Mannschaften des Viertelfinales begrüßen den aktuellen Modus.

Ersatzmann

Uwe Seeler und der Pole Szmuda halten mit je 21 WM-Einsätzen den Rekord. Kein anderer Spieler der Welt hat ähnlich viele WM-Spiele gemacht wie diese beiden. Ihr Pendant ist der Spanier Francisco Urruti, Torwart beim FC Barcelona und seit gestern so etwas wie ein ewiger Ersatzmann. Urruti nahm bereits zum drittenmal an einer Weltmeisterschaft teil – gespielt aber hat er nie. Er trägt es mit Fassung: „Die drei Teilnahmen waren doch sehr schön. Erstens gab es nie Probleme, und zweitens war es mir möglich, meinen jüngeren Kollegen zu helfen. Diese Dinge sind auch wichtig für eine Mannschaft.“ Schade, daß Uli Stein dem spanischen Kollegen nie begegnet ist.

Fernsehen heute

● **ARD: 17.15 – 17.45 Uhr:** Mexiko-Magazin, Berichte, Nachrichten, Interviews.

Stolze Spanier: Wir verlassen Mexiko erhobenen Hauptes

DW. **Puebla**

Zwei Stunden lang hatte Miguel Munoz zusehen müssen. Weitgehend passiv, zur Tatenlosigkeit gezwungen. Er hat das Unheil kommen sehen und konnte doch nichts dagegen tun. Was in seiner Macht stand, tat er. Munoz wechselte Salinas aus und de los Corbos ein. Er nahm Tomas vom Platz und ersetzte ihn durch Senor. Danach konnte Munoz nichts mehr tun. Nur warten. Und denken.

Miguel Munoz hatte 85 Minuten Zeit, um sich auf das WM-Aus vorzubereiten. Anders als seine Spieler konnte er sich nicht auflehnen gegen die drohende Niederlage, die sich nach der 35. Minute, nach dem 0:1 durch Belgiens Kapitän Jan Ceulemans, abgezeichnet hatte. Der Trainer sagte nicht, was er in ihm vorgegangen ist in jenen 85 Minuten bis zum Ende der Verlängerung.. Doch seine Worte nach Spielschluß offenbarten, daß er auf die Niederlage vorbereitet war.

Gelassen, beinahe heiter und voller Tatendrang kommentierte der spanische Trainer das Ausscheiden seiner Mannschaft: „Wir haben bei diesem Turnier praktisch kein Spiel verloren, auch das gegen Brasilien nicht. Da war der Schiedsrichter gegen uns. Wir können erhobenen Hauptes Mexiko verlassen.“

Munoz ist 64 Jahre alt. Der älteste unter allen Trainern in Mexiko. Alt genug, um zu wissen, wie die Wirklichkeit interpretiert werden muß, damit sie nicht allzu sehr schmerzt. So hat er sich seine eigene Realität geschaffen. Eine Realität, in der Spanien die Rolle eines Verlierers mit der eines Siegers vertauscht. „Wir haben großartig gespielt, aber als bessere Mannschaft leider nicht die möglichen Tore zum Sieg geschafft. Bei mir herrscht keine große Trauer, denn wir haben große Spiele geliefert.“

In der Stunde der Niederlage hielt sich Munoz nicht mit der Vergangenheit auf. Voller Tatendrang wertete er das Ende als Beginn einer neuen Ära: „Spaniens Fußball stand im April und Mai noch mit drei Klubs in allen Europapokal-Finals und erreichte in Mexiko erstmals seit 36 Jahren das WM-Viertelfinale. Ich glaube, wir können uns alle mit Stolz auf unsere Arbeit dem Publikum in der Heimat präsentieren,“ sagte Munoz und verkündete: „Natürlich bleibe ich im Amt, und ich kann Ihnen versprechen, wir sehen uns 1988 bei der Endrunde der Europameisterschaft in Deutschland wieder.“

Stolz und zuversichtlich, überzeugt von der eigenen Stärke – Munoz wirkte wie der Prototyp eines stolzen Spaniers. Er beklagte nicht die verletzungsbedingten Ausfälle von Libero Antonio Maceda und Spielmacher Rafael Gordillo. Auch nicht das Fehlen von Vorstopper Andoni Goicoechea, der nach zwei Verwarnungen gesperrt war. Er rechnete weder die Chancen gegeneinander auf noch verurteilte er den jungen Eloy, der im Elfmeterschießen versagt hatte.

„Wir fühlen alle mit ihm,“ sagte Libero Ricardo Gallego. Ihm verziehen die Mitspieler den Fehler, obwohl er ihnen die Aussicht auf die Super-Prämie von 300 000 Mark nahm, die jeder Spieler im Falle eines Titelgewinns erhalten hätte.

Eloy war ein Opfer des belgischen Torwarts Jean-Marie Pfaff geworden. Der versuchte, im Elfmeterschießen die Gegner mit dem ständig gleichen Ritual zu irritieren. Er ließ sich jedesmal aufreizend viel Zeit, nahm seinen Platz im Tor erst in letzter Sekunde ein und verzögerte den Schuß durch zusätzliche Ablenkungsmanöver. Mal zog er die Strümpfe hoch, mal massierte er den Knöchel. Eloy ließ sich dadurch so sehr verunsichern, daß Pfaff keine Mühe hatte, dessen Schuß abzuwehren.

Soviel Verständnis die Mitspieler für Eloy zeigten, so sehr kritisierten sie ihren Stürmer Emilio Butragueno. Beim sensationellen 5:1-Achtelfinalsieg über Dänemark hatte Butragueno noch vier Tore erzielt und eines vorbereitet – gegen Belgien versagte er im Abschluß völlig. Kapitän Jose Camacho machte ihn zum Hauptverantwortlichen für die Sturmschwäche, die Spaniens Niederlage verursachte: „Das war nicht sein Tag. Butragueno unterliegt immer starken Formschwankungen. Entweder ist er super wie gegen die Dänen, oder man sieht ihn fast gar nicht.“

Stephane Demol, ein 20jähriger Verteidiger, war als Sonderbewacher mit ausschließlich defensiven Aufgaben für Emilio Butragueno auserkoren. Demol konnte den schnellen Spanier nicht immer halten, wurde aber hervorragend von den erfahrenen Abwehrspielern Eric Gerets und Michel Renquin unterstützt. Immer wieder rannten sich Butragueno und seine Mitspieler in der belgischen Abwehr fest. Keines ihrer taktischen Mittel hatte Erfolg. Sie bestürmten das belgische Tor pausenlos, spielten schnell, direkt, variierten die Freistöße und die Angriffe. Niemand kann sagen, sie hätten nicht alles versucht. Oder sie seien zu starr in ihrer Spielanlage gewesen. Sie waren weder zu langsam noch zu eigensinnig.

Sie scheiterten einfach an einer Mannschaft, die nicht verlieren wollte. Von Beginn an hatten sich die Belgier geweigert, zu verlieren. Sie hatten einen dichten Abwehrriegel vor ihrem Tor aufgebaut, hatten den Spaniern das Mittelfeld kampflos überlassen und den kleinen Nico Claesen als einzige Sturmspitze in des Gegners Hälfte geschickt. Ein einziger Stürmer als Ausdruck der Hoffnung. Und ein Symbol für den Kampf des Außenseiters, den Belgien schon zum zweitenmal gewann.



Die Belgier fliegen vor Freude. Das Ziel: Leo van der Elst, der letzte Elfmeterschütze FOTO: AFP

Rolff gegen Michel Platini?

Wenn Deutschland am Mittwoch (20 Uhr) das Halbfinalspiel gegen Europameister Frankreich bestreitet, wird wahrscheinlich der Hamburger Wolfgang Rolff an Stelles des gesperrten Frankfurter Thomas Berthold gegen Michel Platini spielen müssen.

„Michel Platini ist läuferisch offenbar nicht in Topform, dennoch darf man ihn nicht spielen lassen.“ Mit dieser Aussage deutet DFB-Trainer Horst Köppel eine Sonderbewachung für den französischen Mannschaftskapitän an. Erster Kandidat für diesen Job ist also Rolff, der sich an Platini ebenso gern erinnert wie Felix Magath. Im Europacup-Finale 1983 des Hamburger SV gegen Juventus Turin schaltete Rolff den Franzosen völlig aus und hatte somit wichtigen Anteil am Hamburger 1:0-Sieg. Der Torschütze: Magath.

Die Franzosen bangen indes um den Einsatz ihres Stürmers Dominique Rocheteau. Der 31jährige erlitt beim Sieg über Brasilien eine Muskelverletzung am Oberschenkel – er kann am Mittwoch wohl kaum eingesetzt werden. Als Ersatz für Roicheteau stehen Jean-Pierre Papin und Bruno Bellone bereit.

Allofs: Bereitschaft zum Risiko wird bei uns doch nur mit Pfiffen belohnt

ULRICH DOST, **Queretaro**

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft steht im Halbfinale. Aber: Anerkennung und Schulterklopfen hat sie dafür nicht gerade geerntet. Die internationale Presse bescheinigt der deutschen Mannschaft, sie sei im Viertelfinale das Team mit dem geringsten spielerischen Niveau gewesen. Mannschaften wie die der Sowjets, der Dänen oder Brasilianer, so wird bedauert, mußten bereits die Heimreise antreten. Hinter dem Erfolg der Deutschen aber stehe nur die Fleißarbeit, die Pflicht, nicht aber die Kür, die spielerische Leichtigkeit und Intelligenz.

Im Trainingslager der deutschen Nationalmannschaft sprach die WELT mit dem Kölner Stürmer Klaus Allofs, einer der wenigen Techniker im Team, über diese Vorhaltungen.

WELT: Tut Ihnen als spielerisch starker Mann nicht das Herz weh, wenn Sie solche Vorwürfe hören? Sind die Ihrer Ansicht nach überhaupt berechtigt?

Allofs: Sicherlich tut mir das ganz besonders weh. Berechtigt sind die Vorwürfe sicherlich auch irgendwo. Aber was soll es, es zählt letztlich nur, was unter dem Strich übrigbleibt. Und da sind wir noch dabei, während andere schon zu Hause sind.

WELT: Aber ist das nicht eine Denkweise, die den schönen Fußball sterben läßt?

Allofs: Das glaube ich nicht. Wir müssen uns halt nach der Decke strecken. Unsere Stärke liegt nun mal im kämpferischen Bereich.

WELT: Würden Sie sich nicht wünschen, von mehr Technikern in der Mannschaft umgeben zu sein?

Allofs: Ganz bestimmt wäre mir das lieber, denn den Preis für die Kämpfertypen zahlen ohnehin wir Stürmer. Wir haben mit Jakobs und Förster die wohl beste Innenverteidigung aller WM-Mannschaften. Darunter leidet aber die Unterstützung der Stürmer. Dafür haben wir aber in den letzten beiden Spielen kein Gegentor bekommen. Also muß man in Kauf nehmen, daß man mit zwei Mann vorne rumhängt.

WELT: Es ist ja noch verständlich, wenn eine Mannschaft zu Beginn eines Turniers zuerst einmal an die Sicherheit denkt, weil sie nicht rausfliegen will. Doch warum standen in der Mannschaft zum Beispiel im Spiel gegen Dänemark fast ausschließlich Abwehrspieler, obwohl die nächste Runde bereits gesichert war? Warum werden da nicht die technisch stärkeren Spieler eingesetzt?

Allofs: Für uns ist halt jedes Spiel ein Prestigekampf. Wir können es uns nicht erlauben zu verlieren. Fürs Selbstbewußtsein wäre es viel besser, wenn man sagt: So, jetzt gehen wir raus und überrollen sie. Das wäre mir auch lieber. Doch was ist, wenn es schiefgeht?

WELT: Bei den Dänen ist es gegen die Spanier schiefgegangen und es hat ihnen niemand den Kopf abgerissen.

Allofs: Bei den Dänen ist das vielleicht möglich. Bei uns wäre die Reaktion sicherlich eine andere. Wir werden fertiggemacht, wenn wir gut spielen und trotzdem verlieren. Und wir werden auch schon in die Pfanne gehauen, wenn wir schlecht spielen, aber gewinnen, weil wir kämpfen.

WELT: Es fällt schwer, sich an ein gutes Spiel der deutschen Mannschaft zu erinnern, das mit einer Niederlage endete. Aber an viele schlechte mit Siegen.

Allofs: Das ist bestimmt richtig.

WELT: Woran liegt es denn Ihrer Ansicht nach, daß die Bundesligaspieler kaum Spielintelligenz besitzen. Bremst da jemand die Entwicklung, oder gibt es einfach keine anderen Spieler mehr?

Allofs: Ich sehe das so, weil ich es auch oft im Verein und in der Nationalmannschaft am eigenen Leibe gespürt habe: Die Risikobereitschaft eines Spielers wird bei uns nicht belohnt. Bei uns zählt doch nur dies: Wir müssen gut spielen, wir müssen erfolgreich sein und immer siegen. Dazu müssen wir uns auch immer brav und lieb aufführen. Kurz: Wir müssen jederzeit an alles denken. Das schafft niemand.

WELT: Wollen Sie damit sagen, daß Sie und Ihre Kollegen durch die Öffentlichkeit am Austoben Ihrer Spiellaune gehindert werden?

Allofs: Ganz so kraß sollte man es nicht formulieren. Es ist doch so: Wenn ich einmal den Ball mit der Hacke spiele, und er kommt nicht an, kommen schon die ersten leisen Pfiffe. Beim zweiten Mal werden die Pfiffe lauter und danach wird der Ball halt nur noch sicherheitshalber mit der Breitseite des Fußes gespielt. Mir kann man erzählen, was man will, aber auf diese Pfiffe reagiert jeder Spieler.

WELT: Was erwarten Sie denn von der Öffentlichkeit?

Allofs: Der Druck ist zu groß für uns. Wir dürfen es uns beispielsweise nicht erlauben, gegen Marokko zu verlieren. Was ich mir wünsche, wäre ein anderes Verhalten beim Publikum, wie es beispielsweise die Südamerikaner tun. Die erkennen einfach, was ein Spieler vor hat, was er sich ausdenkt, wie die nächsten Spielzüge aussehen sollen. Wenn es nicht klappt, pfeifen sie nicht gleich, sondern leiden mit, weil es nicht geklappt hat. Bei uns muß leider immer jeder Spielzug, jeder Trick, jedes Vorhaben sofort perfekt sein, sonst gibt es Pfiffe.

WELT: Im Halbfinale geht es gegen die spielerisch starken Franzosen. Sollten da nicht auch die Deutschen das spielerisch Beste aufbieten, was sie haben: Rahn, Littbarski oder Herget zum Beispiel?

Allofs: Man kann nicht eine siegreiche Mannschaft, die das Halbfinale erkämpft hat, gleich auf mehreren Positionen ändern, um zu versuchen, mit den Franzosen spielerisch gleichzuziehen. Ich hoffe nur, daß wir mit dem Wissen, mehr erreicht zu haben, als uns zugetraut wurde, locker auftrumpfen können.

Frankreichs Team – 1982 und heute

Manchmal dreht die Geschichte das Rad zurück. Vier Jahre sind dann wie ein Atemzug. Juni 1982. Sevilla: die Franzosen geschlagen. Die deutsche Elf zieht ins Finale von Madrid. Und nun vier Jahre später, wieder die Franzosen. Nicht dieselben Franzosen. Aber die gleichen. Die Bilder von damals werden wieder lebendig. Schumacher und Battiston, dieser krachende Crash der Cracks. Und die Szenen des Elfmeterschießens. Glück und Elend zweier Mannschaften, die beide zu gut waren, um zu verlieren. Und nicht gut genug, nicht um so viel besser, um die anderen zu schlagen.

Frankreich war damals ganz klein mit Stock und Hut, und die Deutschen fühlten sich stärker und mächtiger, als sie wirklich waren. Und alle Skandale, sogar das Ballgeschiebe von Gijón gegen die Österreicher, wären beinahe vergessen gewesen. Beinahe. Die Deutschen hätten nur Weltmeister werden müssen.

Die Parallelen sind wirklich frappierend. Auch diesmal der Weg über Frankreich ins Finale. Auch diesmal Skandale und Skandälchen, die überkleistert werden können mit der schillernden Farbe des Triumphs. Und die Deutschen wieder in derselben Situation wie damals: Sie begannen das Turnier schleppend, die Mannschaft ist nicht gut. Aber nun, wo sie hier angekommen ist, kann sie jeden Gegner schlagen.

Die Geschichte zurückdrehen, um vier Jahre, das geht. Bilder aufpolieren, alte Bilder, das geht auch. Vier Jahre älter sind die Franzosen. Vier Jahre verbrauchter. Und nun kurz vor ihrem Ende. Jedes Spiel kann das letzte sein für diese große Elf. Deshalb sind sich die beiden Teams heute so gleich wie damals. Die Franzosen sind älter als damals. Die Deutschen haben eine schwächere Mannschaft als damals. Frankreichs Mittelfeld kann noch so brillant sein wie damals. Aber es ist die Brillanz eines zu oft aufgebügelten Anzugs.

Die Franzosen haben das Spiel in Guadalajara glücklich gewonnen. Sie mußten schon geschlagen sein, als die Brasilianer müde wurden, als Socrates die Kontrolle aus der Hand glitt. In dieser ersten Phase war zu erkennen, wie verschlissen Platini ist. Er fand keine Möglichkeit, selber initiativ zu werden, das Spiel seiner Elf zu planen. Eine Halbzeit lang wurden die Franzosen ausgespielt.

Da griff das Mittelfeldspiel der Franzosen überhaupt nicht. Giresse, Tigana, Fernandez fanden weder Bindung zueinander noch konnten sie ihrem Chef, konnten sie Platini den Boden für dessen Kunst bereiten. Frankreichs berühmtes Mittelfeld besitzt natürlich noch die Fähigkeiten, die der Mannschaft vor zwei Jahren den Europa-Titel und den Ruf einbrachten, ebenso einzigartig zu sein wie die deutsche WM-Elf von 1974, die Brasilianer von 1958, die Argentinier von 1978. Giresse, Tigana, Platini, Fernandez vereinigen Kunstfertigkeit mit Disziplin, Eleganz mit Effektivität. Aber zu oft schaut dieses Spiel aus wie ein gutes Stück aus dem Antiquitätenladen.

Michel Platini ist 31 und die Jahre seiner Karriere hat er nicht auf dem gemütlichen Posten des Liberos verbracht. Und nicht in einer angenehmen Liga. Er hat immer gespielt, wo die Arbeit am härtesten ist. Im Mittelfeld. Und während der letzten drei Jahre in einem Land, wo kräftig hingelangt wird. In Italien.

Das kann er nicht vertuschen hinter eleganten Tricks, brillanten Ideen und kluger Krafteinteilung. Die Szenen sind selten geworden, in denen Platini das Spiel an sich reißt. Er hat seine Art zu spielen kultiviert, perfektioniert. Er steht im Mittelfeld. Die Kollegen schleppen ihm den Ball herbei. Er spielt den Paß, der immer noch so klug, so raffiniert, so entwaffnend, so vernichtend ist wie früher. Dann trabt oder schleicht er in den Strafraum des Gegners, und dort bringt ihn der siebte Sinn des Torjägers meist an die richtige Stelle.

In der französischen Taktik postiert sich Platini, wenn das Spiel in die Entscheidung geht, ziemlich weit vorn, um den Gegner am Vorrücken zu hindern. Die Brasilianer machten einen entscheidenden Fehler und der kostete sie wahrscheinlich den Sieg: Sie nahmen Platini nicht in die Manndeckung. Der Franzose war immer anspielbar, fand immer Gelegenheit, sich davonzuschleichen und das Schwergewicht des Spiels dorthin zu verlegen, wo er es haben wollte.

Wenn Platini beschattet wird, ist damit zwar keineswegs Frankreichs Mittelfeld mattgesetzt. Aber dem französischen Spiel fehlen die Variationen, die Vielseitigkeit. Freilich, das deutsche Mittelfeld kann höchstens durch Fleiß erreichen, was die Franzosen aus dem Ärmel schütteln.

ULFERT SCHRÖDER

Irak sucht deutsche Trainer

Der eine tritt freiwillig zurück, der andere wurde entlassen. Nach dem Ausscheiden bei der Weltmeisterschaft in Mexiko kündigte Italiens Nationaltrainer Enzo Bearzot nach neunjähriger Tätigkeit seinen Rücktritt an. Bearzot hatte zwar im Frühjahr seinen Vertrag bis 1990 verlängert, will jedoch nach dem enttäuschenden Abschneiden seiner Mannschaft, die vor vier Jahren Weltmeister wurde, sofort aufhören. Als mögliche Nachfolger werden der ehemallige Nationaltorwart Dino Zoff und Bearzots Assistent Cesare Maldini genannt. Vom irakischen Fußballverband wurde der brasilianische Trainer Eduardo Antunes Coimbra wegen Mißerfolges entlassen worden. Der Verband erklärte, die Leistung des irakischen Teams habe in keinem Verhältnis zu den in den vergangenen Monaten aufgewendeten Finanzen gestanden. Coimbra und sein Assistent sollen rund 20 000 Dollar im Monat erhalten haben. Jetzt will der Irak deutsche Trainer für das Nationalteam und die Jugend-Auswahlmannschaften verpflichten.

● **Ausdauer:** Die Deutschen beweisen gute Kondition vor dem Fernsehschirm. Nach der fast dreistündigen Übertragung in der Nacht zum Sonntag, sahen am Sonntagabend erneut 16,02 Millionen Bundesbürger Fußball. In 44 Prozent der Haushalte waren die Geräte zur Begegnung England – Argentinien eingeschaltet. 4,56 Millionen verfolgten auch noch die erste Halbzeit des Mitternacht-Spiels zwischen Belgien und Spanien. Drei Millionen Zuschauer hielten bis zum Ende durch.

● **Reporter:** Die Endrundenteilnehmer werden erst morgen ermittelt, doch die Kommentatoren wurden schon nominiert. Reporter des Endspiels, das am Sonntag live (ab 20 Uhr) im ZDF übertragen wird, ist Rolf Kramer. Das Spiel um den dritten Platz (Samstag, 20 Uhr, ARD) kommentiert Wilfried Luchtenberg. Für die Halbfinalspiele wurden Walter Johannsen (Frankreich – Deutschland, morgen, 20 Uhr) und Peter Jensen (Argentinien – Belgien, morgen, 24 Uhr) von der ARD nominiert.

Statistik

Spanien – Belgien 1:1 (1:1, 0:1) n.V.
4:5 im Elfmeterschießen

Spanien: Zubizarreta – Gallego – Camacho, Chendo – Tomas (46. Senor), Victor, Michel, Caldere, Julio Alberto – Butragueno, Salinas (64. Eloy). – **Belgien:** Pfaff – Renquin – Grun, Demol – Gerets, Scifo, Ceulemans, Vercauteren (106. Leo van der Elst), Vervoort – Claesen, Veyt (83. Broos). – **Schiedsrichter:** Kirschen („DDR“). – **Tore:** 0:1 Ceulemans (15.), 1:1 Senor (85.). – Im Elfmeterschießen: 1:0 Senor, 1:1 Claesen, Pfaff hält Elfmeter von Eloy, 1:2 Scifo, 2:2 Chendo, 2:3 Broos, 3:3 Butragueno, 3:4 Vervoort, 4:4 Victor, 4:5 Leo van der Elst. – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Tomas, Caldere, Demol, Grun.

Argentinien – England 2:1 (0:0)

Argentinien: Pumpido – Brown – Cucciuffo, Ruggeri, Olarticoechea – Batista, Burruchaga (76. Tapia), Maradona, Enrique – Giusti, Valdano. – **England:** Shilton – G. Stevens, Fenwick, Butcher, Sansom – Steven (75. Barnes), Hoddle, Reid (64. Waddle), Hodge – Beardsley, Lineker. – **Schiedsrichter:** Bennaceur (Tunesien). – **Tore:** 1:0 Maradona (51.), 2:0 Maradona (55.), 2:1 Lineker (81.). – **Zuschauer:** 114 500 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Batista, Fenwick (3).

● **Zuschauer:** Die Rekordzahl von 1 886 469 Zuschauern hat die 48 Spiele bis zum Viertelfinale gesehen. Damit ist das Ergebnis der WM von Spanien um 30 000 Besucher übertroffen. Die Zwei-Millionen-Grenze wird wahrscheinlich schon am Mittwoch bei den Halbfinalspielen überschritten. Der Durchschnittsbesuch liegt nun bei 39 301.

● **Platzverweise:** Jesus Diaz stellte seinen eigenen WM-Rekord auf: Die Platzverweise für den Frankfurter Berthold und den Mexikaner Aguirre waren seine Nummer zwei und drei, nachdem der kolumbianische Schiedsrichter bereits den Iraker Georgis im Spiel gegen Belgien vom Platz gestellt hatte. Insgesamt ist die Zahl der roten Karten auf acht angestiegen.

● **Verwarnungen:** 126 gelbe Karten sind in 48 Spielen verteilt worden – auch ein WM-Rekord. Uruguay verabschiedete sich als Spitzenreiter mit elf Verwarnungen vor Mexiko (10) und Irak (9).

● **Elfmeter:** Nur einmal pfiffen die Schiedsrichter im Viertelfinale Elfmeter. Zico verschoß im Spiel gegen Frankreich und leitete das Aus des dreifachen Weltmeisters ein.

● **Abschied:** Im Viertelfinale verabschiedeten sich mit Brasilien (1958, 1962, 1970) und England (1966) zwei weitere Ex-Weltmeister. Zuvor waren aus der in Mexiko vollzählig versammelten Phalanx früherer Titelträger bereits Uruguay (1930, 1050) sowie Italien (1934, 1938, 1982) ausgeschieden. Auf neue Titelehren dürften nur noch Deutschland (1954, 1974) und Argentinien (1978) hoffen.

WELTMEISTERSCHAFT / Argentinien: Handballtor und Intrigen hinter den Kulissen

● England spricht von Betrug. Sportminister Dick Tracey nach der 1:2-Niederlage gegen Argentinien und dem Handballtor von Maradona: „Keiner, der das Spiel gesehen hat, konnte einen Zweifel haben, daß beim ersten Tor mit der Hand nachgeholfen wurde." „Maradona, das Schlitzohr", so die Zeitungen, habe der englischen Mannschaft das Herz gebrochen. Mehr als 25 Millionen Briten das Ausscheiden an den Fernsehgeräten mit.



● Argentinien jubelt. Staatspräsident Raul Alfonsin: „Dieser Sieg vereint das Volk." Trainer Bilardo: „Wir haben jetzt die Pflicht, den Titel zu holen." Und Maradonas Tor zum 1:0? Sein Kollege Jorge Valdano, mit dem er die schönsten Doppelpässe spielt: „Diego ist so groß, daß er nicht mit der Verantwortung eines irregulären Geschenkes leben konnte. Deshalb hat er noch ein zweites Tor geschossen." Eines der schönsten sogar.

Diego Diabolo Mano-dona, der kleine Teufel schlug England mit der Hand

U. SCHRÖDER, Mexico City

Wie er sich durch zwei schnelle Drehungen freimacht von seinen Bewachern, wie er ihnen *ganz einfach* davonläuft, wie er noch zwei Gegner austrickst und wie er schließlich Peter Shilton, den großen Shilton, auf den Hintern setzt. Nein, man kann sich nicht sattsehen an Diego Maradonas Tor.

Immer und immer wieder läuft dieses Tor gegen England durch den Videorecorder. Seitdem dieser Apparat erfunden ist, liegen die unvergeßlichen Augenblicke, diese Sekunden-*Wunder des Fußballs* eingemacht im Schrank.

Oder dieses erste Tor im Spiel gegen England. Wie das Einssiebzig-Männchen Maradona dem 1,81 Meter langen Shilton den Ball stiehlt. Mit der Hand. Und das ist doch eigentlich Shiltons Job, den Ball mit der Hand zu behandeln.

Grinsend lief Maradona davon, schaute über die Schulter wie ein kleiner Taschendieb. Ob sie ihn auch nicht erwischt hätten. Englands Trainer Robson schimpfte und schwärmte:

„Ja, ein begnadeter Fußballspieler – ein Monarch, sicher", sagte Robson. Es ist herrlich für den Fußball, daß es einen solchen Spieler gibt. Aber sein erstes Tor war *grausam* – *das* war Handball. Das war ungesetzlich. Und dieser Treffer kostete uns letztlich den Erfolg."

Mit hochrotem Kopf mußte der englische Trainer vor mehreren hundert Journalisten eine für ihn absolut schizophrene Situation erläutern. Da hat 90 Minuten lang ein Mensch – wenn auch in der Mannschaft des Gegners – so Fußball gespielt, wie es sich ein Liebhaber des Sports nur erträumen kann. Dazu *hat* er ein Tor geschossen, wie man es seit Jahren nicht gesehen hat (Robson: „Ein Wundertor, ein fantastisches Tor, er hat meine ganze Abwehr einfach stehen lassen"). Und doch muß er diesen absoluten Ausnahme mit scharfen Worten verurteilen.

Der kleine, knubbelige Argentinier hat mittlerweile die Barrieren der Zweifler überwunden. Er ist davongeschwebt in den schwerelosen Raum jenseits aller Benotungen. Dieser Maradona wird die Argentinier wieder zu Weltmeistern machen. Falls seinen Jägern nicht doch noch gelingt, was die Engländer versuchten: dem kleinen Dicken die Beine oder den Hals zu brechen.

Maradona spielt dabei weiter den Bescheidenen. Er spricht, natürlich, davon, daß Argentinien nun auch Weltmeister werden will. Er sagt: „Und wir können das schaffen. Sicher." Durch ihn? „Nein, ich bin jetzt nicht der König des Fußballs. Ich will das auch nicht sein. Ich bin Kapitän meiner Mannschaft. Und die Mannschaft allein zählt. Ich bin stolz, in diesem Team spielen zu dürfen." So sprudelt es aus ihm heraus.

Die WM '86 wird *Maradonas* Namen tragen. Die Menschen in Argentinien freilich wissen noch nicht so genau, ob sie sich darüber freuen oder beklagen sollen. Vor allem Argentiniens berühmtester Fußball-Mensch (neben Maradona natürlich), Cesar Luis Menotti, weiß das noch nicht.

Der lange Dürre befindet sich in einer scheußlichen Lage. Vor dem Start des Turniers machte er in weltweit verbreiteten Kommentaren den Trainer Bilardo nieder. Und über Maradona machte er sich lustig. Bilardo hatte laut Menotti keine Ahnung, er sei Gefahr für den argentinischen Fußball. Und Maradona war für Menotti das dümmliche, egozentrische, nicht ernstzunehmende Jüngelchen.

Hier, bei Menotti und Bilardo, beginnt die Geschichte hinter der brillanten Story des Superstars Diego Armando Maradona. Es ist eine Geschichte von Haß und Intrigen, von Geld und Verleumdungen. Es ist die Geschichte des schmutzigen Lorbeers.

● Erste Szene: Menotti und Bilardo sind Todfeinde. Die Unterschiedlichkeit ihrer *Charaktere läßt den Haß* geradezu logisch erscheinen. *Menotti* gilt als aufrechter, gradliniger Mann. Bilardo erscheint als Prototyp eines Schlitzohrs. Berechnend, verschlagen. Menotti liebt Fußball von der offenen, schönen, kreativen Art. In diesem Stil hat 1978 seine Mannschaft den WM-Titel gewonnen. Bilardo lehrt den kalkulativen Stil. Siegen ist alles, der Zweck heiligt die Mittel. Nur der Sieger kassiert den Lohn.

● Zweite Szene: In Argentinien stößt Bilardos Stil auf heftige Kritik. Nachdem die Militärdiktatur abgeschafft war, entdeckten die Menschen neue Lebensqualitäten. Raffgier und Konsumsucht, die in Bilardos Fußballstil dargestellt sind, wurden nicht mehr akzeptiert.

● Dritte Szene: Bilardo organisiert *seine Verteidigung. Er kauft sich 300* Claquere, die bei den Ligaspielen seinen Namen brüllen. Und er arrangiert sich mit dem Superstar Maradona. Er *verpflichtet sich Maradona.* Er weiß: Maradona möchte gerne Kapitän sein. Also macht er ihn dazu. Und er entmachtet Passarella, der seit acht *Jahren, seit der WM 1978, Chef im* Team war. Und Bilardo sorgt dafür, daß Maradona allein für die Spiele der WM-Qualifikation eine Prämie von 500 000 US-Dollar kriegt.

● Vierte Szene: In diesen Qualifikationsspielen ist Maradona schwach. Passarella aber ausgezeichnet. Die Ärzte beim SC Neapel, im Klub Maradonas, sind der Ansicht, Maradonas linkes Knie müsse operiert werden. Bilardo protestiert energisch: nicht vor der WM. Als sich Passarella und Maradona beim Spiel ihrer italienischen Klubs Neapel und Florenz auf dem Rasen begegnen, fallen sie übereinander her wie wilde Hunde. Beide sehen die gelbe Karte.

● Fünfte Szene: Vor der WM erhält Maradona zur Stärkung der Bänder in seinem kaputten Knie eine spezielle medikamentöse Behandlung. Passarella läßt von Freunden das Gerücht in die Welt setzen, Maradona werde mit Cortison behandelt. Deshalb sei er so dick. Das sei keine Muskulatur, sondern aufgeschwemmtes Fleisch.

● Sechste Szene: Zu dieser Zeit sitzt Passarella schon als Opfer von Maradonas *Intrige als Reservist* auf der Bank. In Mexiko erwischt ihn als ersten eine schwere Magenverstimmung. Er wird im Hospital behandelt, verliert vier Kilo Gewicht. Aus dem Lager der Argentinier sickert ein ungeheuerlicher Verdacht: Passarella sei absichtlich falsch behandelt worden. Der kranke Ex-Kapitän sei Anführer der Anti-Maradona-Gruppe. Und Maradona habe auch den jungen Himmelsstürmer Claudio Borghi aus der Mannschaft geekelt. Maradona dazu: „Mit Borghi spielen wir vielleicht schöner, aber mit Pasculli machen wir Tore."

● Siebte Szene: Maradona macht bei der WM ein großes Spiel nach dem andern. Aber die Pressevertreter verhalten sich eher kritisch. Argentiniens Spiel, das sei eine Ein-Mann-Show. Das Team sei höchstens Durchschnitt. Wenn Maradona nicht wäre, würde von Argentinien kein Mensch reden. Die Heimatredaktionen in Buenos Aires machen nicht mit. Sie verlangen positive Geschichten. Das Dilemma wird offenbar: „Wir können nicht siegen und kritisieren."

● *Achte Szene: Vor dem Spiel gegen* England wird Passarella mit einem Darmgeschwür ins Krankenhaus gebracht. Der Ärger, den er in seiner Mannschaft habe, sei die Ursache dafür, vermuten die Kommentatoren.

● Neunte Szene: Die argentinische Elf schlägt die verhaßten Engländer. Und *Maradona* spielt grandios. Vor allem: Er ist körperlich so fit wie noch nie in seiner Karriere. Die argentinischen Medien sind ratlos. Allmählich müßten sie anfangen, Bilardo einen guten Trainer zu nennen. Immerhin hat er ihnen den besten Maradona aller Zeiten beschert. Stattdessen argwöhnen sie: „Wenn wir Weltmeister werden, ist das ein Rückschlag für unseren Fußball."

● Zehnte Szene: Menotti schweigt. Holt Bilardo den Titel, ist der Tri*umph des langen Dürren höchstens* noch die Hälfte wert. Denn 1978, das war die WM der Junta. Menotti war ihr Gegner, aber er machte die Natio*nalelf zum* Propaganda-Roß der Generale. Wenn Bilardo Weltmeister wird, können sie ihm nur nachsagen, er sei ein *linker* Hund. Und das ist dann *ganz* und *gar* unpolitisch gemeint.



„Ein Tor durch die Hand Gottes und Maradonas Kopf"

Diego Maradona, nur 1,70 groß, ist ein kleiner schwarzer Teufel (Diabolo). Aber einer der offensichtlich von seinem guten Draht nach oben überzeugt ist. Er jubelt über ein Tor, das er mit der Hand erzielt hat. Die Zeitlupen im Fernsehen (verflixte Technik?) haben das eindeutig bewiesen. Er aber sagt, was oben im Foto steht. Die Hand Gottes und Maradonas Kopf – das ist unbekümmerte, jungenhafte Frechheit. Nicht mehr Diego Amando Maradona, sondern ab jetzt nur noch Diego Diabolo Mano(Hand)-dona?. FOTO: AP

So sieht es ROBERT LEMBKE

Eine weiße Taube im Stadion

Der Ire Bernard Shaw hat einmal gesagt, daß der Sport ein vorzügliches Mittel sei, um Zwietracht auch zwischen solchen Nationen zu erzeugen, die keine natürlichen Reibungsflächen haben. Daran gebricht es Argentinien und England nun *wirklich nicht*. Wenn die FIFA nicht eine so unheitere bis todernste Organisation wäre, die sogar Freudenausbrüche und das alte Ritual des Trikottauschs reglementiert oder gleich ganz verbietet, hätte ich wenigstens bei einem ihrer Spitzenfunktionäre ein ironisches Fältchen in den Mundwinkeln gesucht; ich habe es gelassen.

Nicht die FIFA, das Schicksal also hat es gefügt, daß nun Fußball als Fortsetzung eines konventionellen Kriegs ins Haus stand, eines Kriegs, den Argentinien ziemlich sinnlos in Überschätzung der eigenen Kraft und in Unterschätzung des Besitzsinns einer englischen Hausfrau vom Zaun gebrochen hat. Ich sagte Besitz- und nicht Geschäftssinn, ein Geschäft waren die Falklands wohl nicht. Mit dem Geld, daß der Falkland-Krieg gekostet hat, hätte man ihn auch verhindern können. Aber das gilt wohl für alle Kriege.

Die Vorbereitungen für das Spiel liefen sehr korrekt. England und Argentinien haben keinerlei diplomatische Beziehungen und die nationalen Fußballverbände reden halt nicht miteinander. Was da gesagt werden muß, lief über eine neutrale Fußballmacht. Gerüchte über Schlägertrupps, die sich auf den Weg machten, lagen in der Luft und Trupps vielleicht auch auf der Lauer. Maradona, das Idol des argentinischen Fußballs, wiegelte ab – er und seine Freunde kämen nicht mit Gewehren, sondern mit einem Ball.

Trotzdem hatte ich das Gefühl, als Kriegsberichterstatter in die Arena geschickt zu werden. Aber der Sorte Fans, die man wohl befürchtet hatte, war wahrscheinlich die Anreise zu lang und zu teuer. Die anderen hatten eher die Tendenz zur Verbrüderung. Eine kleine Welle, nicht die große mexikanische, ebbte sofort ab.



Robert Lembke
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Spiel selber – nun ja! Waren da wirklich zwei ehemalige Weltmeister am Werk? Die vielen Fehlpässe erinnerten beinahe an das *Mexiko-Spiel* der deutschen Nationalmannschaft. Was immer in Mexiko gespielt wurde und noch wird, wird im Schatten des Frankreich-Brasilien-Spiels stehen. Immerhin: So defensive Engländer habe ich in den letzten 30 Jahren nicht gesehen. Daß eines der beiden Tore, die England ausschalteten, mit einem Trick erzielt wurde, mag ein Trost sein oder ein neuer Grund für neuen Groll.

Dieser *Maradona* gehört zu den vielen Reichtümern, die Argentinien im Ausland deponiert – wenn man amerikanischen oder Schweizer Bänkern trauen darf, und wer würde das nicht. Er ist jeden Pfennig wert der für ihn bezahlt wurde, was man nicht von allen Exporten oder Importen sagen kann.

Zu Beginn der zweiten Halbzeit flog eine weiße Taube durch das Stadion. Wollte sie an etwas erinnern oder war sie auf der Flucht? Vielleicht hat sie die wahren Weltmeister dieses Turniers besucht, aber die waren schon zu Hause in Brasilien.

Robert Lembke war Chefredakteur und Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks (bis 1960) und danach bei den Olympischen Spielen 1972 und der Fußball-WM 1974 für die Fernseh- und Rundfunkübertragungen in alle Welt verantwortlich. Seine Sendung „Was bin ich" ist ein Evergreen des deutschen Fernsehens.

TENNIS / Wimbledon

Gelbe Bälle und Ball-Mädchen

sid/DW. Wimbledon

Gestern begannen in Wimbledon die 100. internationalen englischen Tennis-Meisterschaften. Ein sportliches und ein gesellschaftliches Großereignis ersten Ranges. Was es in Wimbledon am Rande des Centre Court zu sehen und zu hören gab, wurde notiert.

BLITZ-K.O.: Die 20 Jahre alte Budapesterin *Andrea Temesvari ist* bei den 100. All England Championships bereits vor dem ersten Ballwechsel ausgeschieden. Die Nummer 19 der Weltrangliste zog sich bei einem Trainingssturz in Eastbourne eine schmerzhafte Verletzung an der rechten Schlaghand zu. Von ihrem Verzicht profitierte die in der Qualifikation gescheiterte Australierin Rebecca Bryant, die nun als „lucky looser" (glücklicher Verlierer) gegen die McNeil (USA) antreten wird.

*

ERMUTIGUNG: Im Vergleich zu den 15 anderen Gesetzten des Herreneinzels hat der an Nummer vier eingestufte Boris Becker (das Ergebnis seines Spiels gegen den Argentinier Bengoechea lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor) allein gegen den Tschechoslowaken Ivan Lendl (Nummer eins) und den Argentinier Martin Jaite (Nummer 14) einen negativen Rekord. Die Bilanz des Titelverteidigers in Folge der Setzliste: Lendl 1:4, Wilander 3:1, Connors 1:0, Edberg 3:2, Nystroem 2:2, Leconte 1:0, Jarryd 4:1, Gomez 0:0, Mayotte 2:2, Curren 1:0, Gilbert 0:0, Pernfors 1:1, Jaite 0:1, Vilas 0:0 und Kriek 1:0.

*

Auftakt: Nach Einführung der Setzliste von 1927 hat bisher nur ein Titelverteidiger sein Auftaktspiel verloren. Der in Puerto Rico geborene Amerikaner Charles Pasarell schlug am 26. Juni 1967 den Spanier Manuel Santana mit 10:8, 6:3, 2:6 und 8:6. Der damals 22 Jahre alte Pasarell machte zwei Jahre später nochmals Wimbledon-Geschichte, als er es beim 24:22, 6:1, 14:16, 3:6, 9:11 gegen seinen großen Landsmann Ricardo „Pancho" Gonzales ebenfalls in der ersten Runde auf die in „tiebreak"-Zeiten nicht mehr zu überbietende Bestmarke von 112 Spielen brachte.

*

Spannung: Die Eröffnungsspiele sind zwar Wimbledon-Tradition, aber Spannung ist in den letzten zehn Jahren eigentlich nur einmal aufgekommen. Das war 1978, als der Kalifornier Amaya den fünfmaligen schwedischen Gewinner Björn Borg beim 8:9, 6:1, 1:6, 6:3, 6:3 an den Rand einer Niederlage brachte.

*

LOGIK: Erstmals werden in Wimbledon an die Spieler steuerfreie Gelder ausgezahlt und erstmals kommen die ansonsten überall gebräuchlichen gelben Bälle zum Einsatz. Kommentar eines Offiziellen: „Von den Fernsehanstalten kommt der Hauptanteil der Einnahmen (im Vorjahr 5 373 444 britische Pfund; also rund 21 Millionen Mark). Also ist es auch ganz gut, wenn die Zuschauer den Ball wenigstens gelegentlich sehen können."

*

GROßABNEHMER: Für die ungewöhnlich intensive Vorbereitung seines Schützlings Ivan Lendl in Forest Hills bei New York bestellte dessen australischer Coach Tony Roche gleich 25 Dutzend der erstmals in Wimbledon eingesetzten Bälle (Slazenger), die per Schiff in die USA geschickt wurden. *Der 26* Jahre alte Ostrauer trainierte offenbar noch härter als geplant. Denn alsbald mußten weitere sechs Dutzend – diesmal per Luftfracht – nachbestellt werden.

*

JUBILÄUM: Zum dritten Mal feiert man im „All England Club" an der Church *Road* mit der *100.* Ausgabe von „The Championships" Jubiläum. Zum 100jährigen Bestehens des Herreneinzels machte die heute 40 Jahre *alte Erzbischofs-Tochter Virginia* Wade den britischen Tennisfans ein nicht ganz passendes, aber sicherlich willkommenes Geschenk, indem sie *nämlich das Dameneinzel gewann.* Die Damen machten erst 1984 die Hundert voll.

*

NEUERUNG: Da sich die Mitgliederzahl der Kreises ehemaliger Wimbledon-Sieger aus naheliegenden Gründen stets recht klein halten wird, ist 1986 ein neuer Verein, der „Club der letzten acht" ins Leben gerufen worden, dem sich alle Viertelfinalisten der mit 3 073 000 Dollar dotierten Titelkämpfe anschließen können. Eine weitere Neuerung hat bereits die Traditionalisten auf die Barrikaden gerufen. Ausgerechnet auf dem „heiligen" Rasen des Centre Courts ist erstmals der Einsatz von Ball-Mädchen vorgesehen.

*

ZUFALL: Die Tatsache, daß seit 1978 Titelverteidiger und Nummer eins der Setzliste stets identisch waren, ist Zufall und nicht die Regel. Denn in den 53 Jahren seit Einführung der Setzliste war dies lediglich 24mal der Fall. Daß freilich ein Ungesetzter das traditionsreichste Tennisturnier der Welt gewann, hatte es vor Boris Bekkers Sieg im letzten Jahr noch nicht gegeben.

GALOPP / Aguaricos großer Überraschungssieg

Mit Zufallstaktik und Spurtstärke zum Erfolg

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Der vierjährige Hengst Aguarico zählte in dieser Saison zu den wenigen Galoppern aus dem Rennstall des Gestüts Fährhof, die bestenfalls das Feld ergänzten. Bei drei Starts galoppierte er hinterher, wurde einmal Letzter und im Großen Preis der Badischen Wirtschaft von Iffezheim Vorletzter. So zählte er am Sonntag im Großen Preis von Dortmund (Europa-Gruppe III, 60 000 Mark, 35 000 Mark dem *Sieger, 1800 m*) nur zu den Außenseitern. Mit Jockey Horst Horwart (48) gewann er den Grand Prix aber überlegen mit zweieinhalb Längen Vorsprung vor den Engländern K-Battery mit John Lowe und New Moon mit Kevin Woodburn.

Aguarico kam vom Ende des Feldes mit einem ungeheuren Spurt nach vorn und sorgte für den siebten Fährhofer Sieg in einem Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie in dieser Saison.

Zwölf Rennen wurden bis heute ausgetragen. Aguaricos unerwarteter Erfolg wurde möglicherweise durch einen Zufall beeinflußt. Trainer Heinz Jentzsch hatte die übliche Taktik verordnet, an der Spitze zu galoppieren, aber bei Aguarico öffnete sich die Boxentüre um Zehntelsekunden später, so daß er ans Ende des Feldes fiel und auf diese Weise mit einer Zufallstaktik gewann. *Der englische Favorit* Freedom's Choice mit Spitzenjockey Willie Carson wurde Letzter.

Gestütsbesitzer Walther Jacobs (79) hatte sich keine Chance ausgerechnet und weilte nicht am Platze. Sein Sohn Klaus feierte am Sonntag beim Schweizer Derby in Frauenfeld den 50. Geburtstag. Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper scheute den Weg von Köln nach dort nicht. Er erlebte den Sieg eines in Deutschland trainierten Pferdes: Toscarino aus der Zucht des Gestüts Etzean. In Mülheim an der Ruhr von Friedrich Müller vorbereitet, gewann Toscarino mit Jockey Erwin Schindler mit einer viertel Länge Vorsprung zur Totoquote von 64:10. Die Siegprämie betrug 50 000 Franken.

Einen deutschen Erfolg gab es auch im österreichischen Derby in der Wiener Freudenau. Mit einer halben Länge Vorsprung siegte der in Düsseldorf von *Klaus Heinke* trainierte Hengst Zinntaler mit Jockey Philip Waldron vor dem in Köln trainierten Hengst Wonder Boy mit Jokkey *José Orihuel*. Zinntaler ist das 13. Fohlen der jetzt im Gestüt Ittlingen stehenden 22jährigen Stute Zinnia. Besitzerin Margarethe Toussaint aus Bad *Homburg* kassierte für den Erfolg rund 30 000 Mark.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer Dreizehnter

Dublin (GAB) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer wurde bei den Irish Open in Portmarnock mit 74+76+70+74=294 Schlägen bei Par 72 *als 13. gewertet.* Titelverteidiger Ballesteros (Spanien) siegte mit 68+75+68+74=285 Schlägen, die mit 46 000 Dollar honororiert wurden. Ge*meinsame Zweite* mit je 287 wurden McNulty (Südafrika) mit 74+72+71+70 und Roger Davis (Australien) mit 74+73+71+69.

Turnen: Schwerer Sturz

Dreis-Tiefenbach (dpa) – Schwerer Sturz beim Kaderturnen der Männer in Dreis-Tiefenbach: Nach dem Reck-Abgang rissen bei Pedro Rühs (22) Innenbänder und das Kreuzband im linken Knie. Der frühere Südamerika-Meister wurde in Olpe operiert. Jürgen Brümmer (Stuttgart) zog sich beim Abgang von den Ringen eine Meniskusquetschung zu.

27 Pferde startberechtigt

Hamburg (sid) – Knapp zwei Wochen vor der Entscheidung des 117. Deutschen Derbys in Hamburg-Horn sind noch 27 dreijährige Pferde für diesen Klassiker startberechtigt. Wie immer entscheidet sich die endgültige Derby-Dotierung erst bei der Starterangabe, da zusätzliche Einsatzgelder dem Preisgeld aufgeschlagen werden. 1985 gab es mit 532 650 Mark eine Rekordbörse zu gewinnen.

Mit 2,24 m zum Sieg

Lapinlathi (UPI) – Nur 2,24 m mußte der Kölner Carlo Thränhardt überspringen, um bei den Mittsommer-Spielen in Lapinlathi (Finnland) im Hochsprung zu siegen. Der Finne Niemi als Zweiter schaffte 2,14 m.

Mass Zweiter

West Palm Beach (UPI) – Der Südafrikaner Sarel van der Merwe und der Amerikaner Doc Bundy gewannen in einem Corvette den zur IMSA-*Serie zählenden Grand Prix von* Palm Beach (US-Bundesstaat Florida). Auf Platz zwei kam der Bad Dürkheimer Jochen Mass mit Brassfield (USA) im Porsche 962.

ZAHLEN

MOTOR

Großer Preis der USA in Detroit: 1. Senna (Brasilien) Lotus-Renault, 2. Laffite (Frankeich) Lieger-Renault, 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche, 4. Alboreto (Italien) Ferrari, 5. Mansell (England) Williams-Honda 1 Rd. zur., 6. Patrese (Italien) Brabham-BMW 1 Rd. zur., 7. Dumfries (Schottland) 2 Rd. zur., 8. Palmer (England) Zakspeed 2 Rd. zur. – Stand der Weltmeisterschaft: 1. Senna 36 Punkte, 2. Prost 33, 3. Mansell 29, 4. Piquet 19, 5. Rosberg (Finnland) 14, 6. Laffite 13.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 0, 1, 2, 0, 1, 1, 0, 1, 2, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 1, 5, 12, 24, 29, 33, Zusatzspiel: 40. – **Rennquintett:** Rennen A: 11, 3, 6. – Rennen B: 22, 26, 30. (Ohne Gewähr).

FORMEL 1 / Jonathan Palmer Achter in Detroit

Jubel bei Zakspeed: „Punktränge in Sicht"

sid/K. Bl. Bonn

Die Nachrichtenagenturen meldeten aus Detroit, dem Schauplatz des Grand Prix der USA, im deutschen *Zakspeed-Team sei nach dem achten* Platz des Engländers Jonathan Palmer geradezu unbändige Freude ausgebrochen. Der Brasilianer Ayrton Senna (Lotus-Renault) hatte gewonnen, die beiden Franzosen Jacques Laffite (Ligier-Renault) und Alain Prost (McLaren-Porsche) die Plätze zwei und drei belegt – warum freut sich da jemand über einen achten Platz?

Der Jubel bei Erich Zakowski und seinen Mannen aus Niederzissen in der Eifel wird begreiflich, wenn man folgendes weiß: Keine drei Jahre nach den ersten Zeichnungen ist der Zakspeed-Wagen die erfolgreichste komplett deutsche Eigenkonstruktion seit den Grand-Prix-Erfolgen des Hauses Porsche in den Jahren 1961 und 1962. Mit dem Amerikaner Dan Guerney am Steuer gewann Porsche als bisher letzter deutscher Rennstall beim Großen Preis von Frankreich 1962 in Rouen einen Weltmeister*schaftslauf. Nun sagt Zakspeed-Ma*nager Heinz Barth nach Palmers achtem Platz in Detroit: „Die Punkteränge sind in Sicht."

Jener Dr. med. Jonathan Palmer, der rennfahrende 29jährige Arzt aus London, hat einmal gesagt: „Jedes Jahr geht es fünf Plätze weiter nach vorn. Das ist eine realistische Entwicklung für ein Formel-1-Team, das neu anfängt." Die Zielsetzung für diese Saison, gemeinsam mit dem Sponsor West erarbeitet, einem Zigarettenhersteller, heißt: ein Weltmeisterschaftspunkt. Nicht mehr – aber (möglichst) auch nicht weniger.

Wobei es dem Team jetzt sicher gut bekommt, daß nunmehr mit zwei Autos, also auch mit zwei Fahrern gestartet wird. Neben Palmer, der von Anfang an bei Zakspeed dabei war, steht jetzt auch der Holländer Huub Rothengatter bei dem Team aus der Eifel unter Vertrag. Rothengatter, der bereits beim drittklassigen italienischen Osella-Team Formel-1-Erfahrungen sammelte, gilt in der Branche als besonders schneller Fahrer und als ein Mann, dem die Formel 1 alles im Leben bedeutet.

Noch ist Rothengatter von den Plazierungen im Training her und dem, was er im Rennen daraus macht, hinter Palmer die Nummer zwei. Doch der Holländer hat Palmer mit seiner schnellen, aggressiven Fahrweise bereits voll unter Druck gesetzt. Und diese Konkurrenzsituation zahlt sich aus.

Kehrtwende in London. Kontakte mit dem ANC

Empfang für Tambo / Ausnahmezustand in Südafrika hält an

DW. London/Johannesburg

Die stellvertretende britische Außenministerin Lynda Chalker wird mit dem Generalsekretär der südafrikanischen Untergrundbewegung „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC), Oliver Tambo, sprechen. Sie will Tambo, der gestern in London zu Gesprächen mit Vertretern des Commonwealth und den regierenden Konservativen eintraf, am Mittwoch empfangen und ihn dabei zur Einstellung gewalttätiger Aktionen auffordern. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte gestern, die Begegnung stelle eine faktische Anerkennung des ANC als „unersetzlichen Gesprächspartner" für Verhandlungen über eine Beendigung der Apartheid dar.

Der ANC, so das Außenministerium, werde von London aber weiter nicht als einziger Verhandlungspartner angesehen. Das Treffen am Mittwoch ist die erste derartige Begegnung zwischen einem ANC-Vertreter und der britischen Regierung. Von Beobachtern wird dies als eine bedeutende politische Kehrtwendung Londons gewertet. Bisher hatte die Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher Kontakte mit dem ANC mit der Begründung vermieden, daß die Organisation sich terroristisch betätige.

Entgegen den Mutmaßungen nach der Verabschiedung neuer Sicherheitsgesetze Ende vergangener Woche wird der Ausnahmezustand in Südafrika in absehbarer Zeit nicht aufgehoben.

„Teuflisches System"

Wie die regierungsnahe Johannesburger Zeitung „Citizen" gestern unter Berufung auf Regierungskreise schrieb, vertritt Pretoria die Ansicht, daß die Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni wegen des zehnten Jahrestags des Aufstands von Soweto äußerst erfolgreich zur Eindämmung der Unruhen beigetragen hat. Die weiße Regierung wies in den vergangenen Tagen mehrfach daraufhin, daß die Gewalt in den schwarzen Gettos seit der Ausrufung des Ausnahmezustands erheblich abgenommen habe.

Nach der jüngsten offiziellen Bilanz sind seit dem Ausnahmezustand 55 Menschen Opfer der politischen Gewalt geworden. In dem „unabhängigen" Homeland Bophuthatswana wurde am Wochenende ein hoher Polizeioffizier erschossen. Er hatte im März den Polizeikräften bei Zusammenstößen mit Schwarzen den Befehl zum Einsatz von Schußwaffen erteilt. Bei den Zwischenfällen waren mindestens elf Menschen getötet worden. Nach Angaben eines Sprechers der weißen Oppositionspartei „Progressive Federal Party" (PFP) sind „tausende" Menschen seit dem 12. Juni festgenommen worden. Dem PFP-Büro für die Suche nach verschwundenen Personen seien zeitweise bis zu 500 Anfragen pro Tag zugegangen.

Ins Ausland geflohen

Der Sondergesandte des Primas der anglikanischen Kirche hat gestern nach seiner Rückkehr aus Südafrika das „teuflische System" der südafrikanischen Regierung verurteilt.

Gleichzeitig berichtete Terry Waite von Massenverhaftungen, systematischer Repression gegen die Schwarzen-Führer und „bisher ungekannter" Gewalt der mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Polizei. Waite teilte mit, daß hunderte Personen verschollen seien. Angesichts der strengen Zensur sei es jedoch unmöglich, genaue Zahlen zu nennen. Viele Menschen seien ins Ausland geflohen oder in den Untergrund gegangen.

Der Oberste Gerichtshof von Natal hat gestern vier Gewerkschafter der „South African Allied Worker's Union" (SAAWU) von dem Vorwurf des Hochverrats, des Terrorismus und der Hilfe für die ANC freigesprochen. Die Entscheidung wurde von mehreren hundert anwesenden Menschen jubelnd aufgenommen.

Der für Afrika zuständige stellvertretende US-Außenminister Chester Crocker beklagte unterdessen die Verschlechterung der Lage in Südafrika. Crocker vertrat die Ansicht, daß die Regierungsmaßnahmen zu einer verschärften Polarisierung beigetragen hätten. Der Staatssekretär verteidigte die amerikanische Politik eines „konstruktiven Engagements" gegenüber Südafrika und sprach sich gegen weitere Sanktionen aus. Seiner Ansicht nach verfügen die USA gegenüber Pretoria nur über begrenzten Einfluß.

Diepgen fordert Berliner SPD zur Besinnung auf

hrk. Berlin

Besorgt, aber zugleich um die Wiederherstellung gemeinsamer Grundpositionen mit der SPD bemüht, äußerte sich gestern der Berliner Regierende Bürgermeister und CDU-Chef Eberhard Diepgen zum sicherheitspolitischen Richtungswechsel bei den Berliner Sozialdemokraten. Der SPD-Vorstand trat wegen der Vorfälle auf dem Parteitag am Wochenende (WELT vom 22.6.) zu Beratungen zusammen.

Diepgen kommentierte die Ereignisse mit dem Hinweis, die „schwere Krise" des politischen Gegners könne ihn nicht „schadenfroh" stimmen: „Ich bin besorgt über die Unsicherheiten der SPD bei der Gemeinsamkeit in den Grundfragen". Er forderte die Sozialdemokraten zur Besinnung auf und erinnerte an die Verantwortung, „die auch eine Oppositionspartei trägt".

Die Berliner SPD gefährde mit ihrer ebenso knappen wie radikalen Mehrheit die Politik des „Gleichgewichts von Westbindung und Entspannungspolitik". Die Maßstäbe der SPD-Politik seien „unberechenbar" geworden: sie mache sich von Stimmungen abhängig. Diepgen kritisierte die „polemisch überzogenen" Auseinandersetzungen mit westlicher Politik bei gleichzeitig liebevoll schonendem Umgang mit dem Osten.

Die SPD-Führung versuchte gestern, die Scherben wieder zusammenzufügen, die nach dem Auszug von etwa 100 Delegierten auf dem Parteitag am Wochenende entstanden waren.

Landeschef Jürgen Egert sagte im Sender Freies Berlin, ihm sei „unverständlich", weshalb dieser Eklat herbeigeführt worden sei. Denn der ost- und deutschlandpolitische Teil des in der Öffentlichkeit umstrittenen Papiers war, wie berichtet, bis auf drei Gegenstimmen angenommen worden.

Egert fügte hinzu, er könne „nicht begreifen", daß mit Dietrich Stobbe und dem Bundestagsabgeordneten Lothar Löffler zwei ehemalige SPD-Landeschefs und ein früherer „Regierender" den Saal verlassen hätten.

Die Jungsozialisten unterstützten die Bemühungen der Linken, Stobbe zur Rückgabe seines auf dem Parteitag erhaltenen Mandats zu bewegen: Er solle von sich aus darauf verzichten.

„Die Bundeswehr unternimmt alles zur Fluglärm-Verminderung"

Luftwaffeninspekteur Eimler sieht aber „negative Auswirkungen" für das Können der Piloten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die von der SPD beantragte Anhörung von Sachverständigen im Verteidigungsausschuß des Bundestages über den militärischen Fluglärm hat unüberbrückbare Differenzen über die Notwendigkeit des Tieffluges von NATO-Kampfflugzeugen über der Bundesrepublik offenbart. Der Ausschußvorsitzende Alfred Biehle (CSU) unterstrich, es sei und bleibe notwendig, daß die NATO-Luftwaffen ihren Auftrag zur Landesverteidigung erfüllten und deshalb auch den Tiefflug üben müßten. Er fügte hinzu, die Bevölkerung könne erwarten, daß alles nur Mögliche zur Verminderung des Fluglärms getan werde. Die Vertreter der Grünen-Fraktion boykottierten die Anhörung. Sie protestierten dagegen, daß Befürworter einer völligen Abschaffung von Tiefflügen in der Anhörung nicht repräsentiert seien.

Erhebliche Anstrengungen

Der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, erklärte, es seien erhebliche Anstrengungen unternommen worden, die Belastung durch Fluglärm zu vermindern. Geschehen sei das durch die Erweiterung des für Tiefflug nutzbaren Luftraums, Entzerrung regionaler Belastungsschwerpunkte, Abbau der Zahl der Flugstunden auf 180 im Jahr, 60 weniger, als die NATO sie fordert, Einführung einer Mittagspause von einer Stunde sowie durch Verlagerung eines Viertels der Tiefflugausbildung und von zwei Dritteln der Einsatzausbildung von Luft-Boden-Waffen ins Ausland. Insgesamt habe aber die Summe der Einschränkungen „negative Auswirkungen" auf das taktisch-fliegerische Können der Flugzeugführer. Eimler fügte hinzu: „Wir nähern uns der untersten Grenze des in der Bundesrepublik Deutschland operationell Vertretbaren, bleiben aber weiter bemüht, alle Möglichkeiten der Fluglärmminderung zu nutzen, die mit den unabdingbaren Erfordernissen unserer Luftstreitkräfte vereinbar sind."

Andere Sachverständige wie der Bürgermeister von Wassertrüdingen, einer Gemeinde, die in einem Tieffluggebiet in Bayern liegt, wiesen darauf hin, der Lärm gehe den Menschen „einfach auf die Nerven". In ihnen staue sich Hilflosigkeit auf, da „ja doch nichts zu ändern" sei, und führe „zu dumpfem Zorn". Paul Gotzen von der Bundesvereinigung Fluglärm aus Mörfelden verlangte eine radikale Veränderung des Tiefflugkonzeptes.

Alle europäischen NATO-Länder sollten dafür „menschenleere Regionen schaffen" und das „unvermeidliche Flugaufkommen gleichmäßig untereinander aufteilen".

Flugverteilung

Zur Klarheit über das „wahre Ausmaß der Lärmbelästigung" forderte Gotzen die Errichtung von Meßstationen zur Anlage eines „Bodenlärmkatasters". Die von Militärflugzeugen erzeugten Lärmpegel seien geeignet, bei den Betroffenen dauernde gesundheitliche Schäden hervorzurufen. Diplomingenieur Klaus Heinig von der Motoren- und Turbinen-Union in München wies auf die technische Möglichkeit hin, neue Triebwerke mit Mischerdüsen auszurüsten. Dies könnte den Lärm erheblich reduzieren, würde aber auch zu einer Kampfwertminderung des Flugzeuges führen. Praktische Untersuchungen über die Realisierbarkeit jedoch fehlten noch.

Entwürfe für ein Frühwarnsystem

rtr, München

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) wird noch in diesem Jahr Entwürfe für ein internationales Frühwarnsystem und ein gegenseitiges Hilfeabkommen bei Reaktorunfällen vorlegen. Der stellvertretende IAEA–Generaldirektor, Leonard Konstantinow, sagte gestern, daß ein Frühwarnsystem schon bald in allen Ländern angewendet werden könne. Komplizierter sei die Realisierung des Abkommens zur gegenseitigen Hilfe bei einem Reaktorunfall. Die Katastrophe in Tschernobyl habe gezeigt, wie wichtig die gegenseitige Hilfe sei. Staaten wie die UdSSR und die USA seien vielleicht noch imstande, allein mit einem Reaktorunfall fertig zu werden, kleinere Länder könnten dies nicht. Konstantinow leitet in München ein Seminar über betriebliche „Maßnahmen abnormaler Zustände in Kernkraftwerken".

Wetter-Zentrum in Darmstadt

AP, Bonn/Darmstadt

Die Zentrale der neuen europäischen Wettersatelliten-Organisation (Eumetsat) wird in Darmstadt errichtet. Wie der Sprecher des Bundesverkehrsministerium gestern vor der Bonner Presse mitteilte, hat der Rat der Eumetsat bei seiner konstituierenden Sitzung in Paris einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Mitbewerber um den Sitz der Eumetsat-Zentrale war Straßburg.

Aufgabe der Eumetsat ist der Betrieb und die Auswertung von Wettersatelliten. Auf europäischer Ebene wurde bis jetzt lediglich ein Wettersatellit („Meteosat") ins Weltall geschossen. Das Gesamtprogramm der Organisation soll 1,1 Milliarden Mark kosten. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 270 Millionen Mark. Die neue Zentrale selbst soll vier Millionen Mark kosten.

FDP-Vorstoß für Kostenbegrenzung

D. G. Bonn

Die im Bundestag vertretenen Parteien sollen sich auf Fairness und Kostenbegrenzung im bevorstehenden Bundestagswahlkampf verständigen. Auf Beschluß des FDP-Präsidiums werden sich Generalsekretär Haussmann und Schatzmeisterin Adam-Schwätzer in diesem Sinne an ihre Kollegen von den anderen Parteien wenden. Zur Begründung sagte FDP-Sprecher Mahling gestern nach der Präsidiumssitzung, für die verbale Verunglimpfung des politischen Konkurrenten oder Gegners habe niemand mehr Verständnis. Bei den Kosten will die FDP mit guten Beispiel vorangehen und nach Ankündigung ihrer Schatzmeisterin die Ausgaben für den Bundestagswahlkampf auf sechs Millionen Mark begrenzen. Vor vier Jahren haben die Liberalen noch mehr als zwölf Millionen Mark ausgegeben.

PEN-Kongreß mit Kritik an der Bundesrepublik

P. F. R. Hamburg

Am ersten Arbeitstag des Internationalen PEN-Kongresses in Hamburg kam es gestern zu Auseinandersetzungen über den inneren Zustand der Bundesrepublik Deutschland. Alan Paton, einer der großen Autoren der südafrikanischen Literatur und Präsident der (inzwischen verbotenen) Liberalen Partei, zollte dem gastgebenden Land ausdrücklich Anerkennung dafür, daß die Vergangenheit nicht verdrängt, sondern in einem schmerzlichen Prozeß bewältigt worden sei. Er verwies auf die deutsche Aussöhnung mit Frankreich und Großbritannien.

Dem widersprachen in der anschließenden Diskussion Autoren aus der Bundesrepublik. Die Theologin Dorothee Sölle meinte, Paton habe keinen Grund, die Lage in der Bundesrepublik so positiv zu sehen. Wenn die Verhältnisse in Südafrika nicht zu ändern seien, so in erster Linie, weil Bonn und London das dortige System wirtschaftlich stützten. Andere deutsche Redner wiesen auf Polizeieinsätze gegen Atomkraftgegner hin. Das Bild des Friedens täusche. Die eigentliche Macht gehe vom Kapital aus.

Auch die deutsche Autorin Ingeborg Drewitz zeichnete ihr Heimatland in düsteren Farben. Geistig stehe es ärmer da als die Dritte Welt. Die „Hemmungen der Schuld" hätten die Kraft zur positiven Utopie gelähmt. Die Literatur erreiche die Bevölkerung nicht mehr. Ingeborg Drewitz räumte freilich ein, daß „zu viele schwache Texte" gedruckt würden.

Eine große Rolle spielte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Der „DDR"-Autor Stefan Heym bekannte, bis vor wenigen Wochen ein Anhänger der Kernenergie gewesen zu sein. Er habe nun einsehen müssen, daß sie „schmutziger ist als das schmutzigste Braunkohlekraftwerk".

Lew Kopelew zitierte den russischen Dichter Mandelstam: „Man kann für ein Gedicht erschossen werden." „Damit auch die russische Sprache von dieser Bühne ertönt", las er ein Gedicht Pasternaks vor, in dem der Künstler als „Geißel der Ewigkeit, gefangen in der Zeit" bezeichnet wird. Der engagierte Dichter müsse die Gegenwart von überzeitlichen Werten her gestalten. Er dankte dem verstorbenen Freund Böll, der viel für im Osten verfolgte Autoren getan habe, und auch Günter Grass.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rau und die Verteidigung

„Bei den Generälen stieß Rau auf Kritik"; WELT vom 6. Juni

Sehr geehrter Herr Moniac,

als Alternative bleibt nur die weiße Fahne! Spätestens bei der Sicherheitspolitik gilt es für den Farbe zu bekennen, der darum kämpft, Bundeskanzler zu werden, um die Richtlinien der Politik der Bundesrepublik Deutschland bestimmen zu können.

Diese Probe hat der „Kandidat" vor militärischen Fachleuten nicht bestanden.

Geradezu erschrocken sein muß der „Bruder Johannes", als ihm von einem hohen Offizier gesagt wurde, daß Verteidigung bedeute, daß nötigenfalls geschossen werden müsse.

Raus Forderung, die NATO solle eine neue glaubwürdigere Strategie der Kriegsverhütung entwickeln, weil „die jetzige in der Logik der ‚flexible response' in Kauf nehme, das zu vernichten, was wir alle verteidigen wollen", beweist, daß er Sinn und Zweck des westlichen Bündnisses nicht verstanden hat.

Welche Strategie soll einen Krieg besser ausschließen können? Soll die Verteidigung sich nicht mehr auf Waffen stützen dürfen, die im Falle eines feindlichen Angriffs eine angemessene Gewaltanwendung erlauben, mit der Aussicht, durch Zerschlagung der angreifenden Feindkräfte sich – wenn auch unter schweren Opfern – erfolgreich zu behaupten?

Wenn das nach Auffassung des Kanzlerkandidaten Rau sittlich nicht gerechtfertigt wäre, bleibt als einzige Alternative nur das Hissen der weißen Fahne von Anfang an. Dabei unterstelle ich, daß er es natürlich nicht zuließe, deutsche Soldaten mit deutlich unterlegenen Waffen ins Gefecht und damit in das sichere Verderben führen zu lassen.

Eine Lösung zwischen diesen Extremen – und das ist das vertrackte – gibt es nicht, genauso wenig, wie es nur „ein bißchen" Schwangerschaft geben wird.

Aber kein Weg führt daran vorbei. Das erfordert eine klare Entscheidung. Ein Drumherumgerede führt zum Verlust der Glaubwürdigkeit.

Rau hat von den „letzten Wahrheiten" einer ernsthaften Verteidigung durch den Widerspruch hoher Offiziere erfahren. Enthüllender oder erhellender wäre es noch geworden, wenn nach dem Vortrag Lösungen aus seiner Sicht erbeten worden wären, wie denn er mit welchen Mitteln die Republik und ihre Bürger vor einem möglichen Feindzugriff zu schützen gedenkt. Erkennt er vielleicht gar keinen Feind mehr, sondern nur noch einen Sicherheitspartner?

Mit freundlichen Grüßen
Ernst J. Peters,
Meckenheim

Abschied vom Grundgesetz?

„Unmut in der CDU/CSU über Scheel" und „Deutsches": WELT vom 18. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn heute Bundespräsidenten den Kommunismus, der auch nach Stalin blutig und mörderisch geblieben ist, bagatellisieren und ihm letztlich, bei aller vordergründigen Zurückweisung, im Prinzip verständnisvoll begegnen, scheint die Richtung vorgezeichnet zu sein. Einer möchte den anderen in seiner Euphorie übertreffen, ungeachtet derer, welcher gedacht wird. Die politische Erosion greift zusehends um sich.

Wenn hier nicht entschieden Einhalt geboten wird, kann den Sowjets das gelingen, was ihren alleinigen Anstrengungen niemals beschieden sein würde. Wir haben Grund, in Sorge zu sein.

Hubert Baum,
Wiesbaden

*

Sehr geehrte Redaktion,

was Altbundespräsident Scheel anläßlich der Gedenkstunde zum 17. Juni 1953 im Bundestag von sich gab, läßt einem die Zornes- und Schamröte ins Gesicht steigen. Was für ein Kontrast tut sich hier gegenüber der Vorjahresrede des großartigen Demokraten Leber auf!

Wie kommt ein solcher Politiker dazu, sich als „liberal" zu bezeichnen, wenn er einer menschenverachtenden Diktatur Liberalisierung unterstellt, nur, weil sie nicht mehr bedingungslos tötet? Andersdenkende werden jetzt „nur" noch ins GULag oder in die Psychiatrie verbannt, um dort bei lebendigem Leibe vermodern zu dürfen.

Wahrlich, das ist ein bescheidener Liberalismus-Anspruch!

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer wie Walter Scheel (FDP) das Wiedervereinigungsgebot laut gedrucktem Manuskript zur „Marotte" erklärt, sollte einen Rest von Anstand beweisen, indem er am 17. Juni schweigt.

Kaum zuvor wurden die Mitteldeutschen so rüde provoziert wie von dem ehemaligen Bundespräsidenten, der nur Verständnis für die Unterdrücker, nicht aber für die Unterdrückten zeigte. Die DDR habe wie wir ein eigenes Wertesystem, führte er aus. Und wenn im Kommunismus „das Individuum zu kurz" komme, so würde es bei uns zuweilen überbetont. Zynischer kann man den schroffen Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur nicht verwischen. Sollte Scheel nicht begreifen, daß ohne das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, die Voraussetzung menschenwürdigen Lebens, alle Werte und Rechte ausgehöhlt werden?

Mit freundlichen Grüßen
Ilse Schumann,
Berlin 32

*

Es ist schon erstaunlich, wie Herr Scheel die Tribüne des Bundestages und die Gedenkstunde zum „Tag der deutschen Einheit" benützt, um als einer der Exekutoren der famosen Entspannungspolitik von 1970 (die Architekten waren ja andere) pro domo zu sprechen. Kein Wort über die Erfahrungen, die wir schließlich alle mit jener beschwichtigenden, einseitigen, von der Sowjetunion so sehr mißbrauchten damaligen Politik gemacht haben! Statt dessen setzt Herr Scheel sich – 16 Jahre nach seiner Unterschrift unter den Moskauer Vertrag – wieder einmal an die Spitze gewisser Stimmungen in unserer Gesellschaft und kritisiert vor allem die USA.

Wann wagt eigentlich einer unserer „Spitzenpolitiker" endlich einmal, dem deutschen Volk klaren Wein darüber einzuschenken, daß die Entspannung 1979 und danach an nichts anderem scheiterte als an der unverfrorenen Politik der Sowjetunion, die sie zur Einschläferung der westlichen und gerade auch der bundesdeutschen Wachsamkeit mißbrauchte und zur scheibchenweisen Verschiebung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten!

Prof. Dr. Klaus Hornung,
Reutlingen

Wort des Tages

„Ein halbleeres Glas Wein ist zwar zugleich ein halbvolles, aber eine halbe Lüge keineswegs eine halbe Wahrheit."

Jean Cocteau, französischer Autor, Maler und Regisseur (1889–1963)

Sonderpolizei

„Sonderkonferenz der Innenminister"; WELT vom 10. Juni

Sehr geehrte Herren,

als Bürgerkrieg haben die Einwohner des Dorfes Kleve bei Itzehoe die Kampfvorgänge vom Wochenende bezeichnet, bei denen von angreifenden Anarchisten einem Polizisten mit einem Stahlkugelschuß der Unterkiefer zerschmettert wurde. Gebe Gott, daß Kieferchirurgen und Fachärzte für plastische Chirurgie dies zu rekonstruieren und zu heilen vermögen!

Wenn seit 1933 die deutschen Eisenbahnen, d. h. also die Bundesbahn im gegenwärtigen Zeitpunkt, mit Erfolg von der Bahnpolizei geschützt werden, so sollten alle Kraftwerksanlagen, und zwar insbesondere die mit Nuklearenergie arbeiten, in analoger Form von einer Bundeskraftwerkspolizei geschützt werden. Zum Beispiel ist jedes militärische Gebäude und jeder Gebäudekomplex gekennzeichnet und warnend abgegrenzt durch Schilder mit der Aufschrift „Halt! Militärischer Sperrbereich! Warnung vor Schußwaffengebrauch!" Das gilt in gleicher Weise für alliierte und deutsche Militäreinheiten und -anlagen.

Mit freundlichem Gruß
K. Schmidt,
Köln

Sonnenkraft

Ein realistischer Vorschlag: Die Zahl der Befürworter einer sofortigen Abschaltung aller Kernkraftwerke wird z. Z. durch die neuerdings vorgeschlagene Volksabstimmung amtlich festgestellt.

Industrie und Kraftwerke entwikkeln gemeinsam kostengünstige Solarenergieregister, die auf den Hausdächern aller Interessenten leicht anzubringen sind. Da man Energie nicht speichern kann, gehören dazu Akkubatterien mit entsprechender Kapazität und Umformersätze. Nach Errichtung dieser Aggregate werden die Hausanschlüsse am Netz abgetrennt und auf die „hauseigenen" Energiequellen umgeschaltet.

Zur Abgeltung der Herstellungskosten zahlen die Solarenergieliebhaber monatlich einen Beitrag in Höhe ihrer bisherigen Stromkosten an das E-Werk. Die Verträge laufen bis zur Abgeltung der Herstellungskosten.

Sobald die Energiebilanz es erlaubt, können dann Kernkraftwerke im entsprechenden Rahmen zunächst stillgelegt werden.

Die Stillegung wäre für den Fall einer vermutlich bald eintretenden „Erleuchtung" Reumütiger ein Weg zur Rückkehr.

Mit freundlichen Grüßen
Franz Ruppert, Ing.
Karlsruhe

Personen

GEBURTSTAGE

Karl Weishäupl, Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands e. V. (VdK), feiert am 25. Juni seinen 70. Geburtstag. Im Zweiten Weltkrieg mehrmals verwundet, baute er 1945 in Rosenheim eine erste Beratungsstelle für Kriegsopfer auf. 1946 übernahm er das Referat für Versehrten-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Betreuung beim Bayerischen Roten Kreuz. Weishäupl (SPD) war von 1959 bis 1970 Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Mit 40 Jahren begann er 1956 ein sechssemestriges Studium der Rechte an der Universität München. Seit 1963 ist er erster Landesvorsitzender des VdK in Bayern, seit 1962 Vizepräsident des VdK in Deutschland und seit 1974 dessen Präsident.

*

Eine der liebenswertesten Gestalten in der protestantischen Hierarchie hat Geburtstag: **Friedrich Hübner**, Alt-Bischof von Holstein/Lübeck, wird am 25. Juni 75 Jahre alt.



Bischof Friedrich Hübner

Der in Bangalore/Indien geborene Sohn eines Missionars war nach Schulbildung und Studium in Deutschland selbst von 1937 bis 1947 als Missionar in Indien tätig, ehe er nach dem Beginn als Pastor in Wyk auf Föhr in die kirchlichen Leitungsorgane aufstieg. 1964 wurde er Bischof von Holstein/Lübeck, 1978 Vorsitzender der Nordelbischen Kirchenleitung. 1979 trat er von diesem Amt zurück, als sich die Synode der Nordelbischen Kirche gegen den Rat Hübners für den Abschluß von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften entschied. Seit Mitte 1981 befindet sich der passionierte Pfeifenraucher im Ruhestand.

EHRUNGEN

Der mit insgesamt 120 000 Mark dotierte Forschungspreis des Unternehmens Philip Morris, München, ist in München verliehen worden. Einer der mit jeweils 30 000 Mark ausgestatteten Preise ging an den 27jährigen Diplom-Informatiker **Ralf Hinkel** aus Kaiserslautern für sein roboterintegriertes Projekt „Laserentfernungsmessung im Nahbereich". Für seine Eingabe „Chemische Entgiftung von Baggerschlämmen" wurde der 56jährige Professor **German Müller** aus Heidelberg ausgezeichnet. Der für seine spektakulären Solar- und Muskelflugzeuge bekannte 46jährige Münchner **Günter Rochelt** erhielt den Preis für sein Projekt „Solarenergiebetriebene Flugzeuge". Die Ingenieure Bernd Stoy aus Rathingen und Erich Pöhlmann aus Kulmbach erhielten den erstmals vergebenen Sonderpreis für innovative Ingenieurleistung. Sie entwickelten den ersten inzwischen zur Serienreife gebrachten und in der Dritten Welt voll einsetzbaren Solarherd mit Speicher.

*

Der Hörfunkdirektor und stellvertretende Intendant des Südwestfunks (SWF) in Baden-Baden, Dr. **Hubert Locher** (59), ist von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen zum Ehrensenator ernannt worden. Die höchste Auszeichnung der Universität gilt Locher, wie es in der Laudatio heißt, „in Anerkennung seiner Verdienste als eines Mittlers zwischen Universität und Öffentlichkeit durch die zeitgerechte Darstellung der Wissenschaft in den Medien".

*

Die Universität für Bodenkultur in Wien hat dem Münchner Professor **Albert Baumgartner** die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Baumgartner war an der Ludwig-Maximilians-Universität Professor für Bioklimatologie und angewandte Meteorologie in der Forstwissenschaftlichen Fakultät und wurde kürzlich emeritiert.

*

Der deutsche Dirigent **Marek Janowski** ist von dem Verband der Theater- und Musikkritiker Frankreichs als Musiker des Jahres ausgezeichnet worden. Er erhielt den Preis für seine Interpretation von Wagners Tetralogie und seine Arbeit als Leiter der Philharmoniker des staatlichen Rundfunks „Radio France".

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Peter Hanan** (51), Direktor des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht sowie des Forschungsinstituts für Sozialrecht, ist neuer Rektor der Universität zu Köln. Er erhielt im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen im Großen Senat. Die Wahl Professor Hanaus war die letzte Wahl aufgrund der bisherigen Satzung.

*

Das Konzil der Tierärztlichen Hochschule Hannover hat Professor Dr. med. vet. **Oskar-R. Kaaden** zum neuen Rektor der Tierärztlichen Hochschule Hannover für die Amtszeit vom 1. Oktober 1987 bis zum 30. September 1989 gewählt.

WAHL

Erster Vorsitzender des CDU-Bezirks Niederrhein nach der Fusion zwischen den CDU-Landesverbanden Rheinland und Westfalen-Lippe wurde der Bundestagsabgeordnete **Willy Wimmer**. Der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion behielt mit 56 Stimmen die Oberhand gegen seine Kontrahenten **Julius Louven** (24 Stimmen).

VERÄNDERUNGEN

Im Zuge der Senatsumbildung sind von der Berliner Landesregierung nun auch mehrere neue Staatssekretäre bestellt oder mit anderen Aufgaben betraut worden: Der Rektor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, **Jürgen Dittberner** (FDP), geht als Staatssekretär in die Verwaltung von Familien- und Jugendsenatorin **Cornelia Schmalz-Jacobsen** (FDP). Ihr bisheriger Stellvertreter, **Günter Bock** (CDU), kehrt zu Schulsenatorin **Hanna-Renate Laurien** (CDU) zurück. Der dortige Staatssekretär **Jochen Koch** verstärkt nun das Stadtplanungs- und Umweltressort von Senator Professor **Jürgen Starnick** (parteilos).

VERANSTALTUNG

„Ich empfange hier häufig Staatspräsidenten und Regierungschefs, und ich freue mich darüber. Aber über Ihren Besuch freue ich mich noch mehr", sagte Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**. Vor ihm, im sonnendurchglühten Park der Villa Hammerschmidt, standen die Jungen und Mädchen eines Schulchores aus Husum und eines Schulchores aus Jarocin (Polen). Auf eigene Initiative hatten die Husumer Polen besucht und waren von dem herzlichen Empfang in Jarocin so begeistert, daß sie Weizsäcker spontan ihre Eindrücke schrieben (s. WELT v. 24. 4. 1986). Nun kamen die Polen zum Gegenbesuch, und der Bundespräsident lud alle nach Bonn ein. Dort sangen sie nun in Deutsch, Polnisch und – Jiddisch. Weizsäcker, sichtlich gerührt: „Ich wünsche den deutsch-polnischen Beziehungen in Zukunft die Gesinnung, die Sie zusammengeführt hat." Dann floß Coca-Cola in Strömen.

Angebot und Nachfrage

JB. – In der weltweiten Containerschiffahrt formieren sich die Flotten neu. Vor einigen Tagen hat Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, eine Kooperation mit der von sechs europäischen Reedereien getragenen Atlantic Container Line bekanntgegeben. Die Linien wollen sich in der Nordatlantikfahrt sowie den Südatlantik- und US-Golf-Diensten gegenseitig Container-Stellplätze zur Verfügung stellen und in Kürze auch *einen gemeinsamen Fahrplan* ausarbeiten. Die traditionsreichen Schiffahrtsunternehmen Europas antworten mit solchen „Dienstgemeinschaften" auf die Herausforderung der neuen „Rund um die Welt"-Dienste. Auf den ohnehin mit *Kapazitäten überlasteten Märkten* setzen seit 1985 die Evergreen Line des Taiwanesen Chang und die United States Lines eine hochmoderne Flotte riesiger Containerschiffe ein, die sich auf die Hauptwarenströme von Fernost nach Nordamerika, von *Europa nach Fernost und von Nordamerika* nach West- und Nordeuropa konzentrieren.

Verstärkte Kooperationen der klassischen Linien, um die eigenen Kosten und die der Verlader zu senken, mögen die Not mildern. Die Krise der internationalen Schiffahrt wird dadurch nicht gelöst. Solange nicht alle Beteiligten zu erkennen bereit sind, daß das fundamentale Gesetz von Angebot und Nachfrage auch zu Wasser seine Gültigkeit hat, wird es keine ausreichenden Raten geben. Da aber offenbar niemand in der Lage ist, den Teufelskreis zu durchbrechen, werden weiterhin Schiffe gebaut und in Fahrt gehalten, die der Markt nicht braucht.

Zinssorgen

cd. – Die Bundesbank läßt in ihrem Juni-Bericht geich ein ganzes Arsenal von Argumenten aufmarschieren, das Zinssenkungshoffnungen zunichte machen soll. Neben der zu raschen Geldmengenexpansion und der D-Mark-Schwäche stellt sie auch den Realzins am Kapitalmarkt heraus, den sie bei einer „bereinigten" Inflationsrate von zwei Prozent für eine konjunkturelle Erholunsphase als keineswegs zu hoch bezeichnet. Die Bundesbank weiß auch, woran man das erkennt, nämlich daran, daß die Anleger kaum noch langlaufende Rentenpapiere kaufen, obwohl man das auch anders und simpler begründen kann: Die Anleger haben Angst, daß die Zinsen auf lange Sicht irgendwann wieder einmal steigen und Kursverluste produzieren, eine Risiko, für dessen Absicherung die derzeitigen Zinsen keine ausreichende Prämie bieten. Die Emissionsflut am Anleihemarkt kann man übrigens nicht nur, wie es die Bundesbank tut, damit erklären, daß die Schuldner die Zinsen für niedrig halten, sondern auch damit, daß die Bundesbank die Zinssenkungshoffungen dämpft.

BUNDESBANK / Investitionsgüterindustrie liegt gut im internationalen Wettbewerb

Deutsche Wirtschaft ist wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutsche Wirtschaft ist nach der winterlichen Unterbrechung des Aufschwungs wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt. Daß die Unternehmen auch in der Phase der schwachen Produktions- und Umsatzentwicklung auf Expansion gesetzt haben, läßt sich, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht schreibt, daran erkennen, daß die Firmen auch in dieser Zeit zusätzliches Personal eingestellt und die Anwerbung von Arbeitskräften im Vergleich zum Herbst sogar noch verstärkt haben.

Die Perspektiven für die Binnenkonjunktur haben sich nach dem Urteil der Notenbank durch die drastische Energieverbilligung weiter verbessert. Für dieses Jahr rechnen die Bundesbankvolkswirte in etwa mit einer Halbierung des vorjährigen Aufwands von 80 Milliarden Mark für Energieeinfuhren und einer entsprechenden Vergrößerung des Realeinkommensspielraums. Allerdings werde es wegen der langsam laufenden Anpassung an die neue Situation einige Zeit dauern, bis die Unternehmen und privaten Haushalte darauf mit verstärkten Ausgaben reagieren.

Aus heutiger Sicht könne man davon ausgehen, daß die privaten Haushalte in diesem Jahr 15 Milliarden Mark (ein Prozent ihres verfügbaren Einkommens) weniger für Energie ausgeben müssen als 1985. Von diesem unerwarteten Kaufkraftzuwachs wird zwar, so die Bundesbank, ein Teil zusätzlich in den Sparstrumpf gesteckt; der größte Teil wird aber in den Verbrauch fließen, und zwar im weiteren Jahresverlauf in zunehmendem Umfang.

Auch in diesem Monatsbericht weist die Bundesbank wieder darauf hin, daß die aus dem Rückgang des Ölpreises und des Dollarkurses resultierenden preisdämpfenden Einflüsse den hausgemachten Preis- und Kostenauftrieb nur vorübergehend überdecken. Ohne Nahrungsmittel und Energie habe sich die Lebenshaltung von Januar bis Mai um ein Prozent verteuert, und gegenüber Mai 1985 habe sich eine Preiserhöhung um 2,2 Prozent ergeben. Für Dienstleistungen nennt die Bundesbank eine Teuerungsrate von 2,5 Prozent und für gewerbliche Waren (ohne Energie) eine Rate von knapp zwei Prozent.

Als erfreulich hoch bezeichnet die Bundesbank die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Auch wenn der Export seine Rolle als Konjunkturmotor verloren habe und in diesem Jahr nur noch mit einem mäßigen Exportwachstum zu rechnen sei, scheine die traditionell exportstarke Investitionsgüterindustrie mit ihren Produkten weiterhin gut im internationalen Wettbewerb zu liegen.

Mit Blick auf das amerikanische Drängen auf einen Abbau des außenwirtschaftlichen Überschusses der Bundesrepublik weist die Bundesbank darauf hin, daß der Rückgang der Einfuhrpreise die tatsächliche Entwicklung der deutschen Handelsströme verzerrt. Lege man bei Ein- und Ausfuhr die Preise von Anfang letzten Jahres zugrunde, errechne sich von Januar bis April eine Abnahme des Außenhandelsüberschusses um 6 Milliarden Mark statt einer Zunahme um 13 Milliarden. Schlußfolgerung der Bundesbank: Die *wirtschaftspolitisch erwünschte Korrektur* ist bereits in Gang gekommen.

Kritisch betrachtet die Bundesbank die starke Aufstockung der kurzfristigen DM-Guthaben deutscher Unternehmen bei ausländischen Banken um 22 Milliarden Mark *in den ersten vier Monaten 1986. Auf* diese Weise wurde zwar der Rekordbetrag von 24 Milliarden Devisenzuflüssen aus dem langfristigen Kapitalverkehr, der einen großen Teil der staatlichen Defizite finanzierte, wieder ins Ausland zurückgeschaufelt; *aber diese „expatriierten" Termineinlagen* der Wirtschaft, die von der Geldmengenstatistik nicht erfaßt werden, unterzeichneten die Ausweitung der Geldmenge, die ohnehin schon über den Zielkorridor hinausschließt.

Mit der über ihre geldpolitischen Zielvorstellungen hinausgehenden Geldmengenexpansion und der Schwäche der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) begründet denn die Bundesbank auch, warum für sie eine weitere Zinssenkung nicht in Frage kam.

UMWELTSCHUTZ

Bonn will den Absatz von bleifreiem Benzin fördern

SABINE SCHUCHART, Bonn

Im Bundeswirtschaftsministerium bestehen Pläne, den Absatz von bleifreiem Benzin durch gezielte Informationen der Autofahrer voranzutreiben. Der Parlamentarische Staatssekretät im BMWI, Martin Grüner (FDP), verspricht sich von dieser Initiative einen entscheiden Fortschritt beim Umweltschutz. Nicht vorgesehen sei dagegen, die geltende Steuerpräferenz für bleifreies Benzin über den 1. April 1987 hinaus zu verlängern, erklärte Grüner in einem Gespräch mit der WELT.

Der Anteil bleifreien Benzins am Gesamtabsatz von Vergaserkraftstoff betrug im vergangenen Monat 8,9 Prozent gegenüber etwa 7,8 Prozent im April und rund sieben Prozent im März. Noch im Dezember hatte er bei 2,5 Prozent und im Durchschnitt 1985 bei erst einem Prozent gelegen. Dieser Aufwärtstrend sei erfreulich, dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, *daß* immer noch ein großes Potential ungenutzt bliebe, betonte Grüner. Mehr als die Hälfte aller auf Normalbenzin ausgelegten Pkw vertrügen nämlich auch bleifreie Ware. Nach Schätzungen des Mineralölwirtschaftsverbandes sei ein Anteil des bleifreien Benzins am Gesamtabsatz von Vergaserkraftstoff von fast 40 Prozent möglich.

Der wirksamste Weg hierzu sei, wenn das Kraftfahrzeugbundesamt in einer einmaligen Briefaktion alle Autofahrer anschreiben würde, deren Pkw unverbleite Ware vertrage. Diesem Vorhaben stünden auch die Automobilindustrie und die Mineralölwirtschaft positiv gegenüber. Das BMWI rechnet bei rund zehn Millionen betroffenen Autofahrern überschlägig mit Kosten für die Aktion von rund zehn Millionen Mark.

Sorge bereitet nach Grüners Worten im BMWI derzeit noch die Haftungsfrage. Insofern sei es wünschenswert, *wenn der Verband der* Automobilindustrie, der die erforderlichen technischen Daten an das Kraftfahrzeugbundesamt liefere, für deren Richtigkeit offiziell gegenüber dem Bund einstehe.

Grüner sieht eine wesentliche Barriere für die umweltfreundliche Umrüstung von Pkws in dem mangelhaften Bleifrei-Angebot in den Nachbarländern. Eine stärkere Nachfrage der deutschen Autofahrer nach bleifreiem Benzin würde auch auf diese Länder mehr Druck ausüben, das Bleifrei-Angebot auszuweiten. In der Bundesrepublik liegt der Anteil bleifreier Ware am Normalbenzin inzwischen bei über 15 Prozent, bei Superbenzin bei rund 4,5 Prozent.

Tankstellen mit Bleifrei-Angebot

	Normal		Super	
Ende 1984	718	4 %*	–	–
Ende 1985	5263	29 %	3085	17 %*
Juni 1986	7500	42 %	4500	25 %

* In Prozent des Gesamttankstellennetzes Quelle: BMWI

Reiche Warenhäuser

Von JOACHIM GEHLHOFF

Auch 1986 werde sicherlich kein einfaches Handelsjahr. *Karstadt-Vorstandsvorsitzender Walter* Deiss goß mit solcher Bemerkung nun auf der Bilanzpressekonferenz seines Hauses Wermutstropfen in den Becher junger Händlerfreuden. Zwar leugnet man auch beim größten Warenhauskonzern Europas nicht, daß die realen *Masseneinkommen* und der private Verbrauch für dieses Jahr weit günstigeres Wachstum als seit langem aufweisen. Klar bestätigt es auch der von der Nürnberger GfK-Marktforschung im Auftrag der EG-Kommission ermittelte Konsumklimaindex: Er erreichte im Mai mit 103 Punkten das Maximum dieses Jahrzehntes, ein Siebtel mehr als vor Jahresfrist und ein Drittel mehr als vor der Bonner Wende aus sozialistischer Mißwirtschaft.

Aber der wirtschaftliche Optimismus der Bundesbürger, dessen Dynamik auch die Atomkatastrophe in der Ukraine nicht bremste, schlägt sich, wie vielerorts im Einzelhandel noch nicht so recht nieder. Bis Ende Mai schaffte das Konzern-Quartett gerade erst etwa *zwei* Prozent Umsatzplus. Das ist zwar erheblich besser als die nur 0,5 Prozent ausmachende Plusrate des vollen letzten Jahres. Doch es ist mager im Vergleich zu der für dieses Jahr eigentlich mit reichlich vier Prozent erwarteten Steigerung aller *Einzelhandelsumsätze*.

Vom Boom der Autokäufe, der an den Kassen des Einzelhandels mit warenhausrelevanten Sortimenten vorbeigeht, bis zur leicht erhöhten Sparquote gibt es vielerlei Erklärungsmöglichkeiten für das zögernde Anspringen der Konjunktur auf gesättigten Konsumgütermärkten. Leicht irritiert stellt das beispielsweise Karstadt-Vize Bernd Hebbering (vormals Horten-Chef) fest, daß man in modischen Sortimenten wie Blusen/Röcke, Herrenstrick- und Jeansware, *Damen/Herren-Lederbekleidung 50 bis 100* Prozent mehr als zur Vorjahreszeit verkaufe, aufwendige Ware wie Möbel, Teppiche, Elektro-Großgeräte und ähnliches bleischwer liegen bleibe.

Die Warenhaus-Aktionäre tun in solcher Lage gut daran, die nun vorliegenden 1985er Abschlüsse der beiden Branchengrößten Karstadt und Kaufhof genau zu studieren. Denn spätestens der für Anfang Juli fällige Dividendenbeschluß des dritten Börsennotierten (Horten), der die Aktionäre herb enttäuschen dürfte, wird auch dem durch die Dauerkrise des Hertie-Konzerns beflügelten Gerede von der permanenten Krise des Warenhauses neuen Auftrieb geben.

„Schlichtweg falsch" nannte Kaufhof-Vorstandsvorsitzender Jens Odewald auf der Bilanzpressekonferenz seines Hauses dieses Gerede und betonte, daß die zwei Branchengrößten 30 Jahre hindurch nie Verluste machten und nie weniger als sechs DM (für 1985: sieben DM) Dividende zahlten: „Es gibt nur wenige deutsche Unternehmen und Branchen, auf die dieses Bild zutrifft."

Das Bild ist nach den 1985er Abschlüssen aber noch viel interessanter. *Denn erstmals haben Kaufhof wie* Karstadt mit vorwiegend zurückgeleasten Verkäufen von zwei bis drei Prozent ihres Immobilienschatzes stattliche Buchgewinne aus ihrem Anlagevermögen mobilisiert, – der eine hauptsächlich zur Eigenmittelstärkung, der andere vor *allem* zum Ausgleich von Sonderlasten bei seiner Neckermann-Versandtochter. Was dabei an Buchgewinnen zutage kam, könnte man für jeden Konzern auf stille Reserven von je gut drei Milliarden DM hochrechnen, die jeweils gut doppelt so viel ausmachen wie der publizierte Buchwert aller Sachanlagen.

Fraglos ist da in mehr als einem Jahrhundert Warenhausgeschichte ein gewaltiger Schatz angehäuft worden. Ein Indiz dafür bot vor drei Jahren auch schon die da am wenigsten Begünstigte, weil die jetzt erst 50 Jahre alte Horten AG mit dem Hinweis, daß der Immobilien-Feuerversicherungswert ihrer bei 1,8 Mrd. DM oder reichlich doppelt so hoch wie der Bilanzausweis liege. Und neuerdings bot Hertie mit dem gelassen klingenden Hinweis, nach mehr als einer halben Milliarde aufgelaufener und aus der Substanz gedeckter Betriebsverluste werde man auch den endlich begonnenen, eine Viertelmilliarde teuren Anlauf zur radikalen Strukturbereinigung „aus der Substanz" bestreiten.

Reiche Substanz ist aber nicht nur Rettungsanker vor Verluststrudeln. Sie öffnet von der partiellen Fremdmieter-Aufnahme bis zur totalen Umwidmung *einzelner Immobilienobjekte* in Renditeträchtigeres viele Wege zur Ertragsbesserung im Warenhauskonzern. Ansatzweise wird das neuerdings (vor allem bei Kaufhof) sichtbar. Forcieren würde man es zweifellos, wenn die Warenhaus-Dividende nicht mehr stimmt. Aber bei den zwei Branchengrößten stimmt sie noch.

AUF EIN WORT

» Wer nach einer hilfreichen Hand Ausschau hält, sollte sie zuerst am Ende seines eigenen Armes suchen. «

Carl-Dieter Ostermann, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Bonn. FOTO: DIE WELT

Fünf Minuten für einen Liter Benzin

rtr, *Köln*

Die in Lohnminuten umgerechnete Kaufkraft eines deutschen Arbeiters hat sich in knapp 30 Jahren für Industriewaren, Energie und Nahrungsmittel beträchtlich erhöht. *Mußte* er 1958 für einen Liter Benzin noch 16 *Minuten arbeiten, reichten 1985 dafür* fünf Minuten aus. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hatte sich ein Anzug 1985 auf 23 Stundenlöhne von 54 Stundenlöhnen im Jahr 1958 verbilligt. 1958 mußte für Zucker, Eier oder Bier jeweils *acht- bis neunmal so lange* gearbeitet werden wie 1985. Für ein Kilo Kotelett mußten 1958 noch 2,5 Stundenlöhne angelegt werden, 1985 nur noch der Lohn für 43 Minuten. Den größten Kaufkraftzugewinn gab es bei Schwarz-Weiß-Fernsehern, für die 1985 schon 14 Stundenlöhne reichten. 1958 mußten zehn Wochenlöhne bezahlt werden.

KONJUNKTUR

BDI: Die Dynamik der Unternehmen ungebrochen

A.G. Bonn

Die Dynamik der Unternehmen ist ungebrochen. Die Investitionstätigkeit stehe unter dem Vorzeichen eines eigenständig gewordenen technischen Schubs, erklärt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem jüngsten Konjunkturbericht.

Die ökonomische Basis sei im Grunde außerordentlich solide und die Aussicht, daß sich die Entwicklung weiter kräftige, günstig. Die Zinsen seien so niedrig wie seit Jahren nicht mehr, und die Unternehmensgewinne stiegen mit Maßen weiter. *Die Relationen zwischen Renditen* und Zinsen seien investitionsfreundlich. Die zunehmende Kaufkraft reiche sowohl für höheren Konsum als auch für vermehrtes Sparen. Besonders wichtig für eine erhöhte Konsumneigung sei die Beschäftigung.

Die Konjunkturschwäche des ersten Quartals ist für den BDI keineswegs überraschend gekommen. Das Niveau der Exportaufträge neige sich schon seit Jahresfrist abwärts. Und da die inländischen Investitionsgüteraufträge seit Sommer 1985 auf unverändertem Niveau verharrten, sei ein Dämpfer zu erwarten gewesen. Der Industrieverband sieht darin weder einen Einbruch, noch einen Fehlstart. Immerhin dauere die konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik schon drei Jahre. Daß sich nach einem solchen Zeitraum eine Phase der „Wellblechkonjunktur" anschließe, sei nicht außergewöhnlich.

Eine „gefährliche Perspektive" sieht der BDI allerdings in der Tatsache, daß die über eine lange Zeit hin sinkenden Lohnstückkosten bereits seit Herbst 1985 wieder zunehmend anstiegen und daß diese Entwicklung mit der schwächeren Auslandsnachfrage zusammentreffe. Problematisch könnte es werden, wenn die Vorteile sinkender Importpreise entfielen.

RWI-STUDIE

Die Stahlindustrie muß nicht unbedingt schrumpfen

J. G. Düsseldorf

Seit dem Absturz aus dem weltweiten Stahlboomjahr 1974, das für die Stahlproduzenten in den traditionell großen Erzeugerländern der freien Welt auf Nimmerwiederkehr verschwunden ist, unterstellten zwar fast alle Prognosen eine dauerhafte Abkopplung des Stahlverbrauchs vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Die Prognosebasis, der sinkende spezifische Stahlverbrauch und der Vormarsch „stahlfreier" moderner Technik, stimme aber mit der Realität seit 1974 nicht überein, konstatieren die Forscher des Essener Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer neuen Studie.

Die Stahlindustrie in entwickelten Ländern wie der Bundesrepublik sei „nicht unabänderlich zum Schrumpfen verurteilt". Aus einer Langzeit-Untersuchung des Stahlverbrauchs in 34 Ländern mit 86 Prozent des 1981er Weltverbrauchs (einschließlich Ostblock) gewinnt das RWI ein vom herkömmlichen Urteil abweichendes Bild für die Absatzchancen dieses unverändert wichtigsten Industrie-Werkstoffs.

Bei einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von drei bis vier Prozent neige der Stahlverbrauch zur Stagnation. Allerdings: Auf Minderungs- wie Wachstumsraten gegenüber dieser 3-bis-4-Prozent-Linie reagiere der Stahlverbrauch dreimal so stark wie die jeweilige Gesamtwirtschaft.

Auf die höhere gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate der Entwicklungsländer führt es das RWI denn auch zurück, daß sich dort seit langem (und auch nach 1974) Stahlverbrauch und Stahlproduktion weit günstiger als in den Industrieländern entwickelt haben. In letzteren freilich bleibe die Stahlproduktion ein von jeder Wachstumsflaute besonders hart betroffener Industriezweig. Die Substitution durch andere Werkstoffe jedoch werde „meist überschätzt".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

VW verhandelt mit Bulgarien

Hannover (dos) – Die Volkswagen AG, Wolfsburg, verhandelt mit Bulgarien über den Abschluß eines Lizenzabkommens. Wie zuverlässig verlautet, geht es dabei um den Bau von Nutzfahrzeugen der Klasse bis zu zwei Tonnen. Nach ersten Vorgesprächen wird VW-Vorstandschef Carl H. Hahn im September in Sofia erwartet, um das Projekt konkreter zu fassen. Die Bulgaren, die bislang keine eigene Kraftfahrzeugproduktiuon unterhalten, wollen auf diesem Gebiet unabhängiger von Lieferungen aus den RGW-Nachbarländern werden.

Neuer Mengentender

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpensions-Geschäfte mit einem Festzins von 4,35 Prozent (Mengentender) und einer Laufzeit von 28 Tagen (25. Juni bis 23. Juli). Dieses Angebot der Bundesbank steht im Zusammenhang mit der Fälligkeit von 5,9 Mrd. DM am Mittwoch auslaufender Wertpapierpensionsgeschäfte, die vor etwa einem Monat ebenfalls zum Zins von 4,35 Prozent abgeschlossen worden waren.

Konzentration bei Autos

London (dpa/VWD) – Nur die Bundesrepublik und Italien werden in Europa auf lange Sicht eine unabhängige Automobilindustrie behalten. Das ist das Ergebnis einer Studie, die gestern in London veröffentlicht wurde. Für Großbritannien und Spanien sagt das Forschungsinstitut „Economist Intelligence Unit" wachsende Abhängigkeit von ausländischen Firmen und Partnern voraus. Im Zuge der Entstehung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes werde die Zahl der großen Produzenten auf ein oder zwei zurückgehen.

Konkurse stagnieren

Wiesbaden (AP) – Die Zahl der Insolvenzen in der Bundesrepublik verharrt im bisherigen Verlauf dieses Jahres auf dem relativ hohen Niveau von 1985. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, meldeten die Konkursgerichte sowohl im April als auch in den ersten vier Monaten 1986 insgesamt praktisch die gleiche Zahl an Firmenzusammenbrüchen wie im jeweiligen Vorjahreszeitraum. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres waren es bisher 6358 Insolvenzen, darunter die von 4591 Unternehmen. Von Januar bis April 1985 hatte es 6355 Insolvenzen gegeben.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (cd.) – Kommerzielle Nachfrage und charttechnisch bedingte Käufe ließen den Dollarkurs gestern weiter anziehen. Der amtliche Kurs stieg von 2,2425 auf 2,2689 DM den höchsten Stand seit dem 4. Juni, und außerbörslich wurden zeitweilig sogar 2,2755 DM gezahlt.

Yen-Kredit

Düsseldorf (DW) – Die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale nimmt einen 3,46 Mrd. Yen-Kredit (Umgerechnet 46,2 Mill. DM) auf, der von der Mitsubishi Bank, Tokio, (federführend) und der Daihyaku Mutual Life Insurance Company, Tokio, zu gleichen Anteilen aufgebracht wird. Dieser erste Yen-Kredit der Landesbank Schleswig-Holstein hat eine Laufzeit von fünf Jahren und einen festen Zinssatz, der an die längerfristige japanische Prime Rate angelehnt ist.

Gegen Giganten

München (dpa/VWD) – Die bayerische Staatsregierung will die weitere Zunahme von Einzelhandelsgroßmärkten bremsen. Im Zuge der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms werde die Zahl möglicher Standorte von 756 auf 287 reduziert, kündigte Ministerpräsident Franz Josef Strauß an. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern könne die Regierung nicht tatenlos zusehen, wenn durch zum Teil ruinösen Wettbewerb einiger Marktgiganten die verbrauchernahe Versorgung der Bürger gefährdet werde.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,86 (162,11); Elektrowerte: 306,59 (302,29); Autowerte: 789,43 (780,74); Maschinenbau: 157,22 (155,01), Versorgungsaktien: 164,72 (163,81); Banken: 402,72 (397,61); Warenhäuser: 145,26 (145,76); Bauwirtschaft: 479,68 (478,69); Konsumgüterindustrie: 172,23 (170,04); Versicherung: 1475,07 (1428,26); Stahlpapiere: 165,98 (163,79); Gesamt 277,95 (273,99).

Kröte, verwundert

hg – Ein Markenartikel ist, wenn in einer Dose, auf der „Ölsardinen" steht, keine Kröte sitzt. Auf diesen wenig bekannten Zusammenhang weist jetzt der Markenverband in einer Anzeigenkampagne hin, die über Markenartikel informieren soll. Und damit der Verbraucher die Information auch begreift, hat man sich von Team/BBDO eine halbgeöffnete Ölsardinenbüchse malen lassen, aus der eine ziemlich fette Kröte ihren Betrachter ziemlich verwundert anguckt.

Das muß man verstehen. Die Kröte – *lat. Bufonida* –, „eine fast überall verbreitete Familie aus der Gattung der Froschlurche" (Brockhaus), wundert sich nämlich auf der ganzen Linie. Erstens darüber, daß sie noch lebendig ist. Denn jemand, der, in Öl eingelegt, mehrere Wochen in einer festverschweißten Sardinendose zugebracht hat, sollte eigentlich tot sein.

Zweitens wundert sich die Bufonida, weil ihre Artgenossen sich neuerdings nicht mehr nur „in heimischen Gewässern vermehren" (Brockhaus), sondern auch in den Regalen des heimischen Lebensmitteleinzelhandels. Denn wo immer ein Verbraucher unter einer Handelsmarke oder als „No-name" eine Dose Ölsardinen kauft – beim Öffnen kriecht ihm laut Information des Markenverbandes eine Kröte entgegen.

In dieser Hinsicht kann dem Tier indes geholfen werden: Die Krötenvermehrung vollzieht sich nicht in den Regalen des Lebensmittelhandels. Und die Vermutung des Markenverbandes, daß in jeder markenlosen Sardinendose eine Bufonida hockt, ist in dieser generalisierenden Form falsch. Richtig ist vielmehr, daß sie nur dann dort hockt, wenn die Hersteller sie zuvor hineingesetzt haben. Und das sind meist Markenartikler, die durch die Produktion von Zweitmarken oder „Namenlosen" ihre Überkapazitäten zu beschäftigen trachten.

Moral: Umkehrschlüsse erweisen sich gelegentlich als Bumerang. Und ein Bumerang ist, wenn er auf den Absender zurückfällt.

Dynamischer Held wirbt für „Camel"

hg. Köln

Bob Beck geht, Peter Warnick kommt – die J.R. Reynolds Tobacco GmbH, Köln, wird ihre Werbung für „Camel Filters" künftig mit einem neuen Helden fahren. Die Geschäftsleitung begründet dies mit einen „Wertewandel" bei der Zielgruppe – junge Leute bis knapp dreißig Jahre, vorwiegend männlich – die sich mit dem inzwischen leicht angegrauten und einsam durch den Urwald wuselnden Bob Beck nicht mehr identifizieren könne.

Die neue Leitfigur agiert zwar auch in der südlichen Hemisphäre, dies indes zielstrebig. Äußeres Merkmal der neuen Dynamik ist die Uhr, die Peter Warnick sichtbar am Handgelenk trägt. Außerdem fliegt er Hubschrauber und verirrt sich gelegentlich, proper gekleidet, in die zivilisierte Welt eines Flughafens. Er soll „Camel Filters", mit einem Marktanteil von 8,3 Prozent Nummer drei im deutschen Markt, einen Wachstumsschub verpassen. Das Managment rechnet damit, „daß wir in drei Jahren einen Marktanteil von deutlich mehr als zehn Prozent haben."

Defizit im Vertrauen

DW. Stuttgart

„Wir leben heute in einer Gesellschaft, die ja sagt zum Produkt und nein zur Produktion." Diese Einstellung hat sich nach Meinung von Professor Hans Christian Röglin vom Institut für angewandte Sozialpsychologie, Düsseldorf, die Industrie selbst zuzuschreiben.

Wie der Institutschef auf dem Kongreß des Deutschen Kommunikationsverbandes in Stuttgart sagte, habe die werbungtreibende Wirtschaft nicht deutlich genug gemacht, daß zu den Produkten auch die Produktion mit Belästigungen und Unannehmlichkeiten gehören. „Die Technologie hat sich so rasch entwickelt, daß die Bürger sie nicht mehr verstehen und völlig verunsichert sind." Es handele sich beim gegenwärtigen Zustand nicht um ein Informationsdefizit, sondern um einen Mangel an Vertrauen. Die Wirtschaft forderte der Wissenschaftler auf, im Dialog mit dem Verbraucher nicht nur die halbe Wahrheit zu sagen. Werde immer nur versucht, einen positiven Eindruck zu erwecken, entstehe die Meinung, getäuscht zu werden.

AMERICAN EXPRESS / Trotz Agenturwechsels kein grundsätzliches Umschwenken

Mit neuer Life-Style-Kampagne die Damen ins Visier genommen

Das flotte Paar, das sich über den offenbar erfolgreichen Schuheinkauf – natürlich Damenschuhe – freut, fällt auf. Seit Anfang Mai schaltet American Express, mit 455 000 ausgegebenen Kreditkarten (Stand Juni) größte Kreditkartenorganisation in der Bundesrepublik, seine neue „Life-Style-Kampagne" in den Publikumszeitschriften.

Die Damen fest im Visier ? Jürgen Aumüller, Geschäftsführer des unverändert rasch expandierenden Unternehmens, das jetzt den 500 000. Karteninhaber noch in diesem Herbst erreichen möchte, winkt ab: Zielgruppe ist unverändert jener Bürger, der ein *überdurchschnittliches* Einkommen hat und zwischen 25 und 50 Jahre alt ist, denn das ist eindeutig die konsumfreudigste Gruppe. Allerdings, räumt Aumüller ein, will man mit anspruchsvollen, aber normalen Aktionen auch die Frauen „ein bißchen mehr" erreichen. Denn sie machen erst rund 15 Prozent der American Express-Kunden aus. Die American Express-Zielgruppe unter den Damen – eben jene mit überdurchschnittlichem Einkommen, gebildet, häufiger in der Stadt als auf dem Lande zuhause, reise- und konsumfreudig – ist in den letzten drei bis fünf Jahren sehr deutlich gewachsen. Da kam American Express *die von Ogilvy & Mather* konzipierte Life-Style-Kampagne nur recht, in der ganz klar zum Ausdruck kommt, daß die American Express-Karte nicht nur für die Geschäftsreise, sondern auch für die privaten Dinge genutzt werden kann.

Die Tatsache, daß der American Express-Werbeetat von McCann-Erickson, die zuletzt für das Kreditkartenunternehmen eine groß angelegte Tageszeitungskampagne als echte Akquisitionswerbung fuhren, zu Ogilvy & Mather wechselte, will Amüller nicht als grundsätzliches Umschwenken gewertet wissen. Schließlich macht OM seit Jahren weltweit für Amexco Werbung. Einzige Ausnahme war seit fünf Jahren der deutsche Markt, wo McCann-Erickson zuständig war und dies auch für die „Gold Card", die Prestigekarte von American Express, in Zukunft weiter sein wird. Sie freilich wird, gekoppelt an ein Jahreseinkommen ab 120 000 DM aufwärts, bei weitem nicht so stark beworben wie die „normale" American Express-Karte, erreichte aber in kurzer Zeit mit 30 000 ausgegebenen Karten eine respektable Größenordnung.

Was sich Amexco die Werbung um Kartenkunden am deutschen Markt kosten läßt, behält das Unternehmen für sich. Die dafür bereitgestellte „be*stimmte" Quote vom Umsatz sei* jedoch in den letzten Jahren erheblich gestiegen, betont Aumüller. Der Lohn: Laut Nielsen-Marktforschung wächst American Express derzeit überdurchschnittlich, das tut übrigens auch das Konkurrenzunternehmen Eurocard, während Diners Club hinsichtlich der Marktanteile stagniere. Einen kräftigen Schub hat für Amexco übrigens gebracht, daß American Express im Mai vergangenen Jahres als erstes Kartenunternehmen die Anerkennung in der „DDR" auch für Mitglieder mit DM-Abrechnung unter Dach und Fach bekam.

Der Amexco-Wachstumshunger ist freilich mit rund 2,3 Mrd. DM deutschem Umsatz (1985) bei weitem nicht gestillt. Damit das rasche Wachstumstempo der letzten beiden Jahre nicht erlahmt, sollen mit intensiver Werbung neue Kunden gelockt werden. Dabei stützt sich Amexco nach Einschätzung von Aumüller auf ein ausgewogenes Werbemix mit drei Säulen. Bereits im vergangenen Jahr startete Amexco (als erstes Kartenunternehmen) mit TV-Werbung, die auch in diesem Jahr weitergeführt werden soll: In der „Do-you-know-me"-Kampagne – so das interne Werbedeutsch – taucht der Golfer Langer als Skiläufer auf oder die Fechterin Claudia Hanisch bei Lodenfrey in München; wo es geht, werden nämlich die Vertragspartner – inzwischen sind es in der Bundesrepublik rund 51 000 – in die Werbung einbezogen.

Sie beteiligen sich dann aber auch an den Kosten. Das gilt auch für die Rundfunkwerbung. Dabei konzen*triert man sich vor allem* auf die typische „Shopping-Zeit", das Frühjahr, den Herbst und frühen Winter. Im Sommer rücken dann die Reiseschecks, die Amexco ebenfalls anbietet, in den Vordergrund. Parallel zu der neuen Life-Style-Kampagne in den Publikumszeitschriften, diesmal sind übrigens erstmals auch Frauenzeitschriften gezielt dabei, läuft die bekannte Streifenwerbung in den Tageszeitungen, dies grundsätzlich gemeinsam mit Vertragspartnern, wobei Amexco in allen nationalen Tageszeitungen, aber auch in 15 Regionalzeitungen wirbt.

Das Echo ist positiv, weiß Aumüller, gerade weil man „hard- selling" vermeidet. *Daß die Werbung in Ko*operation mit Vertragspartnern „ankommt", beweist die Entwicklung der Umsätze über American Express mit dem Handel. Sie haben inzwischen den höchsten Umsatzanteil erreicht; die früher regelmäßig führende Hotellerie rutschte dadurch auf den zweiten Platz, gefolgt von den Fluggesellschaften und der Gastronomie. Die Botschaft kommt also rüber, meint Aumüller, nämlich daß seine Kreditkarte auch im privaten Bereich immer wichtiger als Zahlungsinstrument wird. Grenzen nach oben sind für ihn noch nicht in Sicht, denn im internationalen Vergleich ist die Marktausschöpfung in der Bundesrepublik immer noch gering.

SPORTHILFE

Banken gründen eine neue Marketing-Gesellschaft

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

„Lieferant der Olympia- Mannschaft". Wer kennt sie nicht, diese „Prädikate" auf der Lebensmittelpackung. Oder „Ausstatter der Olym*piamannschaft", womit* andere Firmen für ihre Produkte werben. Sie sind, zusammen mit den olympischen Ringen und der Spirale schon eine Art Warenzeichen geworden. Wer solcherart etwas für sein Image tun will, muß dafür freilich Geld locker machen, und zwar für das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK), das mit solchen Mitteln den deutschen Spitzensport fördert. Auch die Stiftung Deutsche Sporthilfe „verleiht" Prädikate: „Förderer der Olympiamannschaft" oder „Förderer des Spitzensports", ebenfalls mit einem besonderen Erkennungszeichen, den olympischen Ringen und einer Pyramide, verbunden. Auch sie kassiert dafür. Mit dem Geld unterstützt sie etwa 3 000 Athleten für ihr großes zeitliches Engagement beim Training, bei Krankheit oder beim Übergang in den Beruf.

Daß Geld und Sport eine oft allzu innige Verbindung eingehen, ist hinlänglich bekannt und wird von Puristen beklagt. Doch derlei Anlaß zur Kritik ist bei der Art, wie das NOK und die Sporthilfe den Spitzensport vermarkten, fehl am Platze. Warum sollten die beiden Organisationen nicht kassieren, wenn Unternehmen bereit sind, für die Nutzung werbewirksamer Prädikate zu zahlen? Es sind zwar keine zweistelligen Millionenbeträge, die auf diese Weise zusammenkommen; aber auch mit einstelligen Millionensummen im Jahr läßt sich schon einiges für die Sportförderung tun.

Erfolg ist noch zu steigern

Bislang haben NOK und Sporthilfe, jeder für sich, auf eigenen Gleisen agiert. Erfolgreich zwar, aber der Erfolg läßt sich sicherlich noch steigern, meinten nicht nur Sporthilfe-Chef Josef Neckermann und NOK-Präsident Willi Daume, die Oberen der Organisationen, die Banken, die schon traditionell zu Sponsoren des Sports gehören, und vor allem die werbende Wirtschaft selbst. Deswegen wollen NOK und Sporthilfe ihre Aktivitäten, die über den Verkauf von Werbelizenzen hinausgehen, zusammenwerfen. Das gemeinsame Dach ist die Deutsche Sporthilfe-Marketing GmbH (DSM) in Frankfurt, die jetzt von der BfG, der BHF-Bank, der Deutschen Bank, der DG Bank, der DGZ und der Dresdner Bank gegründet worden ist.

Die beiden DSM-Geschäftsführer, Dieter Mussler, ein in der Wirtschaft (Verlags-, Reise und Fertighausbranche) erfahrener Marketing-Experte, der zu den DSM-Mitgründern gehört, und der frühere Ruderweltmeister Jürgen Schröder, der jahrelang für das NOK gearbeitet hat, als „Lizenzverkäufer" und auch bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele in München, haben jetzt ein Marketingkonzept vorgelegt, das dem Wunsch der deutschen Wirtschaft nach einem einheitlichen und gemeinsamen Angebot entspricht.

Künftig nur ein Partner

Es wird für sinnvoller gehalten, wenn sich die Wirtschaft künftig an einen Gesprächspartner wenden und mit einem Partner verhandeln kann, der die ganze Palette der von vielen Unternehmen so geschätzten Prädikate und anderen Dienstleistungen anbieten kann. Die Verwendung der aus der Vermarktung der Lizenzen stammenden Mittel bleibt weiterhin beim NOK und der Sporthilfe.

Die Aktivitäten der Deutschen Sporthilfe-Marketing GmbH gehen freilich über den bloßen Lizenzverkauf an geeignet erscheinende Interessenten – bei der Zigaretten- oder Alkoholwerbung würde sie zum Beispiel nicht mitspielen – hinaus. Die DSM-Leistung umfaßt auch Consulting und den Entwurf von Konzepten zusammen mit den interessierten Firmen und schließlich die Vermarktung von Amateur-Athleten. Ferner sucht sie Sponsoren aus der Wirtschaft für Programme wie zum Beispiel „Jugend trainiert für Olympia"; daß derartige, in PR- Aktionen herausgestellte Unterstützung durch Unternehmen auch unter Werbung zu subsummieren ist, versteht sich von selbst.

Im Aufsichtsrat der DSM präsidiert übrigens der frühere Bankier Hans Friderichs (Deutsche Sporthilfe), seine Stellvertreter sind Werner Göhner (NOK) und Wolfgang Strutz (BHF-Bank); weitere Mitglieder sind Audi-Chef Wolfgang Habel, Hans-Jürgen Hilgendorf (Sporthilfe) und Fritz Wagnerberger (NOK).

GROSSBRITANNIEN / Höhere Industrieproduktion erhofft

Wachstumsschwäche in Sicht

fu, London

Der Wachstums-Optimismus der britischen Regierung ist durch das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Unternehmerverbandes CBI bei 1761 Mitgliedsfirmen erheblich angekratzt worden. Nahezu ein Drittel der befragten Unternehmen bezeichnet die Auftragslage sowohl im Inland als auch bei den Exporten als „unter dem Normalniveau". Gleichzeitig ist die Zahl der Firmen, die ihre Auftragslage als besser als normal einschätzen, gegenüber der Mai-Umfrage zurückgegangen.

So entspricht das Umfrageergebnis vom Juni in etwa den relativ pessimistischen Ergebnissen von Januar und April. Damit hat sich die in- und ausländische Nachfrage gegenüber dem ersten Quartal kaum verbessert. Der CBI-Analyse zufolge dürfte die Produktion in der verarbeitenden Industrie insgesamt in den nächsten vier Monaten leicht steigen. Allerdings wird in den Bereichen Metallverarbeitung und Kraftfahrzeugindustrie ein Produktionsrückgang erwartet.

Erst vor wenigen Tagen hat Schatzkanzler Lawson eingeräumt, daß das Wachstum der britischen Wirtschaft in diesem Jahr wahrscheinlich etwas unter seiner Budgetvoraussage von drei Prozent liegen wird. Aber gleichzeitig betonte er, daß die konjunkturelle Frühjahres-Delle, die nach dem bemerkenswerten Aufschwung in nahezu allen Industrienationen aufgetreten sei, bald wieder ausgeglichen sein werde.

Auch die London Business School, eines der angesehendsten Wirtschaftsforschungsinstitute, hat ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr inzwischen auf nur noch zwei Prozent zurückgenommen. Allerdings rechnet sie mit einer Wiederbelebung der Nachfrage und einem Wachstum im kommenden Jahr von 3,2 Prozent und in 1988 von drei Prozent.

FRANKREICH / Investitionsgüter-Nachfrage läßt noch zu wünschen übrig – *Abbau der Arbeitslosenzahl kaum abzusehen*

Kauflust der Verbraucher stärkt die Konjunktur

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Konjunktur hat sich in letzter Zeit wesentlich verbessert. Dies gilt vor allem für den Konsumgüterbereich. Hier war die Nachfrage im Jahresvergleich des ersten Quartals um real vier Prozent gestiegen gegenüber 2,5 Prozent 1985. *Jetzt* dürfte die Zuwachsrate bei sechs bis sieben Prozent liegen. Besonders stark gefragt wurden Fernsehgeräte – wegen der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko. Der Kaufkraftzuwachs beruht vor allem auf dem niedrigen Preisanstieg.

Nach *einer fast dreijährigen* Austerity-Kur können die Franzosen jetzt endlich ihren Nachholbedarf befriedigen. Das zeigt sich auf breiter Front im Bekleidungsbereich, *wo die* Einzelhandelsumsätze im Mai ihr Vorjahresergebnis um bis zu 22 Prozent (unabhängiger Textileinzelhandel) übertreffen. Die Autozulassungen stiegen um 6,4 Prozent nach einem Sprung von 18 Prozent im April.

Bei den Investitionsgütern ist die französische Konjunktur allerdings noch ziemlich schwach. Obwohl die Kredite erheblich verbilligt wurden, sind sie noch teurer als im Ausland. *Die meisten Unternehmen* ziehen es deshalb vor, ihre verbesserten Erträge zum Abbau der Schulden zu verwenden oder kurzfristig anzulegen. Eine fühlbare Belebung der Investitionstätigkeit wird von den Konjunkturinstituten erst für das nächste Jahr erwartet. Bis dahin könnte sich aber die Konsumgüterbelebung wieder abschwächen.

Wie weit die französische Industrie der verstärkten Inlandsnachfrage gewachsen ist und aus der Belebung der Weltkonjunktur Nutzen zieht, ist eine andere Frage. Gegenwärtig sitzen sie noch auf sehr hohen Vorräten. Und wegen ihres großen Investitionsrückstands ist ihr Angebot vor allem aus qualitativen Gründen begrenzt. So dürften die französischen Exporte bis Ende nächsten Jahres real weniger stark zunehmen als Importe, meint die OECD, obwohl die Inflationsrate von 5,5 Prozent 1985 auf 2,75 Prozent in diesem und zwei Prozent im nächsten Jahr und damit unter den OECD-Durchschnitt von 3,5 und drei Prozent zu fallen verspricht.

Dagegen wird das französische Wirtschaftswachstum weiterhin unterdurchschnittlich bleiben, wenn auch nicht mehr so stark wie 1985, als es nur 1,1 Prozent erreichte. Für dieses Jahr erwarten die französischen Konjunkturinstitute plus 2,1 bis 2,7 Prozent und 1,9 bis 2,4 Prozent im nächsten.

Ein etwas stärkeres Wirtschaftswachstum, wie es die OECD prognostiziert, würde Frankreich erlauben, den Verlust an Arbeitsplätzen im privaten Sektor zu begrenzen. Jedoch: Entgegengesetzte Wirkungen erzeugen die in diesem Jahr auslaufenden Beschäftigungsprogramme der sozialistischen Regierung. Aufgrund der neuen Regierungsmaßnahmen (weniger Sozialabgaben für neu eingestellte jugendliche Arbeitslose) wird für 1986 und 1987 bestenfalls mit einer Stabilisierung der Arbeitslosenquote auf 10,25 Prozent nach 10,20 Prozent 1985 gerechnet.

Nachdem sich die Zahl der Stellensuchenden saisonbereinigt im April um 1,7 Prozent erhöht hatte, stieg sie im Mai um 0,8 auf 2,448 Millionen, womit der Vorjahresstand um 1,5 Prozent überschritten wurde. Jedoch nahmen erstmals die Stellenangebote stark zu. Letztlich könnten aber nur stärkere Investitionen das Arbeitslosenproblem entschärfen, meint jetzt die Nationale Rechnungskommission.

GESUNDHEITSWESEN

„Arzneimuster ganz abschaffen"

tl. Hersbruck

„Weil Steuerungsinstrumente der Krankenkassen fehlen oder unzureichend sind, enthält die Ausgabenentwicklung das Risiko, die Erfolge in der Vertragspolitik zu durchkreuzen." Diese Warnung gab der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands der Ortskrankenkassen, Wilhelm Heitzer, bei den Hersbrucker Gesprächen.

Heitzer bekräftigte die Ablehnung der Kassen zur Ergänzung des Arzneimittelgesetzes bezüglich der vorgesehenen Zweitanmeldung. Der *Bundestag soll in dieser Woche die* Einführung einer Verwertungssperre

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf den Seiten 15 und 16

von zehn Jahren für Generica verabschieden. Pharmazeutische Unternehmen müssen dann künftig zehn Jahre warten, bis sie von anderen Herstellern entwickelte Wirkstoffe auf den Markt bringen können. „Durch diese De-facto-Verlängerung des Patentschutzes wird der nachahmende Generica-Wettbewerb erschwert", meinte Heitzer.

Auch die vorgeschlagene Regelung zur Abgabe von Arzneimittelmustern lehnen die Ortskrankenkassen ab. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung dürfen Ärzten auf Anforderung nur noch zwei Arzneimittelmuster zur Verfügung gestellt werden. Den Ortskrankenkassen ist diese Regelung zu milde. Heitzer befürchtet eine weitere Aufblähung der „Musterberge". Heute schon käme auf drei Arzneimittelverordnungen die Abgabe eines Arzneimittelmusters. Heitzer: „Der einzig gangbare Weg, diese Fehlentwicklung zu stoppen, ist die gänzliche Abschaffung der Arzneimittelmuster."

Kritik übte Heitzer an der pharmazeutischen Industrie, da sie die Neukonzipierung der Preisvergleichsliste ablehne. Vor diesem Hintergrund forderte Heitzer direkte Preisverhandlungen der Kassen mit den Arzneimittelherstellern. „Es kommt darauf an, die Krankenkassen aus der Rolle des reinen Zahlmeisters zu befreien", meinte Heitzer.

VALEO / Frankreichs größter Automobilzulieferer

De Benedetti beteiligt sich

J. Sch. Paris

Valéo, das größte französische Zulieferunternehmen der Automobilindustrie, an welchem die Robert Bosch GmbH mit fünf Prozent beteiligt ist, *gerät nun doch unter die* Kontrolle des Olivetti-Chefs Carlo de Benedetti. Die Regierung in Paris hatte Valéo zunächst zum „Rüstungsunternehmen" erklärt, *um so eine* italienische Übernahme zu verhindern. Doch daraus ist nun nichts geworden.

Dafür verpflichtet sich de Benedetti, seine 19prozentige Valéo-Beteiligung, die er für 550 Mill. Franc durch Börsenkäufe erworben hat, der von ihm zu 40 Prozent kontrollierten französischen Holdinggesellschaft Cérus zu übertragen. Bis 1990 soll die Valéo-Beteiligung 30 Prozent nicht übersteigen. Das bedeutet, den (vorläufigen) Verzicht auf eine Sperrminorität (in Frankreich 33 Prozent). Will de Benedetti sein Aktienpaket der Automobilindustrie verkaufen, dann muß er es zunächst der französischen anbieten.

Damit wird der Schein einer „nationalen Lösung" gewahrt. Aber dank der de Benedetti nahestehenden CGIP (Compagnie Générale de Participations Industriels), die mit zehn Prozent an Valéo beteiligt ist, *kann* er direkt oder indirekt seinen Einfluß bis auf 40 Prozent bringen. Auch soll der derzeitge Veléo-Präsident, André Boisson, zum Jahresende durch einen Vertrauensmann von de Benedetti abgelöst werden.

Valéo war wegen der französischen Automobilkrise in die roten Zahlen geraten. Seine Verluste erreichten 1985 mit 85 Mill. Franc die Hälfte der vorjährigen. Die Verschuldung des Unternehmens ist aber immer noch sehr hoch. Um sie auf ein vertretbares Maß zu reduzieren, muß das Unternehmen die Eigenmittel verstärken.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich Carlo de Benedetti mit dem Kompromiß zufrieden. Valéo würde jetzt eine „internationale Dimension" erhalten.

Staatsbank unter starkem Beschuß

J. Sch. Paris

Die Société Générale, die drittgrößte der staatlichen französischen Großbanken, ist wegen riskanter Geschäfte in Brasilien und Singapur unter scharfen Beschuß geraten. Sie soll dort zwischen 1981 und 1985 Verluste von 2,7 Mrd. Franc verbucht haben. Das enthüllte das Pariser Wochenblatt „Canard Enchainé" unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Nationalen Rechnungshofes und behauptet, daß für diese Verluste nicht die nötigen Rückstellungen gebildet worden seien. Letzteres wurde gestern von der Verwaltung der Bank ausdrücklich bestritten. In der Bilanz für 1985 stünden außergewöhnliche Rückstellungen von 2,6 Mrd. Franc zu Buche, welche sich auf die genannten Risiken beziehen. Im übrigen sei die Bankaufsichtsbehörde über die Vorgänge laufend unterrichtet worden. Allerdings: Die Société Générale hat mit dem zweifelhaften Geschäftsmann Naji Nahas in Brasilien die Firma Sogeral gegründet; 1 Mrd. Franc Verluste.

GATT / Einige Entwicklungsländer wollen Liberalisierung der Dienstleistungen aufschieben

Optimistischer Blick auf nächste Runde

ALFRED ZÄNKER, Genf

Erhebliche Fortschritte sind bei den Genfer Gesprächen für eine neue weltweite Liberalisierungsrunde zu verzeichnen. Der mit den Vorarbeiten beauftragte Gatt-Ausschuß soll bis zum 15. Juli eine Grundsatzerklärung und eine Tagesordnung ausarbeiten. Endgültige Beschlüsse müssen dann auf einer Gatt-Ministertagung in Punta del Este (Uruguay) Mitte September gefaßt werden.

Noch vor einem Monat wurden die Aussichten für die neue Runde vor allem bei den Entwicklungsländern mit großen Vorbehalten beurteilt. Nun scheint sich ein Kompromiß anzubahnen. In den umstrittenen Fragen des Agrar- und Textilhandels und der Liberalisierung von Dienstleistungen hatten sich die Positionen schon auf einem informellen Treffen hoher Beamter in Seoul (Südkorea) Anfang Juni einander angenähert. Heute wird das Verhandlungsklima in Genfer Gatt-Kreisen als „eher optimistisch" bezeichnet.

Inzwischen liegen zwei Entwürfe für das Arbeitsprogramm vor: Ein Vorschlag ist von sechs kleinen europäischen Industrieländern sowie Australien, Neuseeland und Kanada in Zusammenarbeit mit den USA, der EG und Japan unter weitgehender Berücksichtigung der Interessen der Dritten Welt ausgearbeitet worden.

Außerdem hat Brasilien unterstützt von Indien einen Vorschlag unterbreitet, demzufolge die „neuen *Probleme*" bei *der Liberalisierung* von Dienstleistungen und Direktinvestitionen zunächst aufgeschoben werden sollen. Bei den Entwicklungsländern überwiegen jedoch die Stimmen der „Moderaten". Viele dieser Länder besonders in Südostasien und selbst in Lateinamerika haben positiv auf den Vorschlag der neun kleinen Industrieländer reagiert.

Einigkeit ist nun auch bei zwei wichtigen grundsätzlichen Forderungen der Dritten Welt in Aussicht. Danach sollen alle Handelspartner sich verpflichten, während der kommenden mehrjährigen Handelsrunde keine neuen protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem sollen Restriktionen, die offenbar im Widerspruch zu den Gatt-Regeln stehen, abgebaut werden. Hier geht es vor allem um die vielen nicht-tarifären Handelshindernisse – wie zum Beispiel die freiwilligen Ausfuhrbeschränkungen und Marktabsprachen im Textil- und Stahlbereich, bei Autos und zahlreichen anderen Produkten.

Im Agrarbereich hat sich die EG bereiterklärt, über alle Subventionen zu verhandeln. Im Gatt glaubt man auch, daß Amerikaner und Europäer alles tun werden, um den Agrarstreit zu entschärfen, der durch den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG ausgelöst worden ist und nun das gute Verhandlungsklima in Genf gefährden könnte. Amerika drängt hier auf rasche Fortschritte und erstrebt eine Agrarvereinbarung bis Mitte 1988.

FINANZAUSGLEICH / Nordrhein-Westfalen könnte in Karlsruhe gut abschneiden

Niedriger Ölpreis beeinflußt das Urteil

HEINZ HECK, Bonn

Heute entscheidet das Bundesverfassungsgericht in dem seit Jahren währenden Mammutstreit praktisch aller Bundesländer über den Finanzausgleich. Die Frage ist, ob die sechs klageführenden Länder unter heutigen Voraussetzungen noch einmal den Gang nach Karlsruhe antreten würden. Denn Entscheidendes hat sich geändert. Die in den 70er Jahren explodierenden Ölpreise hatten dem „Scheichtum" Niedersachsen zu unverhofften Einnahmen verholfen.

Diese gaben letztlich den Anstoß zu der Klagelawine in Karlsruhe, da die Landesregierung in Hannover sich zunächst weigerte, die Einnahmen im Länderfinanzausgleich anrechnen zu lassen. Dies ist allerdings nur einer der zahlreichen Streitpunkte.

Doch seit die Ölpreise am Weltmarkt purzeln, müssen auch die deutschen Ölförderunternehmen erhebliche Erlöseinbußen hinnehmen. Entsprechend gehen auch die Förderzinsen zurück: Erreichten sie 1985 noch rund 2,1 Milliarden, so dürften es in diesem Jahr 1,5 bis 1,6 Milliarden und 1987 voraussichtlich nur noch gut 1 Milliarde Mark sein. Die Gaspreise folgen den Ölpreisen mit Verzögerung. Hinzu kommt, daß sich Niedersachsen unter dem Druck auch unionsgeführter Länder zur Anrechnung eines Drittels der Einnahmen seit 1983 und der Hälfte seit 1986 breitschlagen ließ.

Im gleichen Ausmaß, mit ebenfalls nur 50 Prozent, werden die Gemeindesteuereinnahmen bei der Berechnung der Finanzkraft der Länder berücksichtigt, obwohl das Grundgesetz von voller Anrechnung spricht. Wenn Karlsruhe heute alle Aspekte in dem vertrackten Vier-Milliarden-Unternehmen (1985 zahlten die „reichen" Länder Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg 2,4 Milliarden im horizontalen Finanzausgleich und der Bund 1,5 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen, also etwa 1,7 Milliarden Mark im vertikalen Ausgleich, an die finanzschwachen Länder) berücksichtigt, wird sich Niedersachsen per Saldo wahrscheinlich gar nicht so schlecht stellen. Denn die südlichen Bundesländer mit finanzstarken Gemeinden rutschen in der Beurteilung der Finanzkraft gleich wieder ein paar Punkte nach oben.

Zu bezweifeln ist, daß die Karlsruher Richter der Forderung vor allem von Nordrhein-Westfalen nach Anerkennung des Finanzbedarfs als Ausgleichskriterium folgen werden. Dennoch erscheint denkbar, daß die Regierung in Düsseldorf, die in den 50er und 60er Jahren maßgeblich in den Topf eingezahlt hat und 1985 erstmals 93 Millionen daraus erhielt, gerade angesichts der Finanzlage seiner Gemeinden insgesamt profitieren könnte.

PITTSBURGH / Ehemalige Stahlmetropole hat den Strukturwandel nahezu bewältigt

Schornsteine als Zeugen der Vergangenheit

KAREN SÖHLER, Pittsburgh

Pittsburgh – nur eine Stahlmetropole? Nein. Die Stadt im US-Bundesstaat Pennsylvania hat längst begonnen, sich von der Branche, die ihr einst Bedeutung verschaffte, zu lösen. Sie hat früher als andere Stahlregionen mit der Kurswende begonnen und ist deshalb schon weit fortgeschritten. In den vergangenen Jahren wurden vor allem der Dienstleistungssektor, aber auch das Finanz- und Versicherungswesen kräftig ausgebaut. Zwischen 1960 und 1983 ist die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen um 100 und um 55 Prozent gestiegen. In der Stahlverarbeitung ist sie dagegen um über 100 Prozent zurückgegangen.

Auch in der Forschung, bei neuen Techniken, versucht Pittsburgh, sich einen Namen zu machen. Die Carnegie-Mellon University rühmt sich, außergewöhnliche Kenntnisse über Roboter erworben zu haben. Die Pittsburgh University hat sich einen guten Ruf im medizinischen Bereich erarbeitet. *Doch damit nicht genug.* Um neue Firmen anzuziehen, hat die Stadt Land erschlossen und zu günstigen Preisen angeboten. Mit Erfolg. Zahlreiche Industrieparks prägen inzwischen die Umgebung Pittsburghs. Niedergelassen haben sich Unternehmen, bei denen kein Ruß als Nebenprodukt abfällt.

Neues Stadtbild

Das spiegelt sich auch in dem neuen Stadtbild wider. Die Mauern älterer Bauten haben nahezu ihr altes Aussehen zurückgewonnen. Bei neuen Gebäuden fällt es nicht schwer, das anfangs strahlende Äußere langfristig zu wahren. Die Zeiten, in denen Geschäftsleute dreimal täglich ihre Hemden wechseln mußten, weil sie in wenigen Stunden ergrauten, gehören der Vergangenheit an. Viele Ruß speiende Schornsteine, die früher die Luft verpesteten und verdüsterten, sind erkaltet.

Diese in den Himmel ragenden Säulen sind häufig nur noch Zeugen einer anderen Generation. Sie säumen die Ufer des Monongahela-Flusses, an denen die Stahlindustrie Anfang dieses Jahrhunderts ihre Hochzeit erlebte. Doch hier sind die meisten Fabriken inzwischen verrostet. Schienenstränge ziehen sich durch das verlassene Gelände. Schilder wie Mesta oder US-Steel Homestead zeigen, wessen Produktionsstätte hier langsam verfällt.

Mit den Unternehmen sind freilich auch die Arbeiter gegangen. Kleine Orte in der Nähe des Flusses sind verödet. Das Ortsschild „Braddock" wirkt wie Hohn. Es ist der Name für etwas, das nicht mehr existiert. Daß diese tote kleine Stadt einmal gelebt hat, belegen nur noch vereinzelte Hinweise auf Bars, Restaurants, Friseure, Einzelhändler oder Tankstellen. Jetzt sind die Eingänge vernagelt, Fensterscheiben zertrümmert.

Der Niedergang der Stahlindustrie in dieser Region war schon in den sechziger Jahren abzusehen. Die Unternehmen hatten damals den Anschluß an die Modernisierung verpaßt. Sie produzierten mit inzwischen veralteten Verfahren und Anlagen. „Schuld trugen in erheblichem Maß die Gewerkschaften", meint Rolf Dangers, Geschäftsführer der Dräger National Inc. in Pittsburgh. Sie hätten sich zum einen gegen Modernisierungen gestemmt; zum anderen trieben ihre überhöhten Lohnforderungen die Unternehmensleitungen in die Enge. Solange eine ausländische Konkurrenz – beispielsweise in der Automobilindustrie – fehlte, ließen sich die erhöhten Kosten über die Stahlverbraucher an den Konsumenten weitergeben. Diesem Abwälzen wurden jedoch Grenzen gesetzt, als europäische und vor allem japanische Autos den US-Markt überrollten. Die amerikanische Automobilindustrie *suchte sich günstigere Stahl-Quellen.* Der Import stieg und raubte den US-Produzenten Aufträge.

Produktion verlagert

Viele Stahlkonzerne zogen Konsequenzen. Sie verlagerten ihre Pro*duktion in Regionen, in denen keine* Schwierigkeiten mit Gewerkschaften drohten. Alabama im Süden der USA ist nur ein Beispiel; die Umgebung Chicagos im Norden Illinois' und Indianas oder Cleveland im Norden Ohios sind weitere. Sie boten als Vorteil die Nähe zu den Stahlverbrauchern; schließlich liegt die Hochburg der Autoindustrie seit Jahrzehnten an den großen Seen.

Freilich – die Stahlindustrie in Pittsburgh ist noch nicht versiegt, auch wenn das „Mon-Tal" diesen Eindruck hinterläßt. Dennoch: In Pittsburgh und Umgebung arbeiten heute nur noch rund 30 000 bis 35 000 Menschen in der Stahlindustrie. In den 60er Jahren waren es noch über 100 000. Allerdings: Etwa zwei Drittel dieser Arbeitsplätze wurden erst in den *letzten fünf, sechs Jahren* abgebaut. Die weltweite Krise in der Stahlproduktion gab der Branche in Pittsburgh den Gnadenschuß. Und der *Umdenkungsprozeß* ist noch nicht beendet.

Technocell AG

Die Technocell AG München ist einer der bedeutendsten europäischen Anbieter von technischen Spezialpapieren.

Technocell AG

Die Technocell AG steigerte den Umsatz von 37 Mio. Mark im Jahr 1973 auf 170 Mio. Mark heute.

Technocell AG

Die Technocell AG verfügt über einhundert Jahre Erfahrung und Know-how in der Papierherstellung.

Technocell AG

Die Technocell AG ist beteiligt an der Entwicklung neuer branchenverwandter Technologien, wie z. B. der umweltfreundlichen Herstellung von Zellstoff.

Technocell AG

Die Technocell AG besitzt hohe Kompetenz als weltgrößter Vollsortimenter für Dekorpapiere, nicht zuletzt durch jahrelange Dialoge mit ihren Marktpartnern.

Technocell AG

Die Technocell AG wird durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ihre Eigendynamik und Selbständigkeit langfristig sichern.

INDUSTRIE SÜDWEST / Gegen den Wasserpfennig

35 000 neue Arbeitsplätze

nl. Stuttgart

Baden-Württemberg brauche für die neunziger Jahre ein weiteres Kernkraftwerk, konstatiert Hans Freiländer (BBC), Vorsitzender des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie und fügt hinzu, daß hierüber Ende der achtziger Jahre entschieden werden müsse. Eine Region, die noch immer die höchsten Strompreise habe, müsse ihren Bedarf so rationell wie möglich decken. Der Reaktorunfall in der Ukraine habe gezeigt, daß man durch Zukauf von Grundlast aus Kernenergie im Ausland an Sicherheit nichts gewinne. Unter den hierzulande üblichen Sicherheitskriterien sei Kernenergie als eine sichere Energie und als eine wirtschaftlich unbedingt notwendige Energie zu bezeichnen. Einsparungen stellten keine eigene Energiequelle dar.

Der Landesverband bekräftigt noch einmal seine Forderung, die Umweltpolitik in Baden-Württemberg nach Prioritäten zu ordnen und ihren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Hektik in der Umweltpolitik könne nur schädlich sein. Im Hinblick auf den von der baden-württembergischen Landesregierung anvisierten „Wasserpfennig" meinte Freiländer, er finde nicht die volle Unterstützung der Industrie. Über das Altlasten-Thema müßten weitere heiße Diskussionen geführt werden. Zur Technologiepolitik sagte Freiländer, sie dürfe keine Dauer- oder Erhaltungssubventionen für ganze Branchen beinhalten und ebenfalls nicht an regionalpolitische Zielsetzungen gebunden sein.

Eindeutige Fortschritte ortet der Landesverband auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1986 wurden im verarbeitenden Gewerbe rund 35 000 zusätzliche Arbeitsplätze (vor allem in der Elektroindustrie, dem Maschinenbau und dem Fahrzeugbau) geschaffen gegenüber 25 000 zur gleichen Vorjahreszeit. Die Produktion stieg in den ersten vier Monaten im Südwesten um 4,7 Prozent.

Alles in allem zeigt sich die Industrie zuversichtlich, daß der Aufschwung in Baden-Württemberg, wenn auch in abgeschwächter Form, weitergeht. Dafür spreche, daß der niedrigere Dollarkurs verkraftet worden und die innere Kostenstabilität nicht ernsthaft gefährdet sei. Der technische Fortschritt treibe die Investitionen an.

BATIG / Nach der zügigen Expansion der letzten Jahre größere Probleme als erwartet vor allem mit den „Enkeln"

Neue Struktur zeigt die ersten Ergebnisse

JAN BRECH, Hamburg

Die zügige Expansion in den vergangenen Jahren und schwierige Umfeldbedingungen in fast allen Märkten, in denen die Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, tätig ist, haben bei der Holding für alle deutschen Interessen der britischen BAT-Gruppe zu einem merklichen Rückschlag geführt. Vorstandsvorsitzender Harald Erichsen räumt ein, daß es bei Batig 1985 mehr Probleme als erwartet gegeben habe. Durch eine Auflösung der alten Strukturen sowie durch nachhaltige Maßnahmen zur Ergebnissicherung seien allerdings die Weichen für wesentliche Verbesserungen bereits in diesem Jahr gestellt worden.

Die Schwierigkeiten der Batig spiegeln sich am deutlichsten im Ergebnis des Jahres 1985 wider. Als Jahresüberschuß weist die Holding mit 42 Mill. DM 64 Mill. DM weniger als 1984 aus. Ertragsrückgänge gab es sowohl bei der BAT Cigarettenfabriken GmbH, bei der Pegulan-Gruppe und vor allem bei Horten. Während BAT und Pegulan in schwarzen Zahlen blieben, schloß die Horten-Gruppe mit Verlust. Die größten Probleme hatte Batig dabei mit „Enkelkindern", wie die bei Horten angesiedelten Firmen Peter Hahn und Dogmoch/Ypsilon, die zusammen mit 45 Mill. DM das Ergebnis belasteten, und der zur Pegulan-Gruppe gehördenen Hüppe GmbH. Auch Hüppe schrieb rote Zahlen.

Bei Peter Hahn, so erklärt Erichsen, hätten eingeleitete Strukturmaßnahmen dazu geführt, daß die Firma 1986 ausgeglichen abschließen werde. Die Filialkette Dogmoch/Ypsilon, die mit Geschenkartikeln handelt, ist dieser Tage an eine private Unternehmergruppe in München (Jürgen von Mengden und Bob Keur) verkauft und damit bereinigt worden.

Zur Konsolidierung der Gesamtgruppe haben Erichsen und Vorstandskollege Eberhard Scheffler (Dieter H. Vogel von Pegulan und der frühere Horten-Chef Bernd Hebbering sind ausgeschieden) eine neue Struktur geschaffen. Rückgängig gemacht wurde vor allem die Konzentration der Heimbedarf-Gruppe bei der Pegulan AG. Künftig wird sich die Pegulan AG wieder allein auf das ihr angestammte Geschäft stützen. Die Hüppe GmbH wird erneut ausgegliedert, und unter der neu gegründeten Europlast Formteile GmbH führt Batig das zukunftsorientierte Geschäft mit thermoplastischen Formteilen für die Autoindustrie zusammen. Unter dem Dach der Holding werden ab 1987 die 100-Prozent-Tochter BAT Cigarettenfabriken, die 95,5-Prozent-Beteiligung Pegulan AG, die Gesellschaften Hüppe und Europlast (Batig-Anteil je 100 Prozent) und die Horten AG (50,1 Prozent) fungieren.

Diese Neuordnung, die zu einer Konzentration der individuellen jeweiligen Stärken führen soll, haben Erichsen und Scheffler kombiniert mit einer erheblichen Verschärfung der Bewertungsrichtlinien innerhalb der gesamten Gruppe. Der Ergebniseinbruch ist nicht zuletzt die Folge hoher Risikovorsorge in Form von Wertberichtigungen und Rückstellung in einigen Gruppenfirmen.

Erste Früchte der Korrekturen sollen bei der Batig bereits 1986 geerntet werden. Nach Angaben von Erichsen weisen alle Bereiche einen positiven Umsatztrend aus. Der Bruttoumsatz dürfte über das ganze Jahr um sieben Prozent auf 9,3 Mrd. DM, der Nettoumsatz um 13 Prozent auf knapp 6 Mrd. DM steigen. In dem Wachstum schlägt sich vor allem die Übernahme von zwei Auslandsfirmen in Spanien und Frankreich durch die Europlast nieder. Ergebnisverbesserungen erwartet Erichsen bei BAT, bei Pegulan und vor allem auch bei Horten. Trotz noch kleiner Strukturmaßnahmen werde sich das Ergebnis mindestens verdoppeln.

Daß bei Batig noch nicht alle Probleme ausgestanden sind, verkennt natürlich auch Erichsen nicht. Die Warenhausbranche bleibt schwierig, bei Hüppe und Pegulan gibt es nach wie vor Schwachstellen. Vermutungen, daß die Ausgliederung von Hüppe ein Sprungbrett für den Ausverkauf sein könnte, weist Erichsen zurück. Vor diesem Hintergrund ist Erichsen vorsichtiger geworden, den lange angekündigten Sprung in die völlig neue Sparte „finanzielle Dienstleistungen" zu konkretisieren. Das Thema bleibe aber Gegenstand der mittelfristigen Konzernstrategie.

Batig	1985	±%
Konzernumsatz		
(Mill. DM)	8 873	+ 6,1
dav. BAT	4 621	+ 0,5
Pegulan	1 282	+ 0,8
Horten	2 770	+ 20,3
Belegschaft	31 617	- 2,9
Jahresüberschuß	42	- 60,4
in % vom Umsatz	0,8	(2,25)
Investitionen	246	+ 12,3
Abschreibungen	234	- 3,7
Eigenkapital	1 070	- 9,4
in % d. Bil. Summe	29	(32)

TÖPFER

Agrar-Bürokratie belastet Geschäft

J. B. Hamburg

Die Töpfer International-Gruppe, die zu den führenden Handelshäusern mit Getreide, Futtermitteln, Ölsaaten und Ölen gehört, hat nach eigenen Angaben im Geschäftsjahr 1984/85 mit gutem Gewinn abgeschlossen. Das Ergebnis sei trotz eines Jahresverlaufs erzielt worden, der durch unerwartete Ereignisse und Entwicklungen geprägt gewesen sei. Probleme habe es einmal durch die politisch-administrativen Entscheidungen der Verwaltungen vor allem in Washington und Brüssel sowie durch die drastischen Kursschwankungen des Dollar gegeben.

Bei einer um 6 Prozent höheren Tonnage ging der konsolidierte Außenumsatz infolge niedrigerer Preise um gut 5 Prozent auf 11,1 Mrd. DM zurück. Aus dem nicht genannten Jahresüberschuß in der ebenfalls nicht veröffentlichten "Weltbilanz" seien die Rücklagen gestärkt und eine angemessene Dividende an die Anteilseigner ausgeschüttet worden. Die eigenen Mittel erreichten inzwischen 200 Mill. DM. Darüber hinaus gebe es beträchtliche stille Reserven.

Bei Töpfer sind die Intrade, eine Holding europäischer und amerikanischer Genossenschaften, mit gut 50 Prozent, der US-Konzern Archer Daniels Midland mit knapp 50 Prozent und die Alfred C. Töpfer Verwaltungsgesellschaft KG, Hamburg, mit einem kleinen Rest beteiligt.

Auch in den ersten Monaten des Wirtschaftsjahres 1985/86 habe Töpfer mit Gewinn gearbeitet. Das wirtschaftliche Umfeld sei allerdings nicht besser geworden.

SÜDMILCH / Auswirkungen von Tschernobyl überwunden

Verkauf zieht wieder an

nl. Stuttgart

Bei der in genossenschaftlichem und bäuerlichem Besitz befindlichen Südmilch AG, Stuttgart, dem großen Milchverwertungs-Unternehmen im Südwesten, rechnet man für das laufende Geschäftsjahr 1986 mit einem insgesamt „zufriedenstellenden Verlauf". Zwar sei, wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Weber feststellt, nicht zu verkennen, daß der Reaktorunfall von Tschernobyl bei der Südmilch, insbesondere im Monat Mai und hier vor allem bei Frischmilch zu deutlichen Umsatzeinbußen geführt habe. Diese würden aber durch die Schadensregelung, wie man sie in Bonn für die Molkereien gefunden habe, ausgeglichen.

Nachdem die Rohmilch „wieder im Lot" sei, das heißt die Belastungswerte „unter der Nachweisgrenze" lägen, sei er, Weber, sicher, daß „auch der kritischste Konsument dem Naturprodukt Milch bald wieder das frühere Vertrauen schenken wird". Zur Zeit liegt die Nachfrage nach Frischmilch noch immer um etwa 20 Prozent unter dem Vorjahr bei anziehender Tendenz.

In 1985 hat die Südmilch insgesamt 225 Mill. Kilogramm Milch verarbeitet, das waren 2,4 Prozent weniger als im Jahr davor. Die Milchanlieferung von den Erzeugern blieb mit 250 Mill. kg stabil. Die Umsatzerlöse stiegen um 17 Prozent auf 697 Mill. DM. Es wird ein auf 0,14 (1984: 0,19) Mill. DM verringerter Jahresüberschuß ausgewiesen, der einschließlich Vortrag für die Ausschüttung einer unverändert siebenprozentigen Dividende auf 1,8 Mill. DM Vorzugsaktien verwendet wird. Investiert wurden 17 (31) Mill. DM und abgeschrieben 13 (12) Mill. DM. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres lag der Umsatz um etwa 17 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Milchanlieferung stieg um 20 Prozent.

ARAL / Jetzt Marktführer bei Benzin und Diesel – Kundenfreundliche Großtankstelle hat beste Überlebenschance

Verbilligung für Bleifrei zwei Jahre länger?

HANS BAUMANN, Bochum

„Das Angebot ist da, aber es fehlt die Nachfrage. Das hat uns alle in der Branche tief enttäuscht, vor allem, weil es doch zwei Pfennig billiger ist." Mit diesen Sätzen beklagt Klaus Marquardt, Vorsitzender des Vorstands der Aral AG, Bochum, die Zurückhaltung der Autofahrer beim Tanken von bleifreiem Benzin. Statt der erwarteten 20 Prozent Bleifrei am Gesamtbenzinabsatz seien nur knapp zehn Prozent erreicht worden. Aral allein werde bis Ende 1986 rund 40 Mill. DM für das Angebot von bleifreiem Benzin investiert haben.

Da nach Marquardt die Gefahr besteht, daß nach Beendigung des Preisvorteils von zwei Pfennig je Liter Benzin die Autofahrer wieder auf verbleiten Kraftstoff umsteigen, habe die Mineralölindustrie Bundesfinanzminister Stoltenberg gebeten, die steuerliche Vergünstigung für Bleifrei über den 1. April 1987 hinaus „für mindestens zwei Jahre" zu verlängern.

Die ungenügende Nachfrage nach bleifreiem Benzin führt Marquardt auf den niedrigen Informationsstand der Autofahrer zurück. Er fordert die Autoindustrie und das Kraftfahrzeuggewerbe auf, die Autofahrer intensiver über die Verträglichkeit ihrer Wagen für bleifreien Kraftstoff aufzuklären. Die Aral AG schätzt, daß selbst 1990 erst die Hälfte des Kraftstoffverbrauchs unverbleites Benzin sei.

Kaum Aussicht auf Erfolg habe die Absicht der Bundesregierung, verbleites Normalbenzin ganz zu verbieten. Das Bundesinnenministerium habe darauf hingewiesen, daß die EG-Kommission es ablehne, eine solche Regelung europaweit durchzusetzen. Daher, so Marquardt, komme es wohl nicht zum Drei-Zapfsäulen-System, zwei für bleifreies Normalbenzin und Super und eine für Super verbleit.

Der Aral-Chef schließt nicht aus, daß der Benzinpreis weiter abbröckelt, nachdem im Mai zehn Pfennig aufgeschlagen wurden, jetzt aber die Preise hier und da ein wenig zurückgenommen werden. Der Preis für Dieselkraftstoff sei bereits auf den niedrigsten Stand des Jahres gefallen. Nach Luxemburg habe die Bundesrepublik den niedrigsten Benzinpreis Westeuropas. Trotz dieser Tendenz zu niedrigeren Erlösen habe die westdeutsche Mineralölindustrie weiterhin eine positive Ertragstendenz.

Die kundenfreundliche Großtankstelle hat nach Marquardt die größten Chancen zum Überleben. Er rechnet damit, daß das Tankstellennetz weiter um jährlich 750 bis 1000 Stationen ausgedünnt wird. Am Ende des Jahrzehnts dürften wohl nur rund 14 000 Tankstellen übrigbleiben. An diesen Stationen werde es wohl ein neues, bargeldloses Zahlungssystem geben. Marquardt favorisiert eine Bankeninitiative, die möglicherweise in drei oder vier Jahren zum Zuge komme.

Aral ist mit rund 23 Prozent des Benzinabsatzes in der Bundesrepublik Marktführer. Nach einer Absatzsteigerung um 22 Prozent in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gilt dies nun auch für Dieselkraftstoff. Im Geschäftsjahr 1985 hat Aral den Umsatz um 3,1 Prozent auf 15,5 Mrd. DM erhöhen können (darin enthalten 5,3 Mrd. DM Mineralölsteuer). Auf Kraft- und Schmierstoffe entfielen davon fast 94 Prozent. Der Absatz je Tankstelle hat sich weiter um 8,8 Prozent auf 1797 Kubikmeter erhöht. Damit wird der Branchendurchschnitt überschritten. Bei der Belegschaft hält der kräftige Abbau an: die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich 1985 um zehn Prozent auf 1108 (1970: 3376).

BWB

Starkes Interesse an Beteiligungen

DANKWARD SEITZ, München

Auf großes Interesse in Kreisen der Wirtschaft ist die von bayerischen Banken und Versicherungen im Januar 1985 gegründete BWB Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft mbH, München, gestoßen. Seit der Geschäftsaufnahme im März 1985 sind bei der BWB, wie Geschäftsführer Wolf Rüdiger Willig jetzt mitteilte, rund 700 Anfragen bzw. Anträge auf Beteiligungen eingegangen, die sich auf nahezu alle Branche des mittelständischen ver- und bearbeitenden Gewerbes verteilen.

Zugestimmt hat der BWB-Aufsichtsrat bisher sieben Beteiligungen mit einem Volumen von insgesamt 9 Mill. DM., wovon drei breits abgeschlossen worden sind. Bei den sieben Projekten, an den sich die BWB mit 20 bis 25 Prozent am Gesellschaftskapital beteiligen wird, handelt es sich um Firmen (15 bis 300 Beschäftigte), die für die Herstellung neu entwickelter Produkte bzw. zu deren Markteinführung Eigenkapital benötigen.

Die drei Firmen mit denen Beteiligungen bereits eingegangen wurden, sind: die Koester KG in Uttenreuth, die *Karl Süsse KG – GmbH & Co in* Garching und die Johann Rettinger Präzisions-Anlagenbau in München. Koester beschäftigt 100 Mitarbeiter, entwickelt und produziert kundenspezifische Selbstklebefolien für deutsche und ausländische Hersteller von technischen, hygienischen und medizinischen Produkten. Umgesetzt wurden 1985 etwa 20 (8) Mill. DM; für *1986 erwartet man 30 Mill. DM. Die* Süsse-Gruppe (300 Beschäftigte) ist spezialisiert auf die Entwicklung und Herstellung von Fertigungs- und Prüfgeräten für alle namhaften internationalen Bauelemente-Firmen. Ihr Umsatz für 1985 wurde auf rund 60 Mill. DM beziffert. Rettinger (45 Mitarbeiter, 7 Mill. DM Umsatz) baut für die Kfz-, Chemie- und Elektroindustrie Präzisionswerkzeuge sowie Handhabungs-, Montage- und Messtechnik-Anlagen.

Gegenwärtig prüft die BWB, so Willig, 30 Projekte mit einem Beteiligungsvolumen von insgesamt 34 Mill. DM. In sieben Fällen sei in den nächsten Monaten mit einem Abschluß zu rechnen. Spätestens 1987 wird man dann bei der BWB, die bei ihrer Gründung bei einem Nominalkapital von 10 Mill. DM mit 20 Mill. DM Eigenmitteln ausgestattet worden ist, an eine Kapitalerhöhung denken müssen.

BfG / Überdurchschnittlich hohe Gehälter – Der Vorstand beklagt die kleinen Quoten im Emissionsgeschäft

Noch kein Termin für den Gang an die Börse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Wann und mit welchem Kurs die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) mit ihren Aktien an die Börse geht, konnte Vorstandsvorsitzender Thomas Wegscheider noch nicht sagen, denn die Diskussion über die „Öffnung" der gewerkschaftseigenen Bank sei noch nicht abgeschlossen. Aber spätestens für Ende 1987 zeichnet sich die Notwendigkeit einer moderaten Erhöhung des Grundkapitals (jetzt eine Mrd. DM) um 50 bis 100, vielleicht auch 150 Mill. DM ab; man werde Konditionen suchen, die diese erste Emission zu einem Erfolg und die Aktie zu einem interessanten Papier werden lassen.

Für Wegscheider ist klar, daß die BfG von ihren künftigen neuen Aktionären keine so hohen Kurse ver*langen kann wie deutsche Spitzen*banken. Dafür ist die Ertragskraft einfach nicht hoch genug. Sie ist, nimmt man das 1985 um 5 Prozent auf 313 Mill. DM gestiegene Teilbetriebsergebnis in Relation zum Geschäftsvolumen als Maßstab, etwa um ein Drittel niedriger als die der Commerzbank. Und noch ungünstiger sieht es bei Berücksichtigung der Eigenhandelserträge aus, die bei weitem nicht so überschäumend sind wie bei den privaten Großbanken.

Die BfG hat es eben als Bank im „Twen-Alter" in verschiedenen Sparten schwerer als andere, sagt Wegscheider. Sie sei noch nicht die Bank, der die ganz großen Vermögen zum Managen anvertraut werden, und im einträglichen Emissionsgeschäft sei sie nur mit zu kleinen Quoten mit von der Partie. Aber sie will ihre Anstrengungen verstärken, hier Boden gutzumachen.

Von einer Öffnung für neue Aktio*näre verspricht sich die Bank positive* Akzente, so zum Beispiel, wie Wegscheider sagte, aus der Identifizierung der Kunden mit „ihrer" Bank.

Die BfG habe zwar derzeit nichts, was man als gemeinwirtschaftliche Fahne vor sich hertragen könnte, räumte Wegscheider ein; dennoch sei nicht daran gedacht, die bisherige Tradition (Bank der Gewerkschaften zu sein und Wettbewerb zugunsten des kleinen Mannes und Mittelstands zu veranstalten) oder den Namen zu ändern. Wenn man auch in der Geschäftspolitik kaum noch Unterschiede zu rein „kapitalistischen" Banken erkennen kann, fällt doch eines auf: Die gut 7400 BfG-Mitarbeiter werden deutlich besser bezahlt als ihre Kollegen bei anderen Filialbanken (allein die Tarifgehälter sind um rund 15 Prozent höher), während sich die Vorstandsmitglieder mit weniger als die anderer Aktienbanken zufriedengeben müssen.

Erstmals seit Jahren führt die BfG, die 1985 wie berichtet ihre Bilanzsumme in der AG um 2 Prozent auf 49 Mrd. DM steigern konnte. wieder einen Gewinn an die Holding BGAG ab: 80 Mill. DM Jahresergebnis, was einer Dividende von 8 Prozent entspricht. Das Jahresergebnis selbst fiel trotz erhöhten Teilbetriebsergebnisses und eines etwas unter dem Vorjahresergebnis liegenden Gewinns aus dem Eigenhandel sowie beachtlicher Gewinne aus dem Verkauf von Rentenwerten, die sich um rund 750 Mill.DM auf knapp 3 Mrd. DM verminderten, um 30 Mill. DM niedriger aus als 1984. Der Grund: Erhöhte Vorsorge für Risiken im In- und Ausland.

Zufrieden ist die BfG mit dem Geschäftsverlauf in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, besonders mit dem Zuwachs im Kreditgeschäft mit der Privatkundschaft und der mittelständischen Wirtschaft. Das Betriebs*ergebnis einschließlich der kräftig ge*stiegenen Eigenhandelserträge übertraf den Vorjahresvergleichswert um rund 25 Prozent.

DUROPAL / Exportgeschäft auf hohen Touren – „Symbiose" mit Pfleiderer-Gruppe

Auf Wachstumskurs trotz Möbelflaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Kritik an der heimischen Möbelindustrie und erst recht am Möbelhandel, den man allzu einfallslos über das seit Jahren schrumpfende Geschäft klagen sieht, kann sich zwar auch das 106 Jahre alte Familienunternehmen Duropal-Werk Eberh. Werde GmbH & Co. KG, Arnsberg, wie so mancher Zulieferant der Möbelfabrikanten nicht verkneifen. Doch die seit fast drei Jahrzehnten auf die Produktion von Hochdruck-Schichtstoffplatten (HPL-Platten) für die Möbelindustrie *konzentrierte Firma hat trotz der Mö*belflaute ihren Umsatz 1985 sogar noch leicht über Plan um neun (elf) Prozent auf 163 Mill. DM gesteigert.

In 1986 soll es, wie Senior-Geschäftsführer Helmut Ofterdinger prophezeit, mit 14 Prozent Umsatzsteigerung noch kräftiger vorangehen. Anders als 1985, als das Umsatzplus bei geschrumpftem Inlandsgeschäft nur aus dem auf 66 (60) Prozent gesteigerten Export stammte, herrsche nun Gleichklang des Wachstums daheim und in der Welt.

Den Expansionskurs erklärt die Firma nicht nur mit dem konsequenten Ausbau des Exportgeschäfts (Hauptabnehmerländer Großbritannien, Holland, Schweiz und Belgien), das nun mit Gründung eines Verkaufsbüros in Singapur für den aussichtsreichen Fernost-Markt eine neue Dimension erhalten soll. Stolz wird auch darauf verwiesen, daß man mit Produktinnovation für diesen Oberflächenwerkstoff beim inländischen Hauptabnehmer, der konjunkturgeplagten Küchenmöbelindustrie, *weniger unter Preisdruck stehe als* mancher Konkurrent. Und daß man steigende Absatzerfolge in der erst seit wenigen Jahren belieferten Büroeinrichtungsindustrie erziele, deren Produktionswert auch 1985 stattlich um 14,7 (18,2) Prozent auf 2,9 Mrd. DM weiter wuchs.

Duropal steigerte 1985 mit 839 (742) *Beschäftigten den Plattenabsatz um* zehn (zwei) Prozent auf 9,5 Mill. Quadratmeter, wovon abermals 3,5 Mill. Quadratmeter zu Verbundelementen mit 64 (66) Prozent Umsatzanteil veredelt wurden. Der verschwiegene Ertrag sei 1985 sowohl durch Personalaufbau für Kapazitätserweiterungen als auch durch unzureichende Durchsetzung geplanter Preiserhöhungen (bis zu fünf Prozent), deren Rest man 1986 realisieren will, kleiner geworden. Die 12 (10,5) Mill. DM Sachinvestitionen bei 7,2 (6,2) Mill. DM Abschreibungen sollen 1986 auf 20 Mill. DM steigen.

Das Eigenkapital mache noch gut 32 (35) Prozent der erstmals genannten Bilanzsumme von 75,6 Mill. DM aus und deckt mithin rund 70 Prozent des Anlagenbuchwertes von 34,7 Mill. DM. Eigentümer waren bisher die Familienholding G+O Grundstücks- und Organisations-GmbH & Co. AG, Arnsberg, und mit einer seit 15 Jahren bestehenden stillen Beteiligung von 20 Prozent die Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft, Frankfurt.

Per 1. Juni 1986 hat G+O nach jahrelangen Gesprächen mit der oberpfälzischen Pfleiderer-Gruppe das Duropal-Werk und die Arnsberger Eltec Elemente-Technik für Möbel + Innenausbau GmbH in die von Pfleiderer geführte neue „Industrie-Beteiligungsgesellschaft für Holz- und Kunststofftechnik mbH & Co., Neumarkt/Oberpfalz" eingebracht und ist dort mit 37 Prozent an 75 Mill. DM Kapital beteiligt. Diese Neugruppierung rangiert mit 300 Beschäftigten und 575 Mill. DM 1986er Umsatzerwartung nach Ofterdingers Urteil „mit an der Spitze" in der europäischen Holzwerkstoffindustrie.

Baumeister-Haus erwartet Umsatzplus

C. S. Frankfurt

Aus der krisengeschüttelten Baubranche kommen erste positive Signale. So rechnet die Baumeister-Haus-Gruppe, eine Kooperation von *75 mittelständischen Bauunterneh*men in der Bundesrepublik, für dieses Jahr mit einer erheblichen Umsatzsteigerung gegenüber 1985. Das Plus beträgt wertmäßig gerechnet *13,7 Prozent, nach der Zahl der fertig*gestellten Ein- und Zweifamilienhäuser sogar 17,2 Prozent.

Bis Mitte Juni konnten 720 Einheiten mit einem Auftragswert von 221,5 Mill. DM verkauft werden. Dazu kommt ein Auftragsüberhang von 342 Mill. DM (1119 verkaufte Ein- und Zweifamilienhäuser). Das ergibt für dieses Jahr einen Absatz von 1839 Häusern bei einem Umsatz von 563,5 Mill. DM. Da Baumeister-Häuser in rund sechs Monaten fertiggestellt sind, werden die bis Ende Juni ver*kauften Einheiten sämtlich bis zum* Jahresende an die Bauherren übergeben. Verkäufe aus der zweiten Jahreshälfte gehen in die Rechnung 1987 ein.

Die Gruppe führt ihren Erfolg vor allem auf Qualität am Bau, Kundennähe der Partnerfirmen und umfassende Serviceleistungen zurück.

SCHNEIDWAREN / EG-Neulinge proben Importhürden

Zurückhaltende Verbraucher

HARALD POSNY, Solingen

Kaum in die dem freien Welthandel verpflichtete Europäische Gemeinschaft eingereiht, *hat Spanien eine* Kostprobe für schutzzöllnerische Unarten mittels nichttarifärer Handelshemmnisse geboten. Ein knappes halbes Jahr seit Anfang 1986 ist es der Regierung in Madrid gelungen, jegliche Einfuhren von Bestecken nach Spanien zu unterbinden. Importeure von deutschen, dänischen, französischen und italienischen Bestecken erlitten erhebliche Einbußen. Dann hatten die Föderation der Europäischen Schneidwaren- und Besteckindustrie (FEC) und die EG-Kommission Spaniens Verstoß gegen Art. *30 ff* des EWG-Vertrages rückgängig gemacht.

Die Spanier hatten die Importe durch Einführung von technischen Überprüfungen und Zulassungen (Homologation) praktisch gestoppt.

Der Industrieverband Schneidwaren und Bestecke weist auf dieses angeblich im Sinne des Verbraucherschutzes in Spanien getroffene Vorhaben als Beispiel für die vielfältigen Bedrohungen mittelständischer Industrien im Außenhandel hin. Immer wieder drohen Maßnahmen, die geeignet sind, Exportmärkte auszutrocknen. Und der Erfindungsreichtum von Regierungen, so in Griechenland die Bardepotpflicht, ist dabei unerschöpflich.

Freilich: Die deutschen Hersteller sind 1986 gut davongekommen. Einmal wurden ganz überwiegend die Ausfuhren, hier jedoch im Bereich Schneidwaren, um 6 Prozent auf 760 Mill. DM gesteigert, zum anderen wurde die Importkonkurrenz, hier vor allem bei Bestecken, zurückgedrängt. Die Branche sieht damit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit untermauert. Immerhin „lebt" der Industriezweig zu fast 48 Prozent vom Export, allein bei Schneidwaren zu 57 Prozent. In den 94 Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern (insgesamt 11 400 Beschäftigte) wurden 1985 für 1,04 Mrd. DM (minus 2 Prozent) Schneidwaren und Bestecke produziert. Mit 770 Mill. DM entfiel drei Viertel des Produktionswertes auf Schneidwaren.

Nach zehn Jahren ist die Einfuhr zum erstenmal zurückgegangen (um ein Prozent auf 388 Mill. DM. Dies ist vor allem eine Folge der insgesamt verstärkten Zurückhaltung der deutschen Verbraucher von Bestecken. Sie griffen – wenn überhaupt – stärker auf Produkte „made in Solingen" zurück. Die Importeure des nord- und südamerikanischen Kontinents, vor allem USA, Kanada und Brasilien, gerieten unter den Druck des US-Dollar. Besonders tiefe Einbrüche hatten Besteckteile aus Edelstahl „rostfrei", deren Importanteil über 80 Prozent liegt.

Im ersten Tertial 1986 blieb die Nachfragebelebung durch die Binnennachfrage nahezu völlig aus. Der Verband spricht wie für 1985 noch von einer „Verbraucherverweigerung", die auch andere Produkte für den gedeckten Tisch trifft.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gegenantrag zur PWA-HV

München (sz.) – Mit einem Gegenantrag zur Hauptversammlung (23. Juli) der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, will die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V., Düsseldorf, erreichen, daß dem PWA-Vorstand die Entlastung verweigert wird. Trotz des hervorragenden Geschäftsergebnisses 1985 sieht sich die Schutzvereinigung dazu veranlaßt, wie es heißt, weil der PWA-Vorstand entgegen seinen Zusicherungen in der HV des Vorjahres bei der Emission einer 100-Mill.-DM-Optionsanleihe nicht sichergestellt hat, daß die PWA-Aktionäre bevorzugt bedient worden sind. Nur wenn dies garantiert gewesen wäre, hätte auch – wie bei anderen Optionsanleihen üblich –, bei der Festlegung des Optionspreises ein Abschlag auf den Börsenkurs vorgenommen werden dürfen.

Gutes Neugeschäft

München (sz.) – Eine überaus gute Geschäftsentwicklung verzeichnete die mh Bausparkasse AG, München, *in den ersten fünf Monaten 1986.* Mit dem Abschluß von 11 577 Verträgen über eine Bausparsumme von 367 Mill. DM steigerte sie ihr Netto-Neugeschäft gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um *20,3 bzw. 18,6* Prozent. Auf hohem Niveau bewegte sich auch der Geldeingang mit 84,6 Mill. DM (plus 35,3 Prozent), wovon 75 Mill. DM (plus 28,9 Prozent) auf Spargelder entfielen. Nach einem Beschluß der Hauptversammlung wurde das Grundkapital der mh Bausparkasse jetzt um 8 Mill. auf 18 Mill. DM zu einem Kurs von 750 DM je 500-DM-Aktie aufgestockt.

Einstieg in der Schweiz

Frankfurt (cd.) – Die Royal Trustco *Ltd, Toronto, die rund 60 Mrd. kan.* Dollar Vermögen verwaltet und ein breites Spektrum von Finanzdienstleistungen anbietet, will eine 77prozentige Beteiligung an der Dow Banking Corporation, Zürich, eine der größten Auslandsbanken in der Schweiz, sowie weitere Beteiligungen der Dow Financial Services Gruppe für 168 Mill. US-Dollar übernehmen. Dazu gehört ein 72prozentiger Anteil an der Arbuthnot Latham Bank, einer Londoner Merchant Bank, und am britischen Börsenmakler Savory Milln & Co mit Niederlassungen in New York und Singapur. Ferner werden Dow-Beteiligungen in Singapur, Kuala Lumpur und Hongkong sowie eine Vertretung in Tokio übernommen.

Mecklinger zu MBB

Stuttgart (nl) – Dr. Roland Mecklinger (49), seit 1981 Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, und dort verantwortlich für den Gruppenbereich Öffentliche Nachrichtentechnik, wird zum 30. Juni 1986, wie das Unternehmen bestätigt, bei SEL ausscheiden. Mecklinger wird in die Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, (MBB), Ottobrunn, überwechseln und dort den stellvertretenden Vorsitz übernehmen.

B & W Motor am Ende?

Kopenhagen (Me.) – Dem früheren Flaggschiff der dänischen Industrie, dem Schiffdieselhersteller B & W Motor, droht die Schließung. Im Gefolge der Werftkrise konnten seit einem halben Jahr keine Neuaufträge mehr abgeschlossen werden. Zuletzt wurden nur noch sechs bis acht Schiffdiesel je Jahr abgeliefert. Seit 1980 gehört B & W Motor zum MAN-Konzern in Augsburg. Um die Produktionslinie von Großdieseln weiterzuführen, will die Gruppe die dänischen Kapazitäten nach Deutschland überführen. In Dänemark sind dadurch 900 Arbeitsplätze gefährdet. Im vergangenen Jahr erzielte B & W Motor noch einen Überschuß von 34 Mill. Kronen. *Der Schließungsbeschluß soll bereits* getroffen sein, formell aber erst im Juli verkündet werden.

Gewinn gesteigert

Heiligenhaus (dpa/VWD) – Die Fila Sportartikelhersteller GmbH hat 1985 ihren konsolidierten Gewinn um 28 Prozent auf 2,9 Mill. DM gesteigert. Vom Gesamtumsatz der Marke Fila (Sportartikel und -kleidung) wurden 76 Mill. DM von ausländischen Lizenznehmern erzielt. Zwei Drittel des Gesamtumsatzes wurde im Ausland erzielt. *Die Fila-Gruppe* gehört zur Snia BPD.

Junge Aktien für die Kunden

dpa/VWD, Hamburg

Die Info Gesellschaft für Informationssysteme AG, Hamburg, ein Dienstleistungsunternehmen der Datenverarbeitung, erhöht ihr Grundkapital auf 15 (10) Mill. DM. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, werden die jungen Aktien von einem Konsor*tium unter Führung der Vereins- und* Westbank AG, Hamburg, den Kunden der Ausweichrechenzentren zum Kauf angeboten. Das Unternehmen war zum ersten Januar in eine AG umgewandelt worden. *Damals* war das Grundkapital auf 10 Mill. DM erhöht worden. Für Ende 1986 ist die Einführung der Aktien an der Hanseatischen Wertpapierbörse geplant.

Der Umsatz machte 1985 erneut einen deutlichen Sprung nach oben. Er nahm von 39,6 Mill. DM auf 62 Mill. DM zu. Besonders dynamisch ent*wickelte sich der Geschäftsbereich* der in Hamburg und Düsseldorf angesiedelten Ausweichrechenzentren, der 32 Großunternehmen zu seinen Kunden zählt. Der Jahresüberschuß belief sich *1985 auf 674 000 DM,* von denen 224 000 DM auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Der Rest von 450 000 DM wurde mit einem Gewinnvortrag von 1,3 Mill. DM in eine Gewinnrücklage eingestellt und in Grundkapital umgewandelt.

SCHWEIZERISCHE RENTENANSTALT / Neuer Fonds zur Alterssicherung

Mit Innovationen den Markt überrascht

HARALD POSNY, München

Die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt (SR), Zürich, in der Bundesrepublik wachstums-, leistungs- und ertragsstark und 1985 mit einem der bisher besten Ergebnisse versehen, denkt wie gewohnt weit über den Tellerrand hinaus. Das bedeutet für die SR nicht nur eine Reihe von Produktin*novationen, mit denen oft genug der* Markt beschämt wurde, sondern auch Gedanken an die Kunden, deren Versicherungssummen nach Vertragsende fällig werden.

Noch im zweiten Halbjahr 1986 soll ein Ablauf-Fonds gegründet werden für Kunden, die neben ihrer privaten Rente für andere Formen der Alterssicherung Interesse zeigen. Dieser Spezialfonds für Aktien und Rentenwerte soll nach den Worten des Hauptbevollmächtigten Günther Hox entweder mit der Westfalenbank, Bochum, *oder* dem Bankhaus Aufhäuser, München, aufgelegt werden. Mit den Fonds sollen dann auch jene Kunden ein Angebot erhalten, die bisher in weitem Umfang ihre Kapitalleistungen bei der SR in eine Rente umwandeln ließen.

Zu den Überlegungen einer umfassenden Versorgungsidee gehören für die Schweizer auch der Einsatz von Zusatzversicherungen in freier Kombination mit verschiedenen Haupttarifen. Die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung ist in über 60 Prozent aller Bestandsverträge und in fast 70 Prozent aller Neuverträge eingeschlossen. Die SR ist hier einer der führenden Unternehmen.

Ein besonderer Tarif garantiert bei Tod nach langandauernder Krankheit Sonderzahlungen an die Hinterbliebenen, eine sogenannte Optionsversorgung hält dem Kunden sowohl bei Festlegung der Leistungsform als auch bei der Dauer des Schutzes Wahlmöglichkeiten offen.

Eine Pflegerentenversicherung (ab 1987) *soll eine Art Rentenoption* für Senioren enthalten, zu beliebigem Zeitpunkt beliebige Beträge aus dem Ablaufguthaben zur Verrentung abzurufen. Dies wird von Hox als weiterer Schritt gesehen, den Kunden flexible Gestaltungsmöglichkeiten für die Altersversorgung offenzuhalten, nicht zuletzt um vorprogrammiertem Ärger bei der Beurteilung des späteren Pflegegrades zu vermeiden.

„Gewehr bei Fuß" steht man, was das neue Tarifmodell der Lebensversicherer angeht. Freilich: Viele der Neuerungen gibt es bei der SR schon längst – von der kundenfreundlichen Rückkaufregelung über die entstehungsgerechte Überschußbeteiligung mit Wahlrecht zwischen Bonus-verzinslichem Ansammlungs- und Beitragsermäßigungssystem bis zu dem nach heimischem Vorbild schon 1984 eingeführten 100-Prozent-Bonus als Zusatzausschüttung.

Schweizer Renten	1985	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	18 620	+14,0
Eingel. Neugeschäft	2949	+[illegible]
Beitragseinnahmen	548	+[illegible]
Aufw. f. Vers. Fälle	195	+[illegible]
Kapitalanlagen [1]	3242	+[illegible]
Kapitalerträge [2]	238	+12,5
Aufwendungen f. Beitr. Rückerst.	157	+[illegible]
Rückstellungen f. Beitr. Rückerst.	345	+[illegible]

	1985	1984	[illegible]
Stornoquote [3]	4,8	7,0	[illegible]
Verw. Kostenq. [4]	3,0	2,0	2,9
Abschl. Kostenq. [5]	32,5	28,9	[illegible]
Überschußquote [6]	36,4	30,1	[illegible]

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,[illegible] (7,8) Prozent; [3] Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß einschl. 43 Mill. DM Direktgutschrift in % d. Beiträge.

Aktienkurse ziehen wieder an

Kaufaufträge aus dem Ausland gaben dem Markt eine Stütze

DW. – Von Nervosität, wie sie noch am Wochenende die Tendenz beeinflußt hatte, war auf den Aktienmärkten am Montag keine Rede mehr. Die private Bankenkundschaft war kaum noch mit Verkaufsaufträgen präsent, obwohl sich bei vielen Kreditinstituten in der Beurteilung künftiger Kursbewegungen ein Hauch von Pessimismus einzuschleichen scheint. Die bei den Standardwerten am Wochenbeginn eingetretenen teilweise recht kräftigen Kurssteigerungen gingen weitgehend auf das Konto einiger Auslandskaufaufträge.

Trotz der enttäuschenden Zinsentwicklung konzentrierte sich ein Teil der Nachfrage auf Finanzwerte, vor allem auf Bankaktien. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Hoesch-Aktien, die hin und wieder auf den Kauflisten von Informationsdiensten erscheinen. Wie schon in der vorangegangenen Woche, so konnte sich bei den Maschinenbauwerten keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Das mag daran liegen, daß sich die Ausländer gegenwärtig wieder auf den Erwerb weniger international bekannter Standardaktien beschränken. So auf Siemens, Daimler und die Titel der Großchemie. Viag-Aktien wurden um einen weiteren Punkt zurückgenommen. Stützungskäufe einer Großbank sollen bisher einen rascheren Abstieg verhindert haben.

Frankfurt: Gehe erhöhten um 8 DM, Kali Chemie um 11 DM und Rheinelektra um 25 DM. Pfaff verteuerten sich um 4 DM, Aesculap lagen um 20 DM und Deckel um 6 DM schwächer. Flachglas verloren 10 DM.

Düsseldorf: Conc. Chemie verbesserten sich um 9 DM, Mauser um 3 DM und Nino um 2,40 DM. Nachgegeben haben DAB um 2 DM, Dyckerhoff VA um 7 DM, Heinr. Lehmann um 14,50 DM und Hoffmanns Stärke um 11 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi lagen um 12 DM höher. Beiersdorf erhöhten um 2 DM und Triton um 2,50 DM. Reichelt gaben um 4 DM und Holsten Brauerei um 1 DM nach. Hapag Lloyd festigten sich um 1,20 DM.

Berlin: Berliner Elektro legten 70 DM zu. Rheinmetall St. gewannen 29 DM, die Vorzüge 10 DM. Orenstein stockten um 5 DM auf, während Schering um 7 DM zurückfielen. DUB-Schultheiss verloren 1 DM. Springer gaben 5 DM ab.

München: Aigner lagen um 4,50 DM und Hochtief um 45 DM fester. Patrizier verbesserten sich um 13 DM und Süd Chemie um 23 DM. Nachgegeben haben Cassella um 43 DM, Ecsada um 9 DM und Flachglas um 4 DM.

Stuttgart: Stuttgarter Hofbräu St. Stiegen um 5 DM und die Vorzugsaktien um 10 DM. Gehe verteuerten sich um 5 DM, Fuchs legten 4 DM zu. Aesculap waren um 30 DM nachgebend. Boss waren um 70 DM ermäßigt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 277,95 (275,99)
WELT-Umsatzindex: 3251 (2695)
Advance-Decline-Zahl: 121 (59)
38-Tage-Linie: 281,89 (282,67)
200-Tage-Linie: 265,90 (265,54)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		23.6.	20.6.
H	Aach M Bet. 10	2285	2240
H	Aach. M. Vers. 7	1705	1680
D	Aach. Rück. 9	2650	2700T
D	Aesag *4	385G	385G
M	Ad-Gögg. 4	172	171
H	Adcu 3	174	175
D	Adler 9	325	325
F	AEG 0	311,5	313,1
D	AEG KABEL 9	427bG	425G
S	Aesculap 9	410	440TB
F	AGAB 5	138	138,5

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

Oerlikon-Bührle	1930	1940
Sandoz NA	–	4250
Sandoz Inh.	11900	11950
Sandoz Part.	1710	1720
Art. A. Saurer	220	220
Schw. Bankges.	5675	5700
Schw. Bankverein	540	541
Schw. Kredit. A. Inh.	3720	3720
Schw. Rückv. Inh.	17400	17300
Schw. Vollab. Inh.	2490	2500
Sika -B-	4200	4100
Gebr. Sulzer Part.	595	595
Swissair	1650	1650
dgl. NA	1350	1360
Winterthur Inh.	6600	6500
Winterthur Part.	6000	6000
Zür. Vers. Inh.	7600	7675
Index: Schw. Kred.	526,60	504,70

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Renten-Optionshandel

[illegible]

Junge Aktien

[illegible]

Devisenmärkte

Die Leitwährung wurde am 23. Juni deutlich über den Freitagskursen gehandelt. Das Geschehen vollzog sich zwischen 2,265 und 2,275. Die amtliche Notiz kam mit 2,2689 zustande. Unverändert wurde als Begründung auf die nicht mehr aktuellen Zinssenkungshoffnungen in den USA verwiesen. Aus markttechnischer Sicht wurde auch der nahende Halbjahresultimo angeführt. Die meisten amtlich notierten Währungen zogen etwas an. Die größten Veränderungen lagen bei maximal 4 Promille. Der Kurs des kommerziellen Rand gab um 2,6 p. c. nach, die weiterhin unübersichtliche Situation um Südafrika belastete den Kurs. US-Dollar in: Amsterdam 2,5575; Brüssel 46,4075; Paris 7,2405; Mailand 1554,75; Wien 15,928; Zürich 1,8594; Ir. Pfund/DM 3,033; Pfund/Dollar 1,4884; Pfund/DM 3,377.

Devisen und Sorten

23.6.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,2649	2,2729	2,2568	2,21	2,31
London[2]	12,0	3,370	3,384	3,337	3,30	3,46
Dublin[2]	16,5	3,026	3,040	2,996	2,97	3,12
Montreal[1]	8,92	1,6322	1,6402	1,6208	1,58	1,68
Amsterd.	4,50	88,68	88,90	88,47	88,05	89,80
Zürich	4,00	121,92	122,17	121,48	120,50	123,25
Brüssel	8,00	4,884	4,904	4,861	4,77	4,97
Paris	9,50	31,28	31,44	31,135	30,40	32,15
Kopenh.	7,00	26,90	27,02	26,72	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,41	29,53	28,77	28,75	30,50
Stockh.	8,00	31,08	31,24	30,68	30,25	32,00
Mailand[3]**	12,0	1,4535	1,4635	1,431	1,40	1,50
Wien	4,00	14,208	14,248	14,209	14,11	14,33
Madrid	8,00	1,558	1,568	1,526	1,53	1,63
Lissabon**	17,5	1,475	1,495	1,432	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,3405	1,3435	–	1,30	1,36
Helsinki	–	43,21	43,41	42,61	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,55	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,558	1,612	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,5445	1,5635	–	1,49	1,61
Johannbg.*	12,0	0,878	0,912	–	0,63	0,88
Hongkong *	–	28,89	29,17	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Renten leicht schwankend

Vorbörsliche Hoffnungen, die leichte Befestigung der US-Bonds am Wochenschluß würde eine entsprechende Reaktion auf dem deutschen Rentenmarkt zur Folge haben, erwiesen sich als verfrüht. Die noch am Vormittag genannten bis zu 0,5 Punkt höheren Notierungen bei den öffentlichen Anleihen ließen sich am Markt nicht durchsetzen. Öffentliche Langläufer gerieten im Verlaufe sogar unter Druck. Im übrigen kam es in diesem Bereich zu begrenzten Kursschwankungen. Das gilt auch für die DM-Auslandsanleihen. Pfandbriefrenditen blieben gegenüber dem Freitag nahezu unverändert.

Bundesanleihen

			23.6.	20.6.
F	7¾ Bund 76 I	12/86	101	101,1G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	101,2G	101,25G
F	6½ dgl. 79	1/87	100,8	100,9
F	6¾ dgl. 77	4/87	101,45G	101,5G
F	6½ dgl. 77	7/87	101,75bG	101,6
F	6 dgl. 77	10/87	101,5G	101,5
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,8G	101,8
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,1	103,1
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,6	103,6
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,8	103,8
F	7¾ dgl. 79 I	4/89	105,5	105,4
F	10 dgl. 81 I	4/89	111,8	111,8
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106G	106
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,2	107,2
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,35	107,35
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,05G	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107,2	107,1
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,2G	107,1
F	10 dgl. 80	4/90	114,3	114,15bG
F	5¾ dgl. 78	5/90	101,85	101,6
F	8½ dgl. 80 I	7/90	109,8G	109,7G
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	110,4	110,4
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	108,55bG	108,55
F	9 dgl. 81	2/91	112,7G	112,7G
F	7½ dgl. 83 III	6/91	108,2	108,15
F	10¼ dgl. 81	7/91	119,15	119,15
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,8	121,8G
F	10 dgl. 81 II	12/91	119	119
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	117,25	117,25
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	117,6	117,6
F	9½ dgl. 82	4/92	116,4	116,4
F	9 dgl. 82 I	5/92	114,3	114,3
F	8½ dgl. 82	6/92	112,2G	112,2
F	9 dgl. 82 II	8/92	114,7	114,7
F	8¾ dgl. 82	9/92	113,6	113,6G
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	109,5	109,5
F	7½ dgl. 83	1/93	108,7	108,7
F	6 dgl. 78 II	3/93	101,4	101,3
F	7½ dgl. 83 II	3/93	108,85	108,75
F	8¼ dgl. 83	6/93	111,75	111,75
F	8 dgl. 83	7/93	110,7	110,7
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	111,6	111,8
[illegible]				

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

		23.6.	20.6.
F	6¼ dgl. 85 m. O.	240G	240
F	6¾ dgl. 85 o. O.	94G	94G
F	3¾ dgl. 85 m. O.	228G	228G
F	3¾ dgl. 85 o. O.	92,9	92,65
F	6¾ dgl. 86 m. O.	133,75	133,6
F	6¾ dgl. 86 o. O.	99	99,25
F	3¾ Didier 85 m. O.	140	140
F	3¾ Didier 85 o. O.	80,25T	80,25G
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	193	197G
F	4 dgl. o. O.	95,5	94,75
F	8 dgl. 84 m. O.	216G	215G
F	8 dgl. 84 o. O.	107,5	107,5T
F	5½ Fuji 84 m. O.	128,5G	130G
F	5½ dgl. 84 o. O.	92,15G	92bG
F	3½ Hanwa 84 m. O.	144	144
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,75G	94,75G
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	220T	220T
[illegible]			

Optionsscheine

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	23.6.	20.6.
8 Air. Entwlgk. 79/87	102,5G	102,5
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,25G	105,25G
9 Air Canada 82/92	109,75G	109,75G
7¾ dgl. 83/93	105	104,75G
9½ Alcan 82/89	104,5T	105G
7½ Allied Chem. 84/94	102,9G	102,9
8¾ AMCA Ltd. 85/91	103	102,75G
8¾ A.N.A.S. 83/88	106,25T	105,75T
8½ dgl. 84/91	106	106
5¾ Am. Express 79/87	99,9	99bG
8¾ E.D.F. 82/92	106,75	106,75
8¾ dgl. 83/93	109,25	108,75G
7 Eletrobras 77/87	101T	101,25T
7 dgl. 79/87	100T	100T
5¾ ELF Aquit. 78/88	101	101,25G
6¾ Emhart Corp. 85/95	102,1G	102
6¾ Ericsson LM 72/87	100,8G	100,8G
6¼ Exxon 72/87	98,25	98T
7 dgl. 73/88	100bG	100G
9¾ dgl. 80/87	101b8	100,5
9½ dgl. 82/90	101	101
8½ dgl. 83/90	98bG	97,75
8 dgl. 84/92	95	95,5
8¼ dgl. 84/92	97G	97
7¾ Estel 73/88	100,9	100,7
5¾ Eurotom 77/87	100,4	100,4
7¾ dgl. 83/93	102,7	102,2
[illegible]		
8½ dgl. 84/92	109,25T	109T
7¾ dgl. 85/95	108,65T	108,75bB
8 Sperry Corp 84/94	104,5G	104,75
6½ Stand.Chart.78/88	101,25	101,5
6 Statoil 78/88	100,5G	100,5G
6¾ dgl. 79/89	100,5G	100,5
7¾ Sterling Dr.84/94	103,1	103,1
7¾ Südafrika 71/86	99,6G	99,6
7 dgl. 72/87	99G	99
9 dgl. 80/87	101,5	101
8¾ dgl. 83/91	98b8	99
7¾ dgl. 84/92	95,6	96
8 Sumitomo 83/91	106,4bG	106,5
6¾ Svedgbrbk 72/87	100,85T	101T
7 dgl. 73/88	105G	105
7½ Sun Int. 73/88	101G	101G
10¾ Svenska Ex. 81/91	109,75G	109,75G
9¾ dgl. 82/87	104,35G	104,35G
5¾ Tauernaut. 78/95	98,25G	98,25G
9¾ dgl. 82/94	–	–
6 TVO-Kraftw. 78/88	100G	100G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

---

Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist die Erlösung eine Gnade.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, meinem herzensguten Vater, Schwiegervater, unserem lieben Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Dr. jur. Hanns-Wilhelm Quack

* 14. Juli 1921 † 19. Juni 1986

der uns nach schwerer Krankheit verlassen mußte.

In stiller Trauer

Ruth Quack geb. Vierhaus
Hani Khatib und Frau Ilsemarie geb. Quack
mit Sami, Navina und Alina als Enkelkinder
Heinz Bisschopinck und Frau Marie-Luise geb. Quack
Dr. Lutz Quack und Frau Uta
mit Ivo und Verena

4050 Mönchengladbach 6, Ungermannsweg 5

Die Beisetzung findet im Kreise der Familie statt.

Am 19. Juni 1986 verstarb im Alter von nahezu 65 Jahren mein lieber Teilhaber und unser verehrter Chef

Dr. jur. Hanns-Wilhelm Quack

Fast 40 Jahre haben wir gemeinsam unsere väterliche Firma nach dem völligen Zusammenbruch bei Kriegsende geleitet und aufgebaut.

Die Ergänzung und das Verständnis in allen geschäftlichen Fragen waren einmalig.

Wir alle haben seine liebenswerte Verbindlichkeit sehr geschätzt und werden sein Vorbild in dankbarer Erinnerung behalten.

Max Wienandts
und die Mitarbeiter der Firma
NELLEN & QUACK
Transportgesellschaft GmbH & Co. KG
Mönchengladbach

Die Beisetzung findet im Kreise der Familie statt.

Christus der Herr ist mein Leben,
und sterben ist mein Gewinn.

In tiefer Trauer, jedoch im Vertrauen auf die Verheißungen des Herrn, teile ich den Heimgang meines geliebten Mannes

Leo von Seroff

* 25. August 1901 † 19. Juni 1986

allen Verwandten und Freunden mit.

In dankbarer Liebe
Villana von Seroff

2 Hamburg 63
Hummelsbütteler Weg 24

Trauerfeier am Freitag, dem 27. Juni 1986, um 10 Uhr in der russisch-orthodoxen Kathedralkirche, 2 Hamburg 54, Hagenbeckstr. 10.

Beisetzung am gleichen Tage um 12 Uhr bei der Kapelle 13 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Seelenmesse abends um 19 Uhr in der Kirche Heilige Familie, 2 Hamburg 62, Tannenweg 24a.

FINANZANZEIGE

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1976
– WKN 469 501/5 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 4 – WKN 469 504 –

mit den Stücknummern

30 001 – 40 000 zu je DM 1000,–
53 001 – 54 000 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 15 000 000,– werden zur Rückzahlung zum 1. Oktober 1986 fällig.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 1. Oktober 1986 an zum Nennbetrag gegen Vorlage der Wertpapiermäntel bei folgenden Kreditinstituten sowie bei deren in Deutschland gelegenen Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 30. September 1986

Die zum 1. Oktober 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 3 und 5 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Juni 1986

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Verlusten in den vorderen Sichten und sonst unverändert ging Kupfer aus dem Markt. Niedriger notierten Kaffee und Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	20.6.	19.6.
Juli	246,00	247,00
Sept.	246,25	248,00
Dez.	253,25	255,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	241,68	242,98
Am. Durum	239,46	240,76

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Juli	102,80	102,70
Okt.	107,50	107,80
Dez.	109,00	109,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Juli	83,40	84,40
Okt.	79,00	79,00
Dez.	78,50	78,50

HAFER Chicago (c/bush)

Juli	110,00	108,75
Sept.	107,75	108,50
Dez.	115,50	115,75

MAIS Chicago (c/bush)

Juli	235,00	233,75
Sept.	197,25	198,75
Dez.	189,50	192,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Juli	106,40	102,80
Okt.	89,30	89,20
Dez.	88,60	88,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	20.6.	19.6.
Juli	183,00	187,50
Sept.	187,25	190,50
Dez.	190,25	192,75

KAKAO New York ($/t)

	20.6.	19.6.
Juli	1673	1696
Sept.	1731	1758
Dez.	1794	1814
Umsatz	unerh.	3050

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Juli	5,96	6,12
Sept.	6,15	6,30
Okt.	6,43	6,58
Jan.	6,55	6,95
März	7,05	7,19
Umsatz	20444	17556

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	6,22	6,15

KAFFEE London (£/t) Robusta

	20.6.	19.6.
Juli	1835-1838	1820-1822
Sept.	1873-1875	1860-1862
Nov.	1915-1920	1897-1900
Umsatz	4360	3710

KAKAO London (£/t)

Juli	1256-1258	1258-1260
Sept.	1287-1288	1285-1286
Dez.	1325-1326	1320-1321
Umsatz	2064	5872

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	20.6.	19.6.
Aug.	136,00-137,00	140,80-141,00
Okt.	144,80-145,00	149,20-149,40
Dez.	148,00-150,80	152,20-154,40
Umsatz	4086	4314

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

schw.	23.6.	20.6.
Sarawak spez.	865,00	860,00
weiß Saraw.	1167,50	1160,00
weiß Munt.	1182,50	1175,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	20.6.	19.6.
Juli	103,55	103,45
Sept.	103,75	102,80
Nov.	104,30	104,00
Jan.	105,60	105,40
März	106,80	106,65
Umsatz	800	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	20.6.	19.6.
	26,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,00	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli	16,88	16,94
Aug.	17,07	17,08
Sept.	17,20	17,25
Okt.	17,25	17,30
Dez.	17,60	17,65
Jan.	17,65	17,70
März	17,95	17,95

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

	16,25	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	11,00	11,00
Choise white hog 4 % fr. F.	8,25	8,25

TALG New York (c/lb)

top white	9,50	9,50
fancy	9,00	9,00
bleichf.	8,75	8,75
yellow max. 10% fr.F	7,50	7,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	59,65	58,25
Juli	54,27	52,70
Aug.	51,05	50,00

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli	73,25	71,80
Aug.	70,15	69,40
Febr.	64,62	62,62

HÄUTE Chicago (c/lb)

	20.6.	19.6.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	69,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Juli	534,00	533,25
Aug.	523,00	525,00
Sept.	510,50	512,50
Nov.	507,50	511,00
Jan.	516,00	519,25
März	525,00	528,75
Mai	531,00	534,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Juli	150,00	149,90
Aug.	147,60	147,90
Sept.	145,80	146,50
Okt.	144,50	145,30
Dez.	147,00	147,60
Jan.	148,00	149,00
März	150,00	151,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	20.6.	19.6.
Juli	261,50	262,20
Okt.	271,00	271,20
Dez.	275,50	275,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	20.6.	19.6.
	11,00	11,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	23.6.	20.6.
jegl. Herk. cif	570,00	560,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	425,00	410,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	242,50	240,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

roh Niederl. fob Werk	93,00	90,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	255,00	262,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	207,00	205,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	20.6.	19.6.
Juli	68,25	67,60
Okt.	33,70	33,26
Dez.	34,20	33,60
März	34,40	34,20
Mai	35,10	34,75
Juli	35,35	35,30

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	40,50	40,37

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	23.6.	20.6.
Aug.	518-520	515-525
Okt.	527-530	527-528
Jan.	529-530	–
Umsatz	2190	2194

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	23.6.	20.6.
Juli	41,50	41,50
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	23.6.	20.6.
Juli	626,00-630,00	626,00-628,00
Okt.	611,00-618,00	–
Dez.	–	–
Umsatz	3	3

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	23.6.	20.6.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	23.6.	20.6.
Juni	12478	12474
Juli	12459	12464

KAUTSCHUK London (p/kg)

	20.6.	19.6.
RSS 1 Juli	56,50-57,50	56,00-57,00
RSS 1 Aug.	56,50-57,50	56,00-57,00
RSS 2 Juli	55,75-56,75	55,00-56,00
RRS 5 Juli	54,50-55,50	53,75-54,75

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	23.6.	20.6.
Juli	205,50-207,50	206,00-208,00
Aug.	204,50-206,50	205,00-207,00
Nr. 2 Juli	203,00-204,00	203,00-204,00
Nr. 3 Juli	201,00-202,00	201,00-202,00
Nr. 4 Juli	197,50-198,50	197,50-198,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	23.6.	20.6.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	23.6.	20.6.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	261,75-261,92	259,03-259,37
dritt. M.	262,94-263,11	259,20-259,54
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	96,11-96,27	95,85-96,19
dritt. M.	95,77-96,11	95,18-95,51
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	933,98-935,68	918,00-919,67
dritt. M.	953,98-955,68	919,67-921,38
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	158,37-161,76	162,00-165,38
Prod.-Pr.	190,91	188,71
REINZINN		
99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	23.6.	20.6.
	14,07	14,10

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	23.6.	20.6.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	321,99-324,36	319,96-322,32
BLEI in Kabeln	103,75-104,75	103,75-104,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	23.6.	20.6.
MS 58, 1.VS	295-299	293-297
MS 58, 2.VS	345-353	344-345
MS 63	327-331	325-330

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	23.6.	20.6.
Leg. 225	295-305	295-305
Leg. 226	297-307	297-307
Leg. 231	332-342	332-342
Leg. 233	345-352	345-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	23.6.	20.6.
PLATIN (DM/g)	33,40	32,85
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28887	28443
Rückn.-Pr.	24590	24200
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25360	24970
Rückn.-Pr.	24690	24310
verarbeitet	26600	26200
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24760	24500
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	382,40	377,50
Rückn.-Pr.	370,80	366,00
verarbeitet	399,20	394,00

Internationale Edelmetalle

	23.6.	20.6.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	340,50	338,90
15.00	341,05	339,65
Zürich mit.	340,50-340,90	339,15-339,55
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	79500	77700
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	342,95	339,75
3 Mon.	351,05	347,05
6 Mon.	359,15	355,15
12 Mon.	374,55	370,20
PLATIN (£/Feinunze) London		
fr. Markt	289,40	286,70
PALLADIUM (£/Feinunze) London		
f. Händl.-Pr.	74,55	73,85

New Yorker Metallbörse

	20.6.	19.6.
GOLD H & H Ankauf	339,65	339,20
SILBER H & H Ankauf	511,00	509,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	448,00-451,00	448,00-451,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	110,00-111,00	110,00-111,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juni	340,40	338,80
Juli	341,30	339,50
Aug.	342,60	340,80
Okt.	345,90	343,70
Dez.	349,20	347,40
Umsatz	15000	15000
SILBER (c/Feinunze)		
Juni	510,20	506,60
Juli	510,50	507,00
Sept.	514,10	510,60
Dez.	516,50	513,00
Jan.	527,00	522,00
März	529,60	526,00
Mai	535,60	532,00
Umsatz	19000	9000

KUPFER (c/lb)

	20.6.	19.6.
Juni	62,90	62,95
Juli	63,00	63,00
Sept.	63,30	63,30
Dez.	63,60	63,55
Jan.	63,75	63,70
März	63,95	63,95
Mai	64,15	64,15
Umsatz	5580	3700

Londoner Metallbörse

	23.6.	20.6.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	773,50-774,00	769,50-770,50
3 Mon.	777,00-777,50	771,50-772,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	284,00-284,50	281,00-283,00
3 Mon.	283,00-284,00	281,00-283,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	953,00-953,50	929,00-930,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	927,00-928,00
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	922,00-928,00	925,00-950,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	536,50-537,00	536,00-537,00
3 Monate	541,00-541,50	540,70-541,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	205-215
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	20.6.	19.6.
Juli	36,60-36,70	38,20-38,30
Aug.	37,60-37,75	38,80-38,90
Sept.	38,55-38,90	39,70-39,80
Okt.	39,70-39,75	40,65

GASÖL – London ($/t)

	20.6.	19.6.
Juli	113,00-114,00	115,25-115,75
Aug.	114,74–	115,75-116,00
Sept.	117,25-117,75	118,25-118,75
Okt.	120,25-120,75	121,00-121,50
Nov.	122,00-122,50	123,00-124,00
Dez.	124,00-125,50	125,00-126,00
Jan.	125,00-127,00	122,00
–	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)

	20.6.	19.6.
Juli	41,50-41,70	41,50-41,70
Aug.	41,00-41,20	41,00-41,20
Sept.	40,25-40,40	40,60
Okt.	38,50-38,75	39,25
Nov.	37,60	28,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	20.6.	19.6.
Juli	14,35-14,90	13,73-13,78
Aug.	12,90-12,98	13,01-13,08
Sept.	12,75-12,78	12,92-12,94
Okt.	12,68-12,82	12,92-12,96
Nov.	12,82	13,01

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	20.6.	19.6.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	10,70N	10,70N
Forties	11,50	10,95
N. Sea Brent	11,60	11,80
Bonny Light	11,95N	12,15N

Kartoffeln

London (£/t)

	20.6.	19.6.
Nov.	94,70	92,00
Febr.	105,30	101,50
April	131,90	126,90
Mai	142,00	138,40

New York (c/lb)

	20.6.	19.6.
Nov.	3,26-3,31	3,51-3,53
März	3,45-3,60	3,75-3,77
Mai	4,00-4,04	4,15-4,20
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	20.6.	19.6.
Juli	178,00-171,00	177,60
Sept.	172,20-174,00	174,50-174,80
Nov.	168,10-168,30	170,20-170,50
Jan.	170,50-171,00	172,20-172,40

Devisenterminmarkt

Dollar- und Pfund-Terminsätze waren am 23.6. kaum verändert, lediglich beim Schweizer Franken etwas Bewegung.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,50-0,40	1,39-1,29	2,68-2,48
Pfund/Dollar	0,37-0,35	1,05-1,02	1,93-1,88
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	8,80-7,40
FF/DM	16-p	29-13	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23.6.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 23.6.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 23.6.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20.6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	6⅞-7⅛	4½-4¾	5½-6
3 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	5¼-5⅝
6 Monate	6⅞-7⅛	4⅝-4¾	5-5¼
12 Monate	7-7¼	4⅝-4⅞	4⅞-5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 23.6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,00, Verkauf 20,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23.6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	1010,00	1345,20
5 US-Dollar (Indian)**	625,00	775,75
5 US-Dollar (Liberty)	375,00	508,25
1 £ Sovereign alt	185,75	234,56
1 £ Sovereign Elizabeth II	176,00	223,44
20 belgische Franken	137,25	182,69
10 Rubel Tscherwonez	185,50	258,63
2 südafrikanische Rand	170,75	216,32
Krüger Rand, neu	759,75	906,02
Maple Leaf	781,50	950,81
Platin Noble Man	1003,00	1185,32
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	216,25	275,03
20 schweiz. Franken „Vreneli"	156,00	206,34
20 franz. Franken „Napoléon"	156,75	207,20
100 österr. Kronen (Neuprägung)	729,25	887,21
20 österr. Kronen (Neuprägung)	145,50	188,67
10 österr. Kronen (Neuprägung)	74,75	102,32
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	337,50	418,95
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	77,50	111,15

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,87) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 23.6.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,424	5,55
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,429	5,55
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,17	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,83	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,34
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,70	6,75
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	133,50	9,32
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,83	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,16	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,64	6,65
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	108,35	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,50	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,95	6,50
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,24	6,75
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,44	6,40
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,21	6,88
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,08	6,78
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,71	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	unerh.	unerh.
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,30	6,49
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,45	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,00	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,00	4,83
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,70	5,26
WestLB 505	115,76	3.10.88	104,60	4,57
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,15	5,47
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,75
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,625	8,38
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,32
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,375	8,74
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.97	61	9,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,375	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,375	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,875	8,89
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,875	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,05 (5,05)	99,90	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,37 (5,40)	99,00	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,70 (5,75)	97,20	100,7	104,2	107,7	111,2	114,6
5	5,84 (5,87)	96,05	100,7	104,5	108,7	112,9	117,2
6	6,07 (6,07)	94,30	99,65	104,1	109,0	113,9	118,8
7	6,37 (6,40)	91,95	97,40	102,9	108,4	113,9	119,4
8	6,68 (6,70)	89,30	95,50	102,0	107,4	113,4	119,4
9	6,79 (6,80)	87,65	94,20	101,4	107,3	113,8	120,4
10	6,82 (6,85)	86,45	93,50	101,3	107,6	114,7	121,7
15	7,06 (7,10)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,470 (112,384)
Performance-Rentenindex: 242,995 (242,738)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	20. Juni	6,693-7
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,75
	60-270 Tage	6,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,75
	60 Tage	6,75
	90 Tage	6,70
Certificates of Deposit	1 Monat	6,55
	2 Monate	6,65
	3 Monate	6,65
	6 Monate	6,65
	12 Monate	6,70
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,11
	26 Wochen	6,17
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,58
	30 Jahre	7,44
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	9. Juni	666,9 Mrd $ (+ 3,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	142,10	141,30
Dez.	143,10	–

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	20.6.	19.6.
9¾ EEC 90	105	104,75
11⅛ dgl. 90	110,125	109,75
10⅝ EIB 93	108,75	108,75
11 dgl. 91	112,125	111,5
11⅛ dgl. 90	112,75	112
11⅜ dgl. 93	118,125	117,5
12 dgl. 95	120,375	120,375
12½ dgl. 90	114,125	114,125
12⅞ dgl. 93	124,5	124
13 dgl. 96	119,75	119,125
10⅝ Wld Bk 95	111,125	110,875
10⅛ dgl. 88	104,5	104,75
10⅞ dgl. 90	109,125	109
10⅝ dgl. 93	113,625	113,125
11 dgl. 92	112,75	112
11¼ dgl. 88	107	107
11⅛ dgl. 90	111,75	110,875
11⅜ dgl. 89	108,125	107,875
11½ dgl. 90	111,875	112
12 dgl. 93	118,875	118,75
12⅜ dgl. 94	122,375	122
12⅞ dgl. 94	125,25	124,75
6⅞ Sears 91	102,125	102,5
6⅝ Swed.Ex.91	100,75	101,25
7 TRW 94	100,875	101,5
6⅝ Un.Tech.92	100,625	101,375
6⅝ W.Disn.96	100,375	100,625
6⅝ World Bk96	104	104,625
6⅝ dgl. 90	103	103,625
6⅝ dgl. 94	104,875	105,375
7 dgl. 94	106,875	107,375
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10⅛ Paribas89	104	103
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅝ Renault 88	99,5	99,5
7½ Sogenal 91	100,5	100,5
9½ dgl. 92	106	106
10⅝ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9⅝ dgl. 98	104	104
10¼ dgl. 89	104,75	104,75
11⅝ CrdFonc90	107,5	107,75
11⅛ dgl. 90	109,625	110
6⅝ CrdLyon 92	93,375	93,625
8⅝ CrdNat 96	108,5	108,875
10⅝ dgl. 94	115,25	116,125
8⅝ Crdanst.94	106,625	107
9⅝ Credito 92	107,25	107,625
7⅝ Denmark 96	100,375	100,625
9 EDF 97	106,5	106,75
8⅝ EEC 93	105,5	106,25
8⅝ ELFAqu. 88	102	102,375
9 Enso Gut 91	104,5	105,5
9⅛ dgl. 93	104,5	105,125
10 Euratom 97	112,625	113
9⅝ Eurofima93	105,375	105,625
8⅝ EIB 90	106	106,25
8⅝ dgl. 93	106,125	106,25
8⅝ dgl. 92	105,875	106,125
9⅝ dgl. 95	111,875	112,25
10⅝ dgl. 94	112	112,5
10⅝ dgl. 94	111,75	112,375
10⅝ dgl. 90	112,375	112,625
11⅛ dgl. 97	110,625	111
9 Eutelsat 93	105,5	105,75
6⅝ EDC 96	92,625	92,75
8⅝ Fiat 90	103	103,375
9 IBKFinnl 95	104,125	104,5
8⅝ Ford C.93	106,125	106,625
7 Giroz. 93	96,75	97
10⅛ dgl. 93	112,625	113
10 IADB 93	112	112,5
8⅝ IBM 90	105,625	103,875
6⅝ Iceland 96	92,5	92,625
8⅝ IKB 95	102,375	102,5
9 Imatran 96	104,5	105,25
9⅝ Italia 89	103,75	104,25
10⅛ dgl. 92	112,75	112,875
9⅝ Kansall 97	107,625	108,75
9⅝ Kreditma 92	108	108,25
6⅝ KB/Itol 95	97,5	97,75
10⅝ Megal 95	108,75	109
8⅝ Mass.Tr.93	105,625	106
9 MostHen.91	106,375	106,625
9⅝ Mol 90	102,375	102,625
8⅛ Morgan 90	104,125	104,25
8⅝ Motorola92	104,75	105,125
9 Nerso 95	105	105,125
8⅝ N.S Wal.93	107	107,5
9¼ N.Zeal. 90	105,375	105,625
9⅛ N.Zeal.92	107,375	107,75
9 OstLbk. 89	104	104,375
8⅝ Olivetti93	106,625	106,875
8⅝ Parbel 89	102	102
10 Pechin.90	107,125	107,375
9 Petroc.93	102,25	102,625
9¼ dgl. 90	105,75	106,125
8⅛ Phibro 96	102,625	102,875
9 Philips 93	106,75	107,125
9¼ Pibo 92	107,5	107,875
10 Prvbk. 97	106,125	106
10⅛ RATP 92	105,125	106,375
7½ Rabobk. 96	100,375	100,625
9⅝ dgl. 95	111,25	111,5
8⅛ Reynolds91	104,25	104,625
9 SAS 95	106,5	107
9 Sanwa 95	105	105,5
8¼ Secpac 90	102,525	103
9 SNCF 95	105,125	105,375
8⅞ Sumitomo92	105,25	105,625
9¼ dgl. 93	107,75	107,875
9 dgl. 93	107,5	107,75
6⅞ Schweden96	93,625	93,875
9 Unpk.Nor.95	105,625	106
8⅞ Vict. 90	104,875	105,25
8⅝ WaltD. 94	106,25	106,75
9¼ dgl. 95	109,75	109,375
8⅞ Washgt.96	106,75	107
9⅜ Westpac92	106,75	107,5
8⅛ Worldbk.95	106,625	106,75
8⅝ dgl. 93	105,5	105,75
9⅞ dgl. 92	110,125	110,5
10¼ dgl. 89	107,375	107,625
10⅝ dgl. 94	112	112,375
11 dgl. 93	109,875	110,125
8⅛ Xerox 90	104,5	104,75

Euro-Yen

	20.6.	19.6.
6⅝ Al.Corp 91	100	100,5
6⅝ All.Sign.93	99,75	100,375
7⅝ ADB 94	107	107,875
7 Austria 95	106,625	106,25
7 BP 92	102,625	103
6⅝ Denmark 92	102,75	103,375
7 Denm.Bk. 92	103	103,5
7 Dow Chem.94	100,875	101,5
6⅝ EDF 95	105	105,75
6⅝ Eurofima95	100,5	101,125
6⅝ dgl. 92	100,875	101,5
6⅝ dgl. 95	101	101,625
7⅝ dgl. 94	102,75	103,25
6⅞ Faennie 92	102,75	103,25
6⅝ Finl.Rep90	103	103,625
6⅝ GMAC 90	100,75	101,375
7⅝ Goodyear95	101,125	101,5
6⅝ dgl. 94	99,625	100,25
6⅝ ITT 92	101,125	101,625
6⅝ McDonal.92	101,5	102,125
6⅝ Montreal95	100,375	100,75
7⅝ N.Bruns.95	103	103,375
7⅛ N.Zeald.90	105,125	105,75
7⅝ dgl. 89	105,5	105,625
7 Pac.Gas 94	101,375	101,625
6⅝ Penney 92	101,5	101,875
6⅝ Procter 92	102,625	103,125
6⅝ Sallie 92	101,875	102,5

Lux. Franc Bonds

	20.6.	19.6.
9⅝ Akzo 87	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	100	100
6⅝ Asian Dv87	98	98
10⅛ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	104
10⅛ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅝ Conseil 95	105	105
12½ dgl. 92	102	102
8 Coptel 88	99,5	99,5
8⅝ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102,25	102,25
13 dgl. 89	107	107
7½ Den.Mtg 88	99	99
8⅝ EEC 95	105	105
9⅝ Euratom 85	100,5	100,5
10¼ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 93	101,5	101,5
9 Eurofima 95	106,75	106,75
10 dgl. 91	106	106
10 dgl. 94	104	104
11⅜ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	104	104
9½ dgl. 95	106	106
9⅝ dgl. 88	102	102
9⅝ dgl. 93	108,5	108,5
10⅝ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101,5	101,5
12¼ dgl. 90	100,5	100,5
8⅝ Goodyear93	103,5	103,5
9⅝ Ind.B.F.95	104	104
9⅝ Hypo Bk.88	101,25	101,25
11 Kredietr.93	106,5	106,5
7⅝ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	103,5	103,5
11⅜ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅝ dgl. 87	100,25	100,25
8⅝ Met.Chim92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	106,5
10⅝ N.Lx.Al92	100	100

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	20.6.	19.6.
8⅛ Cop City91	99	99
12⅞ dgl. 97	102	102
8⅝ CCA 91	99	99
11¼ Ned. G.88	101,75	101,75
9¼ Queb. P.94	98	98
8⅛ SDR 94	99	99

ECU

	20.6.	19.6.
9½ ABN 92	106,875	107
All Nippon 95	108,25	108,75
9⅝ ANZ 92	107,625	107,625
10⅝ Austria93	112,75	113,125
10 BNDA 92	107	107,25
8⅝ B.d.Roma95	101,375	101,75
9 M.+Hope 92	105,75	106,25
9 Bk.Hels.96	102,875	103,125
7⅝ BNP 93	99,5	99,75
8⅝ dgl. 95	104,875	105,25
8⅝ Bay.Vbk.88	103,5	103,5
8⅝ BFCE 93	103,25	103,375
9⅝ dgl. 92	109,75	110,125
9⅝ dgl. 95	109,625	110,125
9⅛ Bull 92	106	106,25
9⅝ CNT 92	109,875	110,375
9⅞ dgl. 95	109,875	110,25
8⅞ Cargill 95	104,75	105,5
10⅝ Ceca 89	108,125	108,25
9 Chrysl. 92	102	102,25
9¼ dgl. 94	103	103,25
9 ClubMed 88	102,875	103,125
9 Colgate 91	103	103,25
9 Cop City 95	105,5	105,75
9⅝ CCF 95	106,375	107
9⅝ CrdNord 91	106,5	107

ECU-Tageswerte

	20.6.	19.6.
Dollar	0,957397	0,963066
Bfr	43,9277	43,9062
DM	2,14885	2,14716
Hfl	2,41905	2,41816
£	0,637627	0,639274
Dkr	7,97511	7,97275
FF	6,85879	6,85703
Lira	1473,67	1474,45
I-£	0,709445	0,708398
Sfr	1,76783	1,77012
öS	15,0838	15,0913
Peseta	137,578	137,574
Skr	6,91958	6,93408
Nkr	7,30637	7,32268
Kan-$	1,32982	1,34126
Esc	145,189	145,423
Fmk	4,98469	4,98724
Yen	160,364	160,717
Drachme	135,232	135,552

SZR-Wert

	20.6.	19.6.
Dollar	1,16304	1,16637
DM	2,60812	2,59914

FINANZANZEIGEN

Eisen- und Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Köln

Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva

	Stand am 1.1.1985 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 31.12.1985 DM
I. Anlagevermögen					
Sachanlagen					
Werk Thale	1,–	–	–	–	1,–
Geschäftsausstattung	44 510,–	70 167,43	2 400,–	30 744,43	81 533,–
	44 511,–	70 167,43	2 400,–	30 744,43	81 534,–
Finanzanlagen					
Beteiligungen	86 572 321,–	25 375 000,–	–	–	111 947 321,–
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	40 000,–	–	20 000,–	–	20 000,–
	86 612 321,–	25 357 000,–	20 000,–	–	111 967 321,–
	86 656 832,–	25 445 167,43	22 400,–	30 744,43	112 048 855,–
II. Umlaufvermögen					
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben				7 565,59	
Guthaben bei Kreditinstituten				87 445,36	
Forderungen an verbundene Unternehmen				69 552 991,87	
Forderungen aus Krediten nach § 89 AktG				130 000,–	
sonstige Vermögensgegenstände				22 236 155,52	92 014 148,34
					204 063 003,34

Passiva

	DM	Stand am 31.12.1985 DM
I. Grundkapital		88 000 000,–
II. Offene Rücklagen		
Gesetzliche Rücklage	10 000 000,–	
Freie Rücklage	60 000 000,–	
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	13 000 000,–	
	73 000 000,–	83 000 000,–
III. Sonderposten mit Rücklageanteil (gemäß § 52 Absatz 5 EStG)		76 816,–
IV. Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	3 006 926,–	
andere Rückstellungen	11 920 539,–	14 927 465,–
V. Andere Verbindlichkeiten		
sonstige Verbindlichkeiten		300 004,34
VI. Bilanzgewinn		17 758 718,–
		204 063 003,34

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1985

	DM	DM
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		19 268 321,–
Erträge aus Beteiligungen		156 250,–
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4 703 347,36
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		22 600,–
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		9 602,–
sonstige Erträge (davon außerordentliche DM 142 904,–)		25 225 404,–
		49 385 524,36
Gehälter		1 067 952,99
soziale Abgaben		64 906,77
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		317 716,56
Abschreibungen auf Geschäftsausstattung		30 744,43
Steuern		
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	16 033 441,–	
sonstige	1 374,–	16 034 815,–
sonstige Aufwendungen		1 490 188,61
		19 006 324,36
		30 379 200,–
Jahresüberschuß		379 518,–
Gewinnvortrag		30 758 718,–
Einstellung in die freie Rücklage		13 000 000,–
Bilanzgewinn		17 758 718,–

Pensionszahlungen im Geschäftsjahr 1985 sind 141 696,– DM geleistet worden. In den folgenden fünf Jahren werden sie voraussichtlich 120%, 126%, 128%, 166%, 171% der Zahlung des Jahres 1985 betragen.

Köln, den 21. März 1986

EISEN- UND HÜTTENWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand
Remy Woopen

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Düsseldorf, den 27. März 1986

TREUARBEIT Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Dr. Melsheimer, Wirtschaftsprüfer – Görtz, Wirtschaftsprüfer

Dividenden-Bekanntmachung – Wertpapier-Kenn-Nummer 565 800 –
Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 23. Juni 1986 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 20,– DM je Aktie im Nennwert von 100,– DM auf das Grundkapital von 88 Millionen DM zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt ab sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 25 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer. Mit der Dividende ist für inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet. Den unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären, die eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Finanzamtes nach § 36 b EStG vorlegen, wird die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer zuzüglich des Steuerguthabens ausgezahlt. Zahlstellen sind die Gesellschaftskasse und die als Hinterlegungsstellen veröffentlichten Bankinstitute.

Aufsichtsrat: Otto Wolff von Amerongen, Köln, Vorsitzender; Professor Dr. Gunther Hartmann, Köln, stellv. Vorsitzender; Dr. Karl-Ludwig Bresser, Düsseldorf; Dipl.-Kfm. Dr. Arend Oetker, Hamburg; Alfred Freiherr von Oppenheim, Köln; Hans-Otto Thierbach, Frankfurt (Main)
Vorstand: Gunther Remy, Köln; Dr. Albert Woopen, Köln

Köln, den 24. Juni 1986

DER VORSTAND



EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

7¾% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1971
– WKN 460 121/30 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 4 – WKN 460 124 –

mit den Stücknummern
3 001 – 4 000 zu je DM 500,–
23 501 – 28 000 zu je DM 1.000,–
58 001 – 59 000 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 10.000.000,– werden zur Rückzahlung zum 1. Oktober 1986 fällig.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Oktober 1986 an zum Nennwert gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Creditanstalt
Bankers Trust GmbH
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
CSFB-Effectenbank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 30. September 1986.
Die am 1. Oktober 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.
Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im Juni 1986

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Wolfgang Koeppens sämtliche Werke in 6 Bänden

Hinter Schloß und Riegel

Wie das Schicksal es manchmal so fügt: Der Suhrkamp Verlag in Frankfurt, zu dem der Romanautor Wolfgang Koeppen erst gestoßen ist, seit er keine Romane mehr schreibt, hat ihm heuer zu seinem 80. Geburtstag eine wunderschöne sechsbändige Ausgabe seiner gesammelten Werke bereitet.

Die drei selbständigen Bücher über die westdeutsche Szene nach 1945, denen er seinen literarischen Ruhm in erster Linie verdankt, sind dabei in einen Band gesteckt worden, wie das schon früher geschehen ist. Ein weiterer Band enthielt die von Alfred Andersch für den „Radio-Essay" des Süddeutschen Rundfunks bestellten Reise-Feuilletons. Siegfried Unseld kann schließlich beanspruchen, Koeppen 1976 das Fragment „Jugend" abgerungen zu haben, ein in seiner Mischung aus Autobiographie und Dichtung einzigartiges Stück Prosa, wohl das Schönste, das Koeppen je geschrieben hat.



Auch alles übrige hier ist lesenswert, so zum Beispiel die beiden frühen Romane „Eine unglückliche Liebe" und „Die Mauer schwankt", aber gerade am heutigen Tage ist es besonders willkommen, um das Bild des in München lebenden Jubilars, der gestern seinen 80. Geburtstag feierte, aufzufrischen. Es erweist sich besonders bei der Lektüre der kleineren Stücke, daß er, obwohl in Ostpreußen aufgewachsen, ein typisches Berliner Kind ist. Sein Redaktionsschemel stand beim „Berliner Börsen-Courier", einer guten Zeitung, bei der man allerdings nicht so schnell berühmt werden konnte wie in den Imperien von Mosse und Ullstein.

Nichtsdestoweniger erhofften der mäzenatische Verleger Bruno Cassirer und sein Lektor Max Tau von dem jungen Mann einen Roman, ja sie gingen sogar soweit, ihn bis zur lange aufgeschobenen Fertigstellung hinter Schloß und Riegel zu setzen. Eine freundliche junge Dame kam mittags an die Wohnungstür, um sich nach seinen Essenswünschen zu erkundigen.

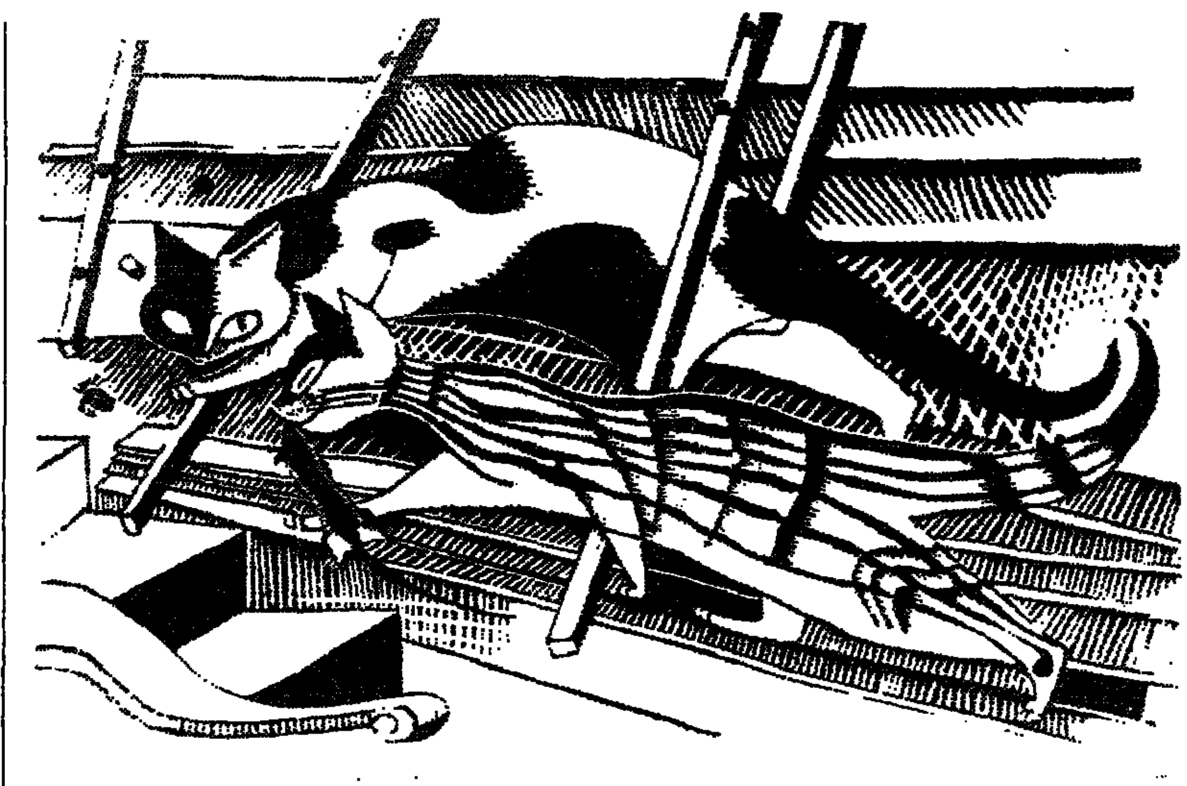
Der Roman wurde fertig, doch nach der Weltenuhr kam er zu spät. Wohl durfte ihn der jüdische Verleger noch drucken lassen, aber ein aufnahmebereites Publikum und eine wohlwollende Presse gab es kaum noch. Ein Rezensent empfahl dem Autor einen längeren Aufenthalt in einem Arbeitslager.

So kann es nicht verwundern, daß Koeppens eigentliche literarische Laufbahn mit dem ersten Buch nach 1945 erst anhebt, den „Tauben im Gras". „Das Treibhaus", der zweite der immer als eine Einheit empfundenen Romane, ist etwas überfrachtet mit Details aus dem „Bundesdorf" Bonn. Das dritte endlich, „Tod in Rom", plagt sich etwas zuviel mit den Vorstellungen einer Verschwörung von Super-Nazis hinter jedem Strauch. Ganz generell stehen einige grelle Elemente der Fabel in einem Widerspruch zu der feinnervigen, mit allen Besonderheiten der modernen Prosa arbeitenden Sprache.

Nach den drei Romanen über München, Bonn und Rom überfiel Koeppen eine selbstverursachte Schreibhemmung, und als sein neuer Verleger ihn in seiner herzerfrischenden Art einlud, vor einer Gästeschar in seinem Haus aus einem unveröffentlichten Manuskript vorzulesen, schrieb er von Stund an keine Zeile mehr weiter daran. Um so unbefangener und gelöster waren die Reiseberichte für den Funk aus seiner Feder geflossen. Man hätte glauben können, daß er sich ein für allemal darauf spezialisieren wollte.

Bei der Betrachtung der neuen „Sämtlichen Werke" fällt einem überhaupt auf, wie lebhaft Koeppen auf alles Konkrete anspricht, und auf der anderen Seite wieder, welche Freude ihm die „kleine Form" macht, die Glosse oder einen Kommentar, selbst die Beantwortung einer dümmlichen Umfrage, ganz zu schweigen von den vielen gescheiten Rezensionen. Doch alle Texte werden überstrahlt von seinem letzten erzählerischen Stück Prosa, eben „Jugend", deren knapp hundert Seiten uns in der Hoffnung auf einen noch nicht resignierenden Wolfgang Koeppen bestätigen können. HELLMUT JAESRICH

Wolfgang Koeppen: Gesammelte Werke in sechs Bänden, herausgegeben von Marcel Reich-Ranicki in Zusammenarbeit mit Dagmar von Briel und Hans-Ulrich Treichel, Suhrkamp Verlag Frankfurt, insgesamt 2994 Seiten, 260 Mark.



Der geometrische Geist des Bauhauses: „Die Katzen", Holzschnitt aus dem Jahre 1921 von Gerhard Marcks, aus der Ausstellung im Berliner Bauhaus-Archiv FOTO: BINDER/THIELE

Zeichnungen und Aquarelle von Gerhard Marcks im Berliner Bauhaus-Archiv

Der Kater Gurnemanz auf Vogeljagd

Eine geradezu symbolische Inszenierung: Noch bevor man im Berliner Bauhaus-Archiv die Sonderausstellung mit Zeichnungen und Aquarellen von Gerhard Marcks aus der Bauhaus-Zeit betritt, erblickt man den Licht-Raum-Modulator von Moholy-Nagy, ein ständiges Inventarstück der Sammlung. Marcks, der schon 1914 gemeinsam mit Richard Scheibe an einem Portalrelief für das Büro- und Fabrikgebäude von Walter Gropius auf der Kölner Werkbundausstellung gearbeitet hatte, gehörte neben Itten und Feininger zu den ersten Lehrkräften, die Gropius 1919 ans Bauhaus berief.

Nachdem Marcks 1925 an die Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein gegangen war, bewahrte er zwar weiterhin einen gewissen Respekt für das Bauhaus. Aber er fühlte sich einer anderen Welt zugehörig als *Gropius und schrieb sogar, dieser habe* die ursprüngliche Idee an „Moholy-Nagy und Co." verraten.

Die Distanz war zunächst nur räumlicher Natur gewesen. Marcks, der niemals selbst an der Drehscheibe gesessen hat, war als künstlerischer Leiter, als sogenannter Formmeister, der Keramikwerkstatt des Bauhauses berufen worden, und die lag nicht in Weimar, sondern „ab vom Schuß" *in Dornburg/Saale. 1922/23* geriet Marcks, der seinem Unterricht keine Theorien unterlegte, mit Itten in die Auseinandersetzung über die neue Bauhaus-Programmatik „Kunst und Technik – eine neue Einheit". Wenige Jahre später kam es zum Bruch mit Gropius.

Das Bauhaus-Archiv benutzt die Gelegenheit, eine Rarität zu zeigen: die Bremer Gerhard-Marcks-Stiftung hat ein „Bilderbuch" aus dem Besitz der Künstler-Erben zur Faksimilierung auseinandergenommen, ein Geschenk des Künstlers an seine Frau Maria, in das er 1919 bis 1923 wie in ein Tagebuch hineingezeichnet und auch einzelne Blätter eingeklebt hatte: eine überaus reizvolle Sammlung *kleinformatiger* Arbeiten von beträchtlichem Niveau.

Vor allem hat Marcks hier die Landschaft der unmittelbaren Umgebung von Dornburg eingefangen und in einem lebendigen Wechselspiel freier weißer und getönter Flächen geordnet. Ganz offensichtlich hat der geometrische Geist des Bauhauses, auch die Achtung für Klee, hereingespielt. Sonne, Himmel, Land, pflü*gende Bauern – Natur erscheint mit* mathematischer Hand geordnet zu beinahe neusachlicher Magie. Alles ist von heiterer Musikalität durchwirkt. Bäume erscheinen wie auf Notenlinien aufgereiht. Schöne klare Adrettheit. Und dabei heitere, beinahe signethafte Verknappung, wenn eine lustige Katze (Marcks nannte sie Gurnemanz) die Vögel jagt.

Die Ausstellung ist, wegen der kleinen Formate, zugleich eine Ausnahme von der lästigen Regel, daß im Bauhaus-Archiv bei Sonderschauen die reguläre Sammlung ins Depot weichen muß. Nach längerer Zeit ist in der großen Südhalle wieder eine respektable Auswahl der Bestände des Archivs, neu und einprägsam sortiert, zu sehen. Ganz zur Freude besonders auswärtiger Besucher, die immer wieder in dem Museum am Landwehrkanal enttäuscht werden müssen. (Bis 31. August; Faksimile, kein Katalog, 78 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Bonn: Preisregen beim Deutschen Musikwettbewerb

Förderungs-Pyramide

Kein überschwenglicher Jubel bei den Veranstaltern, aber Grund zur Freude: Der Deutsche Musikwettbewerb in Bonn vergab zum ersten Mal seit 1978 wieder einen ersten Preis im Fach Klavier: Das klassische Soloinstrument schlechthin, mit dem es sich die jungen Deutschen aber seit Jahr und Tag schwertun gegen die internationale Konkurrenz.

Leicht hat es sich auch Rolf Plagge nicht gemacht. Beim Preisträgerkonzert tat er es nicht unter Rachmaninoffs drittem Klavierkonzert, und auch auf dem Weg zum Gipfel hat er Brocken aus dem Weg räumen müssen, die er sich selbst dahin gelegt hatte: Die Repertoire-Anforderungen des Deutschen Musikwettbewerbs sind gefürchtet hoch, aber Plagge hat da noch draufgestemmt – Beethovens Hammerklaviersonate, Ravels „Gaspard de la Nuit", besagten Rachmaninoff.

Der Zufall hat es gewollt, daß einen Tag zuvor im Fernsehen Wolfgang Manz, zweiter Preisträger Klavier anno 1982, sich von Jorge Bolet den dritten Satz des Rachmaninoff-Konzertes erläutern ließ. Also, von Bolet hätte sich auch Plagge noch was zeigen lassen können, aber eins kann er offenbar von Haus aus: Sich in einen virtuosen Rausch steigern, der weder von extremen Temperaturen noch von kleinen Fehlgriffen zu bremsen war. Möglicherweise steht mit Plagge ein Virtuose reinsten Geblüts an der Karriereschwelle.

Auch das ist bezeichnend: Plagge hat sich „draußen", an der Juilliard School, in Perfektion unterweisen lassen, bevor er bei Karl-Heinz Kämmerling in Hannover sich den letzten Schliff holte. Juror Kämmerling wiederum hat, so scheint es, diesmal nicht viel zu jurieren gehabt, auch den Dritte-Preisträger Mathias *Kirschnereit hatte er unter seinen Fit*tichen. Solche Optik läßt sich angesichts hiesiger Enge kaum immer vermeiden: Man möchte namhafte Juroren haben, aber die haben in der Regel auch die talentierten Schüler. Im übrigen bestätigte ein weiterer zweiter Preis für Klavier (Silke-Thora Matthies) das in diesem Jahr allgemein zufriedenstellendere Niveau.

Mit drei ersten, drei zweiten und zwei dritten Preisen hat der Musikwettbewerb sein Füllhorn diesmal fast unerwartet weit geöffnet über den 57 Teilnehmern. Vor allem die Freigebigkeit bei den ersten Preisen läse sich ja wie eine Kurskorrektur angesichts von immer wieder laut gewordener Kritik an der abschreckend restriktiven Preispolitik, gäbe es nicht sehr bemerkenswerte Leistungsbeweise.

Bei den Streichinstrumenten hatte die 22jährige Geigerin Ulrike-Anima Mathé die Nase vorn, aber beim Schlußkonzert vielleicht nicht das rechte Demonstrationsobjekt für ihren ersten Preis: Man kann Sibelius' Violinkonzert kaum korrekter spielen, aber auch kaum braver. Vorab war schon Unmut unter den Teilnehmern über die Programmgestaltung laut geworden: Diese richtet sich offenbar mehr nach Zeitargumenten als nach den Wüschen der jungen Interpreten. Musikpräsident Professor Richard Jakoby gelobte Besserung.

Die Gitarre vertrat bei der diesjährigen Ausschreibung – neben Kammermusik mit Holzbläsern, Klavier, Streichinstrumente solo (Geige, Viola, Cello) – das „ausgefallene" Instrument. Amateure gibt es viele, Profis kaum, aber unter den fünf angetretenen wurde man für einen ersten Preis fündig: Jürgen Ruck spielte eine Bach-Suite ungewöhnlich perfekt und schön belebt. Im Kammerkonzert brachten sich auch die beiden Bläser-Ensembles, das Arcis-Quintett aus München (zweiter Preis) und das Roseau-Quintett aus Nürnberg (dritter Preis), gut zur Geltung, sowie – last not least – der Cellist Gustav Rivinius (zweiter Preis) mit der exzellent gespielten Debussy-Sonate.

Der Deutsche Musikrat veranstaltete seinen Musikwettbewerb, Spitze seiner Förderpyramide für den deutschen Nachwuchs, zum zwölften Male. Man trägt sich mit Plänen, die Pyramide aus „Jugend musiziert", Bundesauswahl Konzerte junger Künstler und Musikwettbewerb wieder zurechtzurücken. Daß sich ein *Musikwettbewerbs-Preisträger* anschließend in Hannover um die Bundesauswahl bemüht und wegen schlechter Disposition glatt durchfällt, soll sich nicht wiederholen.

Eine Möglichkeit wäre, die Bundesauswahl und den Musikwettbewerb aneinander zu koppeln. Auch eine Filterwirkung verspricht man sich davon: Es ist in der Tat ein Unding, wenn, wie in der Vergangenheit, bei 40 Teilnehmern (Flöte!) jeder im ersten Durchgang nur eine Viertelstunde hat. Nur zehn Teilnehmer in einem Fach wären besser. Bis zum Herbst sollen die Pläne konkret werden. DIETER SCHÜREN

Fernseh-Übertragung des WM-Halbfinal-Spiels in Frankreich bedroht

Fußball stärker als Streikrecht?

Schreckliches bahnt sich möglicherweise für Frankreichs Fußballfans an, nämlich ein Fernsehen ohne Halbfinale der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko, ohne das Spiel Frankreich gegen Deutschland. Die linken Gewerkschaften des Fernsehens haben mit Streik für den 25. Juni als Protest gegen die Pläne der Regierung gedroht, das erste Fernsehprogramm zu privatisieren.

Die kommunistische Gewerkschaft CGT, die den Sozialisten nahestehende Gewerkschaft CFDT und die linke Journalistengewerkschaft SNJ hatten am vergangenen Donnerstag offiziell bei den Direktionen der drei staatlichen Programme den Streik für den 25. Juni, den Tag der Halbfinalespiele, angekündigt. Damit haben sie der gesetzlichen Vorschrift Genüge getan, der zufolge Streiks fünf Tage vorher angekündigt werden müssen.

Womit die Gewerkschaften freilich nicht rechneten war, daß am Mittwoch die französische der deutschen Mannschaft gegenüberstehen würde. Dieses außergewöhnliche Ereignis den Franzosen vorzuenthalten, auch wenn die Öffentliche Meinung gegen die Privatisierung des Ersten Fernsehprogramms TF-1 gerichtet ist und mit den Streikenden sympathisiert, können sich weder die Gewerkschaften noch die Regierung leisten. So haben die Gewerkschaften als Kompromiß vorgeschlagen, daß das Mundial-Spiel übertragen wird, verlangen aber die Zustimmung, daß in der Halbzeitpause die Gewerkschaften ihre Argumente gegen die Privatisierung vortragen dürfen.

Die Entscheidung liegt jetzt bei der „Haute Autorité", jenem von der sozialistischen Regierung eingesetzten Rats der „neuen Weisen", der, politisch unabhängig (was die neue Regierung ihm freilich abspricht), in Zweifelsfragen zwischen den Parteien entscheidet. Nun sieht aber das gesetzlich für den Fall des Fernsehstreiks vorgesehene Minimal-Programm keine Sportsendung vor. Zudem wird im Falle eines Streiks das gleiche Minimal-Programm auf allen drei staatlichen Kanälen gesendet, was für die Übertragung des Spiels Deutschland gegen Frankreich nicht möglich ist. Auch sind solche politischen Selbstdarstellungen einer Gruppierung, wie sie die Gewerkschaften verlangen, gegen die vorgegebenen Regeln, die freilich, wie das so oft in Frankreich ist, so unscharf umrissen sind, daß die Haute Autorité gewiß einen Ausweg finden wird.

Die Regierung hat sich zu der Drohung der Gewerkschaften, den französischen Fernsehzuschauern die Fußball-WM-Spiele vorzuenthalten, bisher nicht geäußert. Einen Rückzieher mit ihren Privatisierungsplänen wegen eines „Mundial-Streiks" allerdings kann sich in Frankreich niemand vorstellen.

François Werner, Sprecher der CFDT, erklärte jedoch: „Wenn die Regierung von Ministerpräsident Jacques Chirac ihre Haltung nicht ändert, schließen wir nicht aus, auch am Tag des Endspiels sämtliche drei Programme zu bestreiken."

HEINZ WEISSENBERGER (SAD)

KRITIK

Nüchtern gegen Legendenbildung

Der erste von sechs Teilen einer Serie **Der spanische Bürgerkrieg** (WDF III), der vor 50 Jahren ausbrach, befaßte sich mit den „Vorboten der Tragödie". Die Autoren sind Engländer. Englische Historiker haben sich um die jüngere Geschichtsschreibung Spaniens verdient gemacht. Bei den „Vorboten" allerdings machen es sich Neal Ascherson, Steve Morrison und David Hart ein wenig leicht. Sie beginnen in diesem Jahrhundert und lassen außer acht, daß die Vorgeschichte dieses grausamen Bürgerkriegs ins 18. Jahrhundert zurückgreifen muß, weil sich in dieser Zeit die zwei Spanien und der Abgrund zwischen ihnen bildete. Zwar deuten die Autoren an, daß es der Republik an soziologischer Substanz, nämlich eines tragfähigen, breiten bürgerlichen Mittelstandes ermangelte, weil „Spanien die bürgerlich-liberal-kapitalistische Ära des 19. Jahrhunderts, ganz ähnlich wie Rußland, eigentlich übersprang (Peter Berglar). Aber sie weisen andererseits auch die Geschichtslegende vom internationalen Konflikt auf spanischem Boden zurück und zeichnen nüchtern neutral eine Linie der Vorereignisse bis zum Ausbruch des Krieges nach. lim

Kreuzfahrt mit Hindernissen. ***Der Schiffskoch ist seekrank*** (ZDF, 22.05 Uhr) und Captain Crowther (Sidney James, Foto, 2. von rechts) kann sich der Zudringlichkeit der liebeskranken Flo (Dilys Laye, *Foto, links*) kaum erwehren. FOTO: KINDERMANN

STUDIO

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) steigt aus dem Verlegerfernsehen **SAT 1** aus. Die Beteiligung sei zum Jahresende gekündigt worden, bestätigte eine Sprecherin am Montag. Eine Anzahl von Anlässen während der vergangenen Monate habe vermuten lassen, die FAZ sei im Konsortium „unerwünscht". Bei der Neuverteilung der Anteile sei die FAZ nicht gefragt worden. Die Sprecherin bestätigte Gespräche zwischen der FAZ und Radio Luxemburg über eine einprozentige Beteiligung des Verlags an RTL Plus. dpa

*

Die Magazin-Sendungen **Report Baden-Baden** und **Report München** werden in Zukunft regelmäßig Repräsentativ-Erhebungen von Infas auswerten. Beim Südwestfunk heißt das „Meinungsreport", beim Bayerischen Rundfunk „Trendreport". (DW.)

*

Eins Plus ist jetzt auch in Bayern zu empfangen. Aufgrund eines Beschlusses des Medienrates der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, ist die Genehmigung zunächst bis 31. Dezember 1986 befristet. Der ARD-Vorsitzende, Willibald Hilf, äußerte seine Genugtuung darüber, daß das neue ARD-Satellitenprogramm nunmehr in der gesamten Bundesrepublik Deutschland empfangbar sei. Insgesamt erreicht Eins Plus derzeit 545 534 Haushalte (Stand vom 20. 6. 1986). (DW.)

Hoffnungen ins bayerische Privatfernsehen

Ist München die erste deutsche Stadt, in der legal ausgestrahlte private Radiosender zu empfangen sind (WELT vom 10. 6.), so wird die bayerische Landeshauptstadt wieder eine deutsche Kommunikations-Premiere erleben: Bis zur 3. Septemberwoche werden die Voraussetzungen geschaffen worden sein für das erste private Fernsehprogramm.

In Erwartung des kostenlosen Privatfernsehens, das sich ausschließlich über Werbeeinnahmen finanzieren muß, haben sich lokale Programmanbieter bereits große Hoffnungen gemacht, darunter vor allem zwei, die schon seit Monaten Programme für das Münchner Kabelnetz produzieren und dabei mehr Geld verloren als Zuschauer gefunden haben: die „Tele-Zeitung" der bayerischen Zeitungsverleger und „tv weiß-blau", an dem der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Georg Strauß, beteiligt ist.

Peter Dermühl, Chefredakteur der „Tele-Zeitung", bot täglich sechs Stunden an mit einem Frühstücks-Fernsehen und einem vierstündigen Frühabend-Programm. Mit bis zu drei Stunden wollte Julian Gyger von „tv weiß-blau" auf Sendung gehen und dabei mit dem bereits im Kabel erprobten News-Magazin „München aktuell" und der Diskussionsrunde „München kontrovers" Zuschauer und Werbekunden locken.

Denn beides ist im Kabel noch Mangelware, was nicht zuletzt durch die geringe Anschluß-Freudigkeit der Münchner verursacht wird. Obwohl *fast 170 000 Haushalte der 1,2-Millio*nen-Stadt ans Kabel könnten, ließen sich bisher nur knapp 40 000 anschließen. Die Folgen waren schwindsüchtige Kassen bei den Anbietern. Nachdem die bayerischen Verleger mindestens 15 Millionen Mark in ihre Fernsehzukunft investiert hatten, verkleinerten sie ihre Sendezeit und damit die Ausgaben.

Ob allerdings die Durststrecke ab Mitte September überwunden ist und danach die Finanzquellen munter sprudeln, ist noch sehr zweifelhaft. Denn die Anbieter und die bayerische Landeszentrale für Neue Medien liegen in einem muntern Streit, der ausgelöst wurde von der Ankündigung der Landeszentrale, für das lokale Programm nur zwei Stunden täglich zu reservieren. Diese 120 Minuten sollen als „lokales Fenster" eingepaßt werden in ein überregionales Privatprogramm, für das in den meisten Bundesländern SAT 1 favorisiert wird. „Damit können die neuen Anbieter nicht leben und nicht sterben", sagte Gyger.

PETER SCHMALZ



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 ... und das Leben geht weiter
11.20 Alles was Recht ist
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.20 Klamottenkiste
14.35 Unsere kleine Farm
15.20 Tagesschau
15.30 Parfüm
16.15 Spaß am Dienstag
17.15 Mexiko-Magazin
17.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann präsentiert: Unternehmen Monal
Reise in die Heimat der Fasanen
Eine Dokumentation über das Verhalten der Fasane und welche Rolle sie in der Kulturgeschichte des Menschen gespielt haben
21.00 Report
Themen: Wie sicher sind die deutschen Atomkraftwerke? TÜV über das französische Kernkraftwerk Cattenom. Eine große Koalition in Deutschland gegen Cattenom? Was bedeudet das Niedersachsen-Ergebnis auf Bundesebene?
21.45 Dallas
Der neue Boß
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
23.45 ARD-Sport extra
Internationale Tennis-Meisterschaften von England in Wimbledon
Deutsche Meisterschaften im Schwimmen aus Hannover
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast vorgesehen: Roy Etzel *mit der Roby-Baer-Band*
17.45 Da lacht das Känguruh
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
19.00 heute
19.30 Gehen oder bleiben?
Reportage über junge Juden in Frankfurt
20.15 Ist ja irre – der Schiffskoch ist seekrank
Englischer Spielfilm (1962)
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 Intime Distanzen
Film von Manfred Kaufmann
Gerti und Katharina, zwei junge Frauen aus einer Großstadt, machen in der Nachsaison Urlaub am Kärntner See. Klaus, Katharinas neuer Freund, soll bald nachkommen; Peter und Thomas erwarten die Mädchen bereits. Zwischen den Freunden herrscht Harmonie. Das Gleichgewicht wird aber durch eine hübsche Urlauberin gestört.
23.10 Zeugen des Jahrhunderts
Wolfgang Koeppen im Gespräch mit Marcel Reich-Ranicki
0.10 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Die reichen Leute von Deauville
20.45 Rückblende
Vor 50 Jahren: Der erste Hubschrauber fliegt
21.00 Formel Eins
21.45 Zweites Tanzfestival NRW
22.15 Drei vor Mitternacht
Vorsicht Atomfachleute
Anschließend: Nachrichten

NORD
16.00 Deutsche Schwimm-Meisterschaften in Hannover
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Eine Küche für 1000
19.45 Berufsorientierung
Lebensmitteltechniker. Getränketechnologe
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
21.00 Zug der Zeit
22.30 Wie es mir gefällt
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Bumerang
Deutscher Spielfilm (1959) mit Hardy Krüger und Ingrid van Bergen
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
Die polnische Bibliothek von Karl Dedecius. Warum Peking? von Michael Krüger
22.35 Vom falschen Trainieren
23.20 Focus on Jazz

SÜDWEST
16.00 Jimmy und die Piraten
17.30 Telekolleg II
18.00 Sesamstraße
18.30 Henrys Kater
18.35 Fauna Iberica
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Deutschland in 30 Jahren
20.15 Ästhetik ist Ordnung
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um Neun
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Rebell von Tacca del Lupo
Italienischer Spielfilm (1952)
22.50 Buddhisten
Wald-Einsiedelei in Sri Lanka
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit Sport
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red' i
20.00 Spiegelbilder
20.45 Die Sprechstunde
Heilen durch Nahrung
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Jagd auf Männer
Franz.-ital. Spielfilm (1964)
23.20 Rundschau

SAT 1

15.00 APF-blick
15.05 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 APF blick-telegramm
17.02 Shiloh Ranch
18.00 Verliebt in eine Hexe
Die Walpurgisnacht-Party
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Berichte von der Fußball-WM
19.05 Vier für ein Ave Maria
Italienischer Western (1968) mit Terence Hill und Bud Spencer
21.15 APF blick
22.00 FBI
Mord auf der Rennbahn
22.50 APF blick
23.00 Die blaue Hand
Deutscher Spielfilm (1967) mit Harald Leipnitz und Klaus Kinski
Ein unheimlicher Fremder bringt nacheinander die Mitglieder einer Erbengemeinschaft um. Markenzeichen: Sein Gesicht ist mit einer Kapuze verhüllt, und er hat eine blau-eiserne Hand.
0.25 APF blick



19.00 Vierländereck
19.45 Grand-Café
20.00 Tagesschau
20.15 Die Fischer von Moorhövd
21.05 Ein Badeunfall
Fernsehfilm mit Christine Merthan und Christian Quadflieg
22.25 Madame de ...
Französischer Spielfilm (1953) mit Danielle Darrieux und Charles Boyer
Regie: Max Ophüls
0.00 Nachrichten

3SAT

16.35 Tarzans geheimer Schatz
Amerikanischer Spielfilm (1941)
18.00 Mini-ZIB
18.10 Michael Jackson – Superstar
19.00 heute
19.30 3SAT-Studio
19.45 Kapitän Harmsen
Besuch aus England
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 ORF-Videonale '86
22.45 Videomania
Live aus Wien: Bilder am laufenden Band



18.15 Deutsche Szene
Ulla Norden präsentiert Pop und Rock
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 Notturno
20.50 RTL-Spiel
20.55 Filmvorschau
21.05 Zwei wie Hund und Katze
Englischer Spielfilm (1975) mit Roger Moore und Lee Marvin
22.45 Der Untergang des Libanon
Hintergrundbericht über den Krisenherd Nah-Ost von Peter Scholl-Latour
23.15 Popeye
23.20 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Die Tanten des Malers

J. G. G. – Das polnische KP-Organ Tribuna Ludu hat Kulturminister Kazimierz Zygulski die gelbe Karte gezeigt. Von einer „Niederlage" des von ihm propagierten staatlichen Mäzenatentums ist da die Rede. In der Tat: der parteilose Kulturminister Polens hat in seiner fünfjährigen Amtszeit mehr Schaden angerichtet als seine kommunistischen Vorgänger. Die überschäumende Regimetreue des in sowjetischem Gewahrsam umgepolten Gutsherrensohns und Verbindungsoffiziers der Londoner Exilregierung hat sich nicht ausgezahlt.

Dazu gehört die besondere Förderung mittelmäßiger regimetreuer Autoren. Das gleiche gilt für die Orchesterlandschaft, wo Klangkörper Industriebetrieben gleichgestellt, die Löhne der Musiker eingefroren wurden, so daß die Westflucht begann und jetzt die Direktoren Mühe haben, das Niveau zu halten. Ebenso hat sich die Gängelung des Films nicht ausgezahlt, wozu auch die Hinwendung zu schlüpfrigen Themen zählt, die für hohe Besucherzahlen sorgen sollte. Und noch weniger die Förderung regimetreuer Maler und Bildhauer.

Gleich in zwei langen Artikeln handelte die *Tribuna Ludu* die Ernte der neuen Kulturpolitik ab. Es dominiere „das Buch, das für niemanden geschrieben ist, und der Film ohne Zuschauer", heißt es in einer Überschrift. Und weiter: „Man redet darüber, daß zum Beispiel 10 Prozent der Buchproduktion keine Abnehmer finden, einige behaupten gar, daß der Anteil der Rohrkrepierer und Ladenhüter sogar 25 bis 30 Prozent ausmacht. Auf die Leinwand gelangen Filme, die kaum jemand sehen möchte. Und es gibt Kunstausstellungen, die lediglich von Verwandten und Bekannten des Künstlers frequentiert werden."

Bielefeld: „Kaiserwalzer" von Thomas Strittmatter

Lustseuche einer Nation

Wer sich – ganz ohne Argwohn – der Filme mit Willy Birgel und Magda Schneider erinnern möchte, sei gewarnt. Und wem ein Wiener Walzer aus dem Jahre 1889 der Inbegriff romantisch verklärten Lebensgefühls ist, der bleibe besser zu Hause und hüte sich vor dem „Kaiserwalzer" des jungen Dramatikers Thomas Strittmatter, den die Bühnen der Stadt Bielefeld jetzt uraufgeführt haben.

Der 25jährige Autor aus dem Schwarzwald, der 1982 für sein Stück „Viehjud Levi" den baden-württembergischen Preis für Volkstheaterstücke erhielt, sagt über sein neues Volksstück: „Joseph und Agatha tanzen einen Walzer quer durch die Geschichte einer Republik. Ein grausamer Tanz ist es."

Das zentrale Symbol des Stückes ist eine Krankheit, die der Volksmund die „Lustseuche" nennt. Strittmatter kann diese Krankheit, die Lues, auf die allgemeine menschliche Situation beziehen, weil sie dadurch charakterisiert ist, daß sie erst nach scheinbarer Abheilung ihre verheerende Wirkung für den ganzen Organismus entfaltet.

In der Figur des Joseph, eines jungen Mannes aus kleinen Verhältnissen, zeigt sich die fatale Hinterhältigkeit der Erkrankung. Bei einem Kuraufenthalt, der der körperlichen Genesung dienen soll, scheint er in der Begegnung mit der „tugendhaften" Agatha auch geistig-seelisch zu genesen.

Aber genau das ist der Trugschluß. Agatha nämlich lebt in einer Traumwelt à la Willy Birgel und kann damit ebensowenig zur wirklichen Heilung Josephs beitragen wie umgekehrt. Eben da liegt die Tragik der beiden Figuren. Joseph möchte seinen inneren Mangel durch die schöne, tugendhafte Gesundheit Agathas kompensieren, und sie wiederum glaubt, in dem charmanten, walzertanzenden Jüngling der Wirklichkeit ihrer Träume zu begegnen. Strittmatter stellt in einer raffiniert angewandten Rückblendentechnik Illusion und Wirklichkeit dieser Ehe gegeneinander.

Den Träumen des Kaiserwalzers folgt die Szene des Alters: Joseph sitzt, von der doppelten Krankheit zerstört, als gleichsam Untoter im Rollstuhl und lallt nur noch manchmal „Fritz Walter" – ein Inbegriff deutschen Kompensationsstrebens. Agatha, nun schon etwas kindisch, aber immer noch den Träumen ihrer Jugend verhaftet, rächt sich auf subtile Weise dafür, daß die Pathologie der verfehlten Lebensvorstellungen in der Gestalt ihres Mannes auch sie ereilt hat. Fast sadistisch füllt sie den hilflosen Greis mit dem süßen Übermaß ganzer Pralinenpackungen ab.

Es gehört wohl zu den Vorzügen der Inszenierung Jörg Fallheiers, daß sie die scheinbar harmlose, kitschige Schönheit der Bewußtseinsklischees mit einem Gefühl von Unbehagen aufzuladen versteht, das den Zuschauer bereits dort befällt, wo ihn das charmant-ironische Lächeln eines „Willy-Birgel-Typs" (Peter Rosinsky) oder der fröhliche Griesgram eines „Hans-Moser-Typs" (Helmut Westhausser) zu verführen sucht.

Das erwächst auch aus der Tatsache, daß die Freuden des Paares aus der Sicht ihres Siechtums beschrieben werden. Das Herbeischaffen eines Koffers mit den alten Urlaubskleidern Agathes läßt zum Beispiel Schlimmes für die nachfolgende Familienurlaubsidylle befürchten.

Im Bühnenbild von Randell Greenlee, das mit seinen Vorhängen Filmtraumwelt signalisiert, gelingt es den Darstellern, mit dem operettenhaften Selbstverständnis des jungen Paares (Claudia Maria Samusch, Till Krabbe) und dem absurden Festhalten daran beim alten Paar (Therese Berger, Klaus Lange) das Schleichende und Unheilbare der Krankheit nicht nur als persönliches Schicksal, sondern als Krankheit einer ganzen Gesellschaft deutlich zu machen.

DIETER PENTZEK

Nächste Aufführungen: 24., 25. und 27. Juni; 2. bis 8. Juli täglich; Kartenbestellungen: 0521/177077

Siemens-Stiftung: Deutsch-deutsches Kolloquium

Bismarck, aufgearbeitet

Sein Thema: Die „DDR" und die deutsche Geschichte. Sein Podium: Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der „DDR". Die Karl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung München hatte Walter Schmidt zu dem Referat eingeladen; Initiator war der Vorsitzende des Westdeutschen Historikerverbandes, Christian Meier.

Schmidt betonte, daß im „Osten Deutschlands" keine nicht-deutsche Geschichte betrieben werde, man stelle sich dem deutschen Erbe als Ganzem, die Deutschen hätten eine gemeinsame Geschichte. Luther und Bismarck etwa seien vom gestärkten sozialistischen Selbstbewußtsein der „DDR" nun aufgearbeitet worden. „Progressives wie Regressives" könne nun erfaßt werden, kampf(zeit)bedingte Verengungen seien überwunden. Man steuere eine größere geschichtliche Breite an, wertete Schmidt die Entwicklung. Das sei weder von „Freund noch Feind" erwartet worden.

In der „DDR" habe der Sozialismus der gesamten deutschen Geschichte einen neuen Sinn gegeben. „Der Sozialismus beginnt sich mit der Nation zu verbinden", sagte der „DDR"-Historiker, die Entwicklung der „sozialistischen deutschen Nation" gebe objektiv vonstatten.

Die desintegrativen Tendenzen in der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter würden von anderen konstatiert. K. D. Erdmann spreche von drei Staaten, zwei Nationen und einem Volk. F. Fellner würde mit der „österreichischen Nation" einen Modellfall für die Vielfalt europäischer Staaten – trotz der Gemeinsamkeiten – behaupten. Beide Autoren bewegten sich damit auf dem richtigen Weg, wenn auch bezüglich der „DDR" noch nicht konsequent.

Das Münchner Publikum folgte den Ausführungen eher amüsiert denn echauffiert. Soviel offiziöse Ideologeme waren zwar nicht erwartet worden, man wurde jedoch damit fertig, höflich, aber bestimmt. J. Hacker (Regensburg) wünschte sich, daß man auch in der „DDR" einen solchen Abend erleben könne. Hacker brachte Schmidt mit dem Hinweis auf die eine koreanische Nation in Verlegenheit. Kühn meinte da der Sozialist: In Korea und Vietnam seien, im Unterschied zu anderen Weltteilen, die Nationen erst in Entwicklung begriffen. M. Wolfsohns (München) Frage nach der Wiedergutmachung von seiten der „DDR" und weiteren Fragen nach der NS-Erbschaft entzog sich Schmidt durch eigene Erlebnisberichte von Gedenkstätten. Glaubhafter konnte Schmidt auf den Vorwurf eingehen (G. A. Ritter, München), er habe repräsentativ die Position der „DDR" eingenommen: Dem sei so, aber auch in der Bundesrepublik könne man ja nicht nur ein pluralistisches Geschichtsverständnis feststellen, sondern auch gesellschaftlich herrschende Strömungen im geschichtlichen Denken.

Der deutsch-deutsche Kulturaustausch fand in München einen fast nicht zu bewältigenden Zuspruch. Fraktur wollte man mit dem Besucher nicht reden. Schließlich hatte er ja schon einleitend den entscheidenden Punkt, die unterstützende Macht der Roten Armee bei der Entstehung der „DDR", erwähnt. So blieb der wissenschaftliche Diskurs.

Die eine deutsche Nation ist in Geschichte und Gegenwart nicht ohne Herrschaft zu denken. Daran erinnert zu werden war nicht jedermanns Sache, eine deutsch-deutsche Lehre. Wer die Macht hat, kann die Geschichte für sich sprechen lassen. So steht auch die „DDR" in der Geschichte der deutschen Nation. Zweifellos.

TILMAN MAIER

Ein Vorbild für das Deutsche Historische Museum? – Das israelische Haus der Diaspora in Tel Aviv

„Wir besitzen kein authentisches Stück"

Der erste Anblick täuscht: Man betritt das dreistöckige Gebäude zwischen zwei Reihen riesiger, massiver herodianischer Steine, die die Zerstörung des Tempels symbolisieren sollen. Der Führer beeilt sich jedoch zu erklären, daß diese Steine in Wirklichkeit aus Fiberglas seien. Denn Beth *Hatefutsoth* – das Haus der Diaspora auf dem Campus der Tel-Aviv-Universität – ist eine andere Art von Museum: ein Museum der Rekonstruktion und nicht der Konservierung. Deshalb kam es jetzt wiederholt ins Gespräch, wenn von den Plänen für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin, ein Haus der Geschichte in Bonn oder das Haus der Bayerischen Geschichte in München die Rede war. Die Frage ist, kann das erste und einzige Museum in der Welt, das der jüdischen Diaspora gewidmet ist, für die deutschen Vorhaben als Vorbild dienen?



Wie auf dem Gemälde eines alten Holländers: Alltag einer jüdischen Familie in Amsterdam, Rekonstruktion im Diaspora-Museum in Tel Aviv FOTO: BETH HATEFUTSOTH

Von seiner Konzeption und Methodik her wendet sich Beth Hatefutsoth scharf von der musealen Tradition ab. Weil in der jüdischen Geschichte Zeit und Raum variabel sind, mußte man in diesem Falle auf die sonst bei historischen Museen übliche chronologische Darstellung verzichten.

„Vielleicht paßt das Wort Museum gar nicht zu uns", überlegt der Direktor Aharon Doron. „Wir besitzen keine Sammlungen. Im Haus der Diaspora ist kein einziger ‚authentischer' Gegenstand ausgestellt. Wir sind weder ein ethnographisches noch ein folkloristisches Museum, sondern ein Mehrzweckzentrum, das das jüdische Leben in verschiedenen Zeiten und Ländern darstellt." Denn das Ziel von Beth Hatefutsoth ist es, „die Geschichte von 2500 Jahren zu erzählen, während derer unsere Nation nicht in Zion lebte".

Diese Zerstreuung führte natürlich auch zu einer Zerstreuung und Zerstörung der sammlungswürdigen Gegenstände und Dokumente. In Europa sind meistens nur religiöse Kultgeräte erhalten geblieben, die sich von den heutigen kaum unterscheiden. Und die jüdische Gemeinschaft in Amerika ist noch zu jung. Die Planer mußten deshalb andere Wege gehen.

Als Leitmotiv steht am Eingang: „Dies ist die Geschichte eines Volkes, das über die ganze Welt zerstreut wurde und doch eine einzige Familie blieb; eine Nation, die immer wieder der Vernichtung geweiht war und doch aus ihren Ruinen zu neuem Leben auferstand." Die Vernichtung ist durch eine schwarze Säule symbolisiert, die von allen Stockwerken des Hauses sichtbar ist. Dies ist ein Denkmal für alle Juden, die zu allen Zeiten in allen Ländern getötet wurden. Der nationalsozialistische Holocaust wird nur in einem kurzen Text erwähnt.

Generell liegt die Betonung auf dem Positiven und Schöpferischen im jüdischen Leben, auf jüdischer Kreativität und Produktivität in den verschiedenen Lebensbereichen bei den unterschiedlichsten Wirtsvölkern. Das Leben der Juden wird nicht chronologisch oder geographisch, sondern nach Themen geordnet: die jüdische Familie, die Gemeinde, der Glaube, das kulturelle Schaffen, die wechselvollen Beziehungen zur nichtjüdischen Umgebung und der Gedanke der Rückkehr in das Land Israel.

All dies wird durch zwei- oder dreidimensionale Modelle und Reproduktionen von Gegenständen und Kunstwerken gezeigt, durch phantasievolle Rekonstruktion von Objekten, Figuren und Situationen aufgrund historischer Quellen, durch Karten und Dioramen. Filme, audiovisuelle Programme, Dias (12 000 täglich im Wechsel) sowie Computerprogramme mit Musik und Texten vermitteln – auf hebräisch und auf englisch – einen Eindruck vom Leben der Juden in der Diaspora.

Teil der permanenten Ausstellung ist außerdem ein Multimedia-Chronoskop mit 32 Projektoren auf 16 Bildschirmen, das versucht, die jüdische Geschichte in einer kurzen Zeit „einzukapseln", indem es in einer Vorführung von 25 Minuten jedem Jahrhundert eine Minute widmet. Außerdem bieten vier Studienflächen, jede mit fünf Videozellen, Studenten der Geschichte die Möglicheit, Dokumentarkurzfilme aus dem umfangreichen Besitz des Museums anzusehen. Und schließlich kann man an einem Computer, der Listen von Fragen auf dem Bildschirm zeigt, seine Geschichtskenntnisse durch ein Spiel auf die Probe stellen.

Alle diese audiovisuellen Hilfsmittel dienen dazu, Geschichte anschaulich zu machen. Das hat sich bewährt. Diese Vermittlungsform wird nicht nur akzeptiert, sie ist sogar ausgesprochen attraktiv, besonders für junge Israelis. Die elektronische Darstellung lockt sie an ein Material heran, dem sie normalerweise ausweichen würden. Immerhin sind rund 100 000 der jährlich 350 000 Besucher Jugendliche.

Direktor Doron, der übrigens aus Mannheim stammt, betont, daß eine so lange Geschichte natürlich nur in großen Zügen gezeigt werden kann. Deshalb kommen jedes Jahr noch vier bis fünf Wechselausstellungen über Länder, Gemeinschaften, bestimmte Perioden oder Persönlichkeiten dazu. Bisher wurden seit der Eröffnung 1978 etwa vierzig gezeigt. Sie waren z. B. den Juden in Rumänien, Ungarn, Polen oder dem jüdischen Theater in Moskau gewidmet. Oft werden diese Ausstellungen danach ins Ausland verliehen.

Der Dialog zwischen Besucher und Ausstellung ist ein wichtiges Prinzip des Museums. Mit einem Knopfdruck kann man Informationen über eine jüdische Gemeinschaft irgendwo in der Welt abrufen oder biographische Angaben über eine der 10 000 Familien, die in der genealogischen Zentrale registriert sind. Ein anderes Dialogsystem, „Crossroads" (Scheidewege) genannt, beschreibt existentielle Probleme der Juden in Europa und lädt dann den Besucher ein, zwischen zwei alternativen Lösungen zu wählen. Wie zum Beispiel hätte sich ein Jude 1933 in Deutschland entscheiden sollen? Für aktiven Widerstand *einerseits oder für die Emigration andererseits*? Das Gerät zeigt dann auf dem Bildschirm das vermutliche Szenario für die jeweilige Lösung.

Deutschland spielt eine wichtige Rolle in Beth Hatefutsoth. So ist zum Beispiel eines der wichtigsten Dioramen die Rekonstruktion einer jüdischen Gemeinschaft im Deutschland des 13. Jahrhunderts, mit Synagoge, rituellem Tauchbad und Gästeraum für Durchreisende.

In der Abteilung „Kultur" werden jüdische Nobelpreisträger, die jüdische Presse, der jüdische Beitrag zur bildenden Kunst und Musik, zur Philosophie, zur Literatur oder zum Sport dargestellt. Der Abschluß zeigt die Rückkehr nach Zion und spricht von der Hoffnung auf den Messias. „Der Vergangenheit gedenken, in der Gegenwart leben und der Zukunft vertrauen" ist hier das Motto.

Nach Doron kostet der Unterhalt des Museums etwa drei Millionen Dollar jährlich. 50 Prozent davon kommen von Institutionen, 25 Prozent werden durch Eintrittsgelder und Seminargebühren, der Rest durch Spenden aufgebracht.

Es ist in der Tat ein Museum besonderer Art. Als Vorbild durchaus geeignet, vorausgesetzt, man ist sich über die Geschichte einig. In Israel ist das kein Problem. Aber in Deutschland?

LILI EYLON

Göttinger Händel-Festspiele: Thema Frankreich

Der Ätna speit Flammen

Purer Zufall war es natürlich nicht, wenn sich im Programm der diesjährigen Göttinger Händel-Festspiele französische Barockmusik zuhauf fand. Jahr für Jahr will John Eliot Gardiner die von ihm künstlerisch betreuten Festspiele thematisch strukturieren, *Händels musikalisches* Umfeld ausleuchten und damit zugleich dessen Vereinsamung zum Idol entgegenwirken. Welchen künstlerischen Rang hatten etwa die Opern der Londoner Rivalen Bononcini und Ariosti? Geht es an, sie mit gänzlicher Nichtachtung zu strafen, auf daß der Stern Händels um so heller strahle? Auch aus ihrem Œuvre dürfte man künftig in Göttingen das eine oder andere zu hören bekommen.

In diesem Jahr also wurde Händels Schaffen konsequent mit französischer Musik kontrapunktiert. Natürlich ginge es zu weit, in jedem Fall von offenkundigen Interdependenzen zu sprechen. Doch was sich zu Händels Zeit musikalisch in Frankreich begab, das erfuhr man in Aufführungen von André Campras „Messe des Morts", von François Couperins eigentümlich verkräuselten, introvertiert versponnenen „Trois lecons de Ténèbres" (überragend: Agnès Mellon und Jill Feldman), von Couperins Orchestermusik (Ensemble „La Petite Bande") oder nicht zuletzt in einer konzertanten Aufführung von Jean-Marie Leclairs einziger Oper „Scylla et Glaucus".

Die Premiere dieser „Tragédie lyrique" war einst das wichtigste Opernereignis der Pariser Saison 1746. Noch im selben Jahr registrierten die Theaterannalen siebzehn weitere Aufführungen. Dann jedoch verschwand die Oper in der Versenkung. Geradezu der Wiederentdeckung ei*nes Meisterwerks kam jetzt Gardiners* Einsatz in Lyon und Göttingen gleich.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die französische Barockoper als aufwendiges Gesamtkunstwerk auf das Ineinanderspiel von Drama, Musik, Tanz und Ausstattung setzte, will es schon etwas heißen, daß Leclairs Oper auch in einer konzertanten Aufführung glänzend ankam. Natürlich tat man bei der engen Symbiose von Text und Musik recht damit, die Geschichte der spröden Scylla, des Meereshalbgotts Glaucus und der Zauberin Circe im zweisprachigen Textheft gewissenhaft mitzuverfolgen – eine Geschichte übrigens, die (frei nach Ovid) auf das zeitübliche „Lieto fine" verzichtet, dem tragischen Ende also nicht ausweicht.

Eine von keinem Schatten getrübte arkadische Welt umfängt einen hier zunächst, wenn *sich im ersten Akt* ein Schäfer in zwei Tänzen auf einer veritablen Musette hören läßt. Doch wenn der Ätna Flammen speit, die Götter der Unterwelt beschworen werden oder Scylla und Charybdis sprudeln, dann haben düstere Wolken längst den Horizont verfinstert. In *Szenenkomplexen*, bei denen Accompagnato-Rezitative und Airs nahtlos ineinanderfließen, gelingen Leclair immer wieder echte musikalische Psychogramme. Aufgelockert aber wird auch seine „Tragédie lyrique" durch (hier bereits auf Gluck weisende) Chöre, durch eine Fülle von tänzerischen Divertissements und selbständigen Instrumentalsätzen.

Die Aufführung von Leclairs Oper durch John Eliot Gardiner, durch so exzellente Solisten wie Donna Brown, Howard Crook und Rachel Yakar, den Monteverdi Choir und die gleichfalls nicht genug zu rühmenden English Baroque Soloists war ein Höhepunkt der Händel-Festspiele. Ein weiterer war eine Veranstaltung im Deutschen Theater, bei der sich Gardiners Londoner Instrumentalensemble mit Catherine Turocys New York Baroque Dance Company und der amerikanischen Sopranistin Ann Monoyios sowie dem englischen Countertenor Michael Chance zusammentat. Wenn hier zu Beginn von Händels „Terpsichore" ein wie eingefrorenes Bild unter dem Anhauch der Musik auftaute und Leben gewann, dann war das in einer wahren Symphonie von Pastellfarben raffiniert in Szene gesetzt.

Ähnlich abgezirkelt in würdevoller Grazie, mit ähnlich phantastischen Kostümen mochte Händels einaktige Ballettoper auch einst Anno 1734 über die Bühne *gegangen sein, als die* berühmte französische Ballettprinzipalin Marie Sallé bei einem Gastspiel in London von sich reden machte. Das Thema „Händel und die Franzosen" – hier bei der „Terpsichore" wurde es mehr als in anderen Veranstaltungen beim Wort genommen.

HANS CHRISTOPH WORBS

Therapie mit Goethe: „Urfaust" bei Heyme in Essen

Heinrich ist ganz Frau

Dem p. p. Publikum wird der Zutritt zum Parkett verwehrt in der Casa Nova, dem Studio des Schauspiels Essen. Aus gutem Grund: Das erste Studierzimmer aus Goethes „Urfaust" ist im Foyer aufgeschlagen, wenn auch in denkwürdiger Gestalt. *Der Doktor, dem, wie er sagt*, „all' Freud entrissen" ist, trägt, auf einer Couch liegend, seine Wissensdurst-Nöte mit viel Pathos ganz folgerichtig einem Psychiater vor, der sich angelegentlich Notizen macht. Und weil Heinrich Faust schließlich eine Frau ist und weil es ja so nicht geht, reicht ihr der Seelenarzt Jacke und Hose. Erst nach dem Umkleiden geht es auf die Bühne.

Das Problem des Erkenntnisdranges begegne auch Frauen, sagt die aparte Düsseldorfer Psychologin Christina Crist dazu, die diese Inszenierung mit einigen ihrer früheren Patienten erarbeitete: Goethes Dichtung sei nicht selten Stütze und Modell der Therapie, so daß die Gruppe vor einem Jahr schon Szenen aus den beiden Walpurgisnacht-Episoden aufführte. Neu ist allerdings die Zusammenarbeit mit Berufsschauspielern und mit Essens Schauspielchef Hansgünther Heyme, der den hochbegabten Klaus von Mirbach aus der „Gruppe" in sein Ensemble verpflichtete.

Daß Mephisto in zwei Personen geteilt ist, in Narr (Mirbach) und Herr (Michael Göckede, Lehrer von Beruf), und daß Gretgen – das sei ein Kollektiv-Schicksal, sagt Frau Crist – sogar in sechsfacher Gestalt umworben und verführt wird, geht indes auf das Konto der Psychologin. Sie kam auch auf den Gedanken, Auerbachs Keller als Mainzer Fassenachts-Sitzung – so richtig mit lautem Tätä und Tschingbum – anzurichten, wo man den Wein der Einfachheit halber gleich aus der Flasche trinkt. Von Heyme stammt nur die Schnapsidee, Valentin durch Selbstmord enden zu lassen – man versteht dann später überhaupt nicht, wieso auf Faust eine Blutschuld liegen soll.

Ohnehin bleibt bei diesem Ansatz manches ungereimt. Wenn nämlich Frau Heinrich Faust am Ende ihre Identität als Frau findet – und das ist selbstverständlich das Ziel der Therapie – und als Frau im Kerker erscheint, dann ist ziemlich unerfindlich, wieso Gretgen zu Kind und Haft kam. Ärger ist freilich die mehrfach eingespielte Tanzmusik oder, daß die lyrischen Teile, Spinnrad-Szene und Gebet, zu trivialer Musik gesungen werden: Ihr dramatischer Ausdruck und erst recht die Vermittlung der seelischen Not Gretgens *bleiben dabei zwangsläufig auf* der Strecke.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß Ausdruckskraft, Sprechtechnik und darstellerische Intensität der Spieler, unter denen sich Juliane Fastenrath als eines der Gretgen (weniger als Frau Marthe, die sie auch spielt) hervortut, erheblich über dem Niveau einer Laienspielgruppe stehen und mehrfach übertreffen, was junge Schauspiel-Profis heutzutage von der Schule mitbringen.

Selbst wenn man die szenischen Erfindungen der Regisseurin zuweilen für recht ausgefallen oder sogar für übertrieben hält: sie reichen nicht im entferntesten an den Unfug heran, den ein Horst Sagert mit dem von Brecht gegründeten Berliner Ensemble bei seinem Kölner Gastspiel kürzlich als „Faust-Szenen" vorführte. Weiß und schwarz Uniformierte mit russischen Tellermützen trieben da ihr Unwesen, wenn auch mit Engelsflügeln getarnt.

Faust begann seinen Monolog „Habe nun, ach!" auf einem Nachttopf sitzend. Sobald er dann doch noch vernünftig wurde, zogen die Tellermützen ins Studierzimmer – und folterten ihn dort. Das Religionsgespräch vollzog sich während einer wüsten sexuellen Balgerei. Und es war nicht einzusehen, warum denn noch der Schlaftrunk für die Mutter sein mußte, wo man doch schon im Gartenhäuschen alles hinter sich gebracht hatte.

Ein besonderer Spaß war das Beschaffen des Schmucks für Gretgen: Den nahmen die schwarzen Engel, als seien es Autobahn-Vopos, der vorbeikommenden Muttergottes ab. Auch sonst waren die Engel ununterbrochen im Spiel. Immer stand einer *in der Ecke, jeder wurde bespitzelt.* Und damit man auch verstehe, was gemeint war, schossen sie immer mal wieder.

Man sieht: Auf unseren deutschen Bühnen probiert ein jeder, was er mag. Die Frage ist nur, ob dazu jeweils ein Klassiker geschlachtet werden müsse.

HORST ZIERMANN

JOURNAL

„Alter Ölschinken" ist ein echter van Dyck

SAD, London

Das Portraitgemälde staubte drei Jahrzehnte lang in einer Londoner Etagenwohnung ein, bevor es der Besitzer verkaufshalber von Sotheby's schätzen ließ. Nun hat die Kunstwelt ihre Sensation: Der „alte Ölschinken" ist mit großer Sicherheit ein echter, lange verschollener van Dyck. Bei dem Porträt handelt es sich um das gegen 1633 gemalte Bildnis von Lady Dorothy Dacre, deren zweiter Ehemann Challoner Chute Unterhausvorsitzender während der Cromwell-Zeit war. Knapp dreieinviertel Jahrhunderte später überschrieben die Nachfahren aus Steuergründen den feudalen Besitz „The Vyne" mitsamt Gemäldesammlung dem National Trust – durften jedoch einige vermeintlich mindere Bilder für sich behalten. Dazu zählte auch das Lady-Dacre-Porträt, dessen tatsächlicher Wert damals nicht erkannt worden war.

800 Jahre Kirche und Kloster Neuwerk

DW. Goslar

Vor achthundert Jahren wurde der erste Altar der Neuwerkkirche geweiht. Aus diesem Anlaß erschien jetzt die Festschrift „Neuwerk 1186–1986" von Hans-Günther Griep, die die Geschichte von Kirche und Kloster im Spiegel der Bau- und Kunstdenkmäler darstellt. Der schmale Band (130 S. mit zahlr. Abb.), der über die Neuwerksgemeinde in Goslar zu beziehen ist, kostet 18 Mark.

Patrice Chéreau bleibt in Nanterre

AFP, Paris

Patrice Chéreau bleibt auch weiterhin beim Théâtre des Amandiers im Pariser Vorort Nanterre. Chéreaus Vertrag als Leiter der Avantgardebühne soll verlängert werden. Für weitere drei Jahre wurde auch der Leiter der Pariser Schauspielschule, Jean-Pierre Miquel, in seinem Amt bestätigt. Kulturminister François Leotard machte bei dieser Gelegenheit deutlich, daß die Theater nicht mit vermehrten Subventionen rechnen könnten.

Linzer „ars electronica" bringt Computermusik

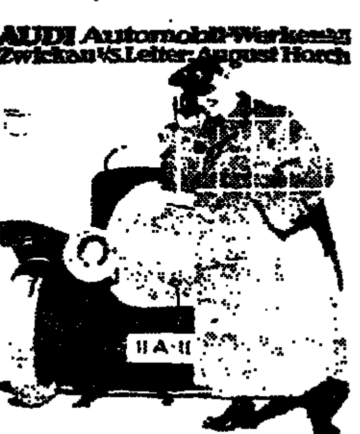
dpa, Linz

Linz steht für eine Woche ganz im Zeichen von Zukunftsmusik. Zum fünften Mal gibt die „ars electronica" einen Überblick über neue künstlerische Entwicklungen mit Hilfe der Technik. Das Computerbild gehört ebenso dazu wie der Videofilm, dazu der amerikanische Pianist und Komponist Richard Teitelbaum, der mit digitaler Unter*stützung ein Solo für drei Klaviere* spielte.

August Horch, ein Automobilkonstrukteur

DW. Koblenz

An „August Horch – einen Automobilkonstrukteur aus Winningen" erinnert das Landesmuseum Koblenz mit seiner Sonderausstellung. Mit Bild-, Text- und Filmdokumenten wird die Pionierzeit des deutschen Autobaus rekonstruiert. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht ein Horch 830 BL, der 1935 gebaut und nun restauriert wurde. Die Ausstellung auf der Festung Ehrenbreitstein ist bis zum 30. August zu sehen, der Katalog kostet 10 Mark.



Audi-Inserat von 1912: Der Mann „horcht" FOTO: KATALOG

Fausto Melotti †

Eigentlich wollte er Pianist werden, wie sein berühmter Neffe Maurizio Pollini, der jetzt 85jährig in Mailand verstorbene Fausto Melotti, einer der wichtigsten unter den abstrakten Bildhauern Italiens. Summa cum laude zum Ingenieur provomiert, wird der in Rovereto (Veneto) geborene Melotti zunächst Keramiker, arbeitet mit dem Freund Lucio Fontana in Mailand, verliert nach einem Bombardement in Rom sein Studio und alles bisher Geschaffene und wird erst als Siebzigjähriger durch eine Ausstellung in der Mailänder Galerie Tonelli „entdeckt" und hochberühmt. Von nun an reißen sich die Aussteller um seine „Theatrini" und „Contrapuncti", die aus Abfällen (Stoffreste, Draht, Bambus, Stanniol etc.) gezaubert werden.

MvZ.

Krebshilfe: Spenden wie nie zuvor

dpa, Bonn

Mehr als 34 Millionen Mark wurden im vergangenen Jahr der Deutschen Krebshilfe gespendet. Das sind 11,5 Prozent mehr als der Deutschen Krebshilfe und der Mildred-Scheel-Stiftung für Krebsforschung jemals zuvor zur Verfügung gestellt wurden, sagte der Vorstandsvorsitzende der Krebshilfe, Helmut Geiger, gestern auf der Jahrespressekonferenz in Bonn. Damit erhöhte sich die Gesamtsumme der Einnahmen der Krebshilfe seit ihrer Gründung 1974 auf 277,8 Millionen Mark.

Das Berichtsjahr sei durch den Tod der Gründerin und langjährigen Präsidentin, Mildred Scheel, überschattet gewesen. Die anfängliche Befürchtung, daß nun viele Bürger im Kampf gegen den Krebs resignieren würden, habe sich nicht bestätigt. Der Tod Frau Scheels, die selbst ein Opfer der Krankheit geworden sei, habe im Gegenteil noch einmal einen Bewußtseinsschub in der Bevölkerung ausgelöst, sagte Geiger.

1985 wurden 29 Projekte neu in den Förderungskatalog aufgenommen, die sich vor allem mit der Bekämpfung des Krebses im Kindesalter, der Intensivierung der Krebsforschung sowie der Verbesserung der Krebstherapie an Krankenhäusern befassen. Dank der von der Stiftung geförderten Krebsforschung nehme die deutsche Medizin bei der kindlichen Leukämieforschung, der stereo-taktischen Diagnose von Hirntumoren und der Bestimmung von Tumormarkern zur Früherkennung von Krebs eine Spitzenposition ein, betonte die stellvertretende Vorsitzende, Professor Sabine von Kleist.

Bei der Therapie ist nach den Worten Frau Kleists nahezu ein Optimum erreicht. Der Schwerpunkt müsse nun auf die Früherkennung gelegt werden, da die Zahl der Neuerkrankungen an Krebs mit rund 150 000 pro Jahr fast gleichgeblieben sei. Die Ärztin sprach erneut die Gefahr durch Rauchen an: Allein 40 000 Neuerkrankungen könnten jährlich durch Aufgabe von Nikotingenuß verhindert werden.



15 Meter rankt sich der Rosenstock an der Chorapsis des Hildesheimer Doms hoch (links). Er blühte in diesem Jahr in selten fülliger Pracht. Das ist dem Landschaftsarchitekten Hans Friedrich Werkmeister (rechts) zu verdanken: Er rettete den der Sage nach tausend Jahre alten Wildrosenstock vor dem sicheren „Tod", denn er war bis in den Kern verfault. Der 73jährige will ihn nun wohlbehalten ins nächste Jahrtausend bringen.
FOTOS: FRATZER



Das Rosenwunder

Rings umgeben von der jahrtausendealten Romanik der Hildesheimer Domanlage, zu beiden Seiten die strengen Rundbögen des Kreuzganges, in seinem Rücken den haltgebenden Sandstein der Chorapsis, an der er sich bis 15 Meter hoch emporrankt – angesichts seines unmittelbaren Lebensraumes möchte der Betrachter dem Hildesheimer Rosenstock die tausend Jahre wohl glauben, die eine Legende um Ludwig dem Frommen ihm zuschreibt. Dies um so lieber, als noch kein Jahrhundert ihm so zugesetzt hat wie das gegenwärtige und er doch gerade in diesem Frühsommer seine Lebenskraft mit einer lange nicht mehr gezeigten Fülle blaßrosa-weißer Blüten behauptet hat.

Allerdings ist ihm wohl auch selten zuvor so intensive Pflege zuteil geworden wie in jüngster Zeit von der Hand des einheimischen Landschaftsarchitekten, Gartenbaufachmanns und Schriftstellers in Umweltdingen, des international geschätzten und bewanderten 73jährigen Hans Friedrich Werkmeister. Ihm mag freilich – im Unterschied zu „seinem" schutzbefohlenen Rosenstock – niemand das Alter glauben.

Werkmeister hat die Obhut übernommen, als die in den Herzen der Hildesheimer „verwurzelte" Pflanze vor einigen Jahren kränkelte und verkümmerte. Eine Steinpflasterung bis unmittelbar an den Wurzelknoten und eine heimtückische, von angesammeltem Regenwasser verursachte Kernfäule in den Beugen zwischen den Stammtrieben hatten die Nährstoffzufuhr bedrohlich gedrosselt. Werkmeister sorgte für fachgerechte Abhilfe. Er brachte biologischen Dünger an den Stock und beugte dem Schädlingsbefall vor.

Der Lohn der Mühe war jetzt eine Woche lang zu bestaunen – länger blüht die gewöhnlich in Hecken und Unterholz angesiedelte wilde Hundsrose nicht. Hundsrose (Rosa canina) – auch die wissenschaftliche „Veredelung" überdeckt den Anklang von Abschätzigkeit nicht, den die „Volksbotanik" dem Namen der als unscheinbar geltenden Schönheit mitgegeben hat (und es ist recht plastisch vorstellbar, welch hündische Verrichtung ihr solch Ansehen eingetragen hat). So steht das Hildesheimer Exemplar auch in seiner allseits genossenen Verehrung einzig da, stellvertretend für die „gewöhnlichen" Vertreter seiner Art.

Daß die Domstädter – vom Bischof bis zum Bürger – es gehütet wissen möchten wie ihren Augapfel, hat zu tun mit der Legende um den Bestand der Stadt: Solange die Rose blüht, heißt es, wird Hildesheim nicht untergehen. Und am Ufer des Leine-Nebenflusses Innerste halten die Leute um so beharrlicher an der Mär fest, ihr Rosenstock sei ein tausendjähriger, gerade so alt wie der Bischofssitz, gerade so alt wie der Dom. Da mögen rational veranlagte Zeitgenossen ruhig darauf verweisen, das Gewächs sei erstmals 1570 urkundlich erwähnt. Denn selbst in diesem Zeugnis wird es als „uralt" vorgestellt.

Rosenstock-Pfleger Werkmeister weiß aus der Historie noch anderes zu berichten. Bei Ausgrabungen unter der Apsis des Doms seien die Archäologen auf eine eingefaßte Quelle aus germanischer Zeit gestoßen, und man wisse immerhin, daß solche den Vorvätern heiligen Orte oft durch einen Rosenhag geschützt gewesen seien. Und gewiß habe Bistumsgründer Kaiser Ludwig der Fromme im karolingischen neunten Jahrhundert, wie damals üblich, einen solchen Platz für den neuen Christengott bevorzugt. Auch sei denkbar, daß die heute bewunderte Wildrose aus der Wurzel einer vormals erfrorenen Edelrose wieder entsprossen sei.

Verwoben mit Untergang und Wiedererstehen der Stadt ist die Blume unzweifelhaft seit jenem 22. März 1945, als das „Nürnberg des Nordens" unter Fliegerbomben in Schutt und Asche sank. Der Rosenstock verkohlte unter 80 Zentimeter hoch aufgehäuften Brandtrümmern bis zum Wurzelansatz. Ihn freizulegen zögerten die Hildesheimer nicht einen Tag. Im Sommer 1946 gab es neue Blüten an neuen Trieben.

Hans Friedrich Werkmeister erzählt es mit der Gelassenheit des zeitlichen Abstands, doch nicht ohne Bewegung. Für seinen Teil hat er sich das bescheidene Ziel gesetzt, den Rosenstock „wenigstens wohlbehalten ins nächste Jahrtausend zu bringen". Voraussetzung sei allerdings, daß er „vor dem Gift unserer Tage" bewahrt wird.

MICHAEL JACH

Ku'damm wird wieder längste Galerie der Welt

AP, Berlin

Am Freitag wird sich Berlins Kurfürstendamm für elf Tage in die längste Galerie der Welt verwandeln. In rund 140 der insgesamt 300 Geschäfte räumen die Geschäftsleute einen Teil ihrer Auslagen beiseite und schaffen Platz für Werke bekannter und weniger bekannter Künstler. Die „Kunstmeile Kurfürstendamm" wird nun zum dritten Mal ausgerichtet.

45 Galerien und 24 Einzelkünstler beteiligen sich an diesem in Europa einmaligen Unternehmen. Die Werke in den Schaufenstern und Verkaufsräumen am Ku'damm zwischen Gedächtniskirche und Halensee kosten zwischen einigen hundert und einigen tausend Mark.

Doppeltes Glück

AFP, Brescia

Doppeltes Glück hatte ein Drachenflieger am Sonntag in Brescia bei Mailand. Sein Drachen, über den er die Kontrolle verloren hatte, stürzte senkrecht ab und wurde von einer Hochspannungsleitung aufgefangen, die wegen Reparaturarbeiten abgeschaltet war. Normalerweise steht die Leitung unter 10 000 Volt.

WM der „Solarmobile"

dpa, Freiburg

Mit Sonnenenergie betriebene Fahrzeuge streiten seit gestern erstmals um die Weltmeisterschaft. Von der Landesgartenschau Freiburg aus starteten rund 80 Solarmobile. Das Sechs-Tage-Rennen soll nach einem 380 Kilometer langen Berg- und Talkurs mit 1800 Meter Gesamthöhendifferenz am Samstag in Suhr bei Zürich enden. Rennsolarmobile können bis zu 100 km/h erreichen.

Suche wird fortgesetzt

AFP, Mülhausen

Französische und deutsche Mannschaften setzten gestern die Suche nach dem französischen Privatflugzeug fort, das am Sonntag abend mit vier Personen an Bord in den Rheinseitenkanal gestürzt war. Starke Strömung und trübes Wasser behindern die Sucharbeiten in dem an der Absturzstelle elf Meter tiefen Kanal.

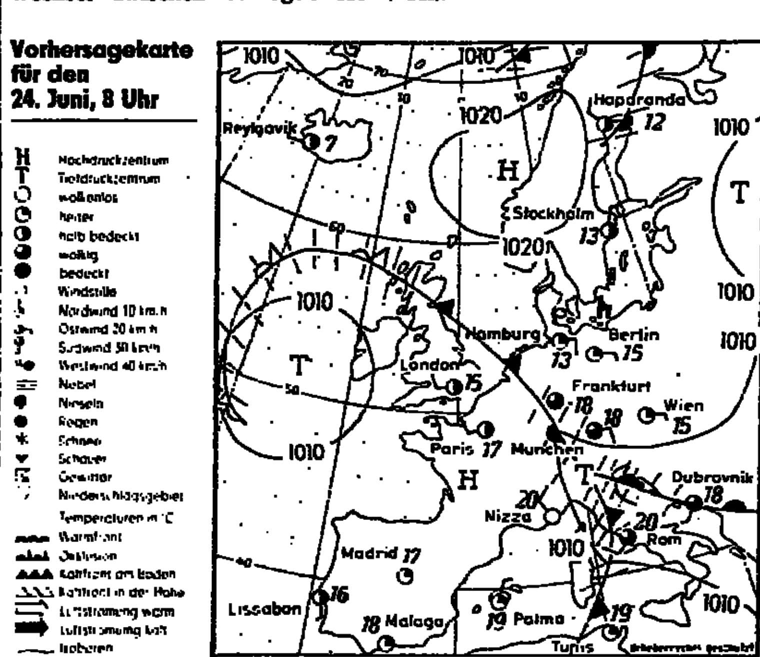
WETTER: Im Süden Gewitter

Lage: Trockene Festlandsluft bestimmt das Wetter im Norden Deutschlands. Die Mitte und der Süden werden von feucht-warmer Mittelmeerluft beeinflußt.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Osten nach örtlichem Frühdunst heiter bis wolkig und trocken. Temperaturen um 25, im Seewindbereich 19 bis 23 Grad, nachts um 13 Grad. In der Mitte und im Süden Wechsel zwischen sonnigen Abschnitten und starker Bewölkung. Zum Abend hin einzelne zum Teil kräftige Gewitter. Temperaturen 25 bis 30, nachts kaum unter 16 Grad.

Weitere Aussichten: Im Süden abklingende Gewitter. Vorübergehend etwas kühler.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.06 Uhr*, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 0.16 Uhr, Untergang: 8.41 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	20	he
Bielefeld	24	he
Braunlage	19	he
Bremen	24	he
Dortmund	23	he
Dresden	22	be
Düsseldorf	25	he
Erfurt	22	he
Essen	24	he
Feldberg/S.	19	bw
Flensburg	21	he
Frankfurt/M.	22	he
Freiburg	29	he
Garmisch	25	he
Greifswald	19	he
Hamburg	23	he
Hannover	23	he
Kahler Asten	19	bw
Kassel	23	he
Kempten	26	he
Kiel	19	he
Koblenz	24	bw
Köln-Bonn	25	bw
Konstanz	27	he
Leipzig	22	he
List/Sylt	21	he
Lübeck	23	he
Mannheim	27	he
München	25	he
Münster	24	he
Norderney	22	he
Nürnberg	21	bd
Oberstdorf	27	he
Passau	23	he
Saarbrücken	25	he
Stuttgart	27	he
Trier	25	he
Zugspitze	8	he
Ausland:		
Algier	31	wl
Amsterdam	25	he
Athen	29	he
Barcelona	24	wl
Belgrad	23	he
Bordeaux	30	bw
Bozen	26	wl
Brüssel	24	he
Budapest	23	he
Bukarest	22	he
Casablanca	20	he
Dublin	15	bw
Dubrovnik	26	he
Edinburgh	9	bd
Faro	20	bw
Florenz	29	he
Genf	27	he
Helsinki	16	bw
Hongkong	30	bw
Innsbruck	25	he
Istanbul	26	he
Kairo	33	wl
Klagenfurt	24	bw
Konstanza	21	bw
Kopenhagen	18	he
Korfu	29	wl
Las Palmas	22	he
Leningrad	14	bw
Lissabon	19	bw
Locarno	–	–
London	17	bd
Los Angeles	16	bd
Luxemburg	23	he
Madrid	20	he
Mailand	27	wl
Malaga	26	he
Mallorca	25	he
Moskau	10	Rs
Neapel	26	he
New York	16	Rs
Nizza	23	he
Oslo	22	he
Ostende	24	he
Palermo	26	wl
Paris	25	bw
Peking	27	bw
Prag	20	he
Rhodos	25	he
Rom	29	wl
Salzburg	26	bw
Singapur	31	bw
Split	28	he
Stockholm	18	he
Straßburg	29	he
Tel Aviv	32	wl
Tokio	22	Rs
Tunis	30	wl
Valencia	28	he
Varna	23	bw
Venedig	27	he
Warschau	17	bw
Wien	22	he
Zürich	28	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Mysteriöser Tod im See

Wollte Pop-Star Reed in die Vereinigten Staaten zurück?

SAD, London

Der im Ostblock lebende amerikanische Pop-Star Dean Reed (47) ist vermutlich von Agenten des „DDR"-Geheimdienstes ermordet worden. Davon ist zumindest die Managerin und ehemalige Schulkameradin des Gitarristen und Sängers, die in Denver lebende Dixie Lloyd, überzeugt. Sie glaubt auch, das Motiv zu kennen: Reed, der einzige amerikanische Träger des sowjetischen Komsomol-Lenin-Preises, plante die Rückkehr in den Westen.

Der blonde „Johnny Cash des Kommunismus" (so die „New York Times") war vor 14 Jahren in den Osten gewechselt. Seit 1972 lebte er in Ost-Berlin, unternahm Konzertreisen durch die Sowjetunion, wirkte als Drehbuchautor, Regisseur und Schauspieler an Filmen mit und wurde der berühmteste Pop-Sänger im gesamten Ostblock. Er war mit der bekannten „DDR"-Schauspielerin Renate Blume-Reed verheiratet.

Am Dienstagvormittag vergangener Woche wurde er tot aus einem See hinter seiner Mietvilla in einem Vorort Ost-Berlins gezogen. Am Abend desselben Tages meldete die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN seinen Tod „infolge eines tragischen Unfalls". Die Todesursache ist ungeklärt. Doch die Obduktion ergab: Reed war zu dem Zeitpunkt bereits vier Tage tot.

Noch am Freitagnachmittag und am Samstag aber wurde behauptet, der Pop-Star halte sich wegen einer vermuteten Infektion oder eines Virusleidens im Krankenhaus auf und werde bis Dienstag zur Beobachtung in der Klinik bleiben.

Bei seinem letzten Besuch in den USA im Oktober gab Reed offen zu, er habe „Heimweh" nach Amerika. Managerin Dixie Lloyd: „Als er nach Ost-Berlin zurückkehrte, wurden ihm auf einmal ungewohnte Schwierigkeiten in den Weg gelegt." In seinem letzten Anruf sagte er: „Ich habe Angst."

Volkseigener Kaviar für das Buffet der Genossen

D. F. Berlin

Bei den Bemühungen, Importe durch die Entwicklung eigener Produkte zu ersetzen, um Devisen sparen zu können, ist die „DDR" auch bei Genußmitteln einen Schritt weitergekommen. Die Institute für Ernährung (Potsdam) und für Fischverarbeitung (Rostock) haben zusammen mit dem Volkseigenen Betrieb Ingenieurtechnik Halle „Kavi nach Kaviar-Art" entwickelt.

Während man im Westen unechten Kavier aus dem Rogen anderer Fische wie dem des „Kaviarlieferanten" Stör herstellt – in Dänemark meist aus dem „Seehasen" –, benötigt die „DDR" für ihren neuen Kaviarersatz keinerlei Fisch. Ost-Berlins Fachzeitschrift „Gastronomie" berichtete: „Eine wäßrige Lösung aus tierischem Protein, Bindemittel, Geschmacksträgern und Lebensmittelfarbstoffen wird in heißem Öl vertropft. Die entstehenden Proteinkugeln werden weiteren Behandlungen unterzogen, in Runddosen mit 90 Gramm Nettomasse abgepackt und durch Pasteurisation haltbar gemacht."

Das klingt zwar nicht gerade verlockend, doch versicherte ein Mitarbeiter des Rostocker Instituts, „Kavi nach Kaviar-Art" weise „dem Kaviar sehr ähnliche sensorische Eigenschaften auf: gleichmäßige schwarze Kugeln, angenehm knackig, leicht klebrig und charakteristisch würzig". Der Salzgehalt (sieben Prozent) entspreche „dem des Malossol-Kaviars".

Die Küchenchefs vom Leipziger Interhotel „Am Ring" (ursprünglicher Name: „Deutschland") und des „Neptun"-Hotels in Warnemünde haben „Kavi" bereits getestet und bei kalten Bufetts erfolgreich eingesetzt, „sozusagen als Garnierspaß". Falsch wäre es, so warnt die Zeitschrift, das neue volkseigene Produkt „in der Dose mit Butter, Zitrone, Zwiebelwürfeln und Toast zu servieren".

Superman will seinen Schwächeanfall überwinden

A.v.KRUSENSTIERN, New York

Das Ereignis war wichtig genug, um den „New York Times"-Kolumnisten Russell Baker zu beschäftigen und einen Leitartikel-Protest des „Milwaukee Journal" auszulösen: „Superman", die berühmteste Figur der amerikanischen Comic-strip-Literatur, wird ein Intellektueller.

Der zum Warner-Konzern gehörende Verlag DC Comics hat sich entschlossen, den Übermenschen, der seit 48 Jahren Helden- und Wundertaten vollbringt, der neuen Zeit anzupassen. Wie DC-Comics-Geschäftsführer Paul Levitz verriet, wird Superman eine Persönlichkeitswandlung durchmachen: Er soll menschlicher und „verwundbarer" werden.

Superman, der bisher als Reporter getarnt unter den gewöhnlichen Sterblichen weilte, soll zum Kolumnisten avancieren, der künftig ein Auge für soziale Probleme hat. Seine außerirdische Herkunft und seine übermenschlichen Kräfte soll er behalten, aber Anstrengungen werden ihm nun anzumerken sein. So soll er nicht mehr vor dem Frühstück mal schnell zum Mars und zurückfliegen können. „Wenn er künftig einen Jumbo-Jet im Fluge anhält, wird ihn das Kräfte kosten", so Levitz.



Soll künftig mit intellektuellen Qualitäten protzen: Comicstar Superman (links ein Filmplakat aus dem Jahre 1948)
FOTO: DIE WELT

Nach wie vor wird er, um seine Herkunft von einem fernen Planeten zu verbergen und auf Erden nicht aufzufallen, unter dem Namen „Clark Kent" in der Redaktion des „Daily Planet" arbeiten. Und nach wie vor wird er aus seinem dunklen Anzug hinaus- und in sein berühmtes Cape hineinschlüpfen, wenn er sich in die Lüfte schwingt, um mit übermenschlichen Kräften für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Ändern werden sich jedoch seine Beziehungen zu der schönen Reporterin Lois Lane. In das Verhältnis werden Spannung und „ein gewisses Etwas" kommen. Levitz: „Es wird eine Mischung von Reserviertheit, Respekt und verhaltener Triebhaftigkeit sein. Lois wird nicht einfach dastehen und hoffen, daß Superman sie küßt. Sie ist eine erstklassige Reporterin, sie lebt für ihre Karriere, und Superman ist für sie eine faszinierende Persönlichkeit, aber er ist nicht mehr der Mittelpunkt ihres Lebens."

Der neue Superman soll von dem aus England stammenden John Byrne gezeichnet werden, den DC Comics mit einem sicherlich respektablen Handgeld beim Konkurrenzunternehmen Marvel Comics abwarb. Bei Marvel zeichnete Byrne die muskelstarken Konkurrenten „Spiderman" und „The Hulk".

Levitz gibt zu, daß Supermans nachlassende Popularität und daraus folgende Umsatzrückgänge den Verlag veranlaßt haben, Superman einer Persönlichkeitsumwandlung zu unterziehen. Während der fünfziger Jahre liefen acht verschiedene Serien des Superman-Strips gleichzeitig, und die Hefte hatten eine Auflage von mehr als einer Million im Monat. Jetzt wird die Auflage des populärsten der drei noch bestehenden Superman-Magazine in Fachkreisen auf 300 000 im Monat geschätzt. Man darf gespannt sein, ob der neue Superman mit dem Auftreten eines Softy im realen Zeitschriftengeschäft sich wird durchsetzen können. (SAD)

Entführer verurteilt

AFP, Dublin

Zu Haftstrafen von 17 und 14 Jahren wurden gestern zwei Entführer von Jennifer Guinness verurteilt. Die Brüder Cuningham hatten sich schuldig bekannt. Gegen zwei andere Entführer wird noch verhandelt. Die Vier hatten im April dieses Jahres die 48 Jahre alte Angehörige der irischen Bierbrauerfamilie entführt und 6,8 Millionen Mark Lösegeld verlangt. Nach acht Tagen konnte die Frau befreit werden.

Wertvolle Socken

dpa, Düsseldorf

Eine runde Viertelmillion Mark waren die Socken eines 28jährigen Pakistani wert, der den Flughafen-Zöllnern in Düsseldorf auffiel. Nachdem die Beamten zunächst einen gefälschten britischen Reisepaß entdeckt hatten, durchsuchten sie das Gepäck des Passagiers genauer. In den Socken fanden sie schließlich vier Präservative mit insgesamt 215 Gramm Heroin, das offenbar nach Berlin weitertransportiert werden sollte.

ZU GUTER LETZT

„Du sollst nicht schneller fahren, als dein Schutzengel fliegen kann" – Empfehlung eines Bundesrichters.